

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

40. Sitzung vom 24. und 25. Juni 2013 (2. Sitzungstag vom 25. Juni 2013)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GRin Mag Muna Duzdar	S. 48
Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal		GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 50
Rednerinnen bzw Redner:		GR Mag Christoph Chorcherr	S. 51
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 3	GR Wolfgang Irschik	S. 52
GRin Dr Monika Vana	S. 5	GR Ernst Holzmann	S. 53
GR Mag Wolfgang Jung	S. 7	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 54
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 9	GR Karl Baron	S. 56
GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 10	GR Gerhard Haslinger	S. 56
GRin Mag Barbara Feldmann (tatsächliche Berichtigung)	S. 12	VBgmin Mag Maria Vassilakou	S. 57
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 13	Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft	
GR Senol Akkilic	S. 14	Rednerinnen bzw Redner	
GR Gerhard Haslinger	S. 16	GRin Ing Isabella Leeb	S. 59
GR Christian Hursky	S. 17	GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 62
GR Armin Blind	S. 19	GR Mag Gerald Ebinger	S. 64
Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 20	GR Dr Harald Troch	S. 66
Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport		GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 68
Rednerinnen bzw Redner		GR Dr Alexander Van der Bellen	S. 70
GRin Ing Isabella Leeb	S. 22	GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 72
GR Mag Christoph Chorcherr	S. 23	GRin Susanne Bluma	S. 73
GR Dominik Nepp	S. 25	GRin Uta Meyer	S. 75
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 28	Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 75
GR Christoph Peschek	S. 29	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 78
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 32	Schlusswort Berichterstatlerin	
GR Senol Akkilic	S. 34	VBgmin Mag Renate Brauner	S. 78
GR Mag Günter Kasal	S. 35	Abstimmung	S. 78
GRin Kathrin Gaal	S. 36	5. 01872-2013/0001-GGS; KAV, P 2: Jah- resabschluss Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2012	
GR Dietrich Kops	S. 37	Abstimmung	S. 80
Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 38	6. 01661-2013/0001-GGU; WKN, P 3: Jah- resabschluss der Unternehmung Wien Kanal 2012	
Beratung der Geschäftsgruppe Stadtent- wicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energie- planung und BürgerInnen-beteiligung		Abstimmung	S. 81
Rednerinnen bzw Redner		7. 01585-2013/0001-GWS; WRW, P 4: Jahresabschluss Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen 2012	
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 41	Abstimmung	S. 81
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 44		
GR Anton Mahdalik	S. 45		
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 47		

(Beginn um 9 01 Uhr)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates! Wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Entschuldigt während des gesamten Tages sind GRin Mag Berger-Krotsch, GRin Prof Dr Vitouch und GRin Mag Wurzer. Ansonsten habe ich noch einige temporäre Entschuldigungen, doch ich gestatte mir, diese nicht vorzulesen.

Wir setzen die Beratung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2012 fort und kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenchutz und Personal. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann, und ich erteile es ihr. Die Redezeit ist mit 12 Minuten vorgegeben.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ein bisschen länger, glaube ich, wird es dauern, aber ich bemühe mich. – Zunächst einmal guten Morgen an alle Damen und Herren!

Wien gab 2012 für die Frauenförderung 9,2 Millionen EUR aus, das ist zwar etwas mehr, als geplant war, aber leider ist im Voranschlag 2013 wieder ein Rückgang von 1,3 Millionen zu verzeichnen. Das ist deshalb so traurig, weil der Stellenwert in diesem Bereich dadurch ganz klar erkenntlich wird. Es sind gesellschaftspolitisch wichtige Themen: Arbeitsmarkt, Wiedereingliederung, Alleinerzieherinnen, Alleinerzieherinnenarmut, Altersarmut bei Frauen oder aber auch Gewalt- und Opferschutz.

Die Mittel sind vorhanden, sie sind nur im Budget nicht richtig eingesetzt. Im 1. Quartal 2013 ist bereits mehr Geld für Werbung der Stadt Wien ausgegeben worden, als das Frauenressort für das ganze Jahr zur Verfügung hat. Das heißt, der PID hat 6 Mal so viel Budget, und wenn man noch die verschiedenen Geschäftsgruppen und deren Werbungen dazurechnet, dann kommen wir auf 80 bis 100 Millionen. Und das, meine Damen und Herren, ist doppelt so hoch wie die Ausgaben der Bundesregierung. Das ist nicht mehr zu argumentieren in meinen Augen, nicht in Zeiten, wo wir in einer Krise sind, nicht in Zeiten, wo wir einen Einsatz der Mittel vorsichtig abwägen müssen und Bedarf in vielen Bereichen herrscht, der dringend behoben werden muss.

Aber wie schaut es aus mit der Frauenbeschäftigung in Wien? Die Arbeitslosenquote ist gestiegen und liegt bei 9,3 Prozent, die Frauenquote bei der Arbeitslosigkeit beträgt 8 Prozent. Das ist zwar der Platz 2 nach Kärnten, aber dennoch hoch genug. Wir haben eine Erwerbsquote, die die dritt schlechteste ist – also auch hier könnte noch sehr viel getan werden –, aber am allerschlimmsten in Wien ist die Armutsgefährdung, die Armutsgefährdung vor allem bei Kindern und bei Frauen. Es sind 37 000 Frauen in Wien arbeitslos, das entspricht 36 Prozent aller arbeitssuchenden Frauen in Österreich, und bei der Armutsgefährdung sind besonders Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 19 Jahren betroffen. Das heißt, das ist eine Quote von 35 Prozent.

Ich möchte das einmal ins Verhältnis stellen: Allein in Wien gibt es 74 000 alleinerziehende Mütter und Väter,

das ist jede 7. Familie von 450 000 Familien. Das klingt vielleicht nicht so viel, 74 000, aber wenn man bedenkt, dass jede 7. Familie alleinerziehend ist und armutsgefährdet, dann muss einem das schon zu denken geben. Und drei Viertel der armutsgefährdeten Frauen sind auch im Pensionsalter gefährdet. Wenn wir von sozialer Verantwortung sprechen und Sie immer wieder sagen, wie wichtig soziale Verantwortung ist und was hier nicht alles getan werden muss, da frage ich mich, was geschieht.

Das Budget ist da. Sie haben kein Einnahmenproblem, Sie haben ein Ausgabenproblem. Ein Thema ist es daher, wie die Mittel eingesetzt werden, nämlich zielgerichtet und richtig.

Sie haben Mehreinnahmen aus Wasser-, Müll-, Kanal- und Parkgebühren – das werden allein nächstes Jahr um 137 Millionen mehr sein aus Parkgebühren; da sind die Verwaltungsstrafen noch nicht mit eingerechnet –, aber dieses Geld kommt nicht dort an, wo es vonnöten wäre.

Sie weigern sich auch, eine doppelte Buchhaltung einzuführen. Das wäre sicher nicht schlecht, um klarer zu sehen, wo man effizienter gestalten kann. Sie machen stattdessen – und das stört mich seit langer Zeit – Menschen, die gestalten, die erfolgreich sind, die Unternehmen haben, die Arbeitsplätze schaffen, zum Sündenbock. Das ist gefährlich. Sie beschmutzen und verraten die Leistungsträger dieses Staates, und das wird sich irgendwann rächen. Stattdessen sollten Sie ein Konjunkturpaket präsentieren, um die Wirtschaft anzukurbeln, und nicht immer den Anstieg der Mindestsicherungsempfänger sozusagen bejubeln. Es macht keinen Sinn, alle Leute arm machen zu wollen, es macht einen Sinn, Erfolg hervorzurufen, den Leuten zu zeigen, wie sie in die Selbstständigkeit kommen können, wie sie erfolgreich sein können und wie sie auch Freude haben, ihre Kreativität umzusetzen.

In Österreich werden von 20 Prozent der Steuerzahler 80 Prozent des Sozialsystems bezahlt. Ich meine, das sagt ja genug aus. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist falsch!*) Das ist nicht falsch. Wir können auch 10 Prozent und 70 Prozent nehmen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist auch falsch!*) Sie wollen ja auch immer, dass es falsch ist. Auch wenn es 30 und 60 Prozent sind, es ist vollkommen klar, eine extrem geringe Zahl zahlt eine irrsinnig hohe Menge an Sozialleistungen, und da ist es relativ sinnlos, dauernd herumzupecken auf Menschen, die Leistung erbringen, die etwas erreicht haben, die etwas geschaffen haben, die vor allem viele Arbeitsplätze schaffen. Ich weiß nicht, das ist ein Reflex bei Ihnen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie argumentieren das einfach falsch!*) Es tut mir leid, dass Sie hier nicht zu heilen sind. Eine Heilung wäre angebracht, weil das nichts bringt. Das bringt niemandem etwas.

Wenn mehr Menschen in der Mindestsicherung leben und in der Mindestsicherung sind, ist das eigentlich zu betauern und nicht zu feiern. Das ist keine Errungenschaft. (*Zwischenruf von GRin Birgit Hebein.*) Ja, Sie bejubeln das ja immer: Jetzt haben wir schon so viele, und Wien ist so sozial. – Das ist nicht sozial, das ist höchst unsozial, Menschen in Abhängigkeit zu halten

und dort, wo es wirklich notwendig ist, bei der Armut, bei der Altersarmut, bei der Kinderarmut, einfach kein Budget frei zu haben. *(Beifall von GRin Mag Ines Anger-Koch.)*

Umkehrschluss: Wenn reich für Sie ein Schimpfwort ist, und Sie nehmen reich ja so gern als Schimpfwort, dann muss ja arm für Sie erstrebenswert sein. Also das ist ja einfach im Umkehrschluss ganz klar. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist wirklich nicht zu fassen! – Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Sie sehen ja, wie weit Sie gekommen sind mit einer Arbeitslosenrate von 10 Prozent. Eigentumsfeindliche und leistungsfeindliche Politik, damit schaffen Sie keinen Wohlstand, sondern Abhängigkeit. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist Klassenkampf von oben!)* Sie ignorieren vor allem den Wunsch jedes Menschen, jedes gesunden Menschen und jedes Bürgers nach Eigentum. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie führen einen Klassenkampf!)* Na ja, den führen leider Sie, mit Ihrem Hinpecken auf Menschen, die leistungsfreundlich sind, die wirklich etwas für das Land tun und die extrem viel Steuern zahlen. Denn woher kommen denn die Steuern außer von den Menschen, die sehr viel Umsatz haben oder sehr viel schaffen? Von denen kommen die Steuern! Oder kommen die Steuern von den Mindestsicherungsempfängern? Also pecken Sie nicht auf den Leistungsträgern herum. Das ist gefährlich, was Sie tun. Vor allem, wenn so viel Sozialleistung von so wenigen Menschen getragen wird, ist es höchst gefährlich, auf denen herumzupecken. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie haben keine Ahnung! Sie haben wirklich keine Ahnung, was wirklich passiert!)* Glauben Sie mir, Ihr ständiges Herumrufen, wer keine Ahnung hat, wird nicht verdecken, was Ihre Intention ist, muss ich Ihnen sagen. Befassen Sie sich einmal mit den Dingen und schauen Sie sich an, was wirklich los ist, statt immer „keine Ahnung“ zu schreiben.

Die Schulden in Wien haben sich in den letzten 5 Jahren auf jeden Fall verdreifacht, wenn wir die ausgegliederten Betriebe dazunehmen sind wir bei 7,5 Milliarden. Das ist ein alarmierender Trend, denn es passieren hier zwei Dinge, und da ist volkswirtschaftlich eindeutig zu sehen, wo das hinführt: Auf der einen Seite fahren Sie eine Verschuldenspolitik ohne Kostenoptimierung, auf der anderen Seite belasten Sie die Steuerzahler in einem extrem hohen Ausmaß und mit zu viel an Gebühren.

So eine Politik trifft die, die Sie ja vorgeben zu verteidigen, nämlich die Armen. Es trifft Frauen, es betrifft AlleinerzieherInnen, es betrifft Kinder im Besonderen. Wir haben in Wien 300 000 Menschen unter der Armutsgrenze. Das ist nicht notwendig bei so einem Budget, und das ist nicht notwendig bei solchen Gebührenerhöhungen.

Was zeigt das? Die Mittel sind falsch eingesetzt. Das heißt, um die Probleme wieder in den Griff zu bekommen, wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als die Konjunktur in Wien wieder zu beleben und die Arbeitslosigkeit wieder in den Griff zu bekommen. - Ich bringe daher einen Resolutionsantrag betreffend Wirtschaftsstandort und Maßnahmenpaket ein.

Forschungsergebnisse zeigen, dass Staaten, die ihre

Gesellschaft nicht an die Forderung nach Gleichbehandlung und gleicher Verantwortung anpassen, Gefahr laufen, das Bevölkerungswachstum zu hemmen, die Bevölkerungsalterung zu beschleunigen und auf lange Sicht das Wirtschaftswachstum zu bremsen. Ein besonders großer Brocken in Österreich ist der Glaube viele Männer, dass die Chancengleichheit mittlerweile besteht oder so gut wie erreicht ist. Das ist nicht der Fall. Viele Frauen steigen nach der Geburt ihrer Kinder nicht in ihre vorherigen Positionen ein und erreichen nicht die Position, die sie von ihrer Qualifikation her bekleiden könnten. Das ist ein Braindrain, und der wirkt sich schwerer aus als Ab- und Auswanderung. Das sollten sich Arbeitgeber nicht länger leisten. Wir bringen folgenden Beschlussantrag ein:

Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze für Frauen durch Quotenempfehlung mit Aufklärung über die volkswirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Gleichstellung in einer entwickelten Gesellschaft.

Weiters Förderung von weiblichem Unternehmertum, von Frauen in Management- und Spitzenpositionen – Sie können beispielgebende Quoten in Wien-nahen Unternehmen vorgeben –, Maßnahmen zur Verbesserung sozialer und gesellschaftlicher Absicherung von Frauen, Maßnahmenpläne zur Schließung der Einkommensschere, Förderung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem die Kinderbetreuungseinrichtungen flexibler gestaltet werden, ausgebaut werden, 24-Stunden-Kindergarten – das fordern wir auch schon lange –, Ausweitung des Angebotes an ganztägigen, hochqualitativen Betreuungseinrichtungen und Maßnahmenpläne zur Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme jetzt zum Thema Gewalt, denn für mich ist es besonders unverständlich, dass hier nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen, als ob nicht schon genug geschehen wäre in der Vergangenheit. Es muss doch eigentlich klar sein, dass das ein Thema ist, vor allem nach der letzten Gewaltstudie und nach den Gewaltberichten, auf das ein Fokus gelegt werden muss. Ja, das ist nicht populär, da können Sie sich vielleicht nicht mit Bildern in Zeitungen präsentieren oder sich mit Broschüren hinstellen und einen irrsinnigen Werbeeffect haben, nein, es ist möglicherweise unpopulär. Aber daran sieht man ja: Ist es Ihnen wichtig, oder ist es Ihnen nicht wichtig? Was ist Ihnen wichtig? Werbung einfach nur für Marketingzwecke, oder wollen wir ein Thema endlich, endlich angreifen, wo zu viel passiert ist und noch immer zu viel passiert?

Wir haben Probleme im Bereich Gewalt und im Bereich Familien. Wir haben Probleme auch bei den Pflichtschulen im Bereich Gewalt, wie die PISA-Studie zeigt. Es gibt ein soziales Problem auf Grund von jahrelang verfehlter Integrationspolitik in Wien. Wir haben im Schulbereich Probleme mit der höchsten Schulabbruchsquote, vor allem bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, und es gibt keine nennenswerten Projekte zur Gewaltprävention im Migrationsbereich.

Wir wissen, dass Gewalt in allen sozialen Schichten

auftritt, unabhängig vom Bildungsstand, von der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit, von Einkommen oder Alter, und zwar auf allen Ebenen, körperlich, psychisch und sexuell. So berichtet laut der Studie jede vierte Frau, Erfahrungen in allen Gewaltformen gemacht zu haben, hingegen nur jeder zwanzigste Mann; das ist aber auch tragisch genug.

Also ich glaube, dass es dringend notwendig ist, hier mehr Budget zur Verfügung zu stellen, und ich bringe einen Antrag betreffend ein Programm zur Bekämpfung häuslicher Gewalt ein. Es ist nämlich die Aufgabe aller Menschen, Gewalt zu beenden und Betroffenen zu helfen, und es ist die Verantwortung der Politik wie auch die Verantwortung von vielen Berufsgruppen. Es muss angesetzt werden beim Täter, aber auch beim Opfer. Beim Opfer gibt es den Opferschutz et cetera, aber auch dem Täter muss in einem gewissen Sinn geholfen werden, denn es ist eine Krankheit, Gewalt auszuüben.

Es wird nur eine Möglichkeit geben, und die ist, dass man ganz, ganz früh ansetzt, indem man aufklärt so früh wie möglich, bereits im Schulalter oder sogar noch davor. Es wird notwendig sein, den Opfern oder den potenziellen Opfern beizubringen, was die Methoden der Täter sind, sodass eine Früherkennung von nicht normalem Verhalten möglich ist, denn viele kommen sehr spät drauf, dass ein gewisses Verhalten einfach kein normales Verhalten ist. Wenn ein Kind in einer Umgebung der Gewalt aufwächst, woher soll es mangels Vergleich wissen, dass das richtig oder falsch ist. Nach vielen, vielen Jahren erst können sich Opfer befreien, sogar Erwachsene erst nach durchschnittlich 3 bis 4 Jahren, und in 70 bis 90 Prozent sind auch Kinder von Gewalt betroffen.

Ich möchte nur einige Zahlen vorlesen: Von sexuellen Übergriffen waren 27,7 Prozent der Mädchen und 12 Prozent der Buben betroffen. 300 000 Frauen werden in Österreich pro Jahr – 300 000! – von ihren Partnern misshandelt. Fast 10 Mal am Tag rückt in Wien die Polizei aus, um Frauen und Kinder vor ihren Partnern oder Ex-Partnern oder vor den Vätern zu schützen. Österreichweit sind das 21 Fälle pro Tag, und es kam zu 7 667 Verhängungen von Wegweisung. Das heißt, es handelt sich meistens nicht um einen Ausrutscher, sondern 60 Prozent der weiblichen Gewaltopfer sind mehrere Jahre lang misshandelt worden.

Ich bringe folgenden Beschlussantrag ein: Die amtsführende Stadträtin möge den zuständigen Stellen des Bundes und anderen verantwortlichen Institutionen einen Wiener Aktionsplan vorlegen oder gemeinsam planen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt, aber auch von Maßnahmen gegen Stalking.

Ich plädiere noch einmal für eine österreichweite einheitliche Frauennotrufnummer. Es ist relativ schwierig, sich in oft hektischen Situationen oder in Gewaltsituationen eine Nummer zu merken. Die ist in jedem Bundesland anders. Ich halte jede Nummer für kompliziert, also nicht einfach so, dass man sie in Panik schnell wählen kann. Ich habe empfohlen, auch ein App zu machen, das man runterladen kann. Bei diesen Zahlen ist es ja nicht so, dass das nur manche verwenden könnten, sondern

es ist ja relativ häufig. Und die amtsführende Stadträtin für Integration und Frauenfragen wird aufgefordert, den Ausbau der Einrichtungen gegen Gewalt in Familien, wie Frauenhäuser, zu forcieren und zu errichten. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Es geht in Wien um Arbeitsplätze und Wirtschaft. Die rot-grüne Stadtregierung hat leider die Wirtschaftsförderung extrem gekürzt. Es geht um Zukunftschancen unserer Kinder. Sie sparen aber im Investitionsbereich, die Bürger werden belastet, und so werden wir keinen Auf- und Umschwung schaffen. Es braucht außerdem mehr Mut, Perspektiven und Ideen. Es ist nicht genug, Reichen-Bashing zu machen und eine Politik des Wegnehmens, wir brauchen Ideen zur Konjunkturbelebung, und wir brauchen Verantwortung und Vernunft. Frauen müssen wählen dürfen zwischen verschiedenen Modellen – Teilzeit, Vollzeit, Kinder et cetera –, aber was wir auf jeden Fall brauchen, sind die geeigneten Rahmenbedingungen.

Diese Rahmenbedingungen sehen wir für die Bevölkerung Wiens nicht als gegeben und stimmen daher dem Rechnungsabschluss nicht zu. – Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Anstatt der vorgesehenen 12 Minuten wurden es 16 Minuten. Ich sage das deswegen dazu, weil die Restzeit nur mehr 1 Minute beträgt für eine Überziehung bei der Frau Kollegin Anger-Koch. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana, und ich erteile es ihr. Ihre Zeit ist auf 11 Minuten eingestellt.

GRin Dr Monika **Vana** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne jetzt einmal damit – ganz ungewöhnlich –, der Frau Kollegin Feldmann recht zu geben. Ich gebe Ihnen recht bei einem Satz, den Sie gesagt haben, nämlich: Die Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht. Genau das ist der Punkt, um den es geht, und genau deshalb ist für Wien und das rot-grüne Wien auch die Gleichstellungspolitik, die Gleichstellung von Frauen eine der Prioritäten in ihrem Regierungsübereinkommen. Wir wollen, dass jede Frau und jedes Mädchen in dieser Stadt selbstbestimmt, frei und unabhängig – und das hat sehr viel mit ökonomischer Unabhängigkeit zu tun –, leben kann. Und alle unsere Geschäftsgruppen – das zeigt auch das Gender Budgeting, das wir in Wien haben – tragen zu diesem Ziel bei.

Sie werfen uns vor, Frau Kollegin Feldmann, Sie gehen tatsächlich da heraus und werfen uns vor, Wien täte zu wenig im Gewaltschutz. Da bleibt mir irgendwie die Luft weg. Ich kenne ja schon Ihre Reden, wir hatten die Auseinandersetzung schon öfter mit dem Copy & Paste in Ihren Anträgen, die lesen sich so wie die Anträge, die wir früher gestellt haben, und ich fordere Sie dann immer auf: Bitte stellen Sie dieselben Anträge auch in Ihrer Fraktion im Bund, denn dort gehören die meisten auch hin.

Aber bleiben wir beim Gewaltschutz in Wien. Zwei Drittel des Frauenbudgets werden für Frauenhäuser und

für Gewaltschutz verwendet. Ich will an dieser Stelle aber auch sagen, dass der Schutz vor Gewalt nicht ausschließlich ein Frauenthema ist, es ist ein gesamtgesellschaftliches Thema und eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Deshalb ist es für uns immer wieder auch ein bisschen ein Dorn im Auge, dass gerade der Gewaltschutz und die Frauenhäuser aus dem Frauenbudget, das kein sehr hohes ist, finanziert werden. Aber es werden ja in allen Geschäftsgruppen gemäß dem Gender Budgeting und dem Gender Mainstreaming auch Frauenmaßnahmen umgesetzt, und insofern sind wir sehr stolz auf unsere Frauenhäuser in Wien, für die wir jährlich 4,6 Millionen EUR ausgeben, und das ist sicher nicht nix. Auch die Öffentlichkeitskampagne „16 Tage gegen Gewalt“, die jährlich im November stattfindet, ist eine sehr prioritäre Kampagne für die Stadt Wien. Ich denke daher, dieser Vorwurf gerade im Gewaltschutzbereich geht ins Leere.

Denn ich frage Sie jetzt, Frau Kollegin Feldmann, wo ist denn das bundesweite Gewaltschutzgesetz, für das wir schon so lange eintreten? Der Bund ist hier sehr säumig, und es sind Sie – und deshalb schaue ich jetzt die ÖVP an, wissend, Sie sind zwar die sogenannte kleinere Fraktion im Bund –, Sie sind es, die im Bund alle Fortschritte in der Frauenpolitik, auch im Gewaltschutz, bei Vereinbarkeit von Beruf und Familie, verhindern. *(GR Dr Wolfgang Ulm: Einen Koalitionspartner gibt es auch noch!)* Sie blockieren ständig Frauenministerin Heinisch-Hosek. Ich erlebe es ja im Österreichischen Frauenring, wo wir an und für sich eine gute parteiübergreifende Zusammenarbeit haben, aber wo es ganz klar ist, die Verhindererpartei in diesem Land, auch bei der Frauenpolitik, bei der Gleichstellungspolitik, ist die ÖVP. Und das muss an dieser Stelle gesagt werden. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich sage das deshalb so scharf, weil die Frau Kollegin Feldmann immer wieder hier herausgeht und uns vorwirft, was wir in Wien alles nicht tun. Doch gerade Wien ist, auch was seine frauenpolitischen Maßnahmen und Projekte betrifft, wirklich auch europaweit ein Vorbild.

Wir hatten gestern die Debatte auch über die Maßnahmen, die wir in Wien setzen und die in Europa rezipiert werden in einer Weise, dass man das eben Vorbild nennen kann. Das eine war die Wiener Ausbildungsgarantie zum Beispiel, auch der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, der sogar mehr Mittel für Frauen als für Männer ausgibt. Also auch da hat Gender-Gerechtigkeit und Gleichstellungspolitik Priorität, weil wir eben einen geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmarkt haben und weil es hier notwendig ist, auch mit entscheidenden Ressourcen gegenzusteuern. Das ist zum Beispiel auch die Koppelung der Auftragsvergabe an Frauenförderung, die in Wien wirklich ein Vorbildprojekt ist. Das haben wir in Wien entwickelt, es war nicht leicht, das europarechtlich durchzusetzen. Es gibt da mit der Nichtdiskriminierung von ausländischen Anbietern und dergleichen immer wieder Probleme und Hürden, aber wir haben es rechtlich abgesichert durchgesetzt, und das hat Vorbildwirkung. Das gibt es in keiner ande-

ren Stadt, dass die Auftragsvergaben einer Stadt, zumindest in wesentlichen Bereichen – wir werden das auch noch evaluieren und haben vor, es auszuweiten –, an die Existenz von Frauenförderplänen, an die Existenz von Gleichstellungspolitik, an gleiche Löhne für gleiche Arbeit, an zum Beispiel auch Soft Facts wie Kinderbetreuungseinrichtungen oder auch bildungspolitische Maßnahmen in Unternehmen gekoppelt werden.

Das hat keine andere Stadt als Wien, Frau Kollegin Feldmann, und deshalb stellen Sie sich nicht immer da heraus und sagen, Wien macht nichts. *(GRin Mag Barbara Feldmann: Aber das Budget ist trotzdem zu gering!)* Ich zähle jetzt nicht auf, wie viele Gesetze, gerade auch im frauenpolitischen Bereich, auf Bundesebene hinter jenen Regelungen sind, die wir in Wien hier beschließen. Das betrifft etwa die Väterkarenz, die wir jetzt am Donnerstag im Landtag mit einer Novellierung wieder verbessern werden, oder die Einkommenstransparenz, die wir in Wien auch viel, viel besser gemacht haben. Und es war auch wieder die ÖVP, die hier blockiert hat, dass es eine sinnvolle Einkommenstransparenz auf Bundesebene gibt.

Wien hat viel vorzuweisen in der letzten Legislaturperiode beziehungsweise auch im letzten halben Jahr. Über das reden wir ja heute beim Rechnungsabschluss. Die Gender Watchgroup gegen sexistische Werbung funktioniert gut. Wien wird – das ist unser ehrgeiziges Ziel – zur Stadt ohne Sexismus. Das ist das, was wir wollen, und das, was Rot-Grün auch repräsentiert.

Die Website kennen Sie alle: „www.werbewatchgroup-wien.at“. Es ist eine funktionierende Website. Es kommen wirklich sehr, sehr viele. Eigentlich muss man fast sagen, leider kommen sehr, sehr viele, denn dass viele kommen, heißt, es gibt leider auch viele sexistische Plakate in der Stadt, viel sexistische Werbungen in der Stadt. Aber die Werbe-Watchgroup funktioniert. Es gibt dann auch entsprechend Maßnahmen, Diskussionen und sollte auch entsprechend Sanktionen geben.

Sehr epochal finde ich, dass wir im April die Erhöhung der Frauenquote in Aufsichtsräten auf 40 Prozent gemeinsam beschlossen haben, und zwar bis spätestens 2018. Wir hätten uns das schneller gewünscht, aber das ist nicht so leicht, wie man auch auf europäischer Ebene sieht, wo Kommissarin Reding auch einen entsprechenden Vorstoß gemacht hat und von den eigenen Konservativen – das muss man sich mal vorstellen –, von den eigenen Konservativen in Europa zurückgepfiffen wurde, denn nein, ihre Vorschläge gehen ihnen zu weit. Also dort werden wir leider noch länger warten müssen auf eine entsprechende Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten. Wir in Wien haben uns für alle mehrheitlich im Eigentum der Stadt Wien stehenden Unternehmungen dazu verpflichtet, den Frauenanteil signifikant zu erhöhen, mit einer quantitativen Quote, und ich denke, das ist auch ein qualitativ sehr, sehr wichtiger Fortschritt für die vielen qualifizierten Frauen in der Stadt, die es ja gibt.

Man hört dauernd, ja, ja, wir wären schon für Frauenquoten, aber es gibt ja die qualifizierten Frauen nicht.

Mitnichten. Natürlich gibt es sie, man muss sie nur suchen, man muss nur aktiv Frauenförderung betreiben. Und man braucht verbindliche Gesetze. Ohne Verbindlichkeit und ohne Sanktionen – das sehen wir in vielen Bereichen – wird es gerade auch in der Frauenpolitik nicht gehen, und es ist höchste Zeit auch für mehr Verbindlichkeit in dem Bereich.

Viel weitergebracht haben wir auch und werden wir auch noch im Bereich der Personalpolitik der Stadt Wien, wo Gender-Gerechtigkeit auch an vorderster Stelle steht, aber nicht nur. Die Stadt Wien ist eine der größten Arbeitgeberinnen Wiens und hat insbesondere auch Vorbildwirkung für die Beschäftigungspolitik in der Stadt. Auch da haben wir mit der Einführung des Einkommens-transparenzberichtes, mit dem schon erwähnten sogenannten Papa-Monat, also mit der Väterfrühkarenz, Schritte gesetzt für mehr Gleichstellung. Auch das Wiedereingliederungsmanagement, das wir in einem Pilotprojekt eingeführt haben, läuft sehr, sehr gut und zufriedenstellend. Man könnte fast sagen, es braucht eigentlich mehr an Ressourcen, weil es so gut läuft, und man muss sich überlegen, ob man das nicht ausweitet. Unser Ziel, unser grünes Ziel, sage ich, wäre ja so was wie ein – jetzt Arbeitstitel – internes Arbeitsmarktservice, um Arbeitnehmerinnen auch im öffentlichen Dienst wirklich auch eine entsprechende interne Flexibilität zu ermöglichen. Aber ich denke, da sind wir in guten Gesprächen mit diesem Wiedereingliederungsmanagement. Und wir haben ein großes Reformvorhaben, das ist eine Besoldungsreform, wo wir eine Stärken-Schwächen-Analyse gemacht haben, die eigentlich dem öffentlichen Dienst ohnehin ein hervorragendes Zeugnis ausstellt, was die Gerechtigkeits- und Verteilungselemente im Besoldungssystem betrifft. Natürlich ist aber doch Handlungsbedarf in einigen Bereichen gegeben, und die werden wir ab Herbst dann sehr zügig angehen.

Insgesamt ist Wien frauenpolitisch hervorragend gerüstet, und das rot-grüne Wien steht für feministische gleichstellungsorientierte Frauenpolitik und ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. – Danke. *(Beifall bei GRÜ-NEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, ist es mir persönlich ein großes Bedürfnis, Schüler auf der Galerie zu begrüßen. Ich muss allerdings ein bisschen raten, muss ich dazusagen. Es sind Schüler aus dem 5. Bezirk, und ich nehme an, dass es die Fachschule für Informationstechnik ist. *(Der Vorsitzende erhält eine Information.)* Dann habe ich total danebengeschlagen, dann begrüße ich sehr, sehr herzlich, ebenfalls aus dem 5. Bezirk, die Schüler aus der HAK des bfi, einer UNESCO-Schule. Herzlich Willkommen hier im Gemeinderat! *(Allgemeiner Beifall.)*

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm und weise auf die von ihm gewählten 13 Minuten hin

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke. Es könnte ein bisschen länger werden. – Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wer in den letzten Tagen die Zeitungen aufgeschla-

gen hat oder die Nachrichten beobachtet hat, dem ist etwas in den Ohren geblieben: Ya allah, ya allah, bismillah, allahu akber! *(Lebhafte Heiterkeit der GRin Nurten Yilmaz.)* Der Ruf in der Innenstadt Wiens, den man da gehört hat und der in der Lautstärke seit 1683 nicht mehr zu hören war. Der alleine wäre nicht das Problem, das Problem ist allerdings, dass damit zu den Schwierigkeiten, die es im Bereich der Integration gibt, noch eine weitere Problematik dazukommt, vor der wir Freiheitliche schon immer gewarnt haben, nämlich davor, dass ethnische und religiöse Probleme von dort in unsere Heimat hereingetragen werden. Diese Warnung von uns, die Sie immer zurückgedrängt haben, hat sich in trauriger Weise bewahrheitet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie den heutigen „Kurier“ nehmen, steht auf der Titelseite: „20 Austro-Islamisten in Syrien getötet.“ 20 getötet! Wenn man eine normale Rechnung nimmt, müsste man sagen, dann sind mindestens 250 verwundet worden, und das heißt, dass eine Zahl von mehreren Hundert dieser Leute existiert. Man kann eine derartige Bedrohung nicht übergehen. Das tut der Verfassungsschutz auch nicht, ich hoffe nur, dass er sie wirklich gut im Auge hat und wir nicht eines Tages sehr, sehr unangenehme Überraschungen erleben werden. Und Sie werden dann wieder sagen, ja, das konnte man nicht wissen, das konnte man nicht vorhersehen, wir haben ja alles getan. Sie tun sehr viel im Bereich der Integration, aber Sie tun genau das Falsche, meine Damen und Herren, und auf das will ich hier eingehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn man Ihnen glauben darf, ist Integration in Wien, der Weltstadt, natürlich ein beispielhaftes Erfolgsmodell, Wien ist beste Integrationsstadt des Universums und so weiter, wie wir gestern gehört haben. Was ist aber wirklich der Fall? Sie schreiben das, Sie bringen es in zahllosen Reden, in Pressediensten, vor allem in Inseraten, Veranstaltungen, bei Vereinsförderungen und in vielen anderen Bereichen. Nur, wie es halt mit den Sonntagspredigten so ist: Vor der Kirchentür oder vor dem Rathaustor schaut die Realität anders aus, ganz anders aus. Trotz zig Millionen Fördergeldern für die obskursten Vereine und Projekte von „Mama lernt Deutsch“ bis zum „Radfahren für Migrantinnen“ – in dem Fall nur mit i, für die Männer ist es nicht vorgesehen –, Geldverschwendung ohne Erfolg, meine Damen und Herren. Nicht koordiniert und nicht kontrolliert.

Die eingewanderten Wiener und die Zuwanderer leben sich immer weiter auseinander, und da helfen auch Alibi-Projekte wie die Hausordnung des obersten Wiener Hausmeisters nichts, wie wir gesehen haben, und auch nicht die Charta. Es wird immer der gleiche Personenkreis auftreten, der sich bestätigt, wie gut und wie anständig er ist und wie schlecht und wie inhuman die anderen sind, die schlimmen Populisten.

Weil die Lage immer schwieriger wird, versucht man es halt ein bisschen mit FPÖ-Vorschlägen, aber nur ein bisschen, und das funktioniert nicht. „Deutsch vor Schule“ hat der Herr Bürgermeister vor drei Jahren einmal versprochen, wir erinnern uns noch alle daran, es kommt keiner in die Schule, der nicht Deutsch kann. Na, wie

schaut es in der Realität aus? Das ist das Wort des Bürgermeisters.

Oder: „Kein Ausländer im Gemeindebau.“ Das hat er ja auch einmal versprochen. Na, wie schaut es in der Realität aus? Das ist die Wahrheit der SPÖ. Hausordnung ohne Sanktionen, meine Damen und Herren, ist Chimäre.

Kampf dem Schulschwänzen. Da gibt es jetzt Beauftragte für alles Mögliche. Und wo sind die Erfolge?, frage ich Sie. Wo sind die wirklich? Es geht nicht ohne Durchsetzen, und dazu gehören Sanktionen.

Ein bisserl FPÖ abkupfern, um die eigenen Genossen zu beruhigen, das wird Ihnen nicht genügen, meine Damen und Herren. Und auch wenn Sie sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, die Realität lässt sich vor den Bürgern nicht mehr verheimlichen. Sie haben uns mit Ihrer hemmungslosen Zuwanderungspolitik in eine Sackgasse gefahren, und die Wiener und Wienerinnen müssen das jetzt ausbaden.

Sie führen seit Neuestem immer wieder die Deutschen aus der Bundesrepublik als größte Zuwanderungsgruppe an, um damit zu beweisen, wie hoch der Qualitätsstandard der Neuen wäre. Ja, das trifft auf diese Gruppe zu, meine Damen und Herren – ich habe ja auch gestern schon den Ausschnitt aus einem „Kurier“-Artikel gebracht, wo das klar vor Augen geführt wird, wie Statistiken gefälscht werden und wie da geschwindelt wird –, diese deutschen Zuwanderer haben aber keine größeren Probleme. Sie haben meistens schon eine Berufszusage, bevor sie kommen, und das Wienerische erlernen sie auch noch in einer gewissen Zeit. Also die Sprachprobleme dürften auch nicht so groß sein, und die Burka-Trägerinnen sind dort auch selten.

Problematischer oder wirklich problematisch sind die Arbeitsmigranten aus den neuen EU-Staaten, nicht einmal wegen der reinen Integrationsfrage, sondern weil hier ein enormer Druck auf den Arbeitsmarkt, gerade in Billiglohnberufen, ausgeübt wird, den dann letztendlich die Österreicher, die in diesem Bereich auch noch arbeiten, ausbaden müssen.

Die schwierigste Gruppe der „Zuagroasten“, wie man in Oberösterreich so schön sagt, sind aber die aus außereuropäischen Ländern, vor allem bildungsferne Gruppierungen. Der größte Prozentsatz bei uns kommt in dem Fall aus Anatolien. *(GR Senol Akkilic: Sie sind nicht bildungsfern! – Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)* Seien Sie ruhig darauf eingebildet, Herr Kollege, dass Sie es wissen. Sie leben teilweise schon in der zweiten und dritten Generation bei uns, aber sie leben neben uns, nicht mit uns, und das bewusst. Und sie verlangen, Herr Kollege Akkilic, mehr und mehr und manchmal schon unverschämt mehr: Dass wir uns anpassen in allen Bereichen, beim Gemeinschaftsessen in Kantinen, in den Schulen, in den Gerichtssälen mit den Kreuzen, in den Werkskantinen und, und, und. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Der Jung hat ein Leben lang Unterricht bekommen und nie was gelernt!)* Und das sagen ausgerechnet Sie, Herr Margulies, der Sie anscheinend noch nie einen g'scheiten Beruf ausgeübt haben, außer da herinnenzusitzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Fast noch mehr aber, meine Damen und Herren, stört die Bürger die geänderte Kultur in der Öffentlichkeit. Schlachten und Schächten im Draschepark entspricht nicht unserer Kultur, Eingeweide in die Liesing werfen, entspricht nicht unserer Kultur, alte Möbel und Fernseher vor die Haustüre stellen, entspricht nicht unserer Kultur, herumsputzen auf der Straße und der Lärm in den Wohnungen bis weit nach Mitternacht auch nicht. Ich frage Sie, Herr Kollege Akkilic, wo bleibt die Hausordnung? Und das frage ich, weil viele, viele Wiener mit diesen Beschwerden zu mir gekommen sind. *(GR Senol Akkilic: Ihrer Kultur entsprechen eher Meischberger, Grasser und Korruption!)*

Das größte Problem aber bleibt die mangelnde oder sogar fehlende Sprachkenntnis, denn wer den Lehrer nicht verstehen kann, kann nichts lernen. Analphabeten, Schulabgänger ohne Abschluss und Fähigkeit zum sinnverstehenden Lesen sind eben im Berufsleben eine *Conditio*, ohne die es nicht geht, ohne die es nicht gehen darf. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das gilt auch für FPÖler!)* Auch für Efgani Dönmez. Der kann aber anscheinend lesen, im Unterschied zu anderen aus dieser Richtung, meine Damen und Herren. Diese Gruppe ist überproportional vorhanden und im Berufsleben schwer unterzubringen.

Ich brauche die anderen Problembereiche nur anzureißen, ich habe sie schon oft erwähnt. Überhöhter Prozentsatz bei der Kriminalität. Bestimmte Deliktgruppen sind schon in einer Hand. Dann gibt es auch noch andere, die ihre Instrumente und Stimmen in den Straßenbahnen zum Hören bringen und unsere Ohren quälen. Auch die Bettler und Prostituierten haben alle überwiegend Migrationshintergrund.

Da kommt der Einwand von Ihrer Seite, man muss Verständnis und Toleranz haben, aber diejenigen, die das sagen, die sind meistens nicht davon betroffen. Dem Bgm Häupl kratzt keiner mit der Violine im Dienstauto in die Ohren, wenn er irgendwohin fährt. Ich bin auch sicher, dass bei der Frau StRin Brauner kein Migrant in der Wohnung nebenan nach Mitternacht noch Lärm macht, dass sie das nicht aushalten kann. Der Frau Stadträtin, da bin ich sicher, geht es, wenn sie ihren Arbeitsplatz betritt, auch anders als den Liesingern. Sie wird keine gebrauchten Präservative und zerrissene Taschentücher vor ihrer Tür finden. *(Zwischenruf von Amtsf StRin Sandra Frauenberger.)* Ja, vielleicht finden Sie es dort. Wenn es Ihnen gefällt, ist es recht. Ich habe aber vom Arbeitsplatz gesprochen. Von da kommen die Beschwerden bei mir aus dem Bezirk. *(GR Senol Akkilic: Wer geht denn zu diesen Frauen?)* Es schaut vielleicht im Rathaus manchmal so aus nach dem Life Ball in der Früh. Sonst sind wir das in Liesing nicht gewohnt und werden uns auch daran nicht gewöhnen, das verspreche ich Ihnen. *(GR Senol Akkilic: Wer geht denn zu diesen Frauen?)* Die Liesinger werden es Ihnen dann auch zeigen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ganz problematisch wird es, wenn der religiöse Fanatismus ausbricht und Vereine gefördert werden, die eigentlich wenig mit Demokratie zu tun haben. Jetzt lese ich Ihnen einen Leserbrief vor:

„Ich persönlich erkenne eine äußerst bedenkliche Entwicklung in unserer Gesellschaft. Unter dem Deckmantel der Integration und des interreligiösen Austausches werden Vereine und andere Institutionen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern in Österreich gegründet. Diese tragen jedoch meiner Wahrnehmung nach, die einen mehr, die anderen weniger, eher zu einem Auseinanderdriften in der Gesellschaft als einem Zusammenrücken bei.“

Wissen Sie, wer diesen Leserbrief geschrieben hat? Ein gewisser Efgani Dönmez, Bundesrat der GRÜNEN aus Linz. Das sagen Ihre eigenen Leute, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Senol Akkilic.)* Ich kann es Ihnen gerne zur Verfügung stellen, wenn Sie nicht mehr wissen, was Ihre Leute sagen. *(GR Senol Akkilic: Ist das der gefälschte Leserbrief?)* Nein, nein, das ist nicht der gefälschte Leserbrief, Herr Kollege, das ist ein anderer, den Sie meinen. Der ist aus der Zeitung. Erst ruhig denken, sinnverstehend lesen und dann schreien und nicht umgekehrt, Herr Kollege. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn dann Ihre eigenen Leute, die nicht aus unserem Lager kommen, wie der Herr Dönmez oder der Herr Ceipek und so weiter warnen, dann werden sie beschimpft oder mundtot gemacht. „Fuck off!“, hat so fein Ihr Landessprecher ihm ausrichten lassen. Beim Kollegen Pilz war er ruhig, als der das Gleiche gesagt hat. Wobei ich nicht glaube, dass der Herr Kollege Pilz der richtige Mann ist, um uns Demokratie beizubringen. Denn der, der heute die Demokratieprüfung für andere verlangt, ist ja – allerdings begleitet damals noch von Bgm Häupl und anderen aus der SPÖ – nach Moskau gereist, um dort die heilige Erde Russlands zu küssen. Das war seine damalige Demokratieeinstellung, und heute geht er her und zensiert die anderen. Der Pilz ist da der Falsche, um sich hier zum Schützer der Demokratie aufzuspielen. Das wäre ja geradezu so, als wenn Ihr berühmter-berühmter grüner Europaabgeordneter, den der Herr Ellensohn auch so liebt, zum Kinderschützer mutieren würde. Das alles zeigt sich aber und zeigt, wie die Entwicklungen sind und dass es so einfach nicht weitergeht.

Zum Abschluss aber noch ein Wort zu einem anderen Bereich meines Bezirkes, einem ganz speziellen, nämlich zur Prostitution. Draußen vor der großen Stadt, Frau Stadträtin, auf der Brunner Straße, da tummeln sich zum massiven Ärger der Liesingerinnen und Liesinger die Bordsteinschwalben schon am helllichten Tag. Offene Anmache auf der Straße, Belästigung von Frauen, Dreck. Liesing wird in Teilen zum Freiluftbordell von Wien-Süd gemacht. Und das von Ihnen, meine Damen und Herren, von der SPÖ und von den GRÜNEN. Das ist ein Faktum, und das merkt auch die Frau Stadträtin mittlerweile. Anfangs hat sie gesagt, sie hat keine Briefe bekommen von den Bürgern. Mittlerweile habe ich Kopien von Briefen, die Bürger an sie geschrieben haben.

Ihr Bezirksvorsteher kriegt täglich mehrere davon, und er hat deswegen auch unserem Antrag stattgegeben. Es gibt jetzt den Wunsch des Bezirkes Liesing, als ersten Schritt einmal zumindest die Prostitution am Tag

zu verbieten. Die GRÜNEN haben sich furchtbar aufgeregt, das ist eh ganz klar, dagegen gezetert. Die GRÜNEN im Bezirk haben anders gestimmt, aber das kommt jetzt immer öfter vor, dass SPÖ und GRÜNE anders stimmen, die Harmonie ist da etwas gestört. Der Bezirksvorsteher ist mit uns auf einer Linie und hat mehrfach gesagt, Frau Stadträtin, das Gesetz ist schlecht und das Gesetz gehört geändert.

Das wird spannend werden. Ich meine, Sie haben einmal schon in Liesing einen Bezirksvorsteher im Stich gelassen, aber ich glaube, Sie werden sich das nicht leisten können, das auf Dauer durchzuhalten, denn der Druck der Liesinger Bevölkerung ist stark, und er wird noch steigen. Wir werden uns auch nicht damit zufriedengeben können, dass nur tagsüber niemand draußen steht. Wir werden auch sehr genau überprüfen, ob dieses Versprechen, das Sie uns gegeben haben, eingehalten wird. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Seine Zeit ist mit 5 Minuten und 30 Sekunden beschränkt. Ich stelle die Uhr auf 6 Minuten.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Die Problematik Gewalt möchte ich anhand einer konkreten Situation anreißen. Gewalt gegen Frauen wird auch dann ausgeübt, wenn man sich den Ehepartner nicht selber aussuchen kann, sondern wenn der von der Familie einem zugewiesen wird. Auch dieses Phänomen hat etwas mit den Parallelgesellschaften zu tun, über deren Existenz man ja jetzt, glaube ich, nicht mehr diskutieren muss. Wir stehen vor der Situation, dass manche Zuwanderermilieus eben einfach nicht integrationswillig sind *(Beifall bei der FPÖ.)*, sondern hier ihre überkommenen Familien- und Wertevorstellungen in unser westliches System bringen.

Es ist natürlich eine Frage: Ist Demokratie wirklich nur eine Spielregel, wo man formalisierte Abläufe normiert, oder hat Demokratie auch etwas mit einer inneren Werterhaltung zu tun? Wenn ich mir unseren Grundrechtskatalog ansehe, der seit dem 19. Jahrhundert auf Verfassungsstufe steht, dann ist Demokratie nicht nur eine Spielregel, sondern Demokratie hat auch etwas mit Werten zu tun. Gerade die Gleichstellung von Mann und Frau ist eine Errungenschaft – wir sind sicher noch nicht dort, wo wir sein möchten –, und deswegen darf man es nicht tolerieren, dass hier aus dem Orient Vorstellungen hereingebracht werden, die mit dieser Wertvorstellung nichts zu tun haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Ministerpräsident Erdogan – man kann ja nicht sagen, dass man nicht weiß, wohin die Reise geht –, der hat gesagt: „Demokratie ist eine Straßenbahn, in die steigt man ein, fährt ein paar Stationen, und wenn man am Ziel angekommen ist, dann steigt man wieder aus.“ Er hat das Problem, dass ein Teil seiner Bevölkerung eben noch weiter in der Demokratie mitfahren möchte, er ist schon ausgestiegen. Diese Problematik haben wir, und das macht mir dann schon Angst, wenn in Österreich von unseren Freiheiten, auf die wir stolz sind, Ge-

brauch gemacht wird, das Ziel aber eigentlich eine ganz andere Gesellschaft ist.

Da hat eine Demokratie auch die Aufgabe dagegen-zuhalten. Wir wollen eben die Errungenschaften, die wir im Westen uns erkämpft haben und die uns nicht in den Schoß gefallen sind, nicht opfern. Da muss man schon sagen, ohne dass man jemanden zurückschickt und ausweist und so weiter, das würde ja auch den Wertvorstellungen widersprechen, aber wer die westliche Lebenshaltung und Lebensweise partout nicht haben möchte, der hat auch im Westen nichts verloren. Es gibt genug Länder, wo man sich diesbezüglich ausleben kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es kann ja auch nicht sein, dass wir unser Geschichtsbild revidieren müssen, dass man im Unterricht nicht mehr von einer Türkenbelagerung sprechen soll, sondern das alles, ich weiß nicht, neutralisieren soll. Man soll dazu stehen. Seien wir froh, dass wir nicht in so einer Gesellschaft leben, wo Millionen Menschen davonlaufen, wo man von einer Diktatur in eine andere Diktatur hineinkommt, sondern wo wir uns eben so, wie wir das möchten, auf Basis unserer Grundwerte auch entsprechend entfalten können.

Diese Entfaltungsmöglichkeit kommt auch anderen zu, aber es muss irgendwo eine Grenze geben, wo man dann halt sagen kann, wenn die Demokratie nur dazu missbraucht wird, um sie dann abzuschaffen. Das haben im Endeffekt auch die Nationalsozialisten gemacht. Die haben sich wählen lassen, Mehrheit haben sie keine bekommen, und auf einmal haben sie gesagt, so, und das war die letzte Wahl, denn jetzt brauchen wir keine Wahlen mehr. Das ist eigentlich wirklich eine Gefahr, und der muss man sich stellen.

Eine wohlverstandene Integrationspolitik stellt nicht nur auf Formalismen ab, dass jemand jahrelang da ist und, ich weiß nicht, unbescholten ist. Das ist natürlich wichtig, aber es muss schon auch eine innere Bejahung – wie man die feststellen kann, das weiß ich nicht – unsere Werteordnung da sein, denn sonst haben wir wirklich ein ganz massives Problem.

Da kann man dann schon die Frage stellen, ob die vielen Millionen Euro, die wir in diverse Vereine stecken, zu Segregation oder wirklich Integration führen. Ich befürchte, in vielen Fällen ist es nicht Integration, es ist Segregation. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich meine, man muss sich schon auch einmal die Frage stellen: Was wäre, wenn in Österreich ein Politiker – egal, aus welchem Grund demonstriert wird; lassen wir jetzt einmal diese vergangenen Demonstrationen weg – sich hinstellt und sagt, Leute, die demonstrieren, sind G'sindel, sind Terroristen und so weiter. Ich meine, das muss ja auch von den GRÜNEN zurückgewiesen werden. Ihre eigene Parteifreundin aus Deutschland ist dort vom Tränengas eingenebelt worden. Es ist darum gegangen, dass ein Platz nicht zubetoniert wird. Das wäre ja eigentlich ein grünes Anliegen. Und dann wird man zum Terroristen, dann wird man zum ich weiß nicht, was. Also das ist eigentlich unglaublich. Da sieht man eigentlich schon, wie weit entfernt man da auch von einer echten demokratischen Gesinnung ist.

Es hat in Österreich keinen namhaften Politiker gegeben, der irgendwann so etwas gesagt hätte. Vielleicht hat er geschimpft, weil er auf der 2er-Linie wieder einmal nicht weitergekommen ist, und hat sich gedacht, das ist ein G'sindel, jetzt gehen sie schon wieder, aber sagen tut man nichts. Das hat eigentlich mit Demokratie wenig zu tun, dass friedliche Demonstranten, die für Bäume in einem Park sind, als Terroristen und G'sindel bezeichnet werden.

Und wenn dann Menschen, die schon jahrelang hier in Österreich sind, hergehen und sich sozusagen auf Knopfdruck auf die Straße begeben und diesem Ministerpräsidenten die Mauer machen ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte zum Schlusssatz kommen.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(fortsetzend)*: ... meine Damen und Herren, das ist nicht Integration, das ist Parallelgesellschaft. Und das wollen wir nicht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Tanja Wehsely. Ich erteile es ihr. Ihre Zeit ist auf 15 Minuten eingestellt.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: 115 Minuten stehen da. Keine Angst!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Das wäre ein bisschen zu viel. Entschuldigung!

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(fortsetzend)*: Genau. Ihr braucht euch nicht zu fürchten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Jetzt ist es wieder zu wenig. Fang bitte an.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(fortsetzend)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Gäste auch auf der Galerie! Und hallo auch an alle vor den Computerbildschirmen und im Netz. Wir haben schon einige SMS erhalten und haben MitdiskutantInnen heute dabei, was wirklich sehr nett ist. Herzlichen Dank dafür!

Nur kurz zur Erläuterung: Wir diskutieren in diesen Tagen den Rechnungsabschluss der Stadt Wien und in diesem Moment das Ressort der Frauenstadträtin Sandra Frauenberger, wo es um die Themen Frauen, Integration, Diversität, KonsumentInnenschutz und Personal geht. Das alles ist im Ressort unserer StR Frauenberger beheimatet, und unsere Aufgabe ist es, die Ausgaben, die sinnvollen Ausgaben – oder wie die Opposition findet, weniger sinnvollen Ausgaben – hier zu verhandeln und darzustellen.

Ich möchte mich für meine Fraktion, das ist die SPÖ, besonders den Themen Frauen, Integration und Diversität widmen, also wie kann man Vielfalt in unserer Gesellschaft fördern. Und warum möchte ich das machen? Weil ich mir denke, dass es in diesem Ressort ganz besonders um Gleichstellung, um Chancen und um Förderung für alle Wienerinnen und Wiener geht und in diesem Ressort eben auch ganz besonders um den Bereich der Mädchen und Frauen. Was ist aus meiner Sicht ganz besonders gelungen in diesem Ressort und warum wirkt es über seine Grenzen hinaus – also nicht nur, obwohl es natürlich schon so viel zu bearbeiten gibt

–, warum wirkt es nicht nur in diesen Bereichen, sondern auch in die Bereiche der Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik, der Jugendpolitik, der Familienpolitik, der Sozialpolitik? Warum finde ich, ist das so gut gelungen? Dem möchte ich mich ein bisschen widmen in der heutigen Rede. Wie gesagt, es geht vor allem um Frauen, Integration und Diversität.

Was ich vorher noch kurz sagen möchte: Erstaunlicherweise ist offenbar für ÖVP und FPÖ ein Leistungsträger grundsätzlich jemand, der viel Geld hat, ob geerbt oder wie auch immer. Für uns jedenfalls gibt es noch andere Personen, die wir auch als Leistungsträger empfinden. Das sind für uns auch jene in unserer Gesellschaft, die für das tägliche Dasein sorgen, die unsere Baustellen bearbeiten, die unsere Straßen bauen, die uns bewirten, die Kellnerinnen und Kellner sind, die Kassiererinnen und Kassierer sind, mit denen wir tagtäglich zu tun haben. Ganz besonders in den Augen der Österreichischen Volkspartei sind das offenbar keine Leistungsträger, und das finde ich sehr, sehr schade, denn für uns sind sie das jedenfalls schon. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben ja die Frau Feldmann vorhin gehört, und sie hat ein ganz großes Stück ihrer Redezeit, ich würde sagen, verschwendet, uns zu erklären, wir sollen nicht so neidig sein und nicht so einen Pick auf die Millionäre in Österreich haben. Also das sind halt für uns nicht unbedingt die Leistungsträger, sie sind es möglicherweise auch, aber es bemisst sich die Leistung, die ein Mensch erbringt, nicht unbedingt in den Massen an Geld, die er hat, sondern daran, was er beiträgt zu einer Gesellschaft. Daran misst sich für uns Leistung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Auch wenn wir uns den Antrag der ÖVP durchschauen, den Kollegin Feldmann eingebracht hat, dann muss man dazu natürlich auch wieder sagen, liebe Frau Kollegin, ja, wir sind sehr dafür, dass das alles gemacht und bearbeitet wird, nur zu Ihrer Information: Das ist Regelprogramm und wird natürlich bereits jahrelang bearbeitet und wird weiter bearbeitet werden. *(GRin Mag Barbara Feldmann: Aber was kommt dabei heraus?)* Auch wenn Sie vielleicht einmal Ihre Meinung ändern und finden, das ist eh alles nicht wichtig, werden wir es trotzdem weiter machen. Aber danke, dass Sie sich die Mühe gemacht haben, das zusammenzufassen, was wir tun. Wunderbar! *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Werden Sie zustimmen?)* Also Sie haben es offenbar mitbekommen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Aber Pseudoanträge sind nicht angebracht, möchte ich nur sagen. Man soll ja das hier alles nicht ins Lächerliche ziehen, sondern seriös diskutieren. *(GRin Mag Barbara Feldmann: Dann machen Sie es!)*

Was ich glaube, was wir glauben, was die wirkungsvollste und die wichtigste Unterstützung ist, die wir vor allem auch Frauen bieten können, die wir Mädchen bieten können, aber natürlich auch Familien, also in Zukunft auch Vätern, ist, dass wir darauf schauen, dass es Rahmenbedingungen gibt, die es Menschen ermöglichen, die es vor allem Frauen ermöglichen, ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen. *(GR Mag Wolfgang*

Jung: Nichts dagegen einzuwenden!) Das heißt, Arbeitsplätze für Menschen – für Männer wie für Frauen, ganz besonders auch für Frauen –, die ihnen ein eigenes Auskommen, ein eigenes Einkommen für ein gutes Leben ermöglichen. Und diese Rahmenbedingungen schaffen wir in vielerlei Weise.

Jetzt komme ich zurück zum Beginn. Wieso finde ich, dass besonders in diesem Ressort auch die Querschnittsmaterien, also jene, die in alle anderen Bereiche wirken wie Integration und Frauenfragen, so gut bewerkstelligt sind? Weil Sandra Frauenberger viele dieser Dinge schon vor Jahren begonnen hat wie Bildungspass, wie „Start Wien“, das Integrations-Coaching für NeuzuwanderInnen, wie auch die Vorgänger des Jugend-Coachings, also jenes Angebotes, das wir jetzt in allen 8. und 9. Schulstufen in Wien in den Mittelschulen haben, und weil das alles auch von Sandra Frauenberger und ihren Abteilungen miterfunden und auf den Weg gebracht wurde und in vielerlei Weise Vorbild auch für verschiedene Angebote Österreichs auf Bundesebene ist, wo es meistens von unserem Bundesminister Rudolf Hundstorfer umgesetzt wird.

Es geht dabei um einen Qualifikationsplan. Wir wissen, dass wir zu wenig gut ausgebildete Menschen in Wien haben. Wir haben zu viele Abbrecher, wir haben zu viele Leute, die nur einen Pflichtschulabschluss haben. Es ist deswegen sehr, sehr erfreulich, dass ihr *(Die Rednerin spricht die Schüler auf der Galerie an.)* alle weiterlernt und dass ihr einen höheren Abschluss anstrebt. Ich wünsche euch wirklich viel, viel Erfolg dabei. Haltet durch! Schönen Sommer jetzt, aber dann bitte unbedingt weitermachen, denn nur mit höherer Qualifikation ist die Sicherheit am Arbeitsmarkt gegeben. Jede Qualifikation, die man erwirbt über die Pflichtschule hinaus, garantiert nicht nur mehr Gehalt, mehr Lohn, sondern auch mehr Sicherheit am Arbeitsplatz und ein besseres Weiterkommen auch später, wenn man dann noch Matura machen will, studieren will et cetera

In diesem Qualifikationsplan der Stadt Wien sind nicht nur das Arbeitsmarktservice, der Wiener Stadtschulrat und der ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds dabei, sondern natürlich auch ganz viele Maßnahmen, die unsere Stadträtin auch im Rahmen von Basisbildung anbietet. Dazu gehören auch viele Deutschkurse, die für Menschen, die zu uns kommen und noch nicht lesen, schreiben, rechnen können, angeboten werden. Das ist alles sozusagen eingespeist und eingetaktet in den ganzen Qualifikationsplan der Stadt Wien.

Es ist sehr, sehr wichtig, dass wir uns in diesem Rahmen auch ganz besonders um Junge kümmern. Kollege Christoph Peschek wird das nachher auch in seinen Ausführungen beim nächsten Ressort, das wir verhandeln, das ist das Ressort des Bildungsstadtrates Christian Oxonitsch, genauer darstellen. Aber lasst mich nur so viel dazu sagen: Ein ganz besonderer Fokus gilt auch jenen Jugendlichen – das mögt jetzt nicht ihr sein –, die es nicht so leicht haben, die weniger Unterstützung von zu Hause haben, um zu schauen, wie wir ihnen auf dem Weg von der Schule in den Beruf helfen können, ihnen eine Lehre vermitteln, zu einer Lehrstelle verhelfen

können. Auch da geht es viel um Förderung der Sprachkenntnisse, Förderung der deutschen Sprache, Unterstützung bei Perspektivenentwicklung – was interessiert mich überhaupt, wo möchte ich hin –, und es ist richtig und wichtig, dass diese Punkte nicht nur in einem Jugendressort sind, nicht nur in der Schule diskutiert werden, nicht nur am Arbeitsmarkt, sondern eben auch unter dem Aspekt, wie kann man einerseits Mädchen besonders fördern und wie kann man andererseits sich mit den Programmen auch für Integration in diese ganzen Bildungsmaßnahmen einklinken.

Warum ist das so wichtig? Selbstbestimmt leben, unabhängig leben kann ich nur mit ausreichender Bildung und mit einem Job, der mir dieses Leben ermöglicht. Das heißt – das ist ja die SPÖ auch, das war sie immer und wird es immer sein –, es geht um eine Bildungsbewegung, die die Menschen dabei unterstützt, unabhängig zu sein. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Bei der Frauenförderung und der Mädchenförderung geht es natürlich ganz besonders darum – und ich weiß schon, dass das nicht alle interessiert und nicht alle freut, das ist aber nicht mein Problem –, auch einen Ausgleich zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zu finden. Immer noch leisten Frauen nicht nur viel an bezahlter Arbeit, an Lohnarbeit, Erwerbsarbeit, sondern natürlich auch an unbezahlter Arbeit, also alles, was Haushalt, Kindererziehung et cetera betrifft, wird zu einem überwiegenden Teil von Frauen gemacht. Das muss nicht sein, und es soll auch nicht sein. Und ehrlich gesagt, die Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt und zu Hause wird erst entstehen, wenn dieser Ausgleich zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit geschafft ist. Ich glaube auch, dass es für alle befriedigend ist, für Männer wie für Frauen, wenn sie sich einerseits im Beruf verwirklichen können und andererseits aber auch für ihre Familie Sorge tragen. Das ist eine sehr, sehr schöne Sache, aber gleichberechtigt und Halbe-Halbe, sonst wird es fad.

Dann kommen wir auch zu der Kampagne, die wir schon vor einiger Zeit lanciert haben und die ja auch zu diversen Debatten geführt hat, die aber zu dem passt, was ich jetzt gesagt habe, nämlich dass Halbe-Halbe und die gerechte Aufteilung von Erwerbsarbeit und Hausarbeit wichtig sind, zu unserer Kampagne „4Wände 4Hände“: Hier haben wir ja in besonders ansprechender und durchaus auch witziger Form thematisiert, wie eigentlich die Hausarbeit, die Reproduktionsarbeit verteilt ist, wer was in Sachen Einkaufen, Kinderbetreuung bis hin zu Bügeln und Staubsaugen macht. Ich sage es gleich, ich mache es nicht.

Warum haben wir das diskutiert und warum ist das natürlich auch von den konservativen Kräften stark angefeindet worden? Wir diskutieren es deswegen, weil wir glauben, dass natürlich auch das Private politisch ist. Denn wenn wir uns nicht gemeinsam darauf einigen können, dass wir alle dieselbe Arbeit leisten, im Betrieb, im Job, aber auch zu Hause, dann werden wir die Gerechtigkeit nicht finden, und das wird uns auch nicht gemeinsam zu einer gerechten Welt führen. Das heißt, es ist ganz wichtig, dass wir einen Beitrag dazu leisten: Was sind Männerrollen, was sind Frauenrollen, wer ist

wofür zuständig? Wieso sind nicht alle einfach für alles zuständig? Es ist doch natürlich so, dass ein moderner Mann bügeln, kochen und für sich selber sorgen kann. Es würde mir komisch vorkommen, wenn da jetzt jemand sagt, er kann das nicht. Das glaube ich nicht. Es ist aber wichtig, dass man es sich wirklich genau einteilt und genau aufteilt. Und da haben wir ganz besonders viele Hoffnungen in eine nächste und eine junge Generation, für die das wahrscheinlich und hoffentlich dann schon selbstverständlich sein wird und man nicht mehr ewige Diskussionen führen muss. Wo man dann eigentlich gar nicht mehr versteht, wie es sein kann, dass man nicht für sich selbst sorgen möchte.

Ich möchte noch einmal das aufgreifen, was meine Kollegin Nurten Yilmaz gestern bei der Generaldebatte zum Rechnungsabschluss der Stadt Wien gesagt hat. Sie hat den Qualifikationsplan, also das gemeinsame Bemühen aller zuständigen Stellen in der Stadt Wien, um Menschen weiterzuhelfen, um ihnen zu höheren Abschlüssen zu verhelfen, um ihnen zu mehr Qualifikation und sicheren Arbeitsplätzen zu helfen, so bezeichnet: Der Qualifikationsplan Wien 2020 ist quasi die Donauinsel für den Arbeitsmarkt, und die Dämme sollen Bildung und Ausbildung sein, um in Zukunft auch vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Das ist ein sehr, sehr schönes Bild, das du gezeichnet hast. Für uns stehen auch in diesem Ressort im Vordergrund die Qualifikation von Menschen, Unterstützung für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben, kein Auseinanderdividieren von Österreichern der zehnten Generation und Österreichern der zweiten und dritten Generation, alle sind Wienerinnen und Wiener. Es geht um den sozialen Frieden, wir haben alle zu fördern, alle zu unterstützen. Dass Demokratie unser höchstes Gut ist, das brauche ich hier nicht extra anführen. Wer ein bisschen die Geschichte der Sozialdemokratie kennt, weiß, dass wir immer auf Seiten der Demokratie waren und immer gegen faschistoide und rassistische Strömungen gekämpft haben. Das wird auch weiterhin so sein. Denn ich sage euch, wir können nur gemeinsam stark sein und wir können nur gemeinsam unser gemeinsames Wien bauen. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass das gelingen kann und gelingen wird, und dass das auch jetzt schon gelingt. Uns auseinanderdividieren zu lassen, das wird zu nichts führen. Ich glaube, wir sind alle stolze ÖsterreicherInnen und Wienerinnen und Wiener. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für eine tatsächliche Berichtigung hat sich Frau GRin Mag Feldmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Wehsely, wenn Sie mir zugehört hätten: Ich habe nicht gesagt, dass wir Leistungsträger nur Millionäre sind. Es sind Menschen, die dieses System erhalten, einen Großteil der Sozialleistungen zahlen und die ihr Reichen-Bashing einfach nicht verdient haben, wenn Sie auf einer veralteten Ideologie politisches Kleingeld machen.

Das Zweite ist: Zeigen Sie mir, wo die Programme, die ich angeführt habe, schon alle durchgeführt werden.

Das ist nämlich auch nicht richtig. Denn, wenn sie durchgeführt werden würden, dann sind sie einfach unerfolgreich angesichts der Zahlen. Ich würde mir bei dieser Thematik etwas weniger Polemik wünschen, weil bei 300 000 Menschen an der Armutsgrenze, Gewalterfahrungen jeder 4. Frau, 10 Prozent Arbeitslosigkeit, 27 Prozent armutsgefährdete Kinder halte ich es nicht mehr für richtig, uns hier in reine Polemik zu vergraben. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: An der eigenen Nase nehmen! – GR Kurt Wagner: Die Wirtschaft braucht nur mehr zu zahlen! Setzen Sie sich für höhere Löhne ein!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: So, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, Emotion wieder ein bisschen zurück. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile es ihr. Ihre Redezeit beträgt einmal 12 Minuten.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Gäste auf der Galerie!

Liebe Kollegin Tanja Wehsely, ich schätze Sie sehr und ich schätze auch Ihr Engagement, aber ich denke doch, dass Sie absichtlich das Wort Leistung und das Prinzip der Leistungsträger missverstehen wollen. *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Ich habe es nicht missverstanden!)* – Doch. Sie versuchen uns ganz einfach als ÖVP in eine Ecke zu treiben – meine Kollegin Barbara Feldmann hat es gerade gesagt –, dass es nur um die Reichen und die Reichen der Reichen geht. So stimmt es nicht.

Sie haben Job und Bildung angesprochen und Sie haben den Jugendlichen oben auf der Galerie auch eindringlich gesagt, sie sollen schauen, dass sie durch ihre Ausbildung einen Job bekommen, weil dann auch ein leistbares Leben möglich ist. Und genau darum geht es nämlich, weil alle diejenigen, die durch ihre Bildung, durch ihre Ausbildung eine Leistung, sprich, eine Arbeit erbringen, erwerbstätig sind, unselbstständig oder selbstständig, jeder einzeln einen Beitrag leisten. Diesen Beitrag nennt man Steuern. Diese Steuern werden hier auch abgegeben, die verwalten Sie hier als SPÖ. Und wir setzen uns dafür ein, dass diese Ausgaben der Wiener und Wienerinnen hier auch sinnvoll – bei Vereinen, Projekten, was immer Sie auch als Stadtverwaltung tun – eingesetzt werden. Wir wollen hier keine Verschwendung und wir wollen deswegen immer wieder auch als Opposition darauf aufmerksam machen, wo Potenzial wäre, um einzusparen und nicht nur Einnahmen zu erhöhen, sondern auch ausgabenseitig einmal zu berücksichtigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt möchte ich zur Integration zurückkehren, weil das ein sehr wichtiges Thema ist. Es ist ein Thema, wo wir noch viel zu tun haben, auch wenn es schon sehr viele Vereine und Maßnahmen gegeben hat. Aber die haben offensichtlich in Wien nicht gegriffen, denn sonst hätten wir die Thematik Integration nicht so, wie sie jetzt ist. Offenbar haben die messbaren Ergebnisse, die die Stadt Wien durch die unzähligen Vereine, die Sie hier subventionieren, nicht das gebracht.

Es hat mich eigentlich sehr gefreut, dass auch zeit-

gleich ein wunderbarer Artikel in „News“ erschienen ist, über Sebastian Kurz, der bei einer Umfrage von „meinungsraum.at“ abgefragt hat, was den Zuwanderern hier wichtig ist.

Wir hatten ja vor einiger Zeit die Charta, bei der es um das Miteinander und das Zusammenleben der Zuwanderer, der hier Ansässigen, der Österreicher geht, und da haben sie uns ja auch einen Lagebericht abgewickelt. Aber bei den Menschen hier ist das Zusammenleben zwischen Migranten und Mehrheitsbevölkerung eher hinten gereiht, wenn man jetzt eine Skala von eins bis zehn nimmt. Wichtiger sind diesen Menschen die Gesundheit, die Kosten des täglichen Lebens, die Sicherheit und die Arbeitsplätze.

Da sind sie wieder, diese vier Säulen, die eigentlich wichtig sind, nicht nur für die Migranten, sondern auch für jeden einzelnen Wiener und jede Wienerin. Ich denke, da sollten wir auch wirklich ansetzen. Ein Zuwanderer fühlt sich erst integriert, wenn er einen Arbeitsplatz hat – sprich, er bringt eine Leistung für diese Stadt, für dieses Land – und wenn er weiß, dass seine Kinder betreut sind. Es ist also nicht so viel anders als das, was wir wollen. Und deswegen muss man genau in diesem Bereich auch die Menschen unterstützen.

Wir wissen, dass in Zukunft sehr viel Pensionierungen anstehen, wir wissen, dass wir weniger Jugendliche haben werden, und der Herr Peschek – jetzt sehe ich ihn nicht – wird auch ansprechen, wie wichtig die Lehre ist, wie wichtig die Ausbildung ist, wie wichtig die Plätze in den Unternehmen sind. Ich denke, das ist unser zukünftiges Potenzial. Dieses Potenzial, unsere Jugend, unsere Zukunft ist zu unterstützen, wie sie in Betriebe kommen, wie sie ihre Ausbildung, wie sie ihre Wege in die Zukunft gehen. Und dafür ist es auch wichtig, die wirtschaftlichen Betriebe zu unterstützen. Ich habe jetzt gerade gehört, dass man logischerweise mehr netto als brutto haben will. Das ist mir schon klar. Aber ich glaube, je mehr Menschen wir haben, die in dieses System einzahlen, die zufrieden sind, die ihre Steuern abgeben, desto besser ist es auch.

Ich möchte hier ein Beispiel nennen von einem Flüchtling, der aus Bosnien als 11-Jähriger hierher kam und keine Deutschkenntnisse hatte. Sein Vater war Gastarbeiter, hier integriert, hat von seiner Firma damals eine Wohnung bekommen, und die Kinder oder der Rest der Familie, seine Geschwister sind wegen des Krieges nach Wien geflüchtet. Er hat es – und er ist ein Beispiel für viele, die sich hier integriert haben – mit eigenem Willen, mit eigener Kraft, ohne einen Verein, ohne dass er eine Förderung erhalten hat, heute zu einer tollen Karriere geschafft. Er ist heute Prokurist einer Firma.

Aber wie hat er es geschafft? Er hat es geschafft, durch Freunde, durch die Schule, durch Freizeitaktivitäten diese Sprache zu lernen. Und darüber hinaus hat er durch seine Freunde nicht nur Deutsch gelernt, er hat auch Englisch gelernt, was ihm dann auch später wahn-sinnig viel gebracht hat. *(GRin Anica Matzka-Dojder: Alles durch die Freunde? Auch Englisch?)* – Wie bitte? *(GRin Anica Matzka-Dojder: Alles durch die Freunde? Auch Englisch?)* – Ja, weil sie in einer Band gespielt und

englische Lieder gesungen haben, zum Beispiel. Und Ihre Vereine bringen ihnen nicht einmal Deutsch bei. Die sind einfach gescheitert, Ihre Vereine, weil sie können sich nicht einmal informieren und viele können auch gar nicht Deutsch sprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt viele Beispiele. Er ist aus Bosnien und sagt, er will nicht namentlich genannt werden. Er ist in eine Flüchtlingschule gekommen, wo er nur mit Ausländern gegessen ist und keine Möglichkeit hatte, Deutsch zu lernen. Dann kam er in eine Hauptschule, wo 80 Prozent der Kinder nicht Deutsch sprechen konnten. Er sagt selbst, Deutsch ist für ihn wichtig, damit er bei der Bildung und im Beruf weiterkommt. *(GRin Nurten Yilmaz: Frau Kollegin, Sie haben so gut begonnen!)*

Dann sollen Sie mich bitte auch ausführen lassen. *(GRin Nurten Yilmaz: Das eine schließt das andere nicht aus!)* – Das ist schon richtig, dass das eine das andere nicht ausschließt, trotzdem muss man aber genauso diese Positivbeispiele hervorholen, wo es quasi ... *(GRin Anica Matzka-Dojder: Das liegt an den Strukturen!)* – Sie können dann herauskommen und reden, lassen Sie es mich jetzt zu Ende bringen, bitte! *(GRin Anica Matzka-Dojder: Das liegt an den Strukturen!)* – Kommen Sie heraus, wollen Sie statt mir reden? Ich habe genau noch vier Minuten. *(GRin Anica Matzka-Dojder: So etwas sagt man nicht!)* – Dann versuchen Sie es, schnallen Sie sich halt an, ich versuche ja auch immer, ruhig zu bleiben.

Ich möchte diese Personen hervorheben, weil sie nie von diesem System Geld genommen haben und so stolz darauf sind, dass sie nie arbeitslos waren, nie beim AMS gemeldet waren, nie zu irgendwelchen Vereinen gegangen sind, die Sie subventionieren. Sie haben sich selbst eine Wohnung geschaffen. Und sein Plan war auch, sich Eigentum zu schaffen, etwas für sich zu haben und dadurch Anerkennung zu bekommen. Und das sagt aber nicht nur er, sondern so denken viele aus dieser Zeit und auch die nächsten Generationen.

Diese Beispiele darf man nicht außer Acht lassen, weil ihnen das wichtig ist. Deswegen ersuche ich Sie, genau hier anzusetzen, Ihrer Verantwortung nachzukommen. Es geht nur im Miteinander und nicht im Gegeneinander. Deshalb ersuche ich Sie wirklich – auch wenn wir jetzt Opposition sind –, sich diese Sachen auch zu Herzen zu nehmen und hier gemeinsam zu kooperieren und zu schauen, wie wir das Asset der Migranten, unserer Jugendlichen für die österreichische Wirtschaft, für die Wiener Wirtschaft bestmöglich einsetzen, um ihnen eine leistbare Zukunft zu schenken – Danke. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm und weise auf seine selbstgewählten 11 Minuten Redezeit hin.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Gäste auf der Galerie! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, wenn man die Ruhe bewahrt und sich anschaut, wie sich eine Einwanderungsgesellschaft entwickelt, dann wird man auch bei Lösungen fündig

werden. Man wird schauen, wo die Problemlagen, wo die Entwicklungspotenziale sind und wo die Politik ansetzen kann. Wir haben versucht – die Kollegin Tanja Wehsely hat es schon gesagt –, mit einigen Projekten das Zusammenleben in der Stadt zu verbessern. Das Zusammenleben in der Stadt zu verbessern heißt nicht nur Inländer-Ausländer-Zusammenführung, sondern Problemlagen benennen, die uns im Alltag beschäftigen: Lärmprobleme, Nachbarschaftsprobleme, Probleme in der U-Bahn, Probleme im Park, in der Öffentlichkeit, in öffentlichen Räumen und so weiter und sofort. Und hier haben wir, wie ich glaube, durch die Wiener Charta gemeinsam eine neue Dialogform geschaffen, wo im 3. Bezirk freiheitliche Vertreter mit den Moscheevertretern zusammengekommen sind, wo Nachbarn, die sich miteinander nicht vertragen konnten, zusammengekommen sind, wo ältere und junge Menschen, ich sage jetzt einmal, insgesamt 8 000 Menschen mit einem positiven Willen zusammengekommen sind, um sich damit auseinanderzusetzen, wie wir das Zusammenleben in unserer Stadt verbessern können. Das macht ungefähr 15 000 Stunden aus. Die Ehrenamtlichkeit der Wiener Bevölkerung ist in diesem Punkt zu loben. Zu loben ist auch, dass diese Menschen miteinander in einer demokratischen Atmosphäre und Kultur gesprochen haben, dass es zu keinen Eskalationen gekommen ist. Für die Rahmenbedingungen, damit das gut abläuft, hat die rot-grüne Stadtregierung gesorgt. Ich glaube, es war europaweit wirklich ein einzigartiges Projekt, das von so vielen Menschen unterstützt wurde. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ist eine Einwanderungsgesellschaft eine heterogene oder eine homogene Gesellschaft? Eine Einwanderungsgesellschaft ist eine heterogene Gesellschaft, in der wir sehr viele Differenzen miteinander haben. Die Gemeinsamkeiten, die wir miteinander haben – das habe ich in meiner Antrittsrede 2010 gesagt –, das sind die österreichische Verfassung, die österreichische Demokratie, das sind die Werte der Französischen Revolution, sind die internationalen Menschenrechtsabkommen, sind die Europäische Menschenrechtskonvention. Auf dieser Grundlage bewegen wir uns alle.

Es gibt aber selbstverständlich Kräfte, die von diesen Abkommen und von diesen Grundlagen nicht viel halten. Es sind nicht nur, sage ich jetzt einmal, Migranten und Migrantinnen, die mit einer politischen Einstellung nach Österreich kommen, sich aber in der politischen Entwicklung in die eine oder andere Richtung verändern können. Es gibt auch Österreicher und österreichische Vereinigungen, die von diesen Werten nicht viel halten, zum Beispiel die österreichischen Monarchisten. Das heißt, bei der Einstellung zur Demokratie, bei der Einstellung über die Entfaltung der Demokratie haben wir unsere großen Gräben, die Freiheitlichen und wir, zum Teil auch die ÖVP.

Wir finden, dass die österreichische Demokratie ausbaufähig ist, wenn wir zum Beispiel das Wahlrecht auf Bezirksebene für Drittstaatsangehörige oder auf Gemeindeebene für EU-BürgerInnen einführen möchten.

Konkretisieren wir das Ganze. Senol Akkilic kommt

1979 nach Österreich, arbeitet in Österreich, denkt in Österreich, lebt in Österreich und diskutiert über die österreichische Demokratie. Ich möchte den Ausbau der österreichischen Demokratie haben, weil ich in Österreich gelernt habe, dass in einigen europäischen Städten die MigrantInnen das Wahlrecht haben. Die Österreichische Volkspartei ist dagegen – ewig hier, hier geboren, ist nicht am Ausbau der österreichischen Demokratie interessiert. Was macht jetzt die demokratische Einstellung aus? Hier in Österreich geboren sein oder die politische Einstellung zu einem gesellschaftlichen Phänomen, das uns weiterbringt?

In dieser Demokratie, meine Damen und Herren, haben sich durch die transnationale Politik und die Einwanderungspolitik selbstverständlich neue Paradigmen ergeben. Das heißt, die Einflussnahme der Ereignisse auf der Welt auf die hiesige Bevölkerung ist spürbar, das habe ich immer gesagt. Ich habe gesagt, in einer Einwanderungsgesellschaft gibt es transnationale Lebensweisen, und diese transnationalen Lebensweisen heißen auch, dass man sich in die internationale Politik einmischt, nicht nur aus Betroffenheit, sondern auch aus Solidarität. Ich erinnere an sämtliche Solidaritätsbewegungen mit Nicaragua in Österreich, ich erinnere an sämtliche Projekte, die derzeit im internationalen Bereich aktiv sind. Und es gibt ja auch Menschen – und das unterstreiche ich auch –, die mit den Entwicklungen in ihren Herkunftsregionen konfrontiert sind und auch ein Interesse daran haben. Ich erinnere nur an den Jugoslawien-Krieg, an Demonstranten serbischer Herkunft in der Innenstadt, mit serbischen Fahnen. Und ich erinnere daran, dass Heinz-Christian Strache immer mit dem serbischen Banner herumgelaufen ist.

Das heißt, die Einwanderungsgesellschaft und die transnationale Politik erfordern auch von uns, genau hinzuschauen, auch mitzureden und sich einzumischen. Die reden zum Beispiel in der Form mit, dass sie die Gezi-Park-DemonstrantInnen unterstützen. Sie sehen in den Gezi-Park-DemonstrantInnen widerständige Leute, die sich gegen einen autoritären Erdogan auflehnen, genauso wie ich. Ich nehme Stellung auf Seite jener Personen, die sich gegen den autoritären Stil von Erdogan auflehnen, internationale Politik, transnationale Politik. (GR Gerhard Haslinger: *Beten Sie zu Allah? Wo war das zu lesen?*) – Sie haben Ihre Meinung dazu gesagt. – Das beschäftigt uns. Und ich teile die Meinung jener Leute überhaupt nicht, die am 23. Juni auf die Straße gegangen sind, mit türkischen Fahnen oder mit – wenn ich Sie korrigieren darf, Herr Jung – „Ya allah bismillah allahu ekber!“. – Ich lehne diese Politik, diese Einstellung zur Gesellschaft und zur Politik grundsätzlich ab. Und ich bin nicht der Einzige in dieser Gesellschaft. Martin Margulies lehnt das auch ab, Jennifer Kickert lehnt diese Politik ab. Ich nehme an, Christian Hursky lehnt diese Politik ab, Omar Al-Rawi wahrscheinlich auch. Die Vielfalt der Gegner und Befürworter ist multinational, multiethnisch, multikulturell. Da finden wir uns auf einer Ebene, sage ich jetzt einmal. (StR Mag Manfred Juraczka: *Was wollen Sie uns sagen?*)

Aber wie geht man mit diesen Demonstrationen um?

Es sind Menschen auf die Straße gegangen, die seit Jahrzehnten in Österreich leben und deren Kinder hier auch in die Schule gehen. Wir stehen als Demokraten zur österreichischen Demokratie und vertrauen auch der österreichischen Demokratie. Aber es muss eine inhaltliche politische Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaftsgruppe beziehungsweise mit dieser politischen Einstellung – nicht in Form von Türken versus Österreicher, sondern konservativ, streng konservativ-islamische Einstellungen und provokativ demokratische Einstellungen – stattfinden. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Wenn wir die Trennlinie so aufbauen, dass wir sagen, hier sind die Türken und da sind die Österreicher, dann machen wir einen Fehler. (GR Mag Wolfgang Jung: *Das ist ganz einfach. Wir haben eine Trennung von Kirche und Staat!*) Denn ich weiß, dass sehr viele Türken, Kurden, Bosnier und sonstige auch im Votivpark die Veranstaltung unterstützt haben, die sehr friedlich verlaufen ist. Wir als Parteien sind aufgefordert, und da schaue ich die ÖVP an, weil die ÖVP derzeit mit zwei, drei migrantischen KandidatInnen in die Wahl geht. (GRin Ing Isabella Leeb: *Mit Menschen, egal, wo sie herkommen!*). – In der Berichterstattung steht, dass der Salzburger Kandidat ein Moslem ist. Als ich bei den GRÜNEN kandidiert habe, hat man nicht gesagt, das ist ein Migrant, Atheist, Kurde oder sonst etwas, sondern, es kandidiert Senol Akkilic. Diese Vielfalt der Normalität muss her. Der Umgang mit solchen Gruppen, um Wählerstimmen zu rekrutieren, darf uns nicht dazu verleiten, dass wir mit falschen Leuten Bündnisse schließen.

Herr Aichinger ist nicht da? Herr Juraczka, Sie kennen zum Beispiel den Herrn Hasan Vural. Hasan Vural soll laut Medienberichten die Demonstration am 23. Juni unterstützt haben und auch dazu aufgerufen haben, an dieser Demonstration teilzunehmen. Ich rate Ihnen, gehen Sie der Sache nach, denn wenn Herr Hasan Vural eine Demonstration für autoritäre Menschen unterstützt, möchte ich nicht wissen, was er sagt, wenn er in den Nationalrat einzieht. Ich fordere Sie auf, der Sache nachzugehen, welche Leute auf Ihrer Nationalratswahlliste in Wien stehen. (StR Mag Manfred Juraczka: *Jetzt erklären Sie mir gerade, dass man diese Demonstrationen akzeptieren soll!*) Gehen sie dem nach, eine autoritäre Demonstration für Erdogan am 23. Juni, zu der Erdogan live dazugeschaltet wird. Und der Herr Hasan Vural ... (StR Mag Manfred Juraczka: *Was ist eine autoritäre Demonstration?*) – Die Demonstration für Herrn Erdogan am 23.! (StR Mag Manfred Juraczka: *Es gibt ein Demonstrationsrecht, es gibt keine autoritären Demonstrationen!*) Ja, gut. Aber die ÖVP hat ja grundsätzlich damit ein Problem, weil die AKP Mitglied der europäischen Union der Volksparteien ist. Sie ist nach wie vor, obwohl Spindelegger Stellung bezogen hat, beim Bündnis dabei.

Einen letzten Satz noch zum Thema Eigentumfeindlichkeit der GRÜNEN: Schauen Sie, wenn die Reichen nicht das Eigentum in ihren Händen in Form von Aktien, Kapital und so weiter und so fort monopolisiert und stattdessen an die Bevölkerung verteilt hätten, dann hätten wir in der Gesellschaft mehr Eigentümer. – Danke schön. (Beifall bei den GRÜNEN. – Unruhe bei der ÖVP. – GR

Dipl.-Ing Martin Margulies: Knopf drücken, aufregen!)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Der Einzige, der auf einen Knopf drücken muss, bin ich. (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*) Start und Stopp und Zeit. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Bei ihm drücke ich auf eine Zeit von 5 Minuten. Ich erteile ihm das Wort.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Bevor ich auf meinen Vorredner eingehe, möchte ich noch das anbringen, was ich eigentlich sagen möchte. Wenn man beim Rechnungsabschluss 2012 über Integration spricht, dann sollte man eines nicht außer Acht lassen, und das wurde heute überhaupt noch nicht erwähnt, das ist die Subventionsförderung der Vereine. Da sprechen wir ja von immerhin 21 Millionen EUR, die Organisationen zukommen, die privat organisiert sind. Ich möchte die Vereinsdefinition vielleicht kurz zur Auffrischung in Erinnerung rufen: Ein Verein ist ein freiwilliger, auf Dauer angelegter, auf Grund von Statuten angelegter, organisierter Zusammenschluss mindestens zweier Personen zur Verfolgung eines bestimmten gemeinsamen ideellen Zwecks.

Diese zwei Personen haben sehr oft Parteinähe zur SPÖ, und wahrscheinlich auch zu den GRÜNEN, sie erfinden eine Vereinigung mit einem ideellen Zweck, und wir fördern diese ideellen Werte mit öffentlichen Budgetmitteln, nämlich von rund 21 Millionen EUR im Jahr. Damit man die Subventionen auch tatsächlich erhält, gibt es ein paar wichtige Punkte, die zu beachten wären. Es soll mit Sicherheit einmal Sprach- und Frauenförderung drinnen vorkommen sowie Schlüsselwörter wie Alphabetisierung, Deutsch lernen und Lehrabschlüsse, der Umgang mit Geld soll näher gebracht werden. Sehr oft ist das speziell auf türkischstämmige Zuwanderinnen und Zuwanderer ausgerichtet, und es fließt sehr viel Geld in diese Vereine, die oft mehrfach subventioniert werden.

Wir haben auf Nachfrage auch gehört, dass diese Vereine, die da in den Ausschüssen zur Beratung beziehungsweise zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt werden, immer solche Vereine sind, bei denen die SPÖ zustimmt. Wir können immer nur mitzustimmen oder ablehnen, aber es kommen nie Vereine vor, bei denen die SPÖ die Subventionswürdigkeit nicht anerkennt, aber vielleicht wir als Freiheitliche schon. Das ist sehr einseitig, und dann fordert man von uns, dass man diesem Rechnungsabschluss zustimmt. In Wirklichkeit ist das eigentlich reine Kosmetik.

Wir haben auch erfahren, dass die Vereine teilweise gar keine Subventionsansuchen selbst stellen. Denn wenn die Stadt Wien erkennt, wer auch immer das konkret ist, den subventioniert man automatisch. Wenn man sich die Vereine dann anschaut, ist das eher ein bisschen eine Vetternwirtschaft, es ist von Sympathie und Abhängigkeiten abhängig, ob man da Geld bekommt oder nicht.

Die Integrationsverantwortung der Stadt Wien wird ausgelagert, damit wir mit politischer Kontrolle da nicht wirklich Einfluss nehmen können. Wir können das, wie

gesagt, anschauen, können dann zustimmen oder ablehnen. Den überwiegenden Teil davon lehnen wir natürlich ab, weil man genau den Hintergrund erkennt.

Jetzt blättere ich um und komme schon zum wichtigen Thema: Der Hintergrund ist folgender und das steht sogar in einer Tageszeitung, in Zusammenhang mit der Demonstration letzten Sonntag: Auf die Frage, wen würden Sie wählen, sagen die Türken, die SPÖ, weil die lässt uns in Ruhe und die unterstützt uns. – Das steht in einer Zeitung. Das ist keine Erfindung von mir, das ist nachzulesen.

Und jetzt zum Sonntag: Der Kollege Akkilic telefoniert gerade, die Sprecherin der SPÖ, Tanja Wehsely, hat das Thema überhaupt nicht berührt. Der Herr Akkilic hat uns wissen lassen, dass er schon auch gegen diese Demonstration ist. Wahrscheinlich sagt er gerade dem Herrn oder der Dame am Telefon, dass er eh dagegen ist. Er ist ja immer sehr laut, wenn es um irgendetwas geht, was ihm nicht passt. Bei der Votivkirche in erster Reihe, da ist er immer laut. Da geht es auch gegen den Staat und seine Organe. Aber dort, wo es um eine Gruppe geht, die sich das nicht so gefallen lässt, sind Sie, weil Ihnen das nicht passt, nicht da. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt ist die Frage: Wo waren sie am Sonntag? – Ich habe den Demo-Zug begleitet. Ich habe mir das angeschaut, vor Ort, damit ich nicht einer Geschichte unterliege, die mir da erzählt wird. Ich habe mir das angeschaut. Und was ich dort gesehen habe, war eine nationalistische, islamistische Demonstration. Wo waren denn die GRÜNEN, bitte? Wo waren Sie? Und wo sind die „Stopp die Rechten“-Organisatoren? Wo seid ihr, wo waren die alle? (*Beifall bei der FPÖ.*) Keiner war da. Niemand hat gesagt, Halt, das geht ja nicht so, das ist ja nationalistisch! – Ihr seid immer nur dort mutig, wo ihr wisst, dass eh nichts sein kann, und nicht dort, wo wirklich Gefahr ausgeht. Ich glaube, wenn sich dort jemand denen in den Weg gestellt hätte, hätte es unter Umständen zu einem Polizeieinsatz kommen müssen, damit man sie trennt. Es mussten ja auch einige Lokale geschützt werden. Aber vielleicht waren Sie am Donauinselfest, denn da hat die FSG nämlich Gratisgutscheine für die dort Dienst versehende Polizei hergegeben. Und Sie haben das natürlich mit der SPÖ kritisiert, wie Sie es ja damals am 1. Mai gemacht haben. Dort sind Sie gut, da kennen Sie sich natürlich aus, und das ist Ihr Thema.

Was war dort? Dort war keine Forderung zu hören. Dort war keine Hilfe oder Unterstützungsbedürftigkeit erkennbar. Nein, die haben sich hergezeigt und die haben im wahrsten Sinne des Wortes Flagge gezeigt. Dort waren türkische Flaggen, dort waren auch österreichische Flaggen. Die Kernaussage dieser Demo war: Wir sind da. Und das waren sicher weit über 10 000 Leute. Ich weiß nicht, warum das teilweise in den unterschiedlichen Medien so heruntergespielt wird – da waren es nur 8 000 –, die Polizei spricht von weit über 10 000 Menschen vor Ort. Jetzt kenne ich mich auch ein bisschen aus, das waren 15 000 Leute. Das ist also eine schöne Masse. Und diese Masse mit diesem Hintergrund darf uns Angst machen. Und wenn ich heute bei mir im Bezirk

gegen ATIB auftrete, seit 2007 Schulter an Schulter mit der „Bürgerinitiative Dammstraße“ gegen so einen Verein auftrete ... (GR Senol Akkilic: *Laut Polizei waren 8 000 Menschen dort. Kann die Polizei nicht schätzen?*) – Das weiß ich nicht. Jedenfalls passen beim Herrn Polizeipräsidenten und dem Akademikerball seine Aussagen und das Verhalten dort auch nicht zusammen. Darum hören Sie mir auf mit offiziellen Polizeiangaben, das passt schon. (Beifall bei der FPÖ.)

Der Verein ATIB untersteht dem Religionsministerium in der Türkei und wird hier von der SPÖ hofiert und von Ihnen von der ÖVP, als wenn das die Allerbesten wären. (GR Dipl.-Ing Omar Al-Rawi: *So ein Blödsinn!*) In Wirklichkeit nehmen sie auf die Austro-Türken Einfluss. Wer sich mit den Leuten unterhalten hat, der weiß, dass sie teilweise vor diesem Verein Angst haben, weil sie, wenn sie nicht hingehen, mit Konsequenzen und irgendeiner sonstigen Benachteiligung rechnen müssen.

Damit mein Parteifreund Blind noch ein paar Minuten hat, höre ich jetzt auf. Ich hoffe, ich habe hier alles untergebracht, was ich unterbringen wollte. Ja: Die SPÖ, das steht auch in der Tageszeitung, ist so ruhig, damit sie die austro-türkischen Wähler nicht vergrämt, schließlich haben wir ein Wahljahr. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Hursky. Selbstgewählte Redezeit sind 15 Minuten.

GR Christian **Hursky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Stadt Wien, eine einzige Erfolgsgeschichte, auch in dieser Geschäftsgruppe. Ich möchte hiermit auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wien für die hervorragende Arbeit danken, die sie in dieser Stadt leisten, denn nur gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Stadt Wien können wir unsere gute Politik auch tatsächlich in Taten umsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte das gerne an einigen Punkten festmachen. Es sind ja oft Kleinigkeiten, und bei manchen unserer Abteilungen ist die Arbeit manchmal unbelohnt. In unserer Geschäftsgruppe wird ja vorwiegend über gesellschaftspolitische Themen diskutiert – auch das werde ich dann nicht auslassen –, aber ich möchte doch auf einige ganz gute Arbeiten hinweisen, die hier geleistet wurden.

Nehmen wir zum Beispiel bei der MA 1 die Erlassung des Wiener Verwaltungsgerichts-Dienstrechtsgesetzes, etwas, was sehr unscheinbar klingt, letztendlich aber eine wichtige Vorarbeit dafür ist, dass die Stadt und der Rechtsstaat hier bei uns in Österreich und vor allem in Wien erstklassig funktionieren.

Nehmen wir zum Beispiel die MA 3 her, die hervorragende Arbeit im Bereich der Gesundheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt leistet. Wir haben hier Gesundheitstage. Wir haben hier auch Abfragen zur psychischen Belastung bei der Arbeit. Wir alle wissen, Burn-out ist eine Krankheit, unter der, egal wo, egal ob das der private Bereich oder auch die Stadt ist, viele Menschen leiden. Aber genau hier ist es wichtig abzufra-

gen und zu wissen, warum es dazu kommt. Und hier setzt sich die MA 3 in hervorragender Weise ein, um das zu erforschen und auch mit den richtigen Leuten gemeinsam etwas umzusetzen, damit wir wieder gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Ich kann das auch beurteilen, als jemand, der in der Privatwirtschaft arbeitet und selbst in vielen Bereichen für die Gesundheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verantwortlich ist. Ich nehme Teile dieser hervorragenden Arbeit letztendlich auch zu mir in den Betrieb mit und versuche, sie auch dort umzusetzen. Man kann von den Besten schlicht und einfach nur lernen, und die Stadt Wien mit der MA 3 gehört hier zu den Besten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf auch hier darauf verweisen, dass es ein tolles Pilotprojekt gibt, das betriebliche Eingliederungsmanagement für Menschen, die eine Zeit lang aus dem Arbeitsprozess heraußen waren, mit dem wir versuchen, sie wieder in den Arbeitsprozess der Stadt Wien einzugliedern, damit diese Menschen, die ja nicht freiwillig aus diesem Arbeitsprozess ausgeschieden sind, letztendlich auch mit einem entsprechenden Selbstwertgefühl wieder bei uns in der Stadt tätig sein können. Dieses Projekt wurde 2012 begonnen und wird 2013 umgesetzt. Ich möchte der MA 3 herzlich gratulieren, dass sie diese Arbeit geleistet hat.

Die MA 14, besser bekannt als EDV, ist schlicht und einfach ein hervorragender innerbetrieblicher Dienstleister, die zum Beispiel auch gemeinsam mit der MA 63 im Bereich des Gewereregisters ein erstklassiges Projekt umgesetzt hat. Dieses gewährleistet letztendlich bundesweit einheitliche Gewerbeverfahren und Verwaltung. Es sind ja einige unter uns, die auch einen Betrieb haben, ich denke, auch Sie wissen diese Erleichterungen, die man hier hat, letztendlich zu schätzen. Es ist ein tolles Service der Stadt Wien an die Betriebe in dieser Stadt.

Passend dazu sind vielleicht auch die Leistungen der MA 26 im Bereich des E-Government, die sie hier ebenfalls auch maßgeblich mitgestaltet haben.

Bei der MA 38 geht es um unsere Lebensmittelhygiene. Allein im Jahr 2012 sind 11 500 Lebensmittelproben untersucht worden. Wir alle wissen, wie wichtig es ist, dass wir uns gesund ernähren. Die Stadt Wien ist hier ein entsprechender Dienstleister und setzt das auch hervorragend um.

MA 59, die Wiener Märkte: Wir alle schätzen die Märkte. Wenn wir im Ausland sind und einen traumhaft schönen Markt sehen, dann wollen wir das auch haben. Wien hat sehr viele tolle Märkte, und die Stadt Wien investiert auch in diese Märkte. Schauen wir uns zum Beispiel den Vorgartenmarkt an, der gemeinsam mit dem Bezirk mit einem Gesamtbudget von fast einer 1 Million EUR saniert wurde. Hier wurde sehr, sehr viel Geld in die Infrastruktur gesteckt, für Wasser, Abwasser, Strom. Das heißt, das hat das alles verbessert, die Menschen können hier mit Freude hingehen.

Aber unser Flaggschiff ist der Naschmarkt, in den 1,1 Millionen EUR investiert wurden und der bis zum Jahr 2016 laufend erneuert und verschönert wird. Es ist letzt-

endlich auch der Markt, zu dem viele Wien-Besucherinnen und -Besucher hingehen, um dieses frische Angebot und diese hervorragende Gastronomie zu genießen.

Die MA 54, wie jedes Jahr von mir bedankt, weil ich auch dafür direkt zuständig bin, unser Einkauf, hat 2012 eine hervorragende Leistung geboten und 15 200 Direktvergaben, 40 Ausschreibungen, ein Einkaufsvolumen von rund 53 Millionen EUR abgewickelt. Im Vergleich der angebotenen Waren liegen wir – und da gibt es einen Benchmark – bei den Preisen um 30 Prozent unter der Bundesbeschaffungsgesellschaft. Dass die Ausgaben auch hier in entsprechenden Grenzen gehalten werden, zeigt wiederum, wie hervorragend die Stadt arbeitet, und vor allem, wie sparsam diese Stadt arbeitet.

Die MA 62 hat auch hervorragende Arbeit geleistet. Alle, die jetzt im Petitionsausschuss sind, wissen das zu danken, was die MA 62 dafür getan hat, damit dieser Ausschuss so toll funktioniert. Wir wissen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger diesen neuen Petitionsausschuss schätzen. Es gibt ja jetzt schon die ersten zehn Petitionen, die ins Laufen gebracht wurden, auch von der rechtlichen Seite her. Es ist auch nicht einfach, wenn wir tausende Unterschriften von Menschen darauf überprüfen lassen müssen, ob sie rechtmäßig sind. Ich glaube, es ist ganz toll, dass diese Geschichte gemacht wurde.

Ohne die MA 63 würden viele Sachen überhaupt nicht funktionieren. Hier kann man sagen, da ist feine juristische Arbeit im Hintergrund, die für alle Abteilungen gemacht wird. Ohne sie würde so manche Ausschreibung nicht so gut funktionieren, wie sie funktioniert, ohne sie würden manche Dinge im Gewerberecht nicht so funktionieren, wie sie sind. Und ich glaube, auch das können die Gewerbebetriebe in dieser Stadt zu schätzen wissen, dass wir diese Abteilung haben, die erstklassige Arbeit leistet.

Auf den gesellschaftspolitischen Teil eingehend möchte ich schon eine kleine Replik auf den Kollegen Jung machen. Er zeichnet ja immer in diesem Bereich gerne grausige Bilder: Es nützt alles nichts, „Mama lernt Deutsch“, das funktioniert alles nicht, die Zuwanderung ist zu groß, wir sind dafür verantwortlich.

Der Kollege Jung sei schon erinnert, dass die größte Zuwanderung in Österreich in den Jahren 2004 bis 2006 mit rund 50 000 Zuwanderinnen und Zuwanderern pro Jahr war. Wer war da damals in der Regierung? Ich kann mich nur erinnern, dass es nicht die SPÖ war, sondern jene (*GR Johann Herzog: Und die restlichen 40 Jahre?*) in der Regierung waren, die damals wie heute immer von einem blauen Pudel, der im Spiegelkabinett steht, (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist Ahnungslosigkeit, Herr Kollege!*) zur blauen Bulldogge werden und auf alles schimpfen, zu dieser Zeit aber nichts anderes waren als ein blaues Schoßhündchen. Wenn Onkel Wolfgang gerufen hat, sind wir hinaufgehüpft, haben brav alles gemacht und haben damals die Billigarbeitskräfte hineingelassen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das war eine Einführung der Länder!*) So war das letztendlich. Mit dem müssen Sie leben. Wir leben damit und wir versuchen, für

jene Menschen, die damals nach Österreich gekommen sind, in unserer Stadt, in Wien schlicht und einfach das Beste zu machen.

Nehmen wir das Beispiel „Mama lernt Deutsch“. Ich kann Ihnen ein bisserl auf die Sprünge helfen. Ich habe mir jetzt einmal in einem Verein angeschaut, wie diese Sachen letztendlich funktionieren. Und die funktionieren ganz gut. Es ist nicht so leicht, wenn diese Menschen dann zu uns gekommen sind und sich in einem neuen Umfeld gefunden haben, sie waren manchmal ferneren Bildungsschichten angehörig. Aber wenn wir uns gemeinsam bemühen, funktioniert es, dass sie sich in dieser Stadt bewegen können, dass sie in dieser Stadt zum Arzt gehen können, dass sie in der Stadt einkaufen gehen können. Das ist alles kein Problem.

Die Frau Anger-Koch hat gefragt, was sich Zuwanderinnen und Zuwanderer letztendlich wünschen. Ich habe bei vielen Hausbesuchen, die ich in den letzten Wochen durchgeführt habe, mit Menschen der verschiedensten Herkunft gesprochen, in den Gemeindebauten, in Eigentumsbauten, in Genossenschaftsbauten. Ich kann Ihnen eines versichern, jene, die vielleicht auch eine migrantische Herkunft haben, auch in den Gemeindebauten, sprechen in der Regel ein sehr gutes Deutsch. Ich kann Sie beruhigen, wenn Sie dort vielleicht auch einmal auftauchen, mit diesen Menschen vielleicht auch einmal sprechen würden, hätten Sie sogar die Möglichkeit, dass Sie sich mit Ihnen austauschen und die eine oder andere Erfahrung mitnehmen.

Die Erfahrung, die ich gemacht habe, war, dass mir einer gesagt hat, Integration ist nicht nur einfach Deutsch zu lernen, sondern wir wollen an dieser Gesellschaft auch in verschiedenen Bereichen teilhaben. Einer dieser Sachen war, dass sie auch entsprechend ihrer Ausbildung am Arbeitsmarkt teilhaben wollen. Da gibt es Leute, die haben ein Studium abgeschlossen, die haben ihren Magister, die haben ihren Doktor, hervorragende Leute. Wo finden sie einen Arbeitsplatz? Als Taxifahrer – ich will keinen Taxifahrer abwerten –, aber sie haben eine hervorragende Qualifikation und hätten die Chance, in ihrem Beruf etwas zu tun. Sie werden aber manchmal nur unter Vorbehalten nicht genommen. Ich glaube, daran müssen wir gesellschaftspolitisch einiges tun.

Der zweite Punkt, den die Kollegin Anger-Koch angesprochen hat, war die Kinderbetreuung. Es kommt zwar gleich die nächste Geschäftsgruppe, ich könnte sagen, das geht mich nichts an, aber 700 Millionen EUR für Gratiskindergarten im Jahr sind, denke ich, eine sehr gute Basis für alle, die zu uns ins Land kommen und Kinder haben, damit sie entsprechend die Möglichkeit haben, die erste Bildungsstufe in diesem Land zu erklimmen.

Es freut mich, zum Abschluss über die Wiener Charta berichten zu können. Es freut mich hier als Favoritner ganz besonders, dass Favoriten jener Bezirk war, wo mit 92 Gruppen rund ein Siebtel des gesamten Volumens an diesem Prozess teilgenommen und miteinander diskutiert hat. Hier haben Menschen verschiedener Herkunft miteinander gesprochen, hier wurden auf beiden Seiten viele Vorurteile ausgeräumt – ich selbst habe in meinem

Sektionslokal eine Gruppe gehabt, wo mehr als 30 Menschen dabei waren – und Alltagsprobleme ausdiskutiert.

Das ist letztendlich der Weg, den wir alle in dieser Politik gehen sollten, dass wir miteinander reden, dass wir zuhören, dass wir verstehen und letztendlich mit gemeinsamen Regeln hier in dieser Stadt zusammenleben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Blind. Der Freiheitlichen Fraktion steht noch eine Restredezeit von 10 Minuten 30 zu.

GR Armin **Blind** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Besucher auf der Galerie!

Man kann, obwohl man es wahrscheinlich von mir nicht erwarten wird, dem Kollegen Hursky in einigen Punkten durchaus recht geben. Auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön an die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsgruppe der Frau Stadträtin, die wirklich in sehr intensiver Arbeit auch schwierige Probleme – ich denke da beispielsweise an die EDV der Stadt Wien, die MA 14 – zu lösen bereit sind. Ein herzliches Dankeschön von unserer Seite für diese Arbeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie der Kollege angesprochen hat, ist es ein sehr breit gefächertes Geschäftsbereich, wir haben von Märkten bis Konsumentenschutz über die bereits angesprochene EDV bis hin zur MA 1 ein sehr breites Spektrum. Der Hauptaspekt, der in der Geschäftsgruppe besprochen wird, und auch der Hauptteil der Subventionen und Geldmittel, die verwendet werden, fließen natürlich in das Thema, das heute schon sehr prominent vertreten war, nämlich in die Migrationspolitik und Integrationspolitik. Deswegen wird natürlich auch ein sehr großer Teil meiner Rede diesem Thema geschuldet sein.

Im Gegensatz zu den Übereinstimmungen, wo wir uns dem Dank an die Mitarbeiter anschließen können, unterscheiden wir uns von der rot-grünen Position beim Thema Integration verständlicherweise fundamental, weil wir hier auch einen ganz grundsätzlich anderen Ansatz haben. Der Kollege Akkilic hat das bereits angesprochen, ich glaube, es war in einer seiner ersten Reden, wo er die Gesellschaft und auch die Freiheitliche Partei transformieren wollte. Wir haben hingegen den Ansatz, dass wir in erster Linie sagen, wir wollen hier unsere Kultur bewahren, wir wollen den Österreichern eine Heimat bieten, wir wollen auch jenem Zuwanderer eine Heimat bieten, der sich hier einfügen will. Aber wir wollen diese Gesellschaft nicht fundamental geändert haben, weder kulturell noch personell. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie sind ja die GRÜNEN in diesem Punkt wenigstens grundehrlich. Sie fordern ganz offensiv mehr Rechte ohne Pflichten, sie fordern das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige. Die SPÖ versucht, da immer irgendwie herumzulavieren. Die GRÜNEN sagen es ganz konkret. Und wir sagen auch ganz konkret: Ein Wahlrecht für Drittstaatsangehörige wird es mit der Freiheitlichen Partei in Österreich nicht

geben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn Grünpolitiker den Mut aufbringen, in einer Art *Lucidum intervallum* oder in einer sonstigen mutigen Phase ihres Lebens, bekommen sie natürlich dann sofort von der Parteispitze ein Meinungs- und Sprachverbot auferlegt, dem sie sich dann beugen müssen. Wie der Kollege Dönmez, der sich in einer Phase des Mutes herausgestellt hat, aber dann natürlich sofort zurückgepfiffen wurde, umgefallen ist, wie es nicht ärger geht, sodass man es von Oberösterreich noch in Wien klatschen gehört hat. Vielleicht wird in 20 Jahren der Kollege Dönmez an diese Phase seines Lebens zurückdenken und gefragt werden, warum er sich so verhalten hat. Und er wird dann einen sehr bekannten Spruch sagen: Ich war jung und brauchte das Geld, oder was auch immer. Aber dieses Hängen an dem Mandat, dessen Entzug angedroht wurde, seine Meinung bei der ersten grünen Klubtüre abzugeben, das halten wir für sehr bedenklich, wenn Politiker zuerst das eine sagen, und wenn sie dann eine Ruffel von der Parteiobfrau bekommen, sofort umfallen.

Was die Sozialdemokratie betrifft, hat man ja immer öfter den Eindruck, dass auf Grund der fehlenden Wähler hier neue Wähler ins Land geholt werden müssen, quasi ein Wählersubstitut geschaffen werden muss. Aber wie in vielen anderen Bereichen, meine Damen und Herren, irren Sie sich auch hier. Sie irren sich deswegen, weil Ihnen ab einer kritischen Masse die Wähler dann nicht schleichend wegbrechen, wie jetzt, sondern auf einmal wegbrechen werden. Es werden sich dann nämlich andere Parteien gründen, sobald sie eine gewisse Stärke haben. Die Vorfeldorganisationen, die das vorbereiten, wie zum Beispiel die UETD, die ja in Wirklichkeit ein AKP-Ableger in Österreich ist, haben wir ja schon hier. Sie huldigen diesen Vereinigungen, streicheln sie und füttern – um ein Wort des Kollegen Akkilic zu verwenden – diejenigen, die dann zu einer massiven Wählerflucht bei Ihnen beitragen werden.

Was den Bereich Integration betrifft, muss man sagen, meine Damen und Herren, geht es eben nicht nur ums Bemühen. Es geht eben nicht nur darum, Geld in Projekte hineinzubuttern, sondern es geht auch – und das verstehen Sie möglicherweise auf Grund der fehlenden betriebswirtschaftlichen Erfahrung nicht – in erster Linie immer um den Output: Was kommt heraus, ist diese Investition rentabel oder nicht? Und man muss sagen, das Geld, das Sie in Wien in Integration investieren, ist nicht rentabel, das sieht man jeden Tag an der gescheiterten Integrationspolitik in Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist logisch nicht nachvollziehbar, Projekte, die nachweislich gescheitert sind und nicht den erforderlichen Output bringen, nahtlos fortzuschreiben. Schauen Sie sich einmal die Situation in der Quellenstraße an, schauen Sie sich die Situation in Ottakring an, Sie sehen hier prototypische Beispiele gescheiterter Integrationspolitik. Das hat mit Diversität nichts mehr tun, das ist eine neue Gegenkultur. Es ist nicht einmal mehr eine Parallelkultur, es sind Gegenkulturen, die sich hier gebildet haben, und Sie tragen dafür die Verantwortung, meine

Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein prototypisches Beispiel war ja auch die Demonstration, die heute schon einige Male erwähnt wurde. Man muss dazu wissen, dass nach dem österreichischen Versammlungsgesetz der Anmelder einer Versammlung österreichischer Staatsbürger sein muss. Es müssen auch alle Ordner nach dem Versammlungsgesetz österreichische Staatsbürger sein. Und wenn man dann auf dieser Versammlung – der Kollege Akkilic bezeichnet das möglicherweise auch als transnationales Interesse – Plakate sieht, auf denen draufsteht „We are the new generation of the Ottoman Empire.“, dann löst das in Wien halt eine gewisse historische Befindlichkeit aus. So etwas wollen wir hier in Wien einfach nicht haben, meine Damen und Herren. Das müssen auch Zuwanderer einfach akzeptieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch weitere Grüne haben richtige Aussagen getroffen, aber sie ziehen halt permanent die falschen Schlüsse daraus. Ich kann da zum Beispiel Ihre Integrations-sprecherin im Nationalrat, die Frau Abg Korun zitieren, die gemeint hat, Integration sei wie Walzer tanzen. Sie hat dann gemeint, man braucht immer zwei dafür. Wir sagen: Ja, Integration ist wie Walzer tanzen. Wir sagen: Einer gibt den Takt vor, der andere macht die Figuren mit. Es gibt eine Leitkultur in Österreich, und an diese Leitkultur hat man sich anzupassen, und nicht anders, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Senol Akkilic: Bitte!?)*

Oder auch der Kollege Pilz von den GRÜNEN, der dann offensichtlich als Placebo vorgeschoben wurde, um den Schaden, den der Kollege Dönmez bei Ihnen angerichtet hat, etwas kleiner zu halten – weil dem Kollegen Pilz trauen nicht einmal Sie sich mehr zu unterstellen, dass er rechts ist, das geht beim Kollegen Pilz einfach nicht, rein historisch bedingt und auf Grund seiner Vita –, wenn er sagt, man soll sich anschauen, wer die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen bekommt, Herr Kollege Akkilic. Es ist eben nicht so, dass es ausreicht, die österreichischen Gesetze einzuhalten.

Es reicht eben nicht aus, die Menschenrechtskonvention einzuhalten, sondern wir fordern für österreichische Staatsbürger ein positives Bekenntnis zu dieser Gesellschaft, ein positives Bekenntnis zu diesem Land und ein positives Bekenntnis zu dieser Kultur. *(GRin Nurten Yilmaz: Welche Kultur?)* – Frau Kollegin, ich habe leider auf Grund der Wiener Stunde nur noch zwei Minuten. – Auf Grund der Situation, dass österreichische Staatsbürger dann auch bei allen Wahlen wahlberechtigt sind und auch zum Beispiel ihren Wehrdienst ableisten müssen und sollen, oder den Zivildienst als Wehersatzdienst, fordern wir von jedem Österreicher, dass er auch in einer Krisensituation ganz genau weiß, auf welcher Seite er steht. Und da fordern wir von jedem österreichischen Staatsbürger, eindeutig auf Seiten von Österreich zu stehen und keinen Interessenskonflikt mit einem anderen Land aufzuweisen, dem seine Loyalität möglicherweise mehr gilt als Österreich und der Stadt Wien, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Als Conclusio kann man sagen: Die Integrationspolitik in Wien ist teuer und die Integrationspolitik in Wien ist

gescheitert. So wie wir dem Rechnungsabschluss deswegen natürlich nicht zustimmen können, werden wir bei Fortschreibung dieser gescheiterten Integrationspolitik natürlich weiteren Budgets nicht zustimmen. Überdenken Sie die Schritte, dann haben Sie uns im Boot!

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist nunmehr die Frau Amtsf StRin Frauenberger gemeldet. Sie haben 15 Minuten, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie!

Ich sitze hier hinten, beobachte die Galerie und stelle mir die Frage: Wie geht es wohl den jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die aus einer AHS kommen, heute hier sitzen, diese Debatte mitverfolgen und sich das anhören müssen? Wo bleibt der Respekt? Wo bleibt die Akzeptanz? Wo bleibt die Solidarität? *(Beifall bei SPÖ und bei GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau aus diesem Grund haben wir das erfolgreiche Projekt Wiener Charta gestartet. In diesem Projekt ist es darum gegangen, ein Netzwerk des Dialoges über die Stadt zu spannen und die Menschen entsprechend in ein Miteinander zu bekommen. Es ist darum gegangen, über Umgangsformen im Alltag zu reden, über Rücksicht, über das Zusammenleben. Es ist darum gegangen, darüber zu sprechen, wie wir im Verkehr in dieser Stadt miteinander umgehen.

Es ist darum gegangen: Wie leben Junge und Alte miteinander in dieser Stadt? Wie halten wir es denn mit der Sauberkeit? Wie gestalten wir denn den öffentlichen Raum? Konsumfrei für alle. Es ist auch darum gegangen, uns über die Sprache zu unterhalten, und ich zitiere das Ergebnis der Wiener Charta zu diesem Thema:

„Deutsch sprechen – andere Sprachen sprechen:

Miteinander zu kommunizieren, zu reden, ist für das gegenseitige Verständnis wesentlich. In Wien werden viele Sprachen gesprochen, das ist Zeichen der Vielfalt.

Ein gemeinsames Leben braucht eine gemeinsame Sprache. Daher unterstützen wir Sprachneulinge verständnisvoll dabei, Deutsch zu lernen. Wer sich noch unsicher fühlt, arbeitet weiter daran, das eigene Deutsch zu verbessern. Die Erstsprache in Wien zu sprechen und zu lernen, ist uns wichtig. Verschiedene Sprachen und Kulturen gehören seit Jahrhunderten zur Identität Wiens.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 300 Frauen aus dem Frauen-College, die vor einem Jahr noch nicht alphabetisiert waren, haben nach nur einem Jahr auf der Universität Wien ein Deutschdiplom erhalten. 1 200 Absolventinnen gab es im vergangenen Jahr bei „Mama lernt Deutsch“.

700 Jugendliche sprechen im „Start Wien“-Programm von Interface nach nur acht Monaten einwandfrei Deutsch. Die SpitzenreiterInnen der MigrantInnen beim Bildungsaufstieg sind die türkischen Jugendlichen. Waren sie 2009 zu 40 Prozent bildungsbeteiligt, so sind sie es 2011 schon zu 60 Prozent gewesen. Das AMS Wien, die VHS Wien und die Stadt Wien ermöglichen es 18 000 ArbeitnehmerInnen, Deutsch zu lernen. 90 Prozent aller

NeuzuwanderInnen haben sich am Start Wien Programm beteiligt, in Summe 28 000 Menschen. 3 500 von ihnen haben letztendlich die Berufsinformation besucht, und all diese 28 000 Menschen haben mit ihrer Teilnahme an diesem Projekt ihren absoluten Willen zu dieser Wiener Gesellschaft und zu einer eigenen erfolgreichen Integrationsbiographie bekundet.

Unser Integrationskonzept baut auf mehreren Instrumenten auf. Das eine ist sicher die Charta, in der es darum geht, dass Menschen respektvoll zusammenleben. Daher haben wir uns auch entschlossen, diese Charta weiterzuführen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Das andere ist unser Engagement in der Förderung der deutschen Sprache; und um dafür unsere Instrumente entsprechend gut organisieren zu können, gibt es das Integrations- und Diversitätsmonitoring der Stadt Wien, das uns hilft, in diesem Bereich wirklich punktgenau unsere Integrationsprogramme aufzusetzen.

Dieses Monitoring und auch das forum wien.welt.offen, die Fortführung der Wiener Zuwanderungskommission, diese beiden Instrumente sind ganz, ganz wesentlich dafür, eine versachlichte Debatte zum Thema Integration zu führen. Es ist dies eine versachlichte Debatte, die auch auf Bundesebene gelingt – mit einem Staatssekretär, der sich sehr stark für die Versachlichung einsetzt, wobei die ÖVP auch hier einen sehr starken Beitrag zur Versachlichung leistet –, gut über die Bühne zu bringen.

Wir reden hier über den Rechnungsabschluss, aber im September sind Wahlen; und es wird ganz wesentlich sein, sich in dieser Wahlauseinandersetzung versachlicht, aber mit einer klaren Haltung zu positionieren. Und Wien positioniert sich mit einer klaren Haltung, nämlich mit einer klaren Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für die Vielfalt und für das Erkennen der Potenziale der Menschen in unserer Stadt! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Sie setzen immer die SPÖ mit Wien gleich, Frau Stadträtin!)*

Um eine klare Haltung, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es zum Beispiel auch bei der Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern, aber auch bei der Frage der Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgender-Personen. Deswegen haben wir uns im vergangenen Jahr sehr intensiv für die Gleichstellung von Transgender-Personen eingesetzt. Wir hatten erst vor 14 Tagen die Regenbogenparade in dieser Stadt und haben dort unseren Transgender-Schwerpunkt auch entsprechend abgeschlossen.

Es ging uns ganz stark um die Frage der Transidentitäten und der Gleichstellung und der Verbesserung der Situation von diesen Personen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist das Problem unserer Zeit!)* Und wir haben auch eine „Amtliche Buntmachung“ zu machen, nämlich, dass Wien – und da knüpfe ich direkt an das Integrationsthema auch in dieser Frage an – eine Stadt der Offenheit und des gegenseitigen Respekts ist, und dass in dieser Stadt jeder und jede frei ihr Lebens- und Liebesmodell wählen kann. Auch hier gilt es wieder, die Haltung einzunehmen und in diesem Fall ganz klar gegen Homophobie und Transphobie, das darf in unserer

Stadt einfach keinen Platz haben! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jetzt komme ich noch zum Thema der Verteilungsgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Die RednerInnen in unserer Geschäftsgruppe haben heute gut herausgearbeitet, wo wir in dieser Stadt natürlich mit großem Engagement dafür arbeiten müssen, dass es eine tatsächliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern gibt. Wir haben in dieser Stadt aber auch viel erreicht. Ein Rechnungsabschluss ist auch dafür da, dass wir uns auf die Schulter klopfen und sagen, mit unseren politischen Konzepten haben wir viel erreicht.

Wir haben die niedrigste Einkommensschere in dieser Stadt. Wir haben das dichteste Gewaltschutznetz. Wir haben die besten Bildungsangebote. Wir haben Gender Budgeting und Gender Mainstreaming in dieser Stadt etabliert und wir haben es im Sinne von Gender Mainstreaming in dieser Stadt geschafft, in allen Geschäftsgruppen, die heute und gestern hier debattiert werden, letztendlich Gleichstellungsprogramme und Akzente zu setzen, die dazu führen, dass es zu einer tatsächlichen Gleichstellung kommt. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen wir uns nicht wegreden!

Die Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe an die betriebliche Frauenförderung umfasst mittlerweile fast 30 Millionen EUR in dieser Stadt. Das ist ein Erfolg! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und wir haben es alleine in den letzten drei Jahren geschafft, die Einkommensschere – am Equal Pay Day berechnet man das – so weit zu schließen, dass wir uns, was den Equal Pay Day betrifft, in drei Jahren um zwei Wochen verbessert haben. Das heißt, unsere Programme greifen!

Aber wer mich kennt, weiß: Zufrieden sind wir erst dann, wenn wir es geschafft haben, tatsächliche Gleichstellung zu erreichen; und dafür braucht es Programme im arbeitsmarktpolitischen Bereich, im bildungspolitischen Bereich. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wenn Sie es glauben!)* – Natürlich, das stimmt. Wir können und müssen uns weiter verbessern.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass wir erstens auf einem sehr, sehr guten Weg sind, und zweitens jetzt auch ganz massiv gesellschaftspolitisch eingreifen müssen: Denn nur, wenn wir es schaffen, die bezahlte und die unbezahlte Arbeit gerecht zu verteilen, fifty-fifty, „4Wände 4Hände“, dann können wir auch tatsächliche Gleichstellung in dieser Stadt erreichen. Daher sind dieses Programm und diese Kampagne so unglaublich wichtig. Der Qualifikationsplan richtet sich an diese Frauen, die Chancengleichheit richtet sich an die Frauen; also sind wir, meine ich, auf einem ausgesprochen guten Weg. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Last but not least noch ein paar Worte zum Personal. Wien ist eine Arbeitgeberin mit einem absolut sozialen Gewissen, und wir haben in dieser Stadt sehr zentrale, gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen, wir haben Dienstleistungen zu erfüllen. In der Volksbefragung ist es sehr, sehr deutlich herausgekommen: Die Wienerinnen und Wiener brauchen und wollen die Qualität der Daseins-

vorsorge in der Verwaltung der Stadt sehen. Es ist eine politische Aufgabe, dafür zu sorgen. Aber um diese hohe Qualität, diese große Zufriedenheit der Wienerinnen und Wiener auch gewährleisten zu können, dafür arbeiten 65 000 Wienerinnen und Wiener.

Wir haben ein Budget, das in allen Bereichen natürlich vorsieht, dass wir sparen müssen, dass wir mit unserem Haushalt, mit unseren Ressourcen gut umgehen müssen. Trotz allem war es uns wichtig, in sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Jahr 2013 eine Erhöhung herauszuverhandeln. Diese Erhöhung wird ab dem 1. Juli wirken. Ich weiß, gerade aus der Sozialpartnersicht ist es vielleicht jetzt nicht der große Betrag; aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, uns war es wichtig, da trotzdem ein Zeichen zu setzen, dass wir sehr wohl die Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schätzen.

Lassen sie mich hier im Namen des gesamten Gemeinderates – ich glaube, da kann ich wirklich für alle Fraktionen sprechen – unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz, ganz herzlich Danke sagen und ihnen einen schönen und erholsamen Sommer wünschen. Danke an alle! *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und ÖVP.)* – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport. Zum Wort gemeldet ist die Frau GRin Ing Leeb. Sie haben die selbstgewählte Redezeit von 12 Minuten. Ich erteile Ihnen das Wort.

GRin Ing Isabella **Leeb** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Vielleicht noch zu Beginn, weil die Frau Stadträtin gerade noch da ist – ein Wort zu Ihrer Abschlussrede jetzt, Frau Stadträtin. Ich schätze Sie persönlich sehr, weil ich glaube, uns verbindet eines: Wir sind in der Sache immer engagiert. Das hat man jetzt auch bei ihrer Wortmeldung gemerkt. Was ich aber nicht verstanden habe, ist, dass Sie oppositionellen Wortmeldungen Respekt und Toleranz absprechen wollen. *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Das habe ich nicht gesagt!)* Das müssen Sie auch aushalten.

„Jeder Kramer lobt sei Woar.“, das wissen wir. Ihr von Rot-Grün werdet die zwei Tage loben, keine Frage. Es muss aber auch möglich sein, dass von der Opposition eine Haltung dargebracht wird. Wir sehen das anders, nämlich: Nicht alle Wienerinnen und Wiener sehen das so, wie Sie es loben. Und ich glaube, das ist auch eine Form von Respekt und Toleranz, die man einbringen kann. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf von GR Godwin Schuster.)* – Nein, das nur am Anfang, aber jetzt zur Geschäftsgruppe.

Die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport ist eine sehr große, und ich würde gerne den

Rechnungsabschluss in dieser Geschäftsgruppe unter das Motto „Viel hilft viel.“ stellen. Dass viel nicht immer viel hilft, werde ich Ihnen in den nächsten Minuten herauszuarbeiten versuchen. Wien investiert wahnsinnig viel in Bildung.

Kollege Hursky hat den Gratiskindergarten schon angesprochen. Ich glaube, da sind wir uns über alle Grenzen hinweg einig, das ist ein großer Wurf gewesen. Ja, das kostet viel Geld, aber es kann nicht die Ausrede dafür sein, dass in vielen anderen Bereichen das Geld ausgeht, dass man sich immer mehr Einnahmequellen überlegt, ja nicht einmal davor zurückschreckt, sich neue Steuern zu überlegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt dann einen Bereich in diesem Ressort, der wirklich gut, tadellos funktioniert. Da ist Wien top, da hat Wien ewig den Spitzenplatz, und das ist der Bereich Information. Mit 53,6 Millionen EUR hat der Presse- und Informationsdienst 2012 wieder einmal aus dem Vollen geschöpft. 53,6 Millionen EUR sind aber auch nicht genug, denn es wird ja auch aus den anderen Ressorts fleißig weiter geworben. 2012 waren das in Summe 15,5 Millionen EUR. Was Sie vielleicht überrascht: Heuer, 2013, haben wir diese 15,5 Millionen EUR bereits überschritten. Mit Ende Juni haben wir aus den anderen Ressorts zusätzlich noch 17 Millionen EUR an Werbeausgaben beschlossen. *(Ruf bei der SPÖ: Es ist ein Wahljahr!)*

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern – denn ich war damals schon im Haus –, wie sich die GRÜNEN vor der Regierungsbeteiligung geradezu überschlagen haben, wenn es um dieses Thema gegangen ist. Es hat im Sommer 2010 auch einen Artikel im „profil“ dazu gegeben, in dem Martin Margulies wortwörtlich gemeint hat, ich zitiere: „Eine unglaubliche Sauerei, statt sinnvoll in Bildung und Soziales zu investieren, verschwendet die Wiener Stadtregierung Geld für Propaganda im Sinne der SPÖ.“

Das war vor der Wahl, und war damals böse, weil es Propaganda im Sinne der SPÖ war. Ist aber heute gut, weil auch Propaganda im Sinne der GRÜNEN dabei ist, da hat sich viel geändert. Jetzt werden halt auch grüne Kampagnen geschaltet. Und weil das mit den Kampagnen vielleicht nicht ganz so sexy ist, sind die GRÜNEN kreativ und treiben es noch bunter – bunt stimmt in diesem Zusammenhang auch –, jetzt werden nämlich die Radwege grün angemalt. Auch das ist eine Form der Propaganda, die es nicht gratis gibt. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Seit Grün mitregiert, sind die Werbeausgaben nicht reduziert worden, nein, sie sind gestiegen. Ich habe ihnen heute zwei aktuelle Beispiele mitgebracht, passenderweise zum Thema Bildung. Das sind zwei doppelseitige Inserate vom letzten Sonntag, „Die Stadt Wien investiert in die Zukunft unserer Kinder.“ und „Wien baut auf innovative Bildung.“ *(Die Rednerin hält Kopien der genannten Inserate in die Höhe.)* Das gebe ich Ihnen gerne, das können Sie gleich nehmen.

Sie glauben also tatsächlich, dass man mit doppelseitigen Inseraten in Tageszeitungen die Menschen in Wien über die Realitäten, die wir ja alle tagtäglich haut-

nah mitbekommen, hinwegtäuschen kann? Sie glauben ernsthaft, es merkt keiner, dass Wiener Kinder im Vergleich zu allen anderen Bundesländern bei den Bildungsstandards verheerend abschneiden?!

Glauben Sie, dass es unbemerkt bleibt, dass in Wien 25 Prozent aller Kinder, die aus der Volksschule kommen, nicht richtig lesen können?! Gut, es gibt jetzt diese Leseverbesserungsmaßnahmen, damit haben wir eine Verbesserung um 2 Prozent geschafft. Wenn wir so schnell weiter verbessern, brauchen wir 10 Jahre, bis die Kinder ab der 4. Klasse lesen können. Das Problem ist nur: Die Schulpflicht in Österreich beträgt neun Jahre. Sie glauben, dass man weginserieren kann, dass es in Wien noch immer viel zu wenig Kindergartenplätze gibt, ganz besonders bei den Unter-Drei-Jährigen!

Ich weiß schon, Sie rühmen die Quoten. Sie verschweigen dabei aber, dass Sie die Unter-Ein-Jährigen rausrechnen, die sind nicht eingerechnet. Also wenn Sie schon Zahlen liefern, dann bitte echte und richtige! Sie glauben, dass man weginserieren kann, dass in Wien noch immer tausende Kinder in Containern sitzen, dass es kein funktionierendes System in der Schulsozialarbeit gibt, dass die Jugendwohlfahrt wirklich mit ganz knappen Mitteln arbeitet, obwohl es immer mehr Meldungen gibt, wo die Jugendwohlfahrt gefragt ist, wo man mittlerweile Kinder medizinisch betreut, anstatt sich ihrer seitens der Jugendwohlfahrt anzunehmen!

Sie glauben, dass man weginserieren kann, dass Wien die mit Abstand höchsten Arbeitslosenzahlen hat, die höchste Zahl der Mindestsicherungsbezieher! Sie glauben, dass man verleugnen kann, dass man in Wien mit dem Bund nicht ausreichend Dienstposten für die Lehrer ausverhandeln kann, und das von Rot zu Rot! Sie glauben, dass es zu all diesen Dingen eine Lösung gibt: Verbieten, Verteuern und Radweg, wie das von den Grünen kommt, und von den Roten das Thema Gesamtschule.

Ich möchte ihnen nicht verschweigen, dass mehr als 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener sehr skeptisch sind, was das Thema Gesamtschule betrifft. Es ist nicht das Allheilmittel. Im Übrigen sind auch sehr viele Ihrer Wähler skeptisch. Vielleicht reden Sie einmal nicht nur mit Aktivisten, sondern auch mit Grün-Wählern. Die Skepsis ist groß und angebracht. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über all dem Ganzen thront dann der StR Oxonitsch, der uns seit Amtsantritt erklärt, wofür er nicht zuständig ist – für das Stadthallenbad-Desaster natürlich ganz besonders nicht. Jüngst haben wir ja einen ganz besonderen Wurf erlebt. Wir haben eine GesmbH gegründet, das wird jetzt alle Probleme lösen. Ich würde Ihnen auch empfehlen, melden Sie es nach Berlin. Vielleicht hilft es auch beim Berliner Flughafen-Desaster. *(Heiterkeit des GR Dominik Nepp.)*

Er ist nicht zuständig dafür, dass die Sportstätten in einem katastrophalen Zustand sind; er ist nicht zuständig dafür, dass Spitzensportler reihenweise Wien verlassen! Er ist natürlich nicht zuständig für den Lehrermangel, Containerhaltung und auch nicht für seine Mitarbeiter!

Das haben wir jetzt erst erlebt, das unwürdige Schauspiel um den sehr engagierten Leiter der Drehscheibe Norbert Ceipek, der wochenlang vergeblich um einen Termin gebeten hat.

Zu Gute halten muss man in diesem Zusammenhang die Vorgehensweise bei der Aufklärung der Missbrauchsfälle am Wilhelminenberg. Die Einsetzung dieser unabhängigen Kommission war richtig und wichtig. Der Bericht, der vorgelegt wurde, erschüttert, ist aber ein sehr guter und ein sehr aufschlussreicher. Aber bitte, Herr Stadtrat, fangen Sie nicht jetzt schon wieder an herumzueiern: Man müsste, man könnte, man wird einmal schauen, man setzt eine Arbeitsgruppe ein, die sich diesen Bericht noch einmal durchliest und überlegt, was man tun kann.

Wir werden genau hinschauen, was Sie tun, und bringen deswegen zwei Anträge ein, nämlich betreffend Umsetzung der Empfehlungen der Wilhelminenberg-Kommission und betreffend Untersuchung aller Wiener Kinderheime. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Herr Stadtrat! Es ist ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Kinder ausbildungsfähig aus der Schule kommen. Wir werden heute vom Kollegen Peschek wahrscheinlich noch hören, wie toll die Stadt Wien sich kümmert um die Kinder, die keinen Ausbildungsplatz am primären Lehrstellenmarkt bekommen. Aber das sind Reparaturmaßnahmen, die alle nicht in dem Ausmaß notwendig wären, wenn wir uns von Anfang an des Bildungsthemas anständig annehmen würden.

Herr Stadtrat, Sie sind dafür zuständig, dass ausreichend Plätze in den Kinderbetreuungseinrichtungen vorhanden sind. Das ist auch wichtig für viele MindestsicherungsbezieherInnen, für AlleinerzieherInnen, die einen Job nicht annehmen können, weil kein Betreuungsplatz da ist; die eine Weiterbildung nicht machen können, weil sie für die Kinder keinen Betreuungsplatz bekommen. Das betrifft nicht wenige in dieser Stadt.

Herr Stadtrat, Sie sind dafür zuständig, dass die Jugendwohlfahrt entsprechend den wachsenden Aufgaben auch mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommt. Über den Sport wird meine Kollegin noch sprechen. All die vorhin aufgezählten Versäumnisse betreffen ganz massiv die Lebensrealitäten der Menschen in Wien. Und das, was die Menschen tagtäglich erleben, kann man auch mit viel Geld nicht weginserieren, weil viel eben nicht immer viel hilft. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Mag Chorherr zu Wort gemeldet. Ich habe 12 Minuten Redezeit eingestellt. *(GR Mag Christoph Chorherr, auf dem Weg zum Rednerpult: Vielleicht 15!)*

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Meine Damen und Herren!

Ich möchte meine Kollegin Wurzer, die heute leider erkrankt ist, entschuldigen. Deswegen darf ich heute bei der Bildungsdebatte einige mir sehr wesentliche Anmerkungen machen. Ich möchte jetzt nicht über Inserate oder das Stadthallenbad reden, sondern mich auf einen

uns sehr wesentlichen Bereich, nämlich die Bildung, konzentrieren, der zu Recht im öffentlichen Fokus steht.

Worauf Wien zu Recht stolz ist – und das will ich noch einmal, auch im Verhältnis zu den anderen Bundesländern, darstellen –, ist vor allem jener Bereich, von dem man immer wieder draufkommt, wie wesentlich der für die Bildung und die Entwicklung von jungen Menschen ist, nämlich der Kindergartenbereich.

Wie hier die Zahlen aussehen, und das ist wirklich mehr als beachtlich, signifikant mehr als in allen Bundesländern, wenn ich vielleicht nur eine einzige Größenordnung darstellen darf: Bei Kinderkrippen, Kindergärten und Horten sind 95 Prozent darauf eingerichtet, dass Mütter und Väter ganztags arbeiten können. 95 Prozent haben wir in Wien! Österreichweit liegt dieser Wert bei 35 Prozent; und in Niederösterreich, wo die ÖVP maßgeblich ist, bei 14 Prozent. Ich erspare mir jetzt, zu sagen, welches Frauenbild dahinterliegt.

Ich möchte einen anderen Bereich erwähnen, der sehr wesentlich ist – ich möchte einige wenige Zahlen erwähnen, weil das ja Ausgangsposition ist, auf der wir aufbauen und weiterentwickeln sollen: 33 Prozent der PflichtschülerInnen werden ganztägig betreut. In Österreich-Schnitt sind es 15 Prozent, nicht einmal die Hälfte. In Niederösterreich sind es 10 Prozent.

Auch im AHS-Bereich sieht es ähnlich aus, und ich erspare Ihnen jetzt die Zahlen. Das heißt, da gibt es etwas, das immer mehr Menschen zu Recht suchen. Erstens, weil immer mehr Menschen wissen, dass neben einer intakten Familie und der Prägung im Elternhaus es gut und wichtig für die Entwicklung der Kinder ist, in einem Sozialverband aufzuwachsen, dass das eine wesentliche Ergänzung ist. Da kommt man immer mehr drauf, dass aus Bildungsgründen der Kindergarten gut für die Kinder ist, für die Entwicklung.

Wien wächst, und das muss man einmal auf die Reihe bringen, auch finanziell. Insofern der Dank – jetzt nicht primär an den Herrn Stadtrat oder die Regierung, sondern auch an SteuerzahlerInnen, die das finanzieren. Jedes Jahr werden in Wien 1 500 Kindergartenplätze neu errichtet. Das muss man einmal „derblasen“! Natürlich gibt es da und dort Engpässe, aber Wien wächst enorm; und die Basis, die, wie ich weiß, in einer sehr guten Kooperation zwischen dem Wohnressort, dem Planungsressort und dem Bildungsressort gegeben ist, sollen wir ausbauen.

Ich will aber nicht verhehlen, dass es einen Bereich gibt, über den wir in der Tat nachdenken sollten, der uns aufrütteln soll, und das ist: Vor wenigen Wochen hat Frau Kollegin Brandsteidl, die Stadtschulratspräsidentin wiederum die Ergebnisse des Wiener Lesetests präsentiert. Das ist mutig, denn wenn es solche Ergebnisse gibt, mag die eine oder andere Regierung dahin tendieren, das unter die Decke zu kehren. Wien kehrt das nicht unter die Decke, sondern zeigt, weil das ja nicht zum ersten Mal ist, dass man etwas tun kann.

Trotzdem kann uns das nicht unberührt lassen beziehungsweise lässt mich das nicht unberührt. Ich zitiere jetzt aus der Pressekonferenz: „Dass 18,6 Prozent der SchülerInnen der 4. Klasse in der schlechtesten Lesestu-

fe sind und dass 22,4 Prozent der SchülerInnen der 8. Schulstufe in der schlechtesten Lesestufe sind.“ – Zitat Ende.

Man kann sich das billig-polemisch machen und sagen, na ja, da sieht man, wie die Schule beieinander ist. Man kann aber auch nachdenken und sich sehr viele Studien im Detail ansehen. Und da ich nicht der Bildungssprecher bin, erlauben Sie mir beziehungsweise möge mir der Herr Stadtrat erlauben, engagiert zu diletieren: Wir wissen, dass eine wesentliche Entscheidung im Elternhaus passiert. Kinder, bei denen zu Hause vorgelesen wird, deren Familie wirtschaftlich gut dasteht, aber vor allem bei deren Eltern die Bildung gegeben ist und der Wille, diese an die Kinder weiterzugeben, diese Kinder starten in der 1. Volksschulklasse mit einem Riesenvorsprung.

Und es gibt eine nicht unbeträchtliche Zahl von, ich nenne sie jetzt mal so, überforderten Eltern. Ich differenziere jetzt nicht nach Herkunft, aber es gibt Kinder aus Elternhäusern, die mit einem riesigen Rückstand in die Schule starten, aus einer Reihe von Gründen.

Das führt dann dazu, dass es Kinder in Wien gibt, die hungrig in die Schule kommen. Es ist schwierig. Und es bekennt sich diese Regierung – und ich hoffe, alle hier in dem Haus – dazu, dass es Aufgabe der Schule ist, diese enormen Startnachteile durch das Elternhaus nicht zu verschärfen, sondern sie zu kompensieren. Es ist einfach so auf der ganzen Welt, es war auch immer so, es soll uns aber nicht dabei unberührt lassen, dass sozusagen das erste, das zweite, das dritte Jahr – und ich gehe jetzt da nicht in Klischees mit dem Flachbildschirm versus Vorlesen, aber – in Elternhäusern auch heute noch wesentliche Kinderrechte, wesentliche Möglichkeiten der Entwicklung nicht entsprechend unterstützt werden.

Da finde ich die Zahl sehr ermutigend, die die Frau Präsidentin hier genannt hat. Da hat die Frau Leeb ... (*GRin Ing Isabella Leeb: Da bin ich!*) – Das war nicht ganz richtig, was Sie hier gesagt haben, nämlich die 2 Prozent. Es wurde hier etwas versucht, ich darf zitieren: „Es wurden auch jene Schüler getestet, die im letzten Jahr in einer schlechten Lesegruppe waren, denen gezielt Leseunterricht gegeben wurde.“ Zitat Ende. Ich konzentriere mich deswegen so auf das Lesen, weil ich das Lesen für eine Schlüsselkompetenz für alles Mögliche halte.

Und nach meiner – und nicht nur meiner – These hat die Tatsache, dass etliche in Mathematik schlecht durchkommen, auch damit zu tun, dass sie die Aufgaben nicht entsprechend lesen können. Lesen ist also eine Schlüsselkompetenz unserer Kultur. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Deswegen ist das viersprachig angegeben!*) Ich habe das Gefühl, dass ich in vier Minuten Sie, Herr Kollege Gudenus, nicht überzeugen werde. Lassen Sie mich diesen ermutigenden Vergleich weiterführen.

Von jenen, die im letzten Jahr in der schlechtesten Gruppe waren, denen von Seiten der Stadt Wien, auch durch Freiwillige, Stichwort Lesepatenschaften, Unterstützung angetragen wurde, sind 60 Prozent jetzt in einer höheren Gruppe. 60 Prozent! Also was ohnehin klar ist: Ein Kind will lesen und schreiben lernen. Wenn ein Kind

starke Nachteile vom Elternhaus her hat – und das sollte uns noch lange beschäftigen –, kann man da etwas tun, ohne Zwangsmaßnahmen aber mit Angebot, mit Unterstützungen. Dort, wo man sich darum kümmert, gibt es signifikante Fortschritte.

Meine persönliche Meinung: Da müssen wir noch viel mehr tun. Und wir sollten nicht nur darüber nachdenken, was in der Volksschule und in der Neuen Mittelschule, in der Hauptschule, im Gymnasium passiert. Das Gymnasium nenne ich jetzt auch ganz bewusst, denn interessant finde ich auch, dass eine gar nicht unbeträchtliche Zahl, nämlich 18 Prozent derer, die in der Hauptschule in der schlechtesten Lesegruppe waren, auch in AHS sind.

Man kann sich auch vorstellen, dass hier einmal mehr das Elternhaus eine relevante Rolle spielt. Es gibt Elternhäuser, die wirklich Druck machen, im positiven Sinn. Wer will nicht das Beste für seine Kinder? Aber es sollte uns auch zu denken geben, dass selbst im AHS-Bereich immerhin 20 Prozent derer, die getestet wurden, nicht sinnerfassend lesen können.

Zusammenfassend, und ich will jetzt bewusst über keinen anderen Bereich reden, das sage ich sozusagen appellativ an uns alle: Diesen 22 oder 20 Prozent soll unser zentrales Augenmerk gelten. Für die meisten Kinder von uns, die wir hier in diesem Haus sitzen, kann ein besserer oder schlechterer Lehrer möglicherweise nicht den großen Switch im Leben haben, aber für jene Kinder, die Startnachteile haben, sehr wohl.

Die verbleibenden wenigen Minuten reichen mir jetzt nicht aus, um darüber zu reden, dass wir vor diesem Hintergrund einmal Familienpolitik diskutieren sollten. Nicht ob nun die sexuelle Orientierung ein Glaubenskrieg ist, sondern: Familienpolitik als Aufgabe der öffentlichen Hand heißt für mich sehr persönlich, jene Eltern zu stützen, die offensichtlich Nachteile, mangelnde Kenntnisse, mangelnde Bildung, mangelndes Einkommen, mangelnde Fähigkeiten haben, um für ihre Kinder ein ausreichendes Elternhaus zu sein. Die gibt es, und da müssen wir über dieses Lebensalter null bis fünf intensiv reden. Wir sollen auch darüber nachdenken, wie wir die Anreize dafür erhöhen können, damit gerade Kinder aus solchen Elternhäusern so früh wie möglich eine qualitätsvolle, unterstützende, begleitende Betreuung bekommen können.

Das zeigen, ich wiederhole es noch einmal, alle Untersuchungen auf der Welt: Hast du dein Kind selbst als zwei- oder dreijähriges in einer qualitätsvollen Betreuung, so sind sein Lebensweg, sein Einkommen, seine Entwicklung sowie seine Sprachkenntnisse entsprechend besser. Das ist auf der ganzen Welt abseits von Ideologie eine Tatsache, und wir sollten motiviert ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist aber eine grüne Tatsache!*) – Nein, das ist keine grüne Tatsache. Ich bemühe mich in einer Rede ja ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie stellen Behauptungen auf!*) Ich stelle Behauptungen auf? Ja, diese Behauptung stelle ich auf! Lesen Sie bei Onkel Google nach, Herr Kollege, welche Auswirkungen frühkindlich unterstützende Betreuung auf Lesekompetenz, auf Sozialkompetenz, auf eine humanitäre Kompetenz hat.

Es geht doch nicht um ein Entweder-oder, entweder das Elternhaus oder eine außerhäusliche Betreuung. Das Elternhaus, und das war mir jetzt so wichtig, ist von fundamentaler Bedeutung, schafft in den Jahren null bis drei, null bis vier eklatante Startunterschiede. Und unsere Aufgabe als Stadt muss es bleiben, insbesondere jene Kinder mit Startnachteilen beziehungsweise deren Familien zu stützen, zu fördern und ja, auch Geld in die Hand zu nehmen und darüber nachzudenken, was oft gar nicht einfach ist.

Wenn übers Wochenende wo hingefahren wird, wo es Leseangebote in einer originellen Art gibt – ich kenne auch Schulen und Kindergärten, wo so etwas am Abend angeboten wird –, dann werden oft gerade jene, die starke Nachteile haben, von den Eltern dort nicht hingeschickt oder nicht gelassen oder fahren jedenfalls nicht mit, woran auch immer das liegt.

Scheuen wir uns nicht, und das sage ich jetzt in grüne und sozialdemokratische Richtung, die Ursachen akribisch anzuschauen, Dinge auszuprobieren! Es gibt ja keine Patentrezepte, sondern nur eine Grundhaltung. Die Grundhaltung muss sein, dass jene, die vom Elternhaus starke Nachteile haben, unsere besondere Aufmerksamkeit brauchen; denn Leseschwäche von 22 Prozent in der 4. oder in der 8. Schulstufe ist nicht etwas, worauf wir uns ausruhen können. Das wollen wir auch nicht, sondern das wollen wir ändern. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Nepp zu Wort gemeldet. 15 Minuten sind als Redezeit eingestellt.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat! Werte Kollegen!

Wie Sie sicher annehmen werden, werden wir diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. Denn egal, wo man eigentlich hinschaut in diesem Ressort Bildung, Jugend, Information und Sport, herrschen eigentlich überall Baustellen und Skandale.

Wir haben eine der höchsten Jugendarbeitslosigkeitszahlen in Wien, im Gegensatz zu den anderen Bundesländern. Wir haben die meisten Lehrstellensuchenden, das heißt, auf eine offene Lehrstelle kommen drei Lehrstellensuchende. Wir haben einen Stadthallenbad-Skandal, wir haben einen Kinderheim-Skandal und noch dazu haben wir hier in Wien die größte Bildungsmisere in der Zweiten Republik. Die Vorredner haben es schon gesagt: Im Durchschnitt können 20 Prozent der Schüler nicht lesen.

Da muss ich schon sagen: Irgendwie sind Sie da beratungsresistent. Sie wollen da anscheinend keine Änderung herbeiführen. Wir bringen schon seit Jahren hier ein Konzept ein, das schlüssig ist, das Sie aber jedes Mal ablehnen. Ich will es Ihnen nicht noch einmal vorbeten, denn irgendwie sind Sie da anscheinend schon beratungsresistent:

So sind Sie zum Beispiel beratungsresistent, was die Einführung einer verpflichtenden Sonderlernklasse in der 1. Schulstufe betrifft, nämlich für jene Schüler, die mangelnde Deutschkenntnisse haben, die die deutsche Sprache nicht sprechen. Beratungsresistent sind Sie

auch, was eine zweite Sprachfeststellung nach der 4. Klasse Volksschule betrifft, wobei es bei Nichtbestehen entweder Sommerkurse gibt, wo die Schüler Deutsch lernen, und wenn sie das nicht können, gegebenenfalls noch ein Deutsch-Sonderlernjahr.

Es ist ja schon schlimm genug, wenn sie ein Jahr verlieren in ihrer schulischen Ausbildung, wenn sie ein Jahr wiederholen müssen, um Deutsch zu lernen. Noch schlimmer ist es aber jetzt, nämlich dass wir noch genügend Schüler haben, die mit 14 oder 15 nicht sinnerfassend lesen können. So kann es ja nicht weitergehen im roten Wien!

Wie gesagt, ich könnte jetzt diese Anträge einbringen, aber Sie werden ja wie jedes Mal dagegen sein. Sie werden weiterhin die deutsche Sprache torpedieren und wir werden weiterhin in diesem Schul-Ranking abstürzen. Und für diesen Bildungsskandal, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Sie von der SPÖ verantwortlich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was ist jetzt die Antwort auf Ihr selbst verursachtes Bildungsdebakel? Die eher glücklose Stadtschulratspräsidentin Brandsteidl hat sich zu Wort gemeldet. Und zwar möchte sie eine Kindergartenpflicht ab dem ersten Lebensjahr. Da zeigt sich ja wieder einmal das Familienbild der SPÖ. Sie handeln hier herzlos, Sie handeln eiskalt, Sie wollen eine Kindergartenpflicht ab dem ersten Lebensjahr! Einjährige Babys wollen Sie den Müttern und den Vätern entreißen!

Sie wollen diese kleinen Kinder verstaatlichen wie damals in der DDR! Sie bevormunden die Familie und glauben, der Staat kann es besser machen, ja, Sie wollen sogar den Kindern die Kindheit stehlen! Wenn man weiß – ich kenne das von meinen eigenen Kindern –, dass im Alter von einem Jahr viele Kinder noch gestillt werden, muss man sagen, Sie entreißen dem Kind die Mutterbrust, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber es kann ja sein, dass das eine Einzelmeinung ist von der Frau Brandsteidl, dass Sie eigentlich alle nicht so denken. Sie haben sich auch sehr zurückgehalten und eher die Frau Brandsteidl im Regen stehen lassen. Darum gebe ich Ihnen jetzt heute noch eine Chance, und zwar in Form eines Antrags, so quasi als Wiedergutmachung und Sie könnten ja auch die Frau Brandsteidl overrulen. Ich bringe daher folgenden Beschlussantrag ein:

„Der Gemeinderat spricht sich gegen die Einführung einer Kindergartenpflicht ab dem ersten Lebensjahr aus.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Eine weitere große Baustelle in diesem Ressort betrifft die Aufarbeitung dieser schrecklichen Skandale in den Wiener Kinderheimen. Da muss man wirklich sagen, schade dass die GRÜNEN nicht darauf eingegangen sind. Vielleicht macht es der Herr Akkilic nachher, oder es ist Ihnen einfach nur wurscht.

Wir diskutieren hier wirklich über das Wichtigste, nämlich über unsere Kinder. Wir diskutieren heute aber auch über die Moral und vor allem konkret diskutieren wir

über das damalige Versagen der Moral, Herr Stadtrat. Denn wir von den FPÖ haben ja bereits vor Jahren, schon vor 2010, als man gemunkelt hat, welche Skandale es da gegeben hat, uns da um Aufklärung bemüht.

Wir haben gesagt, wir wollen diese Missbrauchsfälle aufklären, es muss Wiedergutmachung geschehen, sofern man solche grauslichen Taten überhaupt wiedergutmachen kann. Wir, die FPÖ waren die Ersten, die diese Thematik aufgebracht haben. Da haben Sie noch gemauert, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Heinz Vettermann.)*

Wir haben es ja schwarz auf weiß, Herr Kollege Vettermann, dass wir hier und heute zahlen müssen für die Sünden verantwortungsloser Politiker aus dem SPÖ-Dunstkreis. Damals haben Sie weggeschaut. Heute schauen Sie anscheinend noch immer weg oder wollen es noch gar nicht wahrhaben. Aber dieses damalige bewusste Wegschauen der SPÖ-Stadtregerung hat zum Missbrauch an Kindern geführt, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch die Helige-Kommission bestätigt es ja: Verantwortlich für den Missbrauch an Kindern in den Wiener Heimen war damals die verordnete Vertuschungspolitik der SPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren! Damals wussten die höchsten roten Beamten darüber Bescheid. Die damalige Stadträtin Jacobi hat davon Bescheid gewusst. Aber diese Stadträtin wird heute von Ihnen noch verehrt! Das ist doch bitte eine Verhöhnung der Opfer! Was sollen denn diese armen Opfer denken, wenn sie durch die Stadt gehen und unkommentiert noch immer eine Straße sehen, die nach der Stadträtin Jacobi benannt wurde? Die werden tagtäglich daran erinnert, wenn sie da durchmarschieren!

Das soll auch nicht sein. Und als Zeichen der Anerkennung des Leides, das damals verursacht wurde unter der Stadträtin Jacobi, darf ich noch den Antrag einbringen, an das Straßenschild der Maria-Jacobi-Gasse eine Zusatztafel anzubringen, die auf die Verantwortung der Namensträgerin als amtsführende Stadträtin für die damaligen Vorfälle im Kinderheim Schloss Wilhelminenberg hinweist. Auch darüber wird die sofortige Abstimmung beantragt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder stellen Sie sich einmal vor, diese Opfer werden älter und kommen in ein Pflegeheim – es gibt ja auch ein Pflegeheim, das den Namen Maria Jacobi trägt –, also quasi direkt vom Horrorheim am Wilhelminenberg, wo die Jacobi verantwortlich war, ins nächste Heim, wo sie dann tagtäglich, wenn sie frische Luft schnappen und hinausgehen, wieder an diese Gräueltaten erinnert werden. Das ist ein komplett falsches Signal!

Auch da fordern wir eine Zusatztafel am Heim „Haus Maria Jacobi“, die auf die Verantwortung hinweist; dass sie nämlich damals alles gewusst, aber nichts getan hat, diese Kinder im Stich gelassen hat. Auch dazu fordern wir die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein Ehrengrab gibt es auch noch. Es sieht kein Steuerzahler ein, dass die Steuerzahler für die Pflege dieses Grabes einer Person, die damals das gedeckt hat, gewusst hat, aber nichts getan hat, aufkommen müssen!

(GR Mag Rüdiger Maresch: *Aber für Nowotny brauchen wir schon eines, für den Nazi-Flieger!*) – Schauen Sie, wenn Sie diesem Antrag nicht zustimmen, Herr Maresch, wollen Sie anscheinend jemanden schützen, der damals diese Gräueltaten gedeckt hat. (*Neuerlicher Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Vielleicht verlangen Sie irgendwann auch noch für Cohn-Bendit ein Ehrengrab in Wien, weiß ich nicht. Wir stellen dennoch den Beschlussantrag, und zwar:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien beschließt die Ab-erkennung des Ehrengrabes für Maria Jacobi.“ - Auch dazu wird die sofortige Abstimmung beantragt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber was ich nicht verstehe, und was viele, vor allem die Opfer, nicht verstehen, ist, dass es noch immer keinen offiziellen Entschuldigungsakt gegeben hat, wo man das Leid dieser armen Menschen anerkennt, wo man sagt, ja, damals war diese rote Stadtregierung schuld, wir haben damals davon gewusst, wir haben nicht gehandelt und das, was euch geschehen ist, ist zutiefstes Unrecht. Auch in dieser Angelegenheit sind bis jetzt StR Oxonitsch oder Bgm Häupl nicht bereit, einen Akt der Entschuldigung zu setzen.

Sie verwehren den Opfern so einen offiziellen Akt. Es wird nur lapidar über die Medien irgendwie ausgerichtet: Ja, das ist eben damals passiert. So eine Art saloppe Entschuldigung: Es ist damals passiert, es tut uns leid, sagt der Bürgermeister. Aber was diese Opfer wirklich wollen, und das steht auch in den Empfehlungen der Helige-Kommission, ist, dass es dazu einen offiziellen Akt der Entschuldigung gibt, wie es in Schweden war, wie es in Bayern war.

Dort wurden die Opfer in den Landtag eingeladen und konnten sich dort mehr oder weniger noch einmal ihr Leid von der Seele reden, und sie haben eine offizielle Entschuldigung bekommen. Auch hier fordern wir, dass der Bürgermeister der Stadt Wien eine offizielle Gedenkveranstaltung für die Opfer städtischer Kinder- und Jugendheime abzuhalten hat. Auch dazu wird die sofortige Abstimmung beantragt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich frage mich schon, warum Sie überhaupt so etwas in Auftrag geben mit Empfehlungen, wenn Sie sich nicht daran halten, Empfehlungen umzusetzen. (*GRin Kathrin Gaal: Wer sagt das?!*) Es gibt so viele Empfehlungen. Die ÖVP hat auch einen Antrag eingebracht, der die kompletten Forderungen beinhaltet. Ich bin gespannt, ob Sie dem zustimmen oder nicht.

Ein weiterer großer Wunsch dieser Opfer ist eine Opferrente, weil diese Menschen ja wirklich so geschädigt wurden, dass sie im gesamten Leben eigentlich gänzlich erwerbsunfähig waren und jetzt natürlich auch finanziell arm dastehen. Da ist es eben ein großer Wunsch, dass es für die betroffenen Personen eine Opferrente gibt. Darum stellen wir auch dazu diesen Antrag:

„Der Bürgermeister der Stadt Wien wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass allen Opfern in städtischen Kinder- und Jugendheimen, die auf Grund der Vorfälle erwerbsbeeinträchtigt waren oder sind, eine Opferrente zuerkannt wird.“ In formeller Hinsicht wird auch dazu die sofortige Abstimmung beantragt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber weil wir von der FPÖ auch immer in die Zukunft blicken: Was tut jetzt eigentlich diese sozialdemokratische Rathaus-Nomenklatura mit den Kindern, die derzeit von Armut betroffen sind? Es gibt ja in Wien bis zu 100 000 Kinder, die an der Armutsgrenze leben und armutsgefährdet sind. Das ist eigentlich schon schlimm, wenn man denkt, dass immer so hochgelobt wird, egal, ob das jetzt eine Mercer-Studie ist oder irgendeine andere der Studien, die Sie da tagtäglich erwähnen.

100 000 Kinder leben unter Ihrer Regierung hier in Wien an der Armutsgrenze, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine grausame Begleitmusik sozialdemokratischer Misswirtschaft, eine hässliche Musik der Armut, dirigiert von seiner Arroganz Bürgermeister Häupl! Aber ich sage Ihnen: Spätestens 2015 wird damit hier in Wien Schluss sein! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber viele Kinder stehen ja auch auf der Straße und betteln. Wenn Sie durch Wien gehen, wird Ihnen das ja nicht erspart bleiben: elende Bilder von kleinen Kindern mit großen Augen, die betteln. Diese Kindertragödien sind leider in Wien tagtäglich, und die sehen wir ja auch direkt, diese armen Kinder. Aber das, was wir nicht sehen, sind die Sklaventreiber, die dahinterstehen, die Gangs und die Banden, die diese armen Kinder kalt-schnäuzig ausnutzen und mit brutalster Härte Geschäft machen, mit dem Mitleid der Menschen und vor allem mit dem Leid der Kinder! Und das sage ich Ihnen auch hier klipp und klar: Wir von der FPÖ wollen hinschauen und helfen! Wir werden bei diesen Grausamkeiten nicht wegschauen wie sie, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Deswegen bin ich wirklich auch betroffen, Herr Oxonitsch, wenn Sie bei dieser Angelegenheit aus Feigheit Ihre Augen verschließen, wenn Sie da wegschauen. Da frage ich mich wirklich: Warum schauen Sie da weg? Warum setzen Sie sich nicht mit dem Herrn Ceipek zusammen und reden das aus? Warum verpassen Sie ihm einen Maulkorb? Sind Sie da in Geiselhaft irgendwelcher Gutmenschen, oder sind Sie zu schwach, sich aus dieser Geiselhaft zu befreien, Herr Oxonitsch? Oder ist es vielleicht einfach nicht opportun, sich für die Ärmsten der Armen einzusetzen?

Egal, was es ist, es dürfte wirklich eine gewisse Feigheit vor diesen Gutmenschen bei Ihnen sein, dass Sie hier aufstehen und hinter ihren Beamten stehen. (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*) Im Gegenteil, Sie lassen diesen Herrn Ceipek im Regen stehen. Ich meine, man hat ja schon bei der Anfragebeantwortung das letzte Mal gesehen, nämlich bei der mündlichen Anfrage bei Ihnen, dass eigentlich wenige ihrer Parteikollegen im Saal waren und auch wenige applaudiert haben. Es versteht wirklich niemand, warum Sie hier loyale Mitarbeiter im Regen stehen lassen.

Da fällt mir ein Spruch von Nelson Mandela ein, nämlich: „Der Feind wohnt immer im Schatten des eigenen Hauses.“ Und ich sage immer, Sie müssen uns hier nicht angreifen, und meinen, wir seien die Bösen und die Feinde. Im Gegenteil, Ihre politischen Feinde sitzen wirklich schon in den eigenen Reihen. Es ist ja merkbar,

denn Sie haben wirklich einem namhaften Experten ins Rückgrat getreten! Sie haben dem Herrn Ceipek einen Maulkorb verpasst, Herr StR Oxonitsch. Da kann ich Ihnen nur sagen: Vielleicht passt es jetzt nicht in ihr Karrierekonzept, sich da für einen einfachen Beamten herauszulehnen – also das goldene Rückgrat werden Sie nicht mehr gewinnen.

Aber das Schlimmste ist vor allem, dass Sie mit Ihrem Verhalten den Kindern nicht helfen. Das macht nicht nur mich, sondern eigentlich unsere gesamte Fraktion betroffen. Anscheinend steht in Ihrem politischen Karriereprogramm nicht, dass so etwas sein darf, aber für mich und für meine Kollegen ist das weder eine Karrieregeschichte noch eine parteipolitische Geschichte. Es hilft Ihnen auch kein Gutmenschengeschrei, dass wir immer die bösen Ausländerfeinde wären.

Es geht hier einfach um Humanität. Es braucht politische Gestaltung, es braucht einen Stadtrat mit Zivilcourage, einen Stadtrat mit Rückgrat, ohne Parteibrille, ohne jeden Karrieredünkel. Dazu braucht es gute Sachverständige, Politiker, die der Realität ins Auge sehen. Und das können Sie nicht, Herr Stadtrat. Das enttäuscht mich persönlich, es enttäuscht mich menschlich, und eigentlich sollten Sie wegen Ihrer Feigheit abtreten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Dr Aigner zu Wort gemeldet. Redezeit wie gehabt: 5 Minuten 30 Sekunden.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mit etwas Positivem beginnen. Ich finde, dass der Herr StR Oxonitsch diese dramatischen Ereignisse und diese dramatische Situation des hervorgekommenen Kindesmissbrauchs durch die Einsetzung der Kommission und durch die Art und Weise, wie die Kommission unbeeinflusst arbeiten konnte, sehr gut gemeistert hat.

Ich halte das auch – sozusagen in dieser unaufgeregten Art – für eine sehr professionelle Vorgangsweise. Es ist jetzt eben wichtig, aus dem Faktenbericht die entsprechenden Schlüsse zu ziehen, nämlich einerseits was die damalige Verantwortung angeht. Ich glaube, einfach achselzuckend zur Kenntnis zu nehmen, dass seinerzeit nun mal wichtige Akten vernichtet worden sind, das wäre auch zu wenig. Das ist aber eher eine Sache, die den Herrn Bürgermeister als Chef des Magistrats und den politisch Hauptverantwortlichen betrifft.

Auf der anderen Seite geht es natürlich darum, wie man verhindern kann, dass in Zukunft derartige Ereignisse stattfinden. Es hat ja strukturelle Reformen gegeben, es gibt keine Großheime mehr, aber natürlich kann es auch in allen möglichen Wohngemeinschaften Probleme geben. Ich glaube, das ist sozusagen die Herausforderung politischer und administrativer Natur, vor der die Stadtverwaltung steht.

Es ist heute in der ersten Geschäftsgruppe, die zur Verhandlung gestanden ist, von der Frau Kollegin Wehsely ein Satz gefallen, der mir schon auch Angst macht, wenn es heißt, das Private ist politisch. Das ist natürlich

alter Marxismus, aber wenn man das in Verbindung sieht mit Forderungen, dass man eine Verpflichtung, den Kindergarten zu besuchen, ab dem ersten Lebensjahr fordert, dann geht das ja letztendlich weiter. Dann ist das Private nämlich nicht nur politisch, sondern es gibt dann bald nichts Privates mehr; und, meine Damen und Herren, das hat eigentlich in einer liberalen Demokratie, die auf Grundrechten und Freiheitsrechten basiert, wirklich nichts verloren!

Kindererziehung ist in allererster Linie, das ist verfassungsrechtlich garantiert, ein Recht und eine Pflicht der Eltern. Der Staat hat natürlich seine Verantwortung im Bildungsbereich, aber sozusagen die primären Ansprechpartner sind und bleiben die Eltern, und das darf man den Eltern auch nicht nehmen. Daher Nein zu einer Pflicht ab dem ersten Lebensjahr, in den Kindergarten zu gehen! *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Ich meine, das letzte Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt, das ist ja durchaus in Ordnung. Und dass man die Möglichkeiten schafft, dass man die Plätze ausbaut, das ist auch wirklich in Ordnung, aber eine Verpflichtung und eine völlige Heraus... *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Wer sagt das?!)* – Die Frau Stadtschulratspräsidentin Brandsteidl hat das gefordert, bitte, ab dem ersten Jahr! *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Nein, hat sie nicht! – Ruf bei der SPÖ: Blödsinn!)* – Ja, ich halte es ja für einen Blödsinn *(Beifall bei der FPÖ.)*, aber die Forderung ist gestellt worden. Und das ist ja nicht irgendwer! Im Endeffekt kann man nur sagen: Wehret den Anfängen! *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Es ist gefordert worden, und das weise ich auf das Entschiedenste zurück. *(GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Es ist aber nicht gefordert worden! Sie können noch zehn Minuten darüber reden, es ist nicht gefordert worden! – GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Nehmen Sie das zur Kenntnis!)* Gut das beruhigt mich. Es hat aber dementsprechende Aussendungen und Pressemitteilungen gegeben, und eine Korrektur. *(Rufe und Gegenrufe zwischen FPÖ und SPÖ.)* Es ist nicht die eigene Propaganda, es ist bitte in den Zeitungen gestanden!

Eine weitere Sache ist natürlich – auch das ist heute schon angesprochen worden – die Inseratenlawine, die natürlich auch in dem Ressort Oxonitsch sozusagen ihren Ausgang nimmt. Wir haben das ja schon mehrfach gesagt. Da gibt es keinerlei Einsparungen. Dabei könnte man da einsparen, ohne dass die Bürger Leistungskürzungen zu erleiden haben. Auch was die Verwendungsmöglichkeiten betrifft, da braucht man nicht einmal das Budget der Geschäftsgruppe zu kürzen, sondern man kann das innerhalb der Geschäftsgruppe umleiten.

Geben wir es in die Sportstätten! Unsere Sportstätten sind teilweise in einem erbärmlichen Zustand. Schauen wir, dass wir keine Containerklassen aufstellen. Auch das ist etwas, das einer Weltstadt nicht würdig ist, dass nämlich als Dauereinrichtung Schulcontainer aufgestellt werden. Bauen wir ordentliche Schulen und verzichten wir auf diese Inseratenlawine! Dann hätte man etwas Gutes bewirkt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es wird auch sehr spannend sein, wie es mit dem

Stadthallenbad weitergeht. Auch das versandet offenkundig. Das bisher Einzige, das als Reformmaßnahme herausgekommen ist, ist die Gründung einer zusätzlichen neuen Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Das kann es ja auch nicht sein! Da wäre es wirklich interessant zu erfahren: Wer ist für diese Debakel verantwortlich? Wie schaut die rechtliche Verantwortlichkeit aus? Wie geht es weiter mit dem Stadthallenbad? Das sind alles Fragen, die Ihrer Beantwortung harren. Sie werden sich daher nicht wundern, dass ich dem Rechnungsabschluss nicht zustimme. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Peschek zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit: 15 Minuten.

GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich denke, nur positiv an dieser ganzen Diskussion ist prinzipiell, dass vermutlich alle Parteien das gemeinsame Bekenntnis zur Notwendigkeit und zur Wichtigkeit von Bildung an den Tag gelegt haben.

Allerdings, beim Zugang zu diesem Thema sind dann doch immer wieder aufs Neue sehr, sehr große Unterschiede erkennbar, weil es mitunter einfach auch an ideologisch unterschiedlichen Zugängen liegt. Ich habe im Zuge einer anderen Gemeinderatsdebatte einmal den Alfred Dallinger zitiert, der bekannterweise Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten und auch Sozialminister der Republik Österreich war, und Alfred Dallinger hat gesagt: „Bildung ist der Motor des gesellschaftlichen Fortschritts.“ Nun könnte man auch darüber diskutieren, was Fortschritt ist, insbesondere aus einer politisch-ideologischen Perspektive heraus. Für uns als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen geht es vor allem darum, dass einmal prinzipiell außer Streit steht, dass jeder Mensch gleich viel wert ist, unabhängig der Herkunft, und daher auch das Recht auf ein selbstbestimmtes, glückliches Leben in Würde hat. Und das beginnt bereits mit dem Kindergarten als eine erste wesentliche Institution.

Wenn Sie nun die ganze Zeit über eine angebliche Meldung der Frau Stadtschulratspräsidentin debattieren (*GR Mag Wolfgang Jung: Na geh!*), dann möchte ich Ihnen eine Einladung aussprechen: Es sitzt hier Kollege Nepp, zumindest hin und wieder schaut er auch bei den Stadtschulratskollegiumssitzungen vorbei, es sitzt der Kollege Aigner ebenso im Stadtschulratskollegium, und es wäre ein Einfaches, die Frau Präsidentin selbst zu fragen, wie das denn war. Die Wahrheit ist nämlich nicht, dass die Frau Stadtschulratspräsidentin Brandsteidl eine Kindergartenpflicht ab dem ersten Jahr gefordert hat, sondern sie hat einzig und alleine gesagt, dass sie für ihr Kind mit eineinhalb Jahren einen Kindergartenplatz organisiert hat. Das ist die ausschließliche Wahrheit. Ich habe einmal einen Spruch gelesen, der lautet: „Das Schlimmste, was jemandem passieren kann, ist, der eigenen Propagandalüge zu glauben.“ Offenbar sollten Sie schon mal sehr, sehr in sich gehen, sich zumindest ein Stück mit den Realitäten auseinandersetzen und da

nicht irgendwelche G'schichteln aus dem Märchenwald erzählen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Aufregung bei GR Dominik Nepp.)*

Nun schauen wir uns an, wie die eigentlichen Fakten sind, weil offenbar es ja insbesondere in der konservativ bis reaktionären Ecke Nachhilfeunterricht braucht. Wir haben aktuell 72 500 Plätze für Kinder von 01 bis 6 Jahren, das heißt, im Bereich der 3- bis 6-Jährigen haben wir eine über 100-prozentige Versorgung. Das ist kein Zufall, sondern auch Ausdruck von politischer Gestaltung. Wir haben bei den 0- bis 3-Jährigen das Barcelona-Ziel übertroffen und sind gegenwärtig bei 36 Prozent. Nun stellt sich die Frage: Inwiefern haben Sie eigentlich die Zahlen und Fakten gelesen? Offenbar nicht zur Genüge, weil dann würden Sie auch wissen, dass rund 20 000 Plätze für Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren im Bereich der Hortbetreuung zur Verfügung stehen und noch einmal 22 800 Plätze in Offenen Volksschulen, Ganztageseschulen, und so weiter. Das heißt, in Summe, und das sagt auch der Rechnungsabschluss, haben wir 2012 622 Millionen EUR für Kindergärten aufgewendet und 2 500 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze geschaffen. Gerade im Bereich des Kindergartens wird eben der von mir angesprochene so unterschiedliche ideologische Zugang erkennbar und auch wahrnehmbar. Wien hat auf der einen Seite die längsten Öffnungszeiten, die geringsten Schließtage. Da kann man beispielsweise in Vorarlberg, wo es bekannterweise eine Kooperation der ÖVP mit den Freiheitlichen gibt, den völlig anderen Zugang erkennen. Dort haben die Kindergärten nämlich die geringsten Öffnungszeiten und auch die längsten Schließtage, das heißt, Ihre Forderung von wegen die Eltern sollen sich doch mehr um die Kinder kümmern, die Eltern müssen Verantwortung übernehmen, ist ein vorgeschobenes Argument, um in Wahrheit Ihre Politik der drei Ks in der Frauenpolitik zu verdecken. Und diese drei Ks sind Kind, Kirche, Küche. Das ist für Sie Frauenpolitik, das wird auch in der Kindergartenbetreuung erkennbar. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nun ist mir klar, dass die Wahrheit weh tut, insbesondere wenn man dabei ertappt wird, dass es ganz offensichtlich ist, um was es in Wahrheit geht. Aber ich sage Ihnen, wenn es darum geht, dass insbesondere auch viele alleinerziehende Frauen ein selbstbestimmtes und glückliches Leben führen können, so wie ich zuvor den Anspruch formuliert habe, dann geht es auch darum, die Möglichkeiten in Form von Vollzeitbeschäftigung durch ordentliches Bezahltwerden zu schaffen - auch das ist eine Frage von Verteilungsgerechtigkeit -, aber gleichzeitig auch genügend Kinderbetreuungsplätze sowie auch entsprechende Öffnungszeiten. Und da ist eben der zuvor von mir angesprochene große Unterschied erkennbar.

Und nun, wenn wir schon beim Nachhilfeunterricht sind, habe ich eine Frage an den Kollegen Nepp, weil er es ja immer wieder darauf fixiert: Die Kinder und Jugendlichen können kein Deutsch. Herr Kollege Nepp, ich habe eine Frage: Wissen Sie eigentlich, wie viel Kinder in Wien gegenwärtig in Deutschsprachförderkursen sind? Offenbar nicht. Es sind 2 500. Wissen Sie, wie viel Kin-

der in Deutschsprachförderkursen von Hauptschulen und Polytechnischen Schulen sind? Nein, offenbar nicht. Ich sage es Ihnen, es sind 700. Wissen Sie, wie viel Kinder und Jugendliche einen Begleitunterricht besuchen? Nein, wissen Sie nicht. 25 000. Ich nehme zur Kenntnis, Sie reden über Dinge, ohne dass Sie eine Ahnung davon haben. Insofern lade ich Sie ein, gemeinsam mit dem Klub der Freiheitlichen einen Nachhilfeunterricht bei uns zu besuchen. Ich werde ihn gerne organisieren, Sie sind herzlich willkommen. Vielleicht nutzt es ja etwas, weil bekannterweise: Die Hoffnung stirbt zuletzt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Das gilt auch für die Kollegen und Kolleginnen der Freiheitlichen. Nun, na ja, hoffen kann man ja. Ich sag' ja nicht, ich glaub', sondern ich hoffe, gut.

Gehen wir zum nächsten Bereich, nämlich der Bildung, die doch so von zentraler Bedeutung ist, beginnend mit Kindergarten bis hin dann zu den weiteren Bildungsstrukturen. Da ist es schon erstaunlich, dass mittlerweile sogar Teile der ÖVP erkannt haben, dass es sinnvoll ist, nicht in einem Bildungssystem aus der Monarchie stehen zu bleiben, sondern endlich die modernste und auch sinnvollste Schulform zu fordern, nämlich eine gemeinsame ganztägige Betreuungsform. In Tirol haben sie es erkannt. Leider hat es sich noch nicht nach Wien zum ÖVP-Rathausklub herumgesprochen. Auch hier gibt es verschiedene Presseaussendungen. Dank der neuen Zeiten und Medien kann man das sogar im Internet recherchieren. Das heißt, Sie brauchen gar keine Brieftauben, um das zu erfahren. Ich lade auch Sie ein, sich das einmal anzuschauen, wie dort argumentiert wird, weil der Grund, warum das gefordert wird, liegt doch auf der Hand, nämlich die besten Rahmenbedingungen sind für die Kinder und Jugendlichen gerade gut genug. Da gehört es dazu, dass wir nicht eine Schulstruktur aus dem vorvorigen Jahrhundert entsprechend fordern, sondern dass wir im heutigen Zeitalter ankommen. *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Wenn man sich beispielsweise den Fußball anschaut, dann orientiert sich die ganze Welt an den besten Fußballmannschaften. Sie orientieren sich offenbar an den Wirtshausligamannschaften. Da sei Ihnen durchaus Genüge getan, das müssen eh Sie wissen, aber das ist sicher nicht unser Anspruch, weil wir wollen nicht in die Wirtshausliga, sondern wir wollen in die Champions League der Bildungspolitik und dazu gehören die besten Rahmenbedingungen. Dafür wird auch Wesentliches getan und dazu beigetragen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist Gleichmacherei! – Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Herr Mag Gudenus, also dass Sie von Gleichmacherei sprechen, das wundert mich nicht *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das geht ja nicht anders!)*, weil einmal mehr wird erkannt, um was es in Wahrheit in der freiheitlichen Politik geht: Sie wollen einfach nicht, dass die kleinen Arbeiterkinder wie ich aus dem Gemeindebau Ihre Akademikerfreunde, Brüder, Geschwister und Sonstiges in den Gymnasien sehen, weil der Pöbel der Proleten soll da unten irgendwo bleiben und Ihresgleichen soll an der Spitze der Gesellschaft stehen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie wollen die*

Gleichmacherei!) Ja, das ist kein sozialdemokratischer Zugang, das ist Ihr Zugang! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie wollen die Gleichmacherei!)* Wir wollen für alle Kinder und Jugendliche die besten Chancen. Wir wollen die besten Rahmenbedingungen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie zerstören die Chancen!)* Dazu gehört ein modernes Bildungssystem und nicht Ihres. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie zerstören die Chancen!)*

Ich frage mich aber die ganze Zeit, Herr Gudenus: Waren Sie nie in der Volksschule? Sie müssen ja mit ... *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie machen alle Chancen zunichte!)* Sie müssen ja irgendwie jeden Tag die Zehennägel aufgestellt gehabt haben, wie Sie in die Volksschule gegangen sind, weil das war die gemeinsame Schule. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ihre Leute machen alles zunichte!)* Da müssen die Nackenhaare gestanden haben: Huh, nein, jetzt gehe ich in die Volksschule mit den anderen. Vielleicht waren Sie auch hier in einer anderen Schulform, das sei Ihnen auch unbenommen, das geht mich auch gar nichts an. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Alle Chancen machen Sie zunichte!)* Der entscheidende Punkt ist jedenfalls: An der Wahrheit ändert das nichts. Die Wahrheit ist, die beste Schulform ist die gemeinsame und ganztägige Betreuungsform. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie zerstören die Chancen der Kinder!)* Da können Sie noch so viele G'schichteln aus dem Märchenwald erzählen, es ändert nichts daran, da werden wir fortsetzen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka.)*

Ah, Herr Juraczka, es freut mich, dass auch Sie munter geworden sind. Willkommen in der Gemeinderatsdebatte! Ich habe zuvor schon gesagt, dass die ÖVP-Tirol beispielsweise eine andere Position vertritt, übrigens auch die Wirtschaftskammer, in vielerlei Hinsicht die Industriellenvereinigung. Die haben nämlich schon erkannt, dass eine gemeinsame ganztägige Betreuungsform die sinnvollere Form ist, weil denen geht es nicht darum, dass sie ihre Kinder vor den gefährlichen Proleten schützen wollen *(Aufregung bei GR Dominik Nepp.)*, sondern auch die brauchen gut ausgebildete Fachkräfte. Daher braucht es auch entsprechende Strukturen und Rahmenbedingungen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, auch hier ein kurzer Fakten-Check. *(Weitere Aufregung bei GR Dominik Nepp.)* Herr Nepp, nur weil Sie lauter schreien, wird es deswegen nicht richtiger. Also Sie können sich entspannen. Es ist alles gut. Wissen Sie, da gibt es einen Film „Bad Boys“, da gibt es Wusa, das ist so eine Entspannungstechnik, vielleicht hilft die ja auch bei Ihnen. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Nun, wenn man sich die Zielsetzung einer gemeinsamen ganztägigen Schulform anschaut, dann haben wir mittlerweile einige Erfolge erzielen können: 20 neue Schulstandorte mit der ganztägigen Struktur 2014/2015 im Vergleich zu 2010 und 2011. Es wird auch gelingen, die gemeinsame Schule, die Neue Mittelschule flächendeckend, zumindest was die Hauptschulen anbelangt, in Wien spätestens 2018/2019 umzusetzen. Sieben Gymnasien sind mittler-

weile dabei. Ich hoffe doch, dass auch hier die Blockadehaltung beendet wird und wir den Weg zum Guten voranschreiten können.

Auch noch zwei, drei Worte zur Jugendbeschäftigung, weil das gerade in der gegenwärtigen Situation ein wichtiges Thema ist. Sie haben es ja nur umschiffert. Ich glaube, die Wahrheit liegt auch darin, dass Sie ja zum Beispiel noch nie eine Aktuelle Stunde zum Thema Jugendbeschäftigung, Lehrlingspolitik oder sonstwas verlangt haben. Sie meckern zwar immer dahin, dreschen da irgendwelche Phrasen (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Na, Sie überhaupt nicht!*), aber wenn es um die Substanz geht, fehlt Ihnen ganz offensichtlich die Kompetenz. Oder, das würde mich ja fast noch mehr freuen, Sie haben einfach erkannt, dass wir in Wien eine gute Politik machen, weil Sie sonst dieses Thema einmal aufgreifen könnten. Dass Sie das nicht tun, ist wohl auch kein Zufall. Nicht umsonst ist Wien die Jugendbeschäftigungshauptstadt innerhalb der Europäischen Union. Da können wir stolz drauf sein. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS. Na sicher!*)

Das ist ein gemeinsamer Erfolg unserer Politik und das lassen wir uns von Ihnen ganz sicher nicht schlechtreden. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Würden auch Sie zumindest hin und wieder Arbeitsmarktstatistiken lesen, auch das würde ja nicht schaden, dann würden Sie wissen, dass bei den Unter-20-Jährigen der Rückgang von 14,5 Prozent ein beachtlicher ist. Trotz alledem ist natürlich jeder junge Mensch, jeder Mensch ohne Arbeit einer zu viel. Da wir diese Kraftanstrengungen nicht verringern ... (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Oh, Herr Magister, Herr Jung, Sie sind immer Gemeinderat Oberg'scheit. Herr Gemeinderat Oberg'scheit, ich habe Ihnen auch etwas mitgebracht. (*Weitere Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung. – Heiterkeit bei der SPÖ.*) Herr Gemeinderat Oberg'scheit, Sie haben ja zu allem eine Meinung, zwar meistens irgendeine, aber trotzdem haben Sie eine. Es gibt das AMS, Arbeitsmarktservice, dafür steht das Kürzel. Würden Sie sich das einmal ansehen, dann würden Sie auch bemerken, dass zum Beispiel beim Jugendlichenanteil im Bereich nach Bundesländern Wien hier den geringsten Anteil hat. Das heißt, natürlich haben wir in Summe mehr Menschen (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja, ja!*). Wien wächst, das ist erfolgreich, auch wenn Sie noch so sehr raunzen, offenbar sehen das die Wiener anders. Aber in Relation haben wir die geringste Jugendarbeitslosigkeit und das können auch Sie einmal gerne zur Kenntnis nehmen, es würde mich freuen (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wollen Sie!*). Trotz alledem sollten wir uns das jetzt hier ein bisschen genauer ansehen, warum das eigentlich so ist. Wir haben eine Wiener Ausbildungsgarantie mit großer Kraftanstrengung, mit viel, viel Herz und Leidenschaft ins Leben gerufen, gemeinsam auch mit der Bundesregierung, allen voran Bundeskanzler Faymann und mit dem Rudi Hundstorfer. Es werden hier insgesamt 80 Millionen investiert. Da es sich offenbar zu Ihnen noch nicht herumgesprochen hat, erkläre ich es Ihnen auch gleich noch einmal. Wir haben auf der einen Seite insbesondere den

Übergang mit Jugend-Coachings, Spacelab, das ausgezeichnet worden ist, und so weiter, um Jugendliche zu unterstützen und sie nicht am Weg zu verlieren. Wir haben gleichzeitig die betriebliche Lehre, die natürlich noch nicht dort ist, wo sie hingehört. Wir arbeiten an der Qualität, aber auch der Quantität. Dass nur 8,5 Prozent der Betriebe Lehrlinge ausbilden, lässt mich nicht jubeln. Aber wir haben zum Beispiel mit der Auftragsvergabe unter Berücksichtigung von Lehrbetrieben gemeinsam einen wirklich bemerkenswerten Erfolg geschafft, der nämlich auch zum Ausdruck bringt, dass wir als Politiker jene sind, die die Rahmenbedingungen vorgeben, dass der Mensch im Mittelpunkt steht und das bei dieser Maßnahme auch ganz klar zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus werden mit der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung 3 500 Plätze konkret geschaffen und vieles mehr.

Gerade Wien, und Sie sagen ja immer, die öffentliche Hand kann keine Arbeitsplätze schaffen. Ich würde Sie bitten, den Taschenrechner zu zücken und mitzuzählen, weil dann würden Sie merken, wie viele es sind, wir haben über 1 200 Lehrlinge bei der Stadt und in Unternehmungen, wir haben 3 500 in den überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen, wir haben 2 100 Ausbildungsplätze im Gesundheits- und Krankenpflegebereich, wir haben 700 in Ausbildung in den Sozialberufen und 780 in der Ausbildung in der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik. Das heißt, da reden wir von tausenden jungen Menschen, die dank der Stadt Wien, dank unserer konkreten Politik entsprechende Ausbildungs- und letztlich auch Arbeitsplätze erhalten. Das werden auch Sie zur Kenntnis nehmen müssen, das ist ganz, ganz klar ein Erfolg unserer Politik. Und ein letzter Satz noch: Die FPÖ hat letztens eine Aussendung gemacht, die mich ziemlich amüsiert hat, wo Sie mich als Lehrlingsguru bezeichnet hat. Nun, ich habe jetzt in Wikipedia nachgesehen. Guru, die Bezeichnung Guru: „Der Lehrer ist für den Schüler unentbehrlich für die Suche nach Wissen und den Weg zur Erlösung.“ Jetzt finde ich das einigermaßen originell. Offenbar auf der Suche nach Wissen sind Sie meinem Weg noch nicht ganz gefolgt. Wir werden Ihnen auch gerne helfen. Sie haben mich gleichzeitig darauf hingewiesen, dass durchschnittlich nur 22 Berufsschülerinnen und Berufsschüler in einer Klasse sind und gesagt, das stimmt nicht, es sind nur 17. Nun, das ist die offizielle Statistik. Und Sie haben einen Fehler gemacht, Herr Kollege Nepp. Sie haben nämlich die Berufsschule Maschinenbau, Fertigungstechnik und Elektronik genommen mit 17,69. Das ist eine Berufsschule von 24. Wir haben in Wien nämlich mehr und im Durchschnitt haben wir 22. Jetzt würde ich mir wünschen, dass überall 17 sind, weil man damit noch individueller Rücksicht nehmen kann. Nur, diese Schulräume schaffen wir, da passiert sehr, sehr viel. 18 Millionen EUR haben wir im Bereich der Berufsschulen investiert. Aber Sie müssen halt schon zwischen einer einzelnen Berufsschule und dem Gesamtberufsschuldurchschnitt unterscheiden. Auch das können wir im angebotenen Nachhilfekurs im Sommer gerne durchmachen. (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Und Deutsch!*)

Daher, sehr geehrte Damen und Herren, abschließend, weil die Redezeit ja nun - das Lamperl hat ja schon geleuchtet - zu Ende geht. Ich denke, wir können mit Stolz darauf hinweisen, dass Wien Jugendhauptstadt ist, dass Wien Jugendbeschäftigungshauptstadt innerhalb Europas ist. Über 2 Milliarden EUR werden in Kinderbildung und Jugendarbeit investiert. Jeder Cent davon ist gut investiert, weil es um Zukunftsperspektiven geht, es geht um Hoffnungen. Es geht nicht um Diskriminierung, es geht nicht um Rassismus, plumpe Angst und Panikmache, wie das manche andere tun, sondern es geht ganz klar um ein Signal. Jeder junge Mensch in Wien soll die bestmöglichen Rahmenbedingungen haben, jeder junge Mensch hat das verdient. Dafür leisten wir unseren Beitrag gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen ich an dieser Stelle auch danke. Das ist ganz konkrete sozialdemokratische Politik in Wien gemeinsam mit den GRÜNEN. Das ist eine ganz klare Politik für die Menschen im Gegensatz zu manch anderen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Diskussion. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Kollege Peschek hat 16 Minuten gesprochen, 15 hatte er sich vorgenommen gehabt. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ihre persönliche Redezeit ist 12 Minuten, bitte.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Besucher auf der Galerie!

Wow, das war jetzt wie auf der Autobahn, Herr Kollege Peschek, wow, wow, wow, da hat man ja gar nicht folgen können. Also der Wahlkampf ist eröffnet, denke ich doch einmal. Guru werde ich mir jetzt auch merken, verneige mich. Ich hab' aber doch zwei, drei Anmerkungen. Bitte, lass mich das auch sagen. Du sagst, ihr wollt ein modernes und besseres Bildungssystem. Das wollen wir alle. Nur, wir haben es ja auch schon oft erwähnt, in Wien hattet ihr ja die letzten Jahre wirklich die Möglichkeit. *(GRin Barbara Novak: Und wo seids ihr? – GR Heinz Vettermann: Bundesgesetz!)* Ja schon, aber ihr habt in Wien, da seid ihr zuständig seit ... *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Schon, aber.)* Was heißt „schon, aber“? Ich meine, ihr seid in der Regierung, da hättet ihr es ja auch ändern können. *(Heiterkeit bei Amtsf StR Christian Oxonitsch. – GR Heinz Vettermann: Bundesgesetz!)* Ja, aber Wien ist zuständig für den Kindergarten und die Pflichtschule. Und wenn das Bildungssystem so schlecht ist, seid ihr zuständig für die Pflichtschulen! *(Beifall bei der ÖVP. - Aufregung bei Amtsf StR Christian Oxonitsch.)* Also ganz ehrlich! *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wofür? Wofür? – GRin Martina Ludwig-Faymann: Wir reden ja nicht von der Volksschule!)* Ja und für die KMS? Entschuldige, die Hauptschule ist gescheitert. Die Hauptschule ist in Wien im Grunde genommen nicht das, was sie zum Beispiel in den Ländern ist. Jeder ... *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Natürlich auch gemeinsam! – GR Heinz Hufnagl: Wien ist auch ein Land übrigens! – GRin Martina Ludwig-Faymann: Also*

wo ist der Unterschied? - Heiterkeit bei Amtsf StR Christian Oxonitsch.) Das ist schon richtig, nur keines der Wiener Kinder will gerne in die Hauptschule gehen. Ich glaube, da hat's doch was, oder? *(Aufregung bei den GRinnen Martina Ludwig-Faymann und Mag (FH) Tanja Wehsely. – Beifall bei der ÖVP.)* Und wenn sie dort auch nicht das lernen können, weil sie einfach nicht zu dem kommen, dass sie es lernen können, gehen sie halt in Privatschulen oder in andere Schulen. So ist das Fakt in Wien. Und die Hauptschule ist gescheitert. Wir haben 100 Modelle, also 3 Modelle haben wir in Wien jetzt eigentlich ausprobiert und im Grunde genommen hat es nicht funktioniert. Reden Sie mit den Hauptschullehrern, reden Sie mit den Eltern und reden Sie mit den Kindern, die dort sind *(Aufregung bei GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.)*, dass sie unzufrieden sind, dass das Bildungsniveau nicht erreicht wird und sie versuchen dann auch zu wechseln. Ganz einfach, so ist es. *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Deshalb sollen wieder die Aufnahmeprüfungen kommen!)* Das habe ich nicht gesagt. Aber Sie müssen doch auch einmal erkennen, dass nicht alles so ... Wien ist eine tolle Stadt. Noch einmal *(GRin Martina Ludwig-Faymann: In Privatschulen da ist das so!)* und wir ... *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Die Privatschulen sind gemeinsame Schulen!)* Darf ich ausreden? *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Die Privatschulen sind gemeinsame Schulen!)* Ja, trotzdem muss man auch erkennen, dass nicht alles gut gelaufen ist, dass es Probleme gibt und dass ... *(Aufregung bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Ich darf ... entschuldige, entschuldige bitte!

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*fortsetzend*): Noch einmal: Ich rede jetzt nicht von den Privatschulen, ich rede von den Hauptschulen, die in Ihrer Verantwortung sind. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Es sind gemeinsame Schulen!)* Hauptschulen sind gemeinsame Schulen? *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Privatschulen!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Ich darf bitten, die Rednerin sprechen zu lassen!

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*fortsetzend*): Ja, aber Sie haben die Verantwortung in den Hauptschulen. Ich rede von den Hauptschulen, dass man da auch einmal erkennen muss, auch Ihre Fraktion, dass in Wien einiges nicht gut gelaufen ist. *(GRin Martina Ludwig-Faymann. Deshalb auch gemeinsam, deshalb auch gemeinsam! – Beifall bei der ÖVP.)* Das ist okay, Punkt, ja. Lassen wir es einmal so stehen. Aber anerkennen auch Sie einmal eine Kritik, dass es in Wien gescheitert ist! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Darum hätten wir gerne eine gemeinsame!)* Okay, ich habe es akzeptiert, ich habe es zur Kenntnis genommen, danke. Das sagen wir Ihnen ja eh die ganze Zeit. Wir haben nur ständig Lösungsansätze mit unseren Anträgen, mit unseren Beschlussanträgen und mit den Dingen, wo wir versuchen, mit Ihnen zu reden, machen wir. *(GR Kurt Wagner: Sie sollten mit dem Herrn Schilcher in der Steiermark reden! Der sieht das schon lange anders!)* So, danke, ich habe jetzt noch acht Minuten. Darf ich kurz zur Budgetdebatte kommen? *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: So sind wir, die Klubobmann!)* Danke, Herr Klubobmann, ein bisschen frech, aber

danke. Das ist schon gut.

Wir haben in Wien einen Schuldenstand von 7,4 Milliarden EUR inklusive Wiener Wohnen. In der Privatwirtschaft wäre das ein glatter Konkurs.

Aber, und jetzt gebe ich es Ihnen noch einmal, dass wir den Grund zu hinterfragen haben, kritisch zu hinterfragen haben, ob die Entwicklung richtig ist, die Möglichkeiten, ausgabenseitig zu sparen, anstatt die Belastungen der Wiener und Wienerinnen einnahmenseitig zu steigern. Es ist auch eine bedenkliche Entwicklung, dass die Konsumausgaben, die eigentlich die Wirtschaft stützen sollen, nach unten gehen und die Wiener und Wienerinnen, ich habe es schon in meiner vorherigen Rede angesprochen, im alltäglichen Leben mit Kosten überrollt werden. Natürlich bestehen Befürchtungen, dass das Leben hier nicht mehr leistbar ist und das ist auch berechtigt, denn leistbares Leben und Nachhaltigkeit sind somit jetzt auch Gebot der Stunde. Nachhaltigkeit heißt, wir brauchen Maßnahmen für Junge, für Alte, für Familien, für die Wirtschaft, In der Wirtschaft brauchen wir für Selbstständige und unselbstständige Erwerbsnehmer Maßnahmen, die wir jetzt setzen müssen. Nachhaltigkeit bedeutet auch Investition in die Zukunft,

Lassen Sie mich gerade von diesem Ausschuss einige Bereiche ansprechen. Der eine wäre die Bildung und die Freizeit. Wir haben gerade kurz einen Ausflug gemacht. Ich möchte aber eher auch hier auf die Freizeit eingehen, weil hier wirklich noch sehr viel Potenzial liegt und leider Gottes die Infrastruktur noch fehlt. Wir haben schon seit Langem auch einen Generalsanierungsplan gerade im Pflichtschulbereich gefordert. Wie wir immer wieder hören, werden Kinder immer noch in Mobilklassen untergebracht. Es fehlt immer noch eine flächendeckende Nachmittagsbetreuung. Hier gehört das Angebot ausgebaut und damit verbunden ist auch eine moderne Freizeitpädagogik. Hier wäre es notwendig, und das haben wir schon oft angesprochen, die Kooperation zwischen Musikschulen und Sportvereinen zu forcieren. Durch gut integrierte Freizeitangebote in Schulen und in Nachmittagsbetreuung helfen sie auch Familien, deren Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachhaltiger zu verbessern. Aber es ist auch wichtig, und hier möchte ich jetzt auf den Sport eingehen, für die Zukunft unserer Kinder vorzusorgen, denn durch Sport, Spiel und Bewegung können wir auch nachhaltig die Gesundheits- und Haltungsschäden der Kinder eindämmen und somit auch auf lange Frist hinaus die Kosten senken. Wenn ich den Sport jetzt auch wirtschaftlich betrachte, und dazu gibt es viele Studien, dass jeder zehnte Arbeitsplatz in Österreich mit Sport in Verbindung steht. Das heißt, mehr als 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden über den Sport erwirtschaftet, und Sport, wir hatten vorhin die Integration, fördert auch die Integration. Aber die Sportpolitik in Wien lässt einiges zu wünschen übrig. Gerade wenn ich auf den Spitzensport schaue, und da stehe ich wirklich nie an, hier auch das Wort zu verwenden, und ich schau jetzt in Richtung Herrn Meidlinger, weil vor Kurzem gerade wieder auch ein Artikel über den Spitzensport gerade im Schwimmbereich in der Presse war und eigentlich den Trainingsalltag in Wien aufzeigt. Es

geht diesmal nicht um die Brustschwimmer oder Krauler oder Delphinschwimmer, sondern es geht ums Wasserspringen. Konstantin Blaha hat bei der EM in Rostock den 4. Platz erobert. Den hätte er aber nicht bekommen, wenn er in Wien trainiert hätte, denn so, wie es derzeit aussieht, wir wissen ja - das Stadthallenbad haben wir ja jetzt schon oft genug thematisiert -, wir haben ein Thema, wo unsere Spitzensportler trainieren können. Und wenn, dann haben sie nur Möglichkeiten, wo sie ihre Trainingszeiten einfach nicht bewerkstelligen können, denn die jüngsten Spitzensportler werden eigentlich demontiert. Logisch, wir haben nicht so viele Bäder, das ist mir auch klar, es war sehr heiß. Aber da wurden Kinder ins Becken gestoßen. Aufwärmen mussten die Spitzensportler, das ist in Wien eh bekannt, in Containern. Wir haben ja vor Augen, dass, und es wurde nach der letzten Olympiade genannt und die nächste Olympiade kommt mit Sicherheit und sie findet in Rio statt, es heißen hat, man versucht, hier die Sportstätten auszubauen und dementsprechende Förderungen aufzutreiben, damit die Bedingungen in Österreich für die Topathleten besser werden. Nur, die Trainer, die heute den Nachwuchs für morgen trainieren, haben einfach Angst, mit den Kindern in dementsprechende öffentliche Bäder zu gehen, weil sie sie einfach nicht mehr trainieren können. Ich denke, das ist in Wien ein Zustand, der nicht nur den Wassersport betrifft, sondern es betrifft auch viele, viele andere Vereine, wo wir ein Sportstättenproblem haben und wo wir auch eine Sportstättenproblematik haben. Ich denke, der Herr Bürgermeister hat das ja damals auch gesagt, als wir uns durch die Volksbefragung ja für Olympia bewerben wollten, dass genau in dem Bereich einiges gemacht werden muss, weil unsere Jugend Sport braucht. Wir wollen einfach fitte junge Kinder haben. Ich habe es vorhin gesagt, es ist einfach ein Vordenken, dass gerade im Gesundheitsbereich nicht repariert, sondern hier eigentlich nachhaltig was getan werden muss.

Wir haben aber auch, und da hat mich der Herr Chorherr noch mal drauf gebracht, gerade im Bereich der Familien - Familien sind heute auch sehr überfordert, weil beide verdienen müssen - sehr hohe Kosten. Und es hat mir eigentlich sehr gut gefallen, dass man bei vielen Familien, die benachteiligt sind, hier dann genau sagt, da fördern wir und da versuchen wir auch zu fördern, weil es halt einfach auch so ist, dass an Ausflügen, die von Schulen organisiert werden, viele Kinder gar nicht daran teilnehmen können, weil es nicht leistbar ist. Da finde ich es einen sehr tollen und guten Ansatz, wenn hier genug getan wird. Und weil wir jetzt schon bei den Familien sind, möchte ich auch hier noch ganz kurz auf die Jugendwohlfahrt eingehen, dass auf Grund der Strukturen durch die Problematik, die in den Familien entsteht, auch Gewalt entsteht, Gewalt gegen Kinder, Gewalt untereinander. Ich denke, es ist auch Aufgabe der Jugendwohlfahrt und wir haben es einige Male auch schon kritisiert und letztens hat es auch die Volksanwaltschaft kritisiert, dass es ein Thema ist, gerade hier in Wien einzuhaken. Thema Krisenzentren. Viele Kinder sind in Krisenzentren. Wenn man mit Sozialpädagogen, Sozialarbeitern

und Psychologen redet, dann ist es so, dass diejenigen, die dort die Kinder betreuen, sagen - und wir haben sechs WGs in Wien, wo die Schlimmsten der Schlimmsten betreut werden, also jetzt nicht schlimm im Bösen, sondern denen es wirklich schlecht geht -, dass ihnen Supervision fehlt. Sie selbst brauchen Supervision. Sie sind 24 Stunden mit den Kindern beschäftigt und ich denke, hier muss man auch einhaken und den Kindern eine Möglichkeit geben, wieder in ein normales Leben zurückzufinden.

Ich sehe schon, ich bin am Ende meiner Redezeit. Ich hätte eigentlich noch einiges zu sagen, muss aber auch noch Anträge einbringen. Das möchte ich somit tun. Meine Kollegin Isabella Leeb und Frau Mag Feldmann:

„Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, betreffend Beseitigung des Personalmangels bei der Wiener Jugendwohlfahrt und beim Wiener Jugendamt hier insbesondere bei den SozialarbeiterInnen in der Wiener Jugendwohlfahrt und damit einhergehend für die Anpassung der Anzahl der Dienstposten zu sorgen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt.“

Der Zweite ist wie schon so oft von mir betreffend Erstellung eines Infrastrukturkonzeptes für Sport in Wien:

„Der amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport möge im Zusammenwirken mit den Wiener Sportdachverbänden ein Gesamtkonzept erarbeiten und den zuständigen Gremien des Wiener Gemeinderats zur Begutachtung vorlegen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt.“

Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: So, die Restredezeit der ÖVP ist 6 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Seine selbstgewählte Redezeit ist 12 Minuten.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Meine Wunschvorstellung von einer jugendfreundlichen Gesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass jeder Jugendliche selbstbestimmt leben kann, ohne von Armut und Gefahren bedroht zu sein. Ich möchte eine Gesellschaft, in der Kindermindestsicherung nicht bezahlt werden muss. Ich möchte nicht eine Gesellschaft, in der Mindestsicherung existiert. Ich möchte eine Gesellschaft, in der Menschen von ihrem Einkommen leben können und sich ein gutes Leben leisten können. Weil das aber so nicht ist und es Gründe hat, muss die öffentliche Hand immer wieder eingreifen. Ich gebe nur ein einfaches Beispiel: Die Firma Alpine Bau geht jetzt pleite. Es sind ungefähr 7 000 Menschen davon betroffen, die dort beschäftigt sind. 7 000 Menschen, die in ihrem Leben bis jetzt vielleicht keine Mindestsicherung bezogen haben, weil Mindestsicherung immer wieder ein Thema war. Diese 7 000 Menschen müssen wir mit ihren Kin-

dern, mit ihren Familien multiplizieren. Das heißt, die Arbeitslosigkeit bedeutet ... *(Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb.)* Wir können auch über andere Firmen reden. Das heißt nicht, dass es erfolgreiche private Unternehmen auch gibt, das möchte ich nicht sagen. Ich möchte nur sagen, welche Folgen es hat, wenn eine Firma pleitegeht und wenn Menschen arbeitslos werden. Das heißt, diese Menschen haben nicht mehr die Möglichkeit, für ihre Kinder in dem Ausmaß zu sorgen, dass das, was sich die Jugendlichen beziehungsweise auch Kinder wünschen, auch in Erfüllung gehen kann. Und hier kommt die öffentliche Hand und fängt diese Menschen auf. Durch die Kindermindestsicherung unter Rot-Grün, durch die Erhöhung der Kindermindestsicherung haben wir einen Weg eingeschlagen, dass jenen Kindern und Jugendlichen das Leben ein bisschen verbessert wird, damit sie auch ein menschenwürdiges Leben führen können. Durch die „kinderaktiv“-Card versuchen wir, jenen Kindern und Jugendlichen, deren Familieneinkommen nicht so hoch sind, mehr Zugang zu Kultur, mehr Zugang zu Freizeit zu geben. Die gesamten Investitionen in die Spielplätze, in die Kindergärten, in die öffentlichen Räume, wo sich Jugendliche nicht unter Konsumzwang aufhalten müssen, sind Investitionen für Jugendliche, damit sie mehr Kultur, mehr Freizeit und mehr selbstbestimmtes Leben haben können.

Meine Damen und Herren, der Kampf um die Jugendlichen ist auch ein Kampf um die Ressourcen. Was ist seit der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise passiert? In diesem Kampf haben sich die Banken die meisten Gelder geholt. Banken haben sich Milliarden öffentlicher Gelder geholt. Und diese Summen sind wem weggenommen worden? Kindern, Jugendlichen, Familien. Und wir sagen, wer wirklich das Leben der Jugendlichen und der Familien verbessern will, muss für eine gerechte Verteilung in der Gesellschaft kämpfen. Wir sehen nach wie vor nicht ein, dass die öffentliche Hand immer wieder für Missstände in der Wirtschaft, im Bankensektor aufkommen muss, während einige wenige Reiche immer reicher werden. Das ist ungerecht und die Gerechtigkeit muss hergestellt werden. Und da gibt es zwei wesentliche Parteien, die sich dagegen wehren und ihr Gesicht von Ungerechtigkeit zeigen, und das ist die ÖVP und das ist die Freiheitliche Partei, meine Damen und Herren! *(GR Ing Mag Bernhard Dworak: Ja, weil wir in Opposition sind!)* Sie sind im Bund, in der Regierung, Sie geben bei den europäischen Konservativen den Ton an, also die Österreichische Volkspartei ist Schutzpatron von Superreichen und Reichen und davon werden Sie nicht wegkommen, da müssen Sie Ihre grundsätzliche Politik ändern!

Ich möchte aber noch zu einem Thema kommen. In Wien und in Österreich kommen zehntausende Menschen auf die Welt, die, obwohl sie hier in Österreich auf die Welt kommen, automatisch als Ausländer abgestempelt werden beziehungsweise eine ausländische Staatsbürgerschaft bekommen, weil unser Staatsbürgerschaftsrecht das so vorsieht. Die zentrale Frage ist: Wie können wir einem Kind das antun, obwohl das Kind hier auf die Welt kommt, hier in den Kindergarten gehen wird, hier in

die Schule gehen wird und hier irgendwann einmal sein eigenes Familienleben gründen wird, dass wir von Beginn an zehntausenden Menschen die Staatsbürgerschaft verweigern? Es sind etliche Länder mit gutem Beispiel vorangegangen, wo viele Kinder von Grund auf beide Staatsbürgerschaften haben und sich im Erwachsenenalter für die eine oder andere Staatsbürgerschaft entscheiden können. Warum sage ich das? Die Chancengleichheit eines Kindes zeichnet auch die Karriere eines Kindes aus. Wenn wir von Geburt an, obwohl sie hier auf die Welt gekommen sind, den Kindern nicht dieselben Möglichkeiten geben und nicht ab dem 16. Lebensjahr das Wahlrecht einräumen (*Aufregung bei GR Dr Wolfgang Aigner.*), schaffen wir zwei Kategorien von Jugendlichen, nämlich Kinder, die mit der Staatsbürgerschaft ausgestattet sind und Kinder, die nicht mit der Staatsbürgerschaft ausgestattet sind. Dadurch verlieren wir sehr viele Chancen und sehr viele Möglichkeiten. Wenn ein Jugendlicher selbstbewusst, das heißt, ausgestattet mit den rechtlichen Grundvoraussetzungen, ins Leben eintritt, dann wird dieses Kind auch ein anderes Gefühl zu der Gesellschaft, in der es aufwächst, entwickeln können. Die derzeitige Situation in Österreich produziert immer mehr Ausländer, obwohl diese Kinder in Wien und in Österreich auf die Welt gekommen sind. Das ist eine falsche Politik. Da hat der Herr Sebastian Kurz auch den Zug verpasst. Er hätte die Möglichkeit gehabt, das bei der nächsten Novelle zu berücksichtigen.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der in Wien in großem Ausmaß vorhanden ist und den Rot-Grün jetzt aufgreifen will, nämlich die Talente und Fähigkeiten der Kinder, die sie von Haus aus mitbringen. Es ist das Verständnis für Mehrsprachigkeit, es ist das Verständnis für mehr Kultur, es sind das Verständnis und der Blick dafür, internationale Zusammenhänge auch in Wien zu verstehen. Die Mehrsprachigkeit ist in unserer Gesellschaft in mehrfacher Form vorhanden und die rot-grüne Regierung greift das auf. Wir versuchen, auch in der Ausbildung unserer LehrerInnen beziehungsweise KindergartenpädagogInnen dieses Potenzial der Kinder hineinzunehmen. Wir werden heuer mit einem Projekt im Integrationsressort „Muttersprachliche LesepatInnen“ beginnen, weil wir glauben, dass Kinder, egal, in welcher Sprache sie lesen und umso mehr sie lesen, desto besser denken können. Daher werden wir diese Potenziale und diese Chancen aufgreifen.

Die Freiheitliche Partei verspielt all diese Chancen in unserer Gesellschaft, weil sie auch kein Verständnis dafür hat, wie eine Wirtschaft besser funktionieren kann und wie eine Wirtschaft die Potenziale der eigenen Bevölkerung aufgreifen und verwenden kann. Hier, glaube ich, sollten wir bei unseren Jugendlichen nicht propagieren „Da gibt es die Ausländer, da gibt es die Innländer.“, sondern wir haben eine Jugend in Wien und diese Jugend hat Potenziale und die greifen wir auf.

Der beste Weg aber, damit die Kinder und Jugendlichen dieselben Chancen haben, ist die Veränderung in unserem Bildungssystem. Wir stehen zu einer Gesamtschule, wir stehen zu einer Ganztagschule, weil das eben gleiche Voraussetzungen für alle Kinder und Ju-

gendliche schafft, damit sie gemeinsam lernen können, damit sie besser lernen können. Ja, die Hauptschule führt zu keinem Erfolg, das ist klar. Die Hauptschule führt zu keinem Erfolg (*GR Wolfgang Seidl: Schauen Sie in die Bundesländer!*) und die Trennung zwischen Hauptschule und Gymnasium führt auch zu keinem Erfolg und die Sonderschule schon gar nicht. Also müssen wir diese Trennung aufheben und den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, dass sie in einer Ganztagschule gemeinsam lernen können. Damit werden wir auch die beruflichen Chancen der Jugendlichen erweitern und damit werden wir auch Armut reduzieren. Also noch einmal mein letzter Appell: Die Reichen sollten mehr zu unserem Wohlstand beitragen und mehr zur Kasse gebeten werden. Danke. (*GR Ing Isabella Leeb: Aber ja, machen wir gleich! – Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrter Stadtrat! Meine Damen und Herren!

An meinen Kollegen Peschek sei nur kurz gesagt: „Für Kindergartenpflicht ab ersten Jahr, Brandsteidl sieht kein Migrations-, sondern ein Subproletariatsproblem“, titelt die „Presse“, sicherlich eine Qualitätszeitung und nicht nur einfach so dahingeschrieben. „Bei der Veranstaltung der Zeitschrift ‚Cosmo‘ war auch Susanne Brandsteidl, Präsidentin des Wiener Stadtschulrates, anwesend.“ Einen Satz lasse ich aus. „Stattdessen ließ Brandsteidl mit der Forderung der Kindergartenpflicht ab dem ersten Lebensjahr aufhorchen, denn es gäbe kein Migrations-, sondern ein Subproletariatsproblem.“

„Wer teilt die Gesellschaft in Klassen? Wer teilt die Kinder in Klassen ein?“ (*Beifall bei der FPÖ.*) Entschuldigung, das war aus der „Wiener Zeitung“. (*GR Johann Herzog: Aber heftig dementiert! – Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*) Auch „Die Presse“ titelt: „Brandsteidl: Kindergartenpflicht.“ Ja, das ist so klein geschrieben, ich sehe das nicht mehr so gut, ich konnte es nicht vergrößern. (*Weitere Heiterkeit.*) Aus der Tageszeitung „Die Presse“: „Brandsteidl: Kindergartenpflicht für Babys löst Probleme.“ Auch hier wiederum: „In Wien gibt es der Stadtschulratspräsidentin zufolge ein Problem mit dem Subproletariat. Deshalb sollten Kinder lieber in Kindergärten sein als zu Hause. Die Opposition ist ...“ (*Zwischenruf von Amtsf StR Christian Oxonitsch.*) Das ist „Die Presse“. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Welche Quelle zitiert sie?*) Noch einmal: Ich kann nicht der Quelle der Quelle der Quelle nachgehen, das ist ein bisschen anstrengend. Definitiv glaube ich, dass das so gesagt wurde ... (*Aufregung bei der SPÖ. – Heiterkeit bei Amtsf StR Christian Oxonitsch.*) Sie können ja dann den Anträgen von uns auch zustimmen und sich eindeutig von diesen Aussagen distanzieren. (*GR Dominik Nepp: Wenn es nicht stimmt!*) Das ist die einfachste Form und wäre auch glaubwürdig. (*Beifall bei der FPÖ. – Weitere Aufregung bei der SPÖ.*)

Aber jetzt zum Rechnungsabschluss des Kalenderjahres 2012. Es gibt die Gelegenheit, einmal zurückzu-

schauen: Was ist in dem Jahr passiert? Was für Grauslichkeiten bleiben in Erinnerung? Als eine wirkliche Grauslichkeit, ich habe das schon damals in der Gemeinderatssitzung gesagt, habe ich einen Kindergarten in der Bergheidengasse in Erinnerung, der privat betrieben wurde, eine Förderung in der Höhe von 30 000 EUR gebraucht hätte und diese Förderung erst ein Jahr später bekommen hätte sollen. Er hätte aber 40 000 EUR gebraucht. Langer Rede kurzer Sinn: Dieser Kindergarten musste verkauft werden. Eingesprungen sind damals die Kinderfreunde und die haben nicht die 40 000 EUR, die benötigt wurden oder die 30 000 EUR, die die Stadt Wien gegeben hätte, bekommen, nein, die Kinderfreunde haben in Summe 168 000 EUR bekommen, also ein Vielfaches, weil es die Kinderfreunde waren, und der private Kindergarten musste zugesperrt werden. Was bleibt für die Wienerinnen und Wiener beziehungsweise für die Besucher des Kindergartens? Genau der gleiche Kindergarten mit dem identen Angebot wird weitergeführt und es kostet um 128 000 EUR mehr.

Ein zweites Beispiel, das in Erinnerung bleibt: das Maxx-Sportcenter. Herr Stadtrat, ich gebe zu, ich habe mir die Sporteinrichtung, das Ballsportzentrum, angesehen. Es ist eine gute Anlage geworden, sie ist wirklich sehr, sehr gut. Aber die Hintergründe, wie das passiert ist, sind eigentlich ärgerlich, dass ein privater Kaufinteressent, der das Maxx-Sportcenter damals kaufen wollte, vom ASKÖ überboten wurde. Ärgerlich ist, dass der ASKÖ gesagt hat, es ist völlig egal, den überbieten wir, der Oxonitsch wird's schon richten. Und dass ein Privater überboten wird und die Sportstätten, nämlich die Tennisplätze, Aerobic, Gymnastik, Fitness herausgerissen werden, zerstört werden, um, zugegeben, etwas Gutes zu bauen. Nur, das Gute hätte ich auch woanders bauen können, wenn ich schon einmal mit Startinvestitionen von 2,35 Millionen EUR rechnen kann.

Aber was bleibt noch in Erinnerung aus dem Jahr 2013? Auf alle Fälle das Fiasko beim Stadthallenbad. Ein Kontrollamtsbericht war der Anlass für die Leiterin der MA 51, um eine Generalsanierung zu veranlassen. Eine Generalsanierung, na gut. Diese Generalsanierung ist kläglich gescheitert. Wir kennen das, ich erspare Ihnen die Details. Was aber nicht verständlich ist, ist, warum man eigentlich nie daran gedacht hat, wenn schon diese Generalsanierung auf Grund fehlender Instandhaltung der Stadthalle über viele, viele Jahre notwendig wird, warum man das nicht dorthin gibt, in die Magistratsdienststelle, die eigentlich die Kernkompetenz hat und wo eigentlich alle Experten des Bäderbereiches sitzen, nämlich in die MA 44. Nein, das ist nicht passiert. Stattdessen ist die Leiterin des Sportamtes kaufmännische Direktorin in der Stadthalle geworden und eigentlich hat sie jetzt dort das, was begonnen wurde und nicht wirklich zum Erfolg geführt hat, weitergeführt. Mittlerweile dauert die gerichtliche Beweissicherung, die eigentlich nur ein paar Wochen hätte dauern sollen, mehr als eineinhalb Jahre. Was fällt Ihnen, Herr Stadtrat, dazu ein? Nicht vielleicht, dass man doch die vorhandenen Experten der MA 44 zu Hilfe holt, zu Rate zieht oder vielleicht das Stadthallenbad in die MA 44 eingliedert, um das vorhan-

dene Wissen zu nutzen – nein. Sie gliedern das Stadthallenbad aus der Stadthalle aus, machen eine neue GesmbH und in dieser neuen GesmbH ist wiederum die Leiterin der MA 51 die neue erste Geschäftsführerin. Und ein angenehmer Nebeneffekt scheint zu sein, dass der Posten der kaufmännischen Direktorin wiederum nachbesetzt werden muss.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Dem allen können wir nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Gaal. Die selbstgewählte Redezeit ist 7 Minuten. Bitte, Frau Gemeinderätin.

GRin Kathrin **Gaal** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Einige Wortmeldungen vorhin haben wieder einmal gezeigt, und ich möchte fast sagen, Gott sei Dank gezeigt, wie unterschiedlich unser Niveau ist, Politik zu machen, vor allem im Bereich Bildung und Jugend. Deshalb kann und will ich auf einzelne dieser absurden Wortmeldungen gar nicht eingehen. Ich möchte Ihnen aber ein paar inhaltliche Punkte nicht ersparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Stadt zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass wir sehr gut ausgebildetes und hoch motiviertes Personal haben. Das trifft natürlich auch auf diese Geschäftsgruppe zu und deshalb gleich einmal vorweg ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Im Falle der MA 11, dem Amt für Jugend und Familie, zeigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tagtäglich bei ihrer durchaus nicht immer leichten Aufgabe, dass ihnen die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt wichtig sind, denn die MA 11 ist eine Serviceeinrichtung für Familien, die sich vor allem für die Rechte der Kinder einsetzt und diese auch wahrt. 2012 wurde sogar ein Kinderrechte-Bbeauftragter eingesetzt, dessen Verbesserungsvorschläge Ende dieses Jahres erwartet werden, und die werden dann in die bereits hohen Qualitätsstandardansprüche der MA 11 natürlich eingearbeitet werden. Zusätzlich unterstützt die MA 11 mit ihren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, mit ihren Psychologinnen und Psychologen Familien im Alltag in ihren Elternberatungsstellen, in den Eltern-Kind-Zentren und in sonstigen Beratungsangebotsstellen, die von Familien auch sehr gut angenommen werden und deshalb weiterhin ausgebaut werden. Auch die so wichtigen Pflegefamilien in dieser Stadt, denn mehr als 1 600 Kinder leben bei Pflegefamilien, werden unterstützt und nicht alleine gelassen.

Zur Zeit beschäftigen die MA 11 und beschäftigen uns alle die Übergriffe auf Kinder und Misshandlungen von Kindern in Wiener Heimen in den 50er, 60er und 70er Jahren. Nach Bekanntwerden erster Vorwürfe hat die Stadt reagiert. Sie hat unverzüglich reagiert und unabhängige Kommissionen eingesetzt, weil wir an einer lückenlosen und raschen Aufklärung interessiert waren *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Lückenlos!)* und nicht, weil wir weggeschaut haben, Herr Kollege Nepp, denn sonst hätten all diese Kommissionen und all diese Be-

richte, über die wir heute diskutieren, ja auch keinen Sinn gehabt. Wir haben diese Expertenteams sofort und unabhängig eingesetzt. Mittlerweile ist der Bericht der Historikerkommission von Prof Sieber fertig. Auch die Wilhelminenberg-Kommission unter der Leitung von Frau Dr Helige hat ihren Endbericht vorgelegt, und an dieser Stelle auch ein großes Dankeschön für diese Arbeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Frau Dr Helige hat mit ihrem Team viele Interviews mit ehemaligen Heimkindern, mit Erzieherinnen und Erziehern und mit sonstigen Zeitzeugen geführt und ebenso wie die Historikerkommission bestätigt, dass es damals in den Wiener Heimen physischen, psychischen und auch sexuellen Missbrauch gegeben hat. Diese Erzählungen machen uns, glaube ich, alle tief betroffen und schockieren.

Deshalb bin ich froh, dass der Weisse Ring als anerkannte und bekannte Opferschutzorganisation die Betreuung der Opfer übernommen hat, ihnen bei therapeutischen und rechtlichen Fragen hilft, aber natürlich auch bei der finanziellen Entschädigung, wofür wir gemeinsam hier im Gemeinderat 31,5 Millionen EUR beschlossen haben. Und, Herr Kollege Nepp, es gibt bereits die Möglichkeit, eine Opferrente beim Bundessozialamt zu beantragen und dieses Angebot wird auch stark genutzt. Es gibt leider keine Möglichkeit, dieses schreckliche Unrecht ungeschehen zu machen. Was wir tun können und was wir tun, ist, zu unserer Verantwortung zu stehen. Wir können uns entschuldigen, so wie es Bgm Häupl und StR Oxonitsch bereits gemacht haben und zwar nicht lapidar, sondern offen und ehrlich. Und wir können natürlich die Entschädigungen leisten. Es ist ein Zeichen der Anerkennung des Leides und ein Zeichen des Respekts.

Wir alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind gefordert, dass so etwas hier nicht mehr passieren darf. Deshalb wird die MA 11, deren Jugendwohlfahrt sich ja bereits auf sehr hohem Niveau befindet, die Berichte, die jetzt vorliegen, gemeinsam mit den Kontrollinstanzen der Stadt durcharbeiten. Sie wird sie analysieren und wird gegebenenfalls Verbesserungen vornehmen und die entsprechenden Maßnahmen setzen. Und das ist kein Herumeiern, Frau Kollegin Leeb, sondern es ist die einzig seriöse Vorgangsweise. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ob jene, die damals dieses schwerwiegende Unrecht gesetzt haben, auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, das haben jetzt dann die Staatsanwaltschaft und die Gerichte zu beurteilen. Der Endbericht der Kommission, der der Staatsanwaltschaft natürlich übergeben wird, wird die Grundlage für diese Ermittlungen bieten.

Nochmals ein großes Dankeschön an die Mitglieder der Kommissionen für ihre Arbeit, aber vor allem ein ganz, ganz großes Dankeschön an alle Betroffenen und Zeugen, die diese Untersuchung durch ihr Vertrauen und ihre Offenheit überhaupt erst möglich gemacht haben, denn ich bin mir sicher, dass diese neuerliche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit keine leichte war.

Eine andere Abteilung dieser Geschäftsgruppe, der

die Kinder und Jugendlichen auch sehr am Herzen liegen und die auch hervorragende Arbeit leistet, ist die MA 13. Beispielhaft für die außerschulische Jugendarbeit möchte ich hier die Parkbetreuung nennen, die ein europaweit einzigartiges Erfolgsmodell ist und das bereits seit 20 Jahren. Viele internationale Delegationen kommen regelmäßig und informieren sich und sind jedes Mal aufs Neue von dieser innovativen Jugendarbeit beeindruckt. Auch die Bezirke unterstützen die Parkbetreuung und die Kinder und Jugendlichen nehmen sie sehr gut an, denn die Betreuerinnen und Betreuer sind mittlerweile so was wie Vertrauenspersonen geworden, die sich sehr für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen interessieren. Genau deshalb muss und wird auch die Parkbetreuung laufend ausgebaut.

Ausgebaut werden auch die „Fair Play“-Teams, die die faire Nutzung des öffentlichen Raums durch gegenseitiges Verständnis, durch gegenseitige Rücksichtnahme fördern. Somit steigt die Zufriedenheit sowohl bei den Parkbesucherinnen und bei den Parkbesuchern als auch bei den Anrainerinnen und Anrainern. Wien steht überhaupt und grundsätzlich für Kontinuität in der Jugendarbeit. Ich sage nur, Verein Wiener Jugendzentren, der seit vielen, vielen Jahren erfolgreich arbeitet. Und wie bereits erwähnt, 20 Jahre Parkbetreuung, 40 Jahre wienXtra Ferienspiel, das sich viele europäische Städte abgeschaut haben, und 10 Jahre „Rein ins Rathaus“ sind nur einige Beispiele.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gäbe noch sehr, sehr vieles über diese Geschäftsgruppe zu erzählen. Deshalb möchte ich mich bei allen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz, ganz herzlich für ihre hervorragende Arbeit im Interesse der Stadt und vor allem für ihre hervorragende Arbeit im Interesse der Kinder und Jugendlichen bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Seine selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten. Die FPÖ insgesamt hat noch 9 Minuten und 30 Sekunden Restzeit.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Meine Vorredner Nepp und Kasal haben ja schon viele Versäumnisse und Missstände im Ressort Oxonitsch aufgezeigt und thematisiert. Ich möchte es einmal anders herum angehen, ich möchte hier einmal etwas Positives erwähnen. Ich möchte zunächst einmal eine positive Äußerung einer SPÖ-Politikerin, nämlich der Stadtschulratspräsidentin Brandsteidl, thematisieren, ansprechen, sonst heißt es wieder, wir reden ja nur alles schlecht. Die Stadtschulratspräsidentin Brandsteidl hat die langen Sommerferien kritisiert und eine Kürzung dieser neun Wochen Schulferien gefordert. Weiters hat sie die schulautonomen Tage und die Herbstferien zur Diskussion gestellt - ein wirklich guter Vorstoß, ein wirklich guter Vorschlag. Diesen Vorschlag können wir nur unterstützen. Aber was hört man vom StR Oxonitsch zu diesem Thema? Nichts oder fast nichts. Gerade in diesem Bereich, Herr Stadtrat, könnten Sie sich besonders

engagieren, denn es ist jedes Jahr zur Zeit der Sommerferien für viele Eltern immer eine logistische Herausforderung, diese neun Wochen zu meistern. Aber leider oder anscheinend dürften Sie innerhalb Ihrer Partei kein Gehör finden oder die eigene Lehrgewerkschaft ist in dem Punkt zu stark und schützt nur die eigenen Pfründe.

Das war nur eine positive Äußerung einer SPÖ-Politikerin. Leider gibt es nicht mehr positive Aussagen von SPÖ-Politikern und auch keine positiven Initiativen in diesem Bereich. Denn, und da bin ich wieder bei der Stadtschulratspräsidentin, wir haben es heute auch schon gehört, die Stadtschulratspräsidentin hat in einer Podiumsdiskussion gefordert, dass unsere Kinder ab dem ersten Lebensjahr schon in den Kindergarten gesteckt werden sollen. Das, meine Damen und Herren, lehnen wir aufs Entschiedenste ab. Nach ideologischer, kommunistischer, sozialistischer Denkweise „von der Wiege bis zur Bahre“, das kann es ja wirklich nicht sein, dass wir unsere Kinder schon ab dem ersten Lebensjahr in den Kindergarten stecken sollen. Das noch kurz zu dieser seltsamen Forderung von Ihrer Stadtschulratspräsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt in den diversesten Zeitungen Publikationen, auch in der Bezirkszeitung - wenn es wieder heißt, wir recherchieren nicht gescheit - vom 19./20. Juni: „Kindergartenpflicht ab dem 1. Lebensjahr.“ Hier ist die Forderung von Ihrer Stadtschulratspräsidentin. *(Heiterkeit bei GR Heinz Vettermann.)* Da braucht man nicht zu lachen, das sind Fakten. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Nein, nein!)* Entweder haben Sie nicht genug inseriert oder die Journalisten schreiben einen Blödsinn. Es sind viele Zeitschrift, die das berichtet haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und, meine Damen und Herren, hier bin ich auch schon bei einem Hauptpunkt des Ressorts Oxonitsch, bei den Inseraten. Die Inseratenkampagnen im Ressort Oxonitsch haben ja im letzten Jahr wieder zugenommen. Die Regierungspropaganda unter Rot-Grün steigt ja weiter an. Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit sind in den letzten Jahren um 5 Millionen EUR angestiegen. Das Budget des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien erreichte 2012 mit 54 Millionen EUR einen neuen Rekordwert. Da frage ich mich, warum dann die Journalisten so einen Blödsinn schreiben, wenn es nicht stimmt. Ist es doch noch zu wenig, was Sie inserieren? Das ist aber nur ein Teil des gesamten Werbebudgets. Dazu kommen noch die einzelnen Magistratsabteilungen, die die Medienkooperationen mit Wiener Wohnen, den Wiener Stadtwerken, Wien Holding und KAV eingehen. Das gesamte Werbebudget der Stadt Wien beträgt ungefähr 80 Millionen EUR im Jahr. Und das, meine Damen und Herren, lehnen wir ab, auch wenn hie und da etwas durchrutscht und nicht so geschrieben wird, wie Sie es wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ganz speziell möchte ich auch eine Inseratenkampagne aus Ihrem Ressort thematisieren, Herr Stadtrat. Fast jeden Tag liest man aus Ihrem Ressort Positives, nur Positives. Gleichzeitig hat man natürlich auf jeder Seite ein Inserat aus Ihrem Ressort wie zum Beispiel ein Inserat für Lesekurse, und gleich auf der nächsten Seite gibt es ein ganzseitiges Inserat für „Die Stadt fürs Le-

ben.“ von Rot und Grün. Für Lesekurse in den Schulen brauchen Sie wirklich kein Inserat zu schalten. Das erfahren die Eltern und Schüler intern in den Schulen. Für diese horriblen Kosten für dieses Inserat, Herr Stadtrat, hätten Sie diese sicherlich gute Aktion des Lesekurses sicher um eine Woche verlängern können.

Eine weitere Werbekampagne, „Wien. Die Stadt fürs Leben.“, hätten Sie sich auch sparen können, Herr Stadtrat. Denn die Erhaltung und Sanierung der öffentlichen Schulen gehört zu den Pflichten der Gemeinde Wien. Solche Kampagnen kann man sich wirklich sparen. Aber wir wissen ja, worum es Ihnen geht. Es geht Ihnen rein um Ihr Image und nicht um die Sache, Herr StR Oxonitsch!

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich noch einen Antrag einbringen betreffend Dehnungsübungsgeräte in der Prater Hauptallee. Ihnen liegt der Antrag vor. Ich ersuche in formeller Hinsicht um die sofortige Abstimmung. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Amtsf StR Oxonitsch. 15 Minuten Redezeit.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist natürlich immer das Problem, in relativ kurzer Zeit, nicht einmal 15 Minuten, auf das einzugehen, was in einer über zweistündigen Debatte hier gesagt wird und insbesondere natürlich seitens der Opposition gesagt wird. *(GR Mag Wolfgang Jung: Kein Jammern! Sie wollen die Wiener Stunde!)* Selbstverständlich ist es in einer Demokratie nun einmal so, dass es in einer Debatte zwischen Regierung und Opposition letztendlich um eine Debatte zwischen Kritik, zwischen Forderungen auf der einen Seite und natürlich auch konkret gesetzten politischen Maßnahmen, der Übernahme von entsprechender Verantwortung. Das ist in einer Demokratie so. Das Problem ist dabei natürlich sehr oft aber, dass man dem Handeln der Opposition beziehungsweise dem, was die Opposition fordert, was sie kritisiert, relativ schwer entgegen kann und einer Regierung vielfach eigentlich nur übrig bleibt, einfach zu schauen, wie ernst eine Oppositionspartei eigentlich das nimmt, was sie hier sagt, dort, wo sie selbst Verantwortung trägt, wo sie selbst zuständig ist, wo sie selbst letztendlich die Fäden in der Hand hat. Denn selbstverständlich gibt es immer Anlass, und das ist auch gut so in einer Demokratie, für Kritik. Es gibt immer Möglichkeiten, zu verbessern. Aber man muss es sich in diesen Debatten natürlich schon auch gefallen lassen, einmal das zu überprüfen, wie denn das standhält, wovon man redet und was man hier fordert, dort, wo man über viele Jahre hindurch, teilweise auch vergleichbar mit Wien, über Jahrzehnte hindurch, Verantwortung getragen hat. In dem Bereich ist, denke ich, in der letzten Zeit viel gesagt worden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir werden das wohlwollend prüfen!)*

Es ist dann auch irgendwo ein Zwischenruf getätigt worden. Zwischenrufe in der Debatte sind immer ein besonderes Gustostückerl. „Schauen Sie einmal in die Bundesländer!“ - Na gut, gehen wir es durch, schauen wir in die Bundesländer.

Ich denke, gerade im Bereich Kinderbetreuung kann ich es relativ kurz machen, die diversen Zahlen wurden durch den Kollegen Chorherr als auch durch unsere Debattenredner, denke ich, sehr eindrucksvoll gesagt, nicht nur, was den Versorgungsgrad betrifft, nicht nur, was die Erreichung des Barcelona-Ziels betrifft. Da kann man dann da vorne auch stehen und sagen: „Wir rechnen die Null- bis Einjährigen heraus.“ Das Barcelona-Ziel ist ein europaweit gesetztes Ziel. Da rechnet keiner etwas hinaus und hinein, sondern das ist ein Ziel, das man sich gesetzt hat und wo man schlicht und ergreifend feststellen kann, unter der Herausrechnung oder unter der Hereinnahme von den Null- bis Dreijährigen, Wien ist im Versorgungsgrad der Null- bis Dreijährigen absoluter Spitzenreiter, Wien ist im Versorgungsgrad der Drei- bis Sechsjährigen in Österreich absoluter Spitzenreiter. Wien ist bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, was gerade Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindergärten und Kinderbildungseinrichtungen betrifft, Spitzenreiter. Wien ist im Bereich des Gratiskindergartens Spitzenreiter, eben auch im kommunalen Bereich von null bis sechs Jahren ganztägig kostenfrei. Alle anderen Bundesländer haben es grosso modo in der ganztägigen Form bei den Drei- bis Sechsjährigen mittlerweile wieder abgeschafft. Wien ist bei dem, was es in den Bereich investiert, tatsächlich Spitzenreiter. Wien ist auch in der Qualität Spitzenreiter, und das nicht zuletzt deshalb, weil wir uns in Wien im Bereich der Ausbildungsqualität auch eine eigene Ausbildungsstätte leisten, was kein anderes Bundesland macht. Auch hier versuchen wir tatsächlich, einen Engpass, den es gibt, und daran gibt es nichts zu rütteln, zu verringern. Ganz Österreich sucht PädagogInnen. Wer setzt eine Maßnahme? Wer schafft neue Ausbildungsmodelle? Wer leistet sich eine BAKIP? Es ist Wien. Und acht andere Bundesländer tun es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Also gerade in dem Bereich kann man durchaus schauen, wie es aussieht. Wer war übrigens das erste Bundesland, das den Gratiskindergarten gleich wieder abgeschafft hat? Es war das damals, Gott sei Dank jetzt nicht mehr, blaue Kärnten. Es war ja gleich einmal ein großer Vorreiter in dem Zusammenhang.

Wie schauen wir bei den Schulen aus? Da ist einmal gesagt worden, zwischen Rot und Rot soll man sich Lehrendienstposten ausmachen. Ungeachtet der Tatsache, dass man jetzt wieder einmal eine große Abhandlung machen könnte über Zuständigkeiten in dem Bereich. Es geht um einen Finanzausgleich, den neun Bundesländer gemeinsam mit dem Bund abschließen. Es gibt in dem Bereich eigentlich in erster Linie eine Federführung, nämlich schlicht und ergreifend das Finanzministerium. Wo gehört das Finanzministerium hin? Ich glaube, ich brauche es nicht extra zu betonen. Sicherlich nicht in jene Hand, die versucht, in irgendeiner Form Wien, und das kann man sehen, auch nicht Wien alleine, sondern die Städte zu unterstützen, sondern ganz im Gegenteil, dort liegt das Interesse am Erhalt von Klein- und Kleinstschulen, dort, wo es eben nicht die Städte sind. Das sehen wir genau in diesem Finanzausgleich. Reden Sie da mit Ihrer Kollegin Fekter! Da geht

es nicht um Rot und Rot, da geht es um Rot und Schwarz! Da geht es auch um klare Zuständigkeiten. Zuständig für Postenzuteilungen ist das Bundesministerium, also insofern sagen wir, dort wo es hingehört, es geht nicht um Rot und Rot. *(GRin Ing Isabella Leeb: Zahlen Sie die Lehrer?)* Vielleicht wissen Sie das noch nicht. Jetzt wissen Sie es! Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nehmen wir den zweiten Punkt, der gesagt wurde: „In Wien will kein Kind in die Hauptschule.“ - Was ist denn der Grund dafür, warum zum Beispiel selbst solche nicht gerade Speerspitzen der großen Fortschrittlichkeit, aber selbst Lhptm Platter, mittlerweile eben über Gesamtschulmodelle, über Ganztagschulmodelle tatsächlich diskutiert *(GRin Ing Isabella Leeb: In einem staatlichen Modell?)*, tatsächlich auch sagt, er hält es für vernünftig? Weil natürlich die Voraussetzung der Wahlfreiheit, die es im städtischen Bereich gibt, in den Bundesländern überhaupt nicht existiert. Dort stellt sich doch die Frage nicht: Geht das Kind in die Hauptschule oder geht es ins Gymnasium? Dort geht es dorthin, wo es hingehen muss, weil es gar keine andere Schule gibt. Das ist der Effekt dort. Also vergleichen Sie hier nicht Äpfel mit Birnen, sondern letztendlich, was wir brauchen. Das hat der Herr Lhptm Platter mittlerweile erkannt. Wir brauchen eine Bildungsreform. Vielleicht kommt das irgendwann auch einmal bei der Wiener ÖVP an, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dann kommen wir zum vielfach diskutierten Bereich: „In Wien haben 20 Prozent der Wiener Schülerinnen und Schüler Probleme beim Lesen.“ - Ja, es stimmt. Jetzt will ich nicht die Maßnahmen aufzählen. Da ist schon einiges in dem Bereich gesagt worden. Nur wissen Sie, warum wir das so genau wissen in Wien? Weil wir das einzige Bundesland sind, das sich dieses Themas angenommen hat und testet. Kein anderes Bundesland macht es. *(GRin Ing Isabella Leeb: Die anderen wissen es genau!)* Sie werden schon ganz genau wissen, warum es die anderen Länder nicht machen. *(GRin Ing Isabella Leeb: Weil es nicht notwendig ist!)* Wir nehmen uns dieses Themas an. Andere wollen es nicht wissen, verschließen die Augen. Wir testen, wir setzen Maßnahmen und wir gehen in dem Bereich nach. *(GRin Ing Isabella Leeb: Wer ist das Schlusslicht bei den Bildungsstandards? Das hängt zusammen!)* Wir reden jetzt einmal von der Leseleistung.

Wenn wir von den Bildungsstandards reden, dann denke ich mir, kann man sich das durchaus auch anschauen. Da waren einige Bundesländer sehr stark dafür. Ich auch immer, weil ich glaube, es führt an einer seriösen Debatte über Bildungsqualität und Bildungsstandards nichts hinweg. Da kann man sich nicht hinwegtun. Da werden wir uns wahrscheinlich auch schnell einig sein. Nur schauen wir uns die konkreten Ergebnisse an. Da können wir durchaus feststellen, das österreichische Bildungssystem hat ein Problem, nicht nur Wien. Lesen Sie tatsächlich die Ergebnisse *(GRin Ing Isabella Leeb: Ja!)*, welches Bundesland zum Beispiel im fairen Vergleich ganz besonders schlecht abschneidet. Es ist ausnahmsweise kein ÖVP-Bundesland, sondern es fällt

durchaus in die Verantwortung von jemandem, der zumindest einmal Verantwortung gehabt hat in dem Bereich. *(GR Armin Blind: Der Kaiser, oder wer?)*

Oder reden wir auch über den Bereich, wie ernst man die gesamte Qualitätsdebatte nimmt, wenn es immer wieder, und ich gebe das auch hier wieder zu, um Qualität im Schulbau geht. Wir haben in Wien, glaube ich, hervorragende Qualitäten. Deshalb kommen auch durchaus Landesschulräte aus anderen Bundesländern, auch nicht unserer Parteizugehörigkeit, nach Wien, um sich über diese Bildungsqualitäten zu informieren, um sie übernehmen zu können.

Dann gibt es immer wieder die klassische Containerdiskussion und die Mobilbautendiskussion. Schauen wir uns an, wie ernst man es nimmt. Schauen wir uns den neuen Landeskindergarten in Niederösterreich an, der in Hagenbrunn errichtet wurde. Ein wunderschöner Bau. Das ist nicht eine Gemeinde, wo man sagen kann, Hagenbrunn, sondern das ist der Landeskindergarten von Niederösterreich. Ich sage das nicht deshalb, weil ich es schlecht finde, sondern ich sage, auch dort erkennt man in gewissen Bereichen, in gewissen Gebieten, in gewissen Notwendigkeiten, wo es einen lokalen Versorgungsgrad gibt, sind das adäquate, zeitgemäße Möglichkeiten. *(GR Dietrich Kops: Gehen Sie doch einmal hin!)* Also reden wir nicht da so und tun wir woanders etwas anderes. *(GR Dietrich Kops: Das ist doch lächerlich!)* Tatsache ist, es ist ein gesamter Bereich, der Anwendung findet. Also, auch in dem Bereich, denke ich mir, kann man das nicht wirklich ernst nehmen und hält einer Überprüfung schlicht und ergreifend nicht stand. *(Beifall bei der SPÖ. - GR Dietrich Kops: Sie können es ja selbst ausprobieren!)*

Besonders eindrucksvoll sehen wir es im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Wann haben wir denn tatsächlich die höchste Jugendarbeitslosigkeit in Österreich gehabt? Nicht in Zeiten einer Wirtschaftskrise. Nicht in Zeiten irgendwelcher tatsächlich schwierigen Situationen im Bereich der Wirtschaft. Wann war es? Es war zu einem Zeitpunkt, als vieles von den Maßnahmen, auf die wir in Wien zu Recht stolz sind, überbetriebliche Lehrausbildung zu haben, Lehrwerkstätten zu haben, entsprechende Ausbildungsmaßnahmen, sowohl innerhalb der Stadt Wien als auch ihren Betrieben zu haben, abgeschafft wurde, überbetriebliche Lehrausbildung abgeschafft wurde, Lehrwerkstätten geschlossen wurden und die Jugendlichen auf eine Ehrenrunde in die Berufsschule geschickt wurden. Das war die Zeit von Schwarz und Blau, die sich hier gerade über die Erfolge der Arbeitslosigkeit ein bisschen lustig machen, wenn es einen tatsächlichen Rückgang in Wien gibt.

Da haben Sie die höchste Jugendarbeitslosigkeit zu verantworten gehabt, unter ganz anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, als wir sie heute haben, weil Sie all die Maßnahmen, die für Jugendliche wichtig sind, abgeschafft haben. Das ist die Realität in diesem Bereich! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dann wird hier darüber geredet, was Wien im Bereich der Armutsbekämpfung macht. Es ist vielfach gesagt worden, auch hier, auf der einen Seite eine Maßnahme,

die wir hier intensiv diskutiert haben, die auch beschlossen wurde, nämlich die Richtsätze für Kinder im Bereich der Bedarfsorientierten Mindestsicherung auf den österreichweit höchsten Wert zu setzen. Und was wird auf der anderen Seite gemacht? Da wird geredet: „Was tun Sie eigentlich gegen die Arbeitslosigkeit?“ Auf der anderen Seite wird eine Sozialschmarotzerdebatte für genau jene Menschen in Gang gesetzt, denen wir in Wien diese auch bieten. Ich denke, da zeigt sich auch, was tatsächlich von diesen Worten, die hier wunderschön von der Oppositionsbank gesprochen werden, der Realität standhält. Wir haben diesen Schritt bewusst gesetzt als Maßnahme zur Armutsbekämpfung auf der einen Seite. Wir schützen auch all jene, die jetzt hier als Sozialschmarotzer in der Öffentlichkeit dargestellt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich könnte natürlich auch noch gut mit dem Bereich Information fortsetzen. Da fehlt dann ein wenig die Zeit.

Ich erspare Ihnen auch einen Akt über eine tolle Kampagne, Wien wird anders.“, den man hier auch einmal beschlossen hat. Es war das Jahr 1997. Da ist das von einem Herrn Vizebürgermeister Görg gekommen, wenn ich mich richtig entsinne, der eine große Kampagne zu diesem Bereich gemacht hat. Jetzt kann man auf der einen Seite sagen: Was hat es geholfen? Eh nichts! Abgewählt ist man eh relativ schnell geworden, trotz alledem, trotz dieser Kampagne.

Ich stehe dazu, in vielen Bereichen der Stadt werden wir auf der einen Seite gerade auch diese Informationsarbeit weiter tun, wenn es eben darum geht, wie man tatsächlich zu Leistungen der Stadt kommt. Darüber haben wir hier schon viele Debatten geführt, warum so wenige den Heizkostenzuschuss in Anspruch nehmen, warum so wenige die Bedarfsorientierte Mindestsicherung in Anspruch nehmen *(GR Mag Wolfgang Jung: Weil sie diese gar nicht kriegen! So ist es!)*, wie die Leute überhaupt zu diesen Leistungen kommen, wie man zur Unterstützung von Essensbeiträgen in Kindergärten und Horten kommt und, und, und. Wir werden diesen Weg weitergehen. Die Leute sollen wissen, wo und wie sie zu entsprechenden Sozialleistungen der Stadt kommen, in Vergangenheit und Zukunft. Genauso werden wir weiter KindergartenpädagogInnen suchen. Wir werden dafür letztendlich auch den Weg über Inserate gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(GRin Ing Isabella Leeb: Bravo! Jetzt wissen wir es!)*

Ich bin auch sehr froh, dass es dafür jetzt klare gesetzliche Regelungen gibt. Es gibt Informationspflicht. Damit ist auch dem ein Ende gesetzt, was hier über Jahre erzählt worden ist. Ich hätte die Protokolle, „110 Millionen gibt man aus.“, „200 Millionen gibt man aus.“, „180 Millionen gibt man aus.“ *(GRin Ing Isabella Leeb: Das geht sich ja gar nicht aus, Herr Oxonitsch!)* Tatsache ist, es gibt ein Transparenzgesetz. Das legt klar und offen, in welchen Bereichen wir investieren. Da kann man sich das ansehen. Es gibt ganz klare Regelungen. Auch die diversen Bilder, die wir da gehabt haben, gehören der Vergangenheit an. Ich bekenne mich zu diesen Regelungen. Ich bekenne mich auch dazu, die Stadt wird

weiter informieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, und zwar über Inserate, wo es um Leistungen geht, und sicher nicht mit den Dobernig-USB-Sticks, die man jetzt kastenweise in Kärnten noch immer findet und wo man nicht einmal weiß, wie man sie zum Sondermüll bringen soll, so unnötig sind sie. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vielleicht auch noch abschließend ein Wort zu dem gesamten Bereich des Sports, bevor ich dann noch ein paar Worte zum Bereich der Jugendwohlfahrt sagen möchte. Ich denke, es hat schon einen Grund, dass durchaus über diesen Bereich intensiv diskutiert wird, weil Gott sei Dank gibt es viele Menschen, die Sport ausüben. Gott sei Dank gibt es viele Vereine, die diesen Sport für die Menschen auch anbieten. Da kann man immer über Infrastruktur diskutieren. Da wird es immer Vereine geben, die letztendlich eine zusätzliche Infrastruktur, eine eigene Infrastruktur wollen. Ich denke an die sportlichen Erfolge, gerade des jetzigen Jahres, aber ich beziehe mich da überhaupt nicht auf uns, weder das eine noch das andere Mal, wo wir einmal Meister werden in verschiedensten, gerade auch in großen Sportarten. Freuen wir uns darüber. Wenn wir es nicht werden, ist es auch nett. Aber es unmittelbar zu steuern, ist ein bisschen überheblich, gerade auch von der politischen Seite. Aber ich freue mich natürlich, wenn wir im Bereich Basketball, wenn wir im Bereich American Football, wenn wir im Bereich des Fußballs letztendlich wieder Meister haben, wenn wir auch im Bereich des Eishockeys gute Erfolge auf der Wiener sportlichen Ebene erzielen. Ich würde mich natürlich freuen, wenn es noch mehr sind.

Aber es hat schon einen Grund, wenn hier zum Beispiel auch über die Situation der Schwimmer diskutiert wird, oder der Springer in dem Fall, warum sie in Berlin springen. Warum springen sie eigentlich nicht in Niederösterreich oder in Oberösterreich oder in Salzburg oder sonst irgendwo? Warum nicht? *(GRin Ing Isabella Leeb: Warum nicht in Wien?)* - Weil es bekanntermaßen ein Bad gibt, das saniert wird und daher dieser Sprungturm nicht in Betrieb ist. Das ist kein großes Geheimnis. Nur, warum gibt es in Niederösterreich überhaupt keine Diskussion, dass man es dort nicht hat oder in Oberösterreich nicht hat? *(GR Mag Dietbert Kowarik: Tun Sie nicht ablenken!)* - Nein, ich lenke da überhaupt nicht ab! Ich stehe voll dazu! *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir sind doch die lebenswerteste Stadt! Warum sind wir nicht auch die sportwerteste Stadt?)* Ich finde es nur interessant, dass all jene Diskussionen, die in Wien geführt werden, in anderen Bundesländern von Ihnen überhaupt nicht geführt werden, es dort völlig egal ist, und zwar weder von Ihren Parteien noch von anderen. Ich nehme es zur Kenntnis. Die Tatsache ist relativ klar. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Weil wir für Wien zuständig sind und nicht für Niederösterreich!)*

Aber was haben wir getan? Wir unterstützen in dem Bereich. Wir haben auch hier im Gemeinderat die entsprechende Unterstützung dafür beschlossen, weil wir zu dieser Verantwortung für Wien stehen. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Man sollte es aber auch gescheit umsetzen!)* Andere Bundesländer schrauben sich davor. Noch ein-

mal, soviel zum Ernst, wie Sie das, was Sie hier sagen, anderswo, wo Sie die Möglichkeit haben, es umzusetzen, tatsächlich nehmen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: Wir wollen Taten sehen!)*

Nun auch ein paar Worte zu jenem Bereich, der mir wirklich besonders wichtig ist. Ich glaube, gerade im Bereich der Jugendwohlfahrt haben wir unsere Verantwortung tatsächlich sehr ernst genommen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ihre Zeit ist aus!)* Das lässt sich nicht nur in Seitenzahlen ablesen, das lässt sich nicht nur an der Intensität der Untersuchungen ablesen, sondern das lässt sich letztendlich auch daran ablesen, wie ernst wir gerade auch den Umgang mit Opfern genommen haben. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das hat Jahrzehnte gedauert!)* Ich kann Ihnen nur empfehlen, lesen Sie heute den „Standard“, wie ernst, gerade unter FPK-Verantwortung, und das war in derselben Zeit, der Umgang mit Verantwortlichkeit festgelegt wurde.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Bitte zum Schluss zu kommen.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch** *(fortsetzend)*: 5 000 EUR der Richtwert! 5 000 EUR, der beschämend niedrigste Wert in ganz Österreich! *(GR Mag Wolfgang Jung: Ihre Zeit ist aus! Schlusssatz!)* - Das glaube ich schon, dass Ihnen die Zeit jetzt zu lange dauert! - Tatsache ist, lesen Sie heute den „Standard“, darin sieht ganz Österreich, wie ernst Sie Verantwortung nehmen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Herr Vorsitzender!)*

Danke, liebe KollegInnen, für die Arbeit im abgelaufenen Jahr! Danke an alle Abteilungen und meine MitarbeiterInnen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Ich begrüße die Frau Vizebürgermeisterin. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich erteile es ihm. Seine selbstgewählte Redezeit sind 12 Minuten.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Werte Damen und Herren!

Diese Legislaturperiode hat die Halbzeit schon weit überschritten. Das mag für eine knappe Mehrheit in diesem Haus eine schlechte Nachricht sein, für die Menschen draußen, was die Verkehrspolitik betrifft, eine sehr gute. Denn es stellt sich damit sicherheitshalber die Tatsache in den Raum, dass so viel Chaos und Problemwirtschaft im Verkehrsbereich, wie wir bisher in dieser Legislaturperiode erleben mussten, einfach quantitativ nicht mehr stattfinden kann.

Dies ist eine Bilanz, die wir heute im Rahmen dieser Rechnungsabschlussdebatte führen sollen, die relativ einfach ist. So wenig komplex hat sich eigentlich die Verkehrspolitik dieser Stadt noch nie dargestellt. Denn es gibt auf alles, das in irgendeiner Art und Weise damit zu tun hat, zwei Antworten. Fast kann man von einer monothematischen Sache sprechen. Entweder gibt es

eine Parkraumbewirtschaftung als eine Lösung oder den Fahrradverkehr auf der anderen Seite. Alle Verkehrsdebatten sind in diesem Bereich anzusiedeln. Mir kommt es so vor, als ob ein Feinmechaniker, ein Uhrmacher, oder wer auch immer, nur zwei Werkzeuge hat, nämlich einen Hammer und einen Amboss, dann legt er die Uhr dazwischen, haut drauf und stellt fest, dass dieses Uhrwerk noch immer nicht geht, dieses sehr komplexe Konstrukt an Verkehrspolitik, an Verkehrsflüssen, an Logistik. Dann haut man halt noch einmal drauf und stellt fest, es wird immer noch nicht besser. Aber weil man sich nicht zu helfen weiß, weil man die Kompetenz, vor allem seitens der kleinen Regierungspartei, eben nicht hat, wird man immer aggressiver und versucht, die Menschen mit Hammer und Amboss, eben mit Parkraumbewirtschaftung und Fahrradverkehr, zu nötigen. Das ist eine Verkehrspolitik, die wir sicherlich ablehnen und so auch nicht mittragen werden, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber einen positiven Punkt kann ich hier schon auch vermerken. War doch früher Verkehrspolitik eher etwas Technisches, das wenig interessiert hat, haben es die GRÜNEN mit ihrer Art der Politik geschafft, sozusagen Emotionen hineinzubringen, zu polarisieren. *(Beifall von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)* - Jetzt können wir stolz darauf sein. Ich komme noch darauf. Denn die Frage ist: Warum tut das eine Regierungspartei, warum tut das eine Regierungskoalition, dass sie gegen die Menschen regiert?

70 bis 80 Prozent der Wienerinnen und Wiener lehnen diese Verkehrspolitik ab. Dann stellt man sich hin und macht es trotzdem. Vielleicht liegt es daran, dass vor allem die Parteispitze im Unterricht mehr bei den Sprachen als beim Mathematikunterricht aufgepasst hat. Denn in irgendeiner Art und Weise wird man feststellen, dass diese Polarisierung, die hier passiert, eine sehr ungleiche ist. Sie haben eine kleine Klientel. Vielleicht ist es das Konzept der GRÜNEN, diese hier sozusagen für sich zu retten, auch auf Kosten der SPÖ. Das ist Ihre Strategie. Es ist aber nicht unsere. Es ist auch nicht eine dieser Stadt, weil alle darunter leiden, dass man hier Klientelpolitik macht und nicht wirklich auf die Maßnahmen setzt, die notwendig sind. Wenn Sie glauben, Ihre Stimmungsmaximierungsstrategie gefunden zu haben, dann sollen Sie das weiter tun, wir werden nach außen hin klar und deutlich auch unsere Meinung artikulieren.

Ich möchte jetzt genau diese zwei Prioritäten, die Sie sich gesetzt haben, nämlich Fahrradfahren und Parkpickerl, ein bisschen genauer analysieren. Etwas anderes haben wir eh nicht in dieser Stadt. Etwas anderes passiert auch nicht. Es wird ja auch nichts getan, weil Logistik und Verkehrslösungen offenbar für die GRÜNEN und für die SPÖ ebenso, die die Gesamtverantwortung trägt, eine wenig große Komplexität hat.

Nehmen wir einmal das Radfahren her: Ich habe mir erlaubt, Ihnen heute eine Kritikliste mitzubringen. Während ich Ihnen diese vortrage, können Sie einmal darüber nachdenken, wer diese Kritikpunkte zusammengestellt hat. Sie werden vielleicht im Nachhinein sehr überrascht sein.

Da heißt es: „Unter Vassilakou ist für die Radfahrer sehr wenig weitergegangen.“ Kritisiert wird auch, dass das Geld für die Mobilitätsagentur und nicht für die Verbesserung der Radinfrastruktur verwendet wird. Das Einfärben der Fahrradwege aus angeblichen Sicherheitsgründen wird in den Grenzbereich der Lächerlichkeit verwiesen. „Eine Maßnahme, die überhaupt nichts bringt.“, heißt es dazu in der Kritik. „Aufgeben sollte man auch“ - diese Kritik ist ein Zitat – „den Plan, nach Fertigstellung des Ring-Rund-Radweges einen Fahrstreifen von der Benutzungspflicht aufzuheben und dort erst recht wieder den Radfahrerverkehr zuzulassen.“ Insgesamt, so die Kritik, schadet die derzeitige Fahrradpolitik der Stadtregierung den Fahrradfahrern viel mehr, als sie nützt. Eine Kritik ist deshalb eine Kritik, die sich vor allem gegen Autofahrer, aber nicht für Radfahrer richtet.

Jetzt können Sie raten, wer diese Kritikpunkte zusammengestellt hat. Sie stammen nicht aus Redeprotokollen der ÖVP oder ihres Verkehrssprechers. Sie stammen auch nicht vom ARBÖ oder vom ÖAMTC, wie Sie vielleicht vermuten wollen. Sie stammen auch nicht von der bösen Wirtschaft, wie die GRÜNEN immer sagen, oder der Autoindustrie. Nein, sie stammen von einem der Bekanntesten, den Sie sicherlich kennen, nämlich dem Mitbegründer der Fahrradlobbyorganisation ARGUS, Hans Doppel. Wenn Sie schon uns nicht glauben, dass die Fahrradpolitik und die Verkehrspolitik dieser Stadt gescheitert sind, so glauben Sie doch jenen, denen Sie angeblich, zumindest in der Vergangenheit, ein großes Maß an Glaubwürdigkeit zugestanden haben. Die Fahrradlobby konstatiert Ihnen selbst ein Scheitern der Verkehrspolitik, sehr geehrte Damen und Herren! Wir können uns diesem Scheitern nur nahtlos anschließen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber es bleibt leider nicht aus, dass ich doch ein paar Worte zu diesem - wie soll ich sagen? - Bereich des Einfärbens des Radweges verlieren muss. Abgesehen von den 10 Millionen EUR, die das kostet oder nicht kostet, meine ich, es ist schön, dass Sie die Farbe Grün wählen, weil dann wissen wenigstens die Wienerinnen und Wiener, wem sie diesen Blödsinn zu verdanken haben. Aber es hat auch juristische und technische Ursachen, die man hier kritisieren kann. Vielleicht hat der Herr Chorherr eine neue Art des Radfahrens entdeckt, ich nenne es Radgleiten. Wenn man nämlich über diesen Belag fährt - ich habe es selbst probiert - und es ein bisschen nass ist, dann gleitet dieser Belag so schön. Das ist echt spitze! Die Verkehrssicherheit für die Radler wird enorm erhöht, weil nämlich die Poren verschlossen werden, die Griffigkeit abnimmt. Also eine wunderbare Geschichte für die Verkehrssicherheit, wenn es vor allem einmal nicht so schön ist oder gar im Winter, wenn man fahren möchte. Eine echt gute Idee!

Es ist natürlich auch zu fragen: Was bedeutet es, wenn man am Westbahnhof den Übergang für Fußgänger quasi grün untermalt und nur die weißen Streifen darauf hat? Ich habe mich dort erkundigt, habe mir das angeschaut und auch Experten gefragt. Es heißt nämlich Grün, jeder hat Vorrang. So kommt es dort zum Chaos, weil man annimmt, dass Grün die Farbe des Vorranges

ist. Also auch das war keine gute Idee!

Um das abzustellen, sehr geehrte Damen und Herren, werde ich Ihnen eine Unterstützung geben, gemeinsam mit meinem Kollegen Bernhard Dworak für meine Fraktion, nämlich einen Stopp der Grünmarkierung der Wiener Radwege sowie die Verwendung der dafür vorgesehenen Mittel für die Sanierung der Fahrradwege. Ich habe es bereits erläutert. - In formaler Hinsicht beantragen wir hier die sofortige Abstimmung, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider haben Sie sich in vielen Punkten bereits von der Bevölkerung derart entfernt, dass man nur mehr von Phantastereien sprechen kann. Es sind verkehrspolitische Utopien, die Sie auch darin manifestiert haben, indem Sie 150 000 Unterschriften, die einfach nur sagen wollten, bitte schön, wir wollen mitreden, wenn es um Parkraumbewirtschaftung geht, in den Wind geschlagen haben, symbolisch zerrissen haben. Sie haben diese Menschen und alle anderen vor den Kopf gestoßen.

Gleichzeitig ist die Stadträtin für Bürgerbeteiligung verantwortlich und traut sich dann noch, eine Broschüre herauszugeben. Ich habe von einer Fragebeantwortung ein paar Hinweise bekommen, was diese Broschüre gekostet hat, nämlich für ein paar Tausend Exemplare 100 000 EUR, ein gewaltiger Betrag für ein bisschen Papier. Aber der Inhalt ist noch viel spannender. Darin wird, mit dem Foto von der Frau Vizebürgermeisterin umrahmt, von den großen fünf Prinzipien der Bürgerbeteiligung gesprochen, nämlich Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Transparenz, Nachvollziehbarkeit und - wörtlich - eine Prise Leichtigkeit. Es sind spannende Themen.

Wenn man sich das Projekt Mariahilfer Straße anschaut, wo diese selbstgewählten Prinzipien, auf teurem Papier gedruckt, vielleicht angewendet hätten werden können, so werden diese Partizipationsregeln ein bisschen zerstört. Nämlich bei der Ehrlichkeit hat man gleich gemerkt, dass die Varianten gleich in der Schublade verschwinden, die der Grünen Fraktion nicht in den Kram gepasst haben. Bei der Verlässlichkeit wurde versprochen, die Bürgerinnen und Bürger werden über alles befragt. Nachher gab es dann eine Pseudobefragung, das auch nur über Grätzler und man konnte auch nur entscheiden, ob es eine Überquerung gibt oder zwei Überquerungen oder ob es diese überhaupt nicht mehr gibt. Also so viel zu Verlässlichkeit und Transparenz. Wir wissen bis heute nicht, was es kostet, welche Verkehrsverlagerungen wirklich stattfinden, wie die Dauer des Probebetriebes sein wird. Die Nachvollziehbarkeit, sehr geehrte Damen und Herren, ist für mich überhaupt nicht gegeben. Denn warum muss man eine funktionierende Einkaufsstraße überhaupt umgestalten? Warum muss man eine Straße, die wirklich in sich mit höchster Zufriedenheit ausgestaltet ist, überhaupt angreifen, außer weil man es als Prestigeprojekt für Grüne missbrauchen möchte? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was die Leichtigkeit betrifft, so hat das Ganze, glaube ich, heute Diskussionskrampfstatus erreicht. Es wird alles sehr polarisiert diskutiert. Dass die Bürger darüber wütend und auf die Politik angefressen sind, glaube ich, kann man daraus ganz einfach ableiten, sehr geehrte

Damen und Herren.

Ihre Verkehrspolitik ist eine ideologisch motivierte. Sie ist eine, die diese schöne neue grüne Welt uns allen mit Zwang aufstülpen möchte. Es ist eine, die Sie gewählt haben, unter dem Nimbus, dass Sie ach so basisdemokratisch sind, aber jedem mit dem erhobenen Zeigefinger sagen. „Wenn Sie nicht so leben, wie wir Grüne es für richtig erachten, dann werden wir Sie dazu zwingen, weil jetzt haben wir die Macht!“ Freie Mobilitätswahl ist nicht Ihr Argument. Sie wollen die Menschen zwingen! Sie wollen die Menschen bevormunden! Das ist eine Ideologie des vergangenen Jahrhunderts. Diese ist grundsätzlich abzulehnen, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht. Wir haben ein Parkpickerlkonzept gemacht, wo wir auch lange gemeinsam über verschiedenste Modelle diskutiert haben. Auch unser Stadtrat und Parteiobmann hat versucht, es der Frau Vizebürgermeisterin persönlich näherzubringen. Wir nehmen zur Kenntnis, aus opportunistischen Gründen will man es nicht, obwohl man selbst das Pendlerproblem in die Höhe schaukelt. Man spricht mittlerweile schon von 500 000 Einpendlern und schlägt Alarm, was für ein großes Problem es ist. Aber es gibt eine Antwort darauf: Das Parkpickerl löst alle Probleme. Denn eine übergeordnete Verkehrspolitik, überregional zusammenzuarbeiten, Verkehrslösungen herauszuarbeiten, passt nicht in den Kram der grünen Regierungsfraktion, übrigens in Teilen der SPÖ auch nicht. Auch hier habe ich leider gehört, gibt es wenig Gesprächsbasis.

Aber ich gebe Ihnen einen Hinweis: Jeder Pendler, der hereinkommt, macht das nicht, um irgendjemandem etwas zu Fleiß zu machen, sondern weil er das Bedürfnis hat, in diese Stadt hereinzufahren und weil es einen Mangel an Alternativen gibt, nämlich auch an öffentlichen Verkehrsmitteln. Diese sind in Wien auch nicht besonders attraktiv.

Ich möchte heute nur ein Beispiel herausnehmen. Weil es die letzten Tage doch ein bisschen wärmer war, bin ich öfters auch mit der Straßenbahn gefahren. Ich habe noch einmal nachgelesen, Sie haben sich selbst eine Zielerreichungsrate von 50 Prozent für die Ausrüstung von Klimaanlagen für die Straßenbahnen bis 2020 gegeben.

Das ist ohnehin kein besonders hehres Ziel. Aber derzeit halten wir bei 13,5 Prozent. Also jede achte Bim, die vorbeikommt, hat vielleicht eine Klimaanlage, wenn sie dann funktioniert. Ich denke, das ist einer Stadt wie Wien nicht würdig. Wir brauchen Qualität auch in diesem Bereich, gerade in Sommermonaten. Ich wünsche mir, dass wir hier die Straßenbahnen bis 2020 wenigstens zu zwei Drittel, zu 70 Prozent ausstatten, dass das beschleunigt wird, und bringe einen entsprechenden Antrag gemeinsam mit meinem Kollegen Bernhard Dworak zur sofortigen Abstimmung ein, sehr geehrte Damen und Herren.

Sie werden mit Ihrer Politik die Menschen nicht weicklopfen können. Dafür werden wir schon sorgen. Die Verkehrspolitik dieser Stadt wird rundweg und zu 80 Prozent von den Menschen abgelehnt.

Aber lassen Sie mich abschließend ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beamtenseite danken. Sie können nichts für die Politik, die gemacht wird. Sie geben ihr Bestes, auch wenn die Anweisungen manchmal abstrus sind. Ich möchte mich deshalb auch für das Bemühen bedanken.

Aber dass wir diese Verkehrspolitik der GRÜNEN und der SPÖ, die sich in diesem Rechnungsabschluss manifestiert, nicht mittragen können, habe ich ausreichend argumentiert. - Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Sie haben 13 Minuten gesprochen, Herr Kollege Stiftner. Das heißt, die Restredezeit für die ÖVP beträgt dann 16 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 8 Minuten.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Acht Minuten sind eine kurze Zeit, deswegen möchte ich auf die Aussage von Herrn Stiftner nur ganz kurz eingehen. Es war wie immer die totale Polemik. Aber er sollte sich in Wirklichkeit genau anschauen, was der Herr Doppel wirklich sagt. Herr Doppel ist erst einmal nicht Mitglied der Fahrradlobby, sondern aus der ARGUS ausgetreten oder ausgeschlossen worden, also gar nicht mehr Mitglied der Fahrradlobby, sondern ganz im Gegenteil. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Hat er die grüne Kritik nicht vertragen?)* - Keine Zeit für eine solche Polemik.

Zweite Geschichte: Der Herr Doppel verlangt, und das finde ich interessant, Mehrzweckstreifen sollten aufgehoben werden, weil das den Radfahrern nichts bringt, stattdessen soll die Parkspur aufgelöst werden - das soll man sich einmal zergehen lassen, die Parkspur aufgelöst werden - und dort eine Radverkehrsanlage gebaut werden. Also hat uns heute der Herr Stiftner beglückt mit der Sache, wir wollen weg mit dem Mehrzweckstreifen und stattdessen Parkspur weg. Wunderbar! Toll! Ich wusste gar nicht, dass die ÖVP mit ihrem Verkehrssprecher so radikale Maßnahmen setzt. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Da musst du selbst lachen!)*

Die zweite Geschichte war, bei der Mariahilfer Straße, möchte ich nur daran erinnern, hat es eine Befragung der ÖVP gegeben, wo groß daraufgestanden ist, „Alles soll bleiben, wie es ist.“ und ganz klein „Nein zur Mariahilfer Straße.“ Natürlich war ganz klar, ÖVP-Klientel hat zu 60 Prozent gesagt, es soll alles bleiben, wie es ist. Haben wir uns etwas anderes erwartet? - Nein.

Jetzt komme ich zu den Herausforderungen, weil die Zeit läuft. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Zwei Jahre habt ihr noch Zeit! Dann ist es vorbei!)* Wien wächst auf über zwei Millionen Einwohner. In Wirklichkeit brauchen wir Antworten und keine Polemik auf die Geschichte. Die Antworten heißen, wir müssen massiv in umweltgerechtes Verkehrsverhalten investieren, das heißt, massiv in den öffentlichen Verkehr, massiv ins Zufußgehen und massiv ins Radfahren. Das heißt, wenn alle zwei Millionen EinwohnerInnen mit dem Auto ins Stadtzentrum fahren, können wir es vergessen.

Unsere Maßnahmen haben bereits gegriffen. Die ers-

te Maßnahme war, wir haben gemeinsam die Jahresnetzkarte auf 365 EUR gesenkt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Und die Zuschüsse?)* Das bedeutet, weitaus mehr Menschen fahren heute mit dem Öffi als noch vor wenigen Jahren. *(GR Mag Wolfgang Jung: Was ist mit den Zuschüssen?)* Wir haben heute 39,3 Prozent des Modal-Split beim öffentlichen Verkehr. Das war das Erste.

Das Zweite ist, die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung hat bewirkt, dass die ÖBB beim grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Niederösterreich und Wien ein Plus von 7 Prozent bei den Passagieren hat. Das haben die niederösterreichischen und die Wiener ÖVPLer nicht zusammengebracht, nicht einmal gedacht haben sie sich, dass so etwas überhaupt möglich ist. Also haben wir heute bei ausgedehnter Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken, wo sie ist, hohe Zufriedenheit. Kein Mensch dort möchte die Parkraumbewirtschaftung mehr abschaffen.

Ganz wichtig, wir haben es geschafft, im Moment fast 40 Prozent beim Modal-Split beim öffentlichen Verkehr. Radfahren ist über 6 Prozent. Fußgängerei haben wir gehalten. Gesenkt haben wir den Anteil beim Individualverkehr, und zwar insgesamt auf 27 Prozent. Das heißt aber in Wirklichkeit, da ist uns gelungen weniger Lärm, weniger schlechte Luft, wenn man so will, weniger Stickoxide, weniger Feinstaub und wir haben die Möglichkeit, den öffentlichen Raum wieder zurückzugewinnen. Das geht bei Ihrer Politik auf keinen Fall.

Das Zweite, was mir noch wichtig ist, und das schauen wir uns gut an: In den letzten 10 Jahren wurden 79 000 neue Stellplätze geschaffen. Davon werden aber nur 29 000 benutzt. Das heißt, wir haben einen Überhang von 50 000 Stellplätzen. Wir müssen uns überlegen, wie wir diese Stellplätze füllen, und zwar mit Autos von der Oberfläche in die Garagen. Da braucht es keine Zwangsmaßnahmen, sondern da braucht es die Möglichkeiten, im öffentlichen Raum andere Nutzungen anzudenken. Im Moment gehören dem Auto 65 Prozent des öffentlichen Straßenraumes. Wir glauben, dass das ungerecht ist. Die Autos gehören eigentlich in die Garagen hinein. Dort möchten Sie sie eh gerne haben. *(GR Mag Wolfgang Jung: Autos gehören in die Garage? Autos gehören benutzt!)* - Ich habe heute keine Zeit für diese Einwände.

Wichtig für uns ist, und das schauen wir uns jetzt an, wir brauchen Kooperation mit Niederösterreich, wir brauchen Kooperation mit dem Burgenland und da werden uns die FPÖ-Polemik und die ÖVP-Polemik nichts helfen. Das heißt, wir müssen schauen, wie wir dort den Modal-Split beim Grenzübergang verbessern. Im Moment fahren dort 21 Prozent mit dem Öffi und 79 Prozent mit dem Auto. Das ist eine große Herausforderung für die Stadt. Unser Ziel ist, 45 Prozent beim Öffi und 55 Prozent beim Auto. Dafür brauchen wir massiv gemeinsame Investitionen, das heißt, Park-and-ride-Anlagen in Niederösterreich zu bauen, Park-and-ride-Anlagen an der Stadtgrenze zu bauen, massives Investment in den Bus, massives Investment in die Schnellbahn.

Jetzt komme ich noch einmal zu zwei wichtigen Projekten, die wir in der Stadt haben:

Das eine ist die Ottakringer Straße. In der Ottakringer Straße haben wir gezeigt, dass für den öffentlichen Verkehr, für die FußgängerInnen und für die RadfahrerInnen einfach Platz gemacht werden kann und die Lebensqualität dort gestiegen ist, und zwar ganz gewaltig in den Teilen, die schon fertig sind. Wir brauchen mehr solche Ottakringer Straßen, wo es klar ist. Dort ist die Lebensqualität massiv gestiegen.

Die Mariahilfer Straße wird in einer Kombination aus Begegnungszonen und aus FußgängerInnenzonen einfach eine würdige Geschichte einer Geschäftsstraße. Im Moment haben wir eine Drängerei auf den schmalen Gehsteigen. Bis zu 100 000 FußgängerInnen. (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: 100 000 Leute wären gut auf der Mariahilfer Straße!*) - Ja, ich weiß es eh!

Die ÖVP hätte es gern wie vorher und die Blauen hätten gern die Zeit vor 1945. Das kennen wir eh.

Noch einmal, unsere jetzigen Aufgaben sind ein neuer Stadtentwicklungsplan, ein neues Fachkonzept Verkehr und wir brauchen eine Rückgewinnung des öffentlichen Raumes. - Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdaliq. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten.

GR Anton **Mahdaliq** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Auf den Blödsinn am Schluss mit dem 45er Jahr gehe ich nicht ein.

Aber zu Beginn möchte ich dem Planungs- und Verkehrsressort einen Ratschlag geben: Wenn ihr schon Abgeordnete mit Manner-Schnitten abfüttert, dann schaut bitte, dass sie wenigstens frisch sind. Meine waren okay. Die vom Kollegen Ulm haben die Konsistenz einer Birkenstock-Schlafpen-Sohle gehabt. Wir haben dann getauscht, weil ich Manner-Schnitten gar nicht so gerne mag. Es war ein bisschen wie in der Volksschule. (*GR Gerhard Kubik: Soll ich ihm noch frischere bringen?*) Daher mein Vorschlag: Nehmt beim nächsten Mal ein 16er Blech. Das ist auch ein urwienerisches Produkt. Gut gekühlt, bitte. Da kann man nicht viel falsch machen. Das fällt dann nicht unter Anfüttern, sondern unter Antrinken, wenn wir ein bisschen zusammenlegen.

Wir werden auch diesem Ressort die Zustimmung beim Rechnungsabschluss verweigern. Soviel ist einmal fix. Man weiß auch, wie bei den anderen Geschäftsgruppen, nicht so recht, bei welchen Patzern man jetzt anfangen soll. Darum fange ich irgendwo an.

Überraschenderweise beim Radverkehr, und zwar überraschenderweise für mich, weil ich ihn gar nicht ansprechen wollte. Es wird der Kollege Irschik dann noch beleuchten. Aber am Wochenende bin ich wieder einmal mit dem Rad gefahren, von Eßling nach Hütteldorf, meinen Bruder besuchen. Eine Strecke waren 32 km. Ihr könnt einstweilen in den nächsten 13 Minuten nachrechnen, ob ihr das letzte Woche alle zusammen zusammengebracht habt. Ich glaube es ja nicht. Ich habe mich über Lobau, Donauinsel, Prater, 3. Bezirk, 4. Bezirk, 5. Bezirk bis zum Wiental vorgearbeitet und dann weiter

über die Hüttelbergstraße, hinauf in die Hügel des Wienerwaldes. Da ist mir wieder eines aufgefallen. Ich habe mir nämlich sehr schwer getan, nicht nur mit der Luft und mit der Temperatur, sondern weil ich aufpassen muss wie ein Haftelmacher als Verkehrssprecher, der immer sagt, die undisziplinierten Radrowdys, dass ich nicht selbst auf YouTube auftauche oder in irgendeiner Zeitung, wenn ich halt die eine oder andere Regel verletze.

Warum das Ganze nicht einfach ist, ist recht leicht zu erklären. Wenn man sich den Bereich nur vorstellt, Margareten Gürtel, Linke Wienzeile, Hadikgasse, nachher, wo es dann hinunter zum Wienfluss geht, macht sehr viele Kurven, manchmal ist der Radweg aus, fängt dort wieder an und man erkennt das sehr schwer. Ich bin oft abgestiegen. Natürlich kann man, wie die undisziplinierten Radfahrer, einfach irgendwo weiterfahren, nicht am Radweg, sondern am Gehweg oder am Gehsteig. Ich bin halt abgestiegen und habe mich dann umgeschaut und geschaut, wo der Radweg weitergeht. Ich habe ihn dann meistens auch wieder gefunden. Aber das Problem hat sich mir klar dargelegt: Die Markierungen der Radwege, die seitlichen Abgrenzungen, die Piktogramme und auch in manchen Bereichen die Rotfärbungen. In sensiblen Bereichen gibt es sie schon seit Jahren, nur sind sie nicht einmal annähernd mehr rot, sondern vielleicht noch hellrosa. Man erkennt durch die schlechten Markierungen einfach nicht, wo der Radweg weitergeht.

Dann frage ich mich. Die Stadt beziehungsweise das Verkehrsressort hat vor, alle Radwege in Wien, wenn der Pilotversuch günstig oder positiv verläuft, grün zu färben. Jetzt kommt ihr nicht einmal beim Rotfärben nach, ihr kommt bei den Seitenmarkierungen nicht nach, ihr kommt bei den Piktogrammen nicht nach. Also wie wollt ihr dann 1 240 km Radfahranlagen in Wien markieren? Abgesehen vom Preis, 50 Millionen EUR. Wenn ihr auf der einen Seite fertig seid, könnt ihr auf der anderen Seite wieder anfangen. Darum sagen wir weiter Nein zu dieser Geldverschwendung. Diese Mittel sollte man verwenden für den weiteren Radwegausbau - nur so kann der Radverkehrsanteil am Modal-Split gesteigert werden - und für die verbesserte Markierung der bestehenden Radwege. Dazu wird der Kollege Irschik auch einen Antrag einbringen.

Nun zu den anderen Anträgen, weil allzu viel Zeit habe ich nicht. Wir haben zwei Anträge, was UNESCO-Welterbe-Status, erstens für Grinzing und zweitens für Steinhof, anlangt.

Da habe ich eine Zuschrift eines Mitglieds der Bürgerinitiative bekommen. Ich möchte auch sehr herzlich den Herrn Hadinger heute als Vertreter der Bürgerinitiative „Steinhof erhalten“ auf der Galerie begrüßen. Die Kollegin Kickert hat diesem Interessenten, diesem besorgten Bürger geantwortet. Die Kollegin Kickert, die ich persönlich übrigens sehr schätze, hat dort aber einige Sachen niedergeschrieben, die ich nicht ganz nachvollziehen kann. Wenn es da nämlich heißt: „Wenn Sie nun den Einsatz von Steuergeld für die Mediation der Expertenkommission und der Entwicklungsplanung kritisieren, dann kann ich Ihnen nur entgegnen, dass ohne diese Prozesse der vollständige Verkauf der Grundstücke im

Ostteil und sehr wahrscheinlich auch weiterer Teile des Geländes die Konsequenz gewesen wäre.“ Wobei ich jetzt nicht weiß, wer die Stadt Wien hätte zwingen können, den Ostteil komplett und weite Bereiche des anderen Areals zu verkaufen. Diese Erklärung sind Sie schuldig geblieben. Vielleicht können Sie sie nachliefern, weil schließlich ist die Stadt hier ganz klar zuständig.

Für uns gibt es nur eine Möglichkeit. Wir haben es schon öfters beantragt, sehr oft betont, Steinhof, das Otto-Wagner-Ensemble, das Grünparadies, dieses Juwel vor der Verbetonierung, vor der Zerstörung zu retten, nämlich, indem die Stadt Wien alle Anstrengungen, alle möglichen Schritte in ihrem Bereich setzt, um die Erhebung zum UNESCO-Welterbe zu erreichen. - Bei diesem Antrag verlangen wir die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Womit wir schon in Grinzing wären, wo wir auch nicht zum ersten Mal einen Antrag einbringen, den weltberühmten Weinhauerort und die umliegende Kulturlandschaft der Weingärten vor weiteren Bausünden zu schützen, die permanent über viele Jahre schon unter den Augen der Stadt Wien, unter Mithilfe der Stadt Wien durch unverständliche Baugenehmigungen passieren, und dieses Juwel auch vor der Zerstörung zu retten. Auch da sehen wir nur einen Weg, nämlich Grinzing und die Weingärten auch zum UNESCO-Welterbe zu erheben. Das beantragen wir heute und verlangen auch hier die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt zu etwas ganz anderem, betrifft mehrere Ressorts. Ich möchte aber heute gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen eine Willenserklärung des Gemeinderates in diesem Ressort herbeiführen. Und zwar betrifft es einen ganz kleinräumigen Bereich, nämlich im 14. Bezirk neben dem Geriatriezentrum Baumgarten, das seit einiger Zeit, seit zwei Jahren, umgebaut wird, es ist eine Großbaustelle, und wo die Bautätigkeiten wahrscheinlich noch vier Jahre andauern werden. Auf der einen Seite ist die Zehetnergasse, auf der anderen Seite die Salisstraße, ein großer Gemeindebau dort, Ordnungsnummer 5-15. Ich habe selbst dort viele Jahre gewohnt. Bei der Baustelle spielen sich gar schreckliche Dinge ab. Das kann ich euch versichern. Das Wohnbauressort ist auch schon informiert, weil die Leute dort natürlich Sturm laufen. Es waren auch schon Vertreter vor Ort, nämlich genau an diesem Tag, wo die „Kronen Zeitung“ einen Artikel gebracht hat. Eineinhalb Stunden später sind die Wiener-Wohnen-Vertreter durch den Gemeindebau gewieselt und waren etwa zwei, drei Stunden dort. Seltsamerweise haben in diesen zwei, drei Stunden die Baumaschinen geschwiegen. Es war eine kollektive Mittagspause, allerdings schon am Vormittag. Als sie weg waren, hat der Lärm wieder angefangen. Lärm von 6 Uhr bis 18 Uhr. Massive Lärmentwicklung nicht nur durch die Baufahrzeuge, die nur auf einer Seite hinausfahren, nicht abgespritzt werden, wie es vorgeschrieben wäre, weil die Polizei gesagt hat, sonst bildet sich auf der Hütteldorfer Straße eine große Lache, also fahren sie staubend hinaus. Die Balkone sind jeden Tag nicht zu benützen. Man kann sie natürlich abwischen und sich dabei eine Staublung holen. Am nächsten Tag ist

wieder eine Staubschicht überall auf den Möbeln. Man kann auch die Fenster im Sommer nicht öffnen, weil Staub und Lärm eindringen. Dreck wird von der Baustelle hinübergewirbelt und, was noch dazukommt, da sind wir beim Verkehrsressort und auch beim Finanzressort, diese Gegend ist seit einigen Monaten parkraumbewirtschaftet. Was haben die Stadt Wien beziehungsweise die Baufirmen gemacht? Eine gesamte Seite der Salisstraße mit einem Containerdorf bis zu drei Etagen hoch mit Balkonen - es fehlt nur mehr der Whirlpool am Dach oben - zugepflastert und 50 Parkplätze vernichtet. Jetzt zahlen die Leute das Parkpickerl, haben aber keine Parkplätze. Das Areal des Geriatriezentrums wäre groß genug, um diese Container dort unterzubringen.

Jetzt haben sich die Leute an die Stadt gewandt, haben an StR Ludwig persönlich geschrieben wegen einer Mietzinsreduzierung. Sechs Jahre Baustelle, sechs Jahre Dreck, Lärm, unbenutzbare Balkone, keine Fenster offen im Sommer, würde aus Sicht der Bewohner und aus unserer Sicht natürlich eine Mietzinsreduzierung rechtfertigen. Aber die Stadt Wien ist, wenig überraschend, zu dem Ergebnis gekommen, die Baustelle ist gar nicht so arg, ist eh nur sechs Jahre Lärm, Staub, es wird alles so gemacht, wie es sein soll. - Dem ist nicht so. Ich empfehle nur, wen es wirklich interessiert, sich das einmal vor Ort anzuschauen und dann soll er den Leuten erklären, warum, falls dieser Antrag heute abgelehnt wird, er diesem Antrag nicht die Zustimmung gegeben hat. Die Leute sind brennheiß. Ich bin mit vielen in Verbindung klarerweise, aber Rot und Grün, in diesem Fall mehr die Roten, werden schon wissen, was sie tun.

Aber, auf jeden Fall, soll der Gemeinderat heute mit diesem Antrag aussprechen, dass die zuständigen Stadträte, nämlich Wohnen, Finanzen und Verkehr, alle in ihrem Bereich liegenden Möglichkeiten ausschöpfen sollen, um angesichts der massiven Reduktion der Lebensqualität über Jahre für finanzielle Erleichterungen, etwa beim Mietzins oder Parkpickerl, und eine verbesserte Verkehrsorganisation rund um die Großbaustelle zu sorgen, wobei wir auch hier die sofortige Abstimmung beantragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ganz zum Schluss möchte ich als Donaustädter Mandatar noch kurz das Donauinsselfest streifen, das diesmal wettertechnisch Gott sei Dank ein Mazel gehabt hat, im Gegensatz zu anderen Jahren, wo aber im Vorfeld der zweite Mann der Wiener SPÖ, Landtagspräsident, Vater des Donauinsselfestes, Erfinder des Donauinsselfestes, Prof Harry Kopietz, auch von mir und uns sehr geschätzt, gefordert beziehungsweise den Vorschlag gebracht hat, dass in Zukunft Eintritt verlangt werden soll, nämlich Freitag und Samstag je 5 EUR, weil die Kosten immer mehr ausufern. 4 Millionen EUR soll es im Jahr kosten, für Künstler und das ganze Drum und Dran.

Da möchte ich jetzt die Zahlen der SPÖ in Anschlag bringen. Nämlich diesmal war der Rekord 3,2 Besucher, nicht Besuche, wie es in den offiziellen Veranstaltungskatalogen für die Kooperationspartner immer heißt. Denn dort heißt es eigentlich Besuche mit einem Sternderl.

Dann ist auch angeführt, warum dort Besuche steht. Es sind nämlich insgesamt an die 700 000 bis 800 000

Leute beim Donauinselfest, steht in diesen offiziellen Broschüren der Stadt Wien. Und wenn er halt 3 Bühnen besucht, sich einmal ein Eis und einmal ein Hot Dog holt, war er schon 5 Mal dort. Dann kommen wir schon auf 3,5 Millionen. Aber ich habe die offiziellen Zahlen der Stadt Wien und der Medien übernommen, 3 Millionen. Bleiben wir jetzt bei den vorigen Jahren. Dann tue ich mir leichter mit dem Rechnen. Dann ist am Freitag 1 Million dort gewesen und am Samstag auch. Also 2 Millionen Leute, nicht Besucher, Menschen, die hingekommen sind. Diese 2 Millionen Leute hätten dann 10 Millionen EUR an Eintrittsgeldern abgeliefert, nach eurer Rechnung, nach den Berichten der Medien. Subvention hat es 1,8 Millionen EUR gegeben. Das sind 11,8 Millionen EUR. Die Einnahmen hätten so hoch werden können, wenn ihr heuer schon abkassiert hättet. 11,8 Millionen EUR minus 4 Millionen EUR sind 7,8 Millionen EUR. Was macht ihr mit dem Geld? Einstecken? Ich weiß es nicht. Es fürs nächste Jahr verwenden? *(GRin Kathrin Gaal: Das ist doch alles schon geklärt!)*

Aber wir sind dagegen, dass Eintritt verlangt wird. Interessieren würde es mich aber schon. Wenn das der zweite Mann der Wiener Sozialdemokratie, der Vater des Donauinselfestes, fordert, dann ist irgendetwas im Busch. *(GRin Kathrin Gaal: Er hat es nicht gefordert!)* Entweder wird er vorgeschickt, um in den nächsten Jahren dann auf breiter Basis abkassieren zu können. Vor der Wahl hat er noch gesagt, es kommt nicht in Frage. Aber das muss ja nicht für immer und ewig picken. Der Herr Prof Harry Kopietz ist ja nicht irgendwer in der Wiener Sozialdemokratie. Wenn er das sagt, hat das für mich und für uns schon großes Gewicht. *(GR Gerhard Kubik: Wie viele Fernsehsendungen schaust du an?)*

Aber wenn ihr wirklich Eintrittspreise verlangen würdet *(GRin Kathrin Gaal: Nein! Das ist schon geklärt!)*, dann müsstet ihr endlich einmal mit den richtigen Besucherzahlen herausrücken und dann werdet ihr vielleicht für die Kooperationspartner gar nicht mehr so interessant, die für 3 Millionen, zumindest offiziell, zahlen. Also abkassieren, valorisieren wollt ihr sogar beim Donauinselfest.

Nachdem ich nur mehr 30 Sekunden Zeit habe, will ich namens der Besucher des Donauinselfestes *(GR Gerhard Kubik: Die werden sich bedanken!)*, der drei Millionen Besucher des Donauinselfestes und im Namen der Freiheitlichen Fraktion beantragen, dass sich der Gemeinderat dafür aussprechen soll, dass die Donauinsel und insbesondere die mit dieser Grünoase untrennbar verbundene Institution des Donauinselfestes auch in Zukunft kostenlos zu besuchen sein soll. - Wir verlangen die sofortige Abstimmung.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der FPÖ beträgt 16 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Seine selbstgewählte Redezeit sind 5 Minuten 30 Sekunden.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Die Frage wäre, wenn die Donauinselfest-Gebühr kommt, ob auch diese der Valorisierung unterliegt oder ob das für längere Zeit fix ist. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das war jetzt aber lustig!)* - Das ist nicht lustig. Das ist eine sehr realistische Befürchtung, weil im Valorisieren und im Kassieren ist die Stadtregerung mehr als einfallsreich.

Meine Damen und Herren, zum Thema Verkehr gibt es natürlich sehr viel zu sagen. Ich möchte mich auch auf die Frage der Radfahrer und das Verhältnis zwischen Radfahrern, Fußgängern und Autofahrern konzentrieren.

Wir stehen vor einer sehr wichtigen Entscheidung, nämlich wie die Stadt Wien und Sie als Letztverantwortliche, Frau Vizebürgermeisterin, die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht handhaben. Sie wissen, die Straßenverkehrsordnung ist - ich halte das nicht für sonderlich sinnvoll, aber es ist so - geändert worden und die Verkehrsbehörde hat jetzt zu entscheiden, welche Radwege von der Benutzungspflicht ausgenommen werden. In den im Vorfeld stattgefundenen Debatten wurde immer gesagt, wenn man die Radwegebenutzungspflicht aufhebt, ist das für die schnellen Radfahrer gedacht. Es wurden immer wieder die Fahrradboten als Beispiel herangezogen, die dann sozusagen auf der Straße fahren sollen, weil sie sowieso viel schneller sind. Aber vom rein Juristischen muss man sich darüber klar sein, dass die Aufhebung gilt oder nicht gilt und wenn die Radwegebenutzungspflicht aufgehoben wird, dann können natürlich auch langsame Radfahrer auf die Fahrbahnen ausweichen. Das ist eigentlich auch zu berücksichtigen, dass es eben nicht beschränkt werden kann auf jene, die schnell sind oder sich das zutrauen, sondern jeder Radfahrer das Recht dazu hat. Es können auch Radfahrer zum Provozieren auf die Fahrbahn ausweichen, um den Autoverkehr entsprechend zu behindern.

Das bitte ich Sie zu berücksichtigen, wenn es darum geht, ob man das am Ring oder auf der Zweierlinie machen soll. Das sind, glaube ich, ganz wichtige Verkehrsadern, die ohnehin schon sehr stark belastet sind, nicht zuletzt auch durch Fiaker, durch Autobusse, durch Stop-and-go-Verkehr. Wenn dort Radfahrer auch noch auf der Fahrbahn sind, und, wie gesagt, einschränken auf schnelle und entsprechend gut geschulte Radfahrer kann man das nicht, dann ist das Ganze ein Problem. Ich hoffe, dass von diesen Möglichkeiten nur dort Gebrauch gemacht wird, wo es auch verkehrspolitisch vertretbar ist, weil im Endeffekt sollte die Verkehrspolitik Konflikte lösen und nicht Konflikte heraufbeschwören.

Auch das ist etwas, was mir irgendwie abgeht. Ich finde, es werden einfach viel zu viele Konflikte künstlich heraufbeschworen. Es werden die Verkehrsteilnehmer teilweise gegeneinander ausgespielt. Das ist eigentlich auch etwas, was das Miteinander in der Stadt doch schwierig macht.

Es dürfen auch bei aller Bevorzugung der Radfahrer die öffentlichen Verkehrsmittel nicht vernachlässigt werden. Es wurde schon die Ausstattung der U-Bahnen, der Straßenbahnen, der Autobusse, die Modernisierung der Autobus- und U-Bahn-Flotte angesprochen. Das wäre vielleicht auch etwas, was man überlegen kann, im

Rahmen eines Konjunkturpaketes vorzuziehen. Es werden doch viele U-Bahnen und Autobusse in Wien gebaut oder gefertigt. Die Investitionen müssen sowieso gemacht werden. Also auch da könnte vielleicht von Seiten der Wiener Linien und der Stadtregierung ein Impuls gesetzt werden, der den Fahrkomfort erhöht und gleichzeitig Arbeitsplätze in Wien sichert.

Die Tätigkeit der diversen Beauftragten oder Agenturen muss natürlich auch kritisch hinterfragt werden. Es wird hier immer, und völlig zu Recht, bei der Rechnungsabschluss- und bei der Budgetdebatte der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats ausgesprochen. Jetzt frage ich mich wirklich: Braucht man dann zusätzlich zu den vorhandenen Magistratsmitarbeitern wirklich noch diese Agenturen? Hat das wirklich einen Sinn? Oder haben wir hier einfach nicht das Know-how, das wir im Rahmen der Stadtverwaltung ohnehin haben, nützen können? Handelt es sich bei diesen Agenturen, was eher der Verdacht ist, um Green Jobs, also um zusätzliche Funktionen für grüne Sympathisanten? Ich weiß es nicht. Aber ich glaube, gerade in Zeiten des Einsparens, wo man nicht bei den Bürgern sparen möchte, sollte man diese Ausgaben entsprechend hinterfragen.

Im gleichen Licht ist natürlich auch das Anfärben von Radwegen zu sehen. 10 Millionen EUR sind ein sehr stolzer Betrag. Ich glaube, um 10 Millionen EUR könnte man den einen oder anderen neuen Autobus mit Klimaanlage anschaffen. Damit hätte man einen nachhaltigeren Effekt. (*GRin Mag Barbara Feldmann: Oder das Frauenbudget verdoppeln!*) - Oder das Frauenbudget verdoppeln. Da gibt es sicher viele Möglichkeiten, die besser sind als das Einpinseln von Fahrradwegen. – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Duzdar. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten.

GRin Mag Muna **Duzdar** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vielleicht nur ein Satz zum Donauinselfest: Es ist für mich wirklich nicht nachvollziehbar, auf welcher Grundlage Ihr Antrag eigentlich beruht. Denn das Donauinselfest ist eine 30-jährige Erfolgsgeschichte. Es ist niemals Eintritt verlangt worden für das Donauinselfest. Und es wird auch niemals Eintritt verlangt werden für das Donauinselfest. Das möchte ich hier in aller Deutlichkeit richtigstellen! Ich möchte auch, dass Sie das zur Kenntnis nehmen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber nun zur Geschäftsgruppe: Werte Kollegen und Kolleginnen, Wien arbeitet an einem neuen Stadtentwicklungsplan 2025, der in einem breit gefächerten Prozess erarbeitet wird.

Was Stadtentwicklungspläne so an sich haben, so dienen sie doch dazu, strukturelle Veränderungen in der Stadt zu erkennen, vor allem aber auch prognostizierend in die Zukunft zu schauen, um nämlich die richtigen Weichenstellungen zu setzen, um die richtigen Antworten auf Veränderungen zu geben, um auch zu verhin-

dern, dass es nachteilige Entwicklungen für die Stadt gibt. Stadtentwicklungspläne sind ja immer auch Gegenstand von Auseinandersetzungen, ideologischen Auseinandersetzungen, Diskussionen über Visionen, nämlich darüber, wie eine Stadt in Zukunft auszuschauen hat und welche Akzente man zu setzen hat, um die Stadt tatsächlich in einer Art und Weise weiterzuentwickeln, die im Allgemeinwohl der Menschen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sehen eine weltweite Entwicklung der Urbanisierung, die Stadtbevölkerungen nehmen weltweit zu. Wir haben mittlerweile 450 Millionenstädte, und man sagt voraus, dass 2050 fast zwei Drittel der Menschen in Städten leben werden. Natürlich ist die Entwicklung hierzulande nicht so drastisch, aber auch Wien wächst seit 10 Jahren jährlich um 20 000 EinwohnerInnen. Wir haben hier eine Entwicklung der Binnenzuwanderung von den ländlichen Regionen in die Städte.

Wien wächst also, und wir gehen auf eine Zwei-Millionen-Stadt zu. Das heißt, man rechnet mit einem Anstieg der Bevölkerung, den es in diesem Ausmaß das letzte Mal vor nicht ganz 100 Jahren gegeben hat. 1916 war Wien noch eine Stadt eines Vielvölkerstaates, und damals verzeichnete Wien das letzte Mal mehr als 2 Millionen Menschen. Seit 10 Jahren sehen wir eine Kehrtwende, und nun wächst Wien eben jährlich um 20 000 EinwohnerInnen. Die Menschen sehen offenbar in den Städten eine bessere Möglichkeit, sich zu entfalten, einen einfacheren Zugang zu Arbeitsplätzen zu haben.

Aber warum führe ich das jetzt so lange aus, das mit dem rasanten Bevölkerungsanstieg? - Weil sich klarerweise durch diese Herausforderungen die Stadt über kurz oder lang verändern wird. Es liegt an der Politik, ihre Gestaltungshoheit wahrzunehmen, dass die Stadt nicht ohne eine geplante und gezielte Stadtentwicklung ihren Veränderungen überlassen wird.

Gestaltung bedeutet aber auch, dass wir uns das Ziel der Erhaltung der hohen Lebensqualität setzen. Gestaltung bedeutet aber auch, dass wir uns zu gewissen Grundsätzen bekennen, nämlich zum Grundsatz der Schaffung von neuem Wohnraum, zum Grundsatz der Verdichtung, zum Grundsatz des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs. Denn tun wir das nicht, verdichten wir nicht, was wird die Folge sein? - Wir müssen verdichten, wollen wir verhindern, dass die Wohnungskosten im nächsten Jahrzehnt rasant ansteigen, wollen wir verhindern, dass das Wohnungsangebot knapp wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dort, wo eine Stadtentwicklung fehlt, wie es zum Beispiel in manchen europäischen Städten der Fall ist, wo es keine ausgeprägte, zentrale Stadtentwicklung gibt, weil Gemeinden eine sehr hohe Eigenständigkeit haben - wie beispielsweise in Brüssel, um ein Beispiel anzuführen -, dort wirken die Gemeinden sehr stark jede für sich allein, ganz unabhängig von dem, was andere machen. Dort ist nicht nur das Stadtbild ein katastrophales, sondern es sind auch die sozialen Unterschiede von einer Gemeinde zur anderen eklatant hoch. Ich glaube, wenn man zum Beispiel durch Brüssel geht, sieht man einfach mit freiem

Auge, dass es da keine bezirksübergreifende Koordination gibt. Solche Beispiele zeigen einfach deutlich, wie wichtig Stadtentwicklung ist.

Um auf Wien zurückzukommen: Wir bemerken hier nicht nur einen Zuwachs an Bevölkerung, sondern wir sehen auch, dass der Zuwachs an Bevölkerung in den großen Bezirken stattfindet. Es gibt eine Umschichtung der Bevölkerung von den innerstädtischen Bezirken in die großen Bezirke. Die angesprochene Verdichtung findet gerade dort statt. Um ein Beispiel hervorzuheben: Der Bezirk Donaustadt gehört zu den am schnellsten wachsenden Gebieten.

Weil ich jetzt von der Donaustadt spreche, möchte ich auch ein innovatives Vorzeigeprojekt hervorheben, das größte Stadtentwicklungsgebiet Europas, nämlich die Seestadt Aspern. Die Seestadt Aspern umfasst mit 240 ha ein Areal, das genauso groß ist wie Neubau und Josefstadt zusammen, und sie wird ein Gebiet mit 20 000 BewohnerInnen und 20 000 neuen Arbeitsplätzen umfassen.

Ich glaube, dass die Stadt Wien mit diesem Projekt sehr stark unter Beweis gestellt hat, dass die Schaffung von neuem Wohnraum, die Schaffung von derartigen Stadtteilgebieten immer und stets von Infrastruktur, auch von sozialer Infrastruktur begleitet sein muss. Das hat man, glaube ich, sehr stark unter Beweis gestellt, denn es geht darum, dort nicht nur Wohnraum zu schaffen, sondern an einem Standort sollen Wohnen, Arbeiten, Lernen, Freizeit, Einkaufen möglich sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe selbst persönlich erlebt, was Fehlentwicklungen in der Stadtplanung bedeuten, als ich in Paris gelebt und als Fremdsprachenassistentin für die deutsche Sprache in den Vororten von Paris gearbeitet habe. Was für einen sozialen Sprengstoff dort Fehlentwicklungen geborgen haben, hat man sehr stark gesehen, als im Jahr 2005 die sozialen Unruhen ausgebrochen sind. Dort hat man in Wirklichkeit Bauten im Nichts errichtet, und diese sind auch im Nichts geblieben. Dort hat es keine soziale Infrastruktur gegeben. Es hat keine Freizeiteinrichtungen gegeben, es hat keine Kindergärten gegeben, es hat keinen öffentlichen Verkehr gegeben! Solche Entwicklungen sind einfach ein soziales Pulverfass.

Ich glaube, Wien zeigt sehr stark, dass es hier einen ganz anderen Weg geht. Die Seestadt Aspern ist nach einer durch die Finanzkrise bedingten Verzögerung mittlerweile teilweise in die Realisierungsphase getreten. Vor nicht ganz 10 Tagen erfolgte der Baustart mit der Schaffung der ersten 1 600 von insgesamt 8 500 Wohnungen. Was dieses Projekt auszeichnet, ist, dass 50 Prozent davon für Grünzonen, Parks und einen See geplant sind und dass die anderen 50 Prozent für Wohnen, Arbeit und auch Lernen gedacht sind.

Das zeigt sich auch zum Beispiel daran: Bevor dort überhaupt die ersten EinwohnerInnen hinziehen, gibt es seit 2012 schon das Technologiezentrum Aspern auf 6 600 m² Nutzfläche. Es sind dort bereits 250 Arbeitsplätze errichtet worden, nämlich im Bereich der Umwelttechnik, nämlich im Bereich der nachhaltigen Technologie. Auch eine Tochtergesellschaft der Technischen

Universität hat sich bereits dort eingemietet. Es können Mittel- und Kleinbetriebe auf die Expertise der Technischen Universität zurückgreifen. Es ist ein Energie-Vorzeigeprojekt, das, wie Sie ja wissen, mehr Energie erzeugt, als es verbraucht.

Ich denke mir, dass Befürchtungen, dass so ein neuer Stadtteil, ein neues Stadtteilgebiet, eine Satellitenstadt entstehen könnte, dass dieses Projekt möglicherweise misslingen könnte, weil die Anbindung an die Stadt möglicherweise fehlen könnte, bereits heute aus dem Weg geräumt sind. Denn es ist bezeichnend und fast einmalig, dass bereits vor der Fertigstellung des größten Stadtentwicklungsgebietes Europas hier eine soziale Infrastruktur entstanden ist, die schon darlegt, was gelungene Stadtentwicklung ist. Bevor die Menschen ab 2014 in den nächsten Jahren einziehen können, ist die Seestadt Aspern bereits im Oktober 2013 mit der U-Bahn-Verlängerung an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Werte Kollegen und Kolleginnen! Ich denke schon, dass es etwas Besonderes ist, wenn das Verkehrsnetz bereits schneller ausgebaut wurde als die Wohnbauten selbst und wenn Forschung und Technologie mit dem Technologiezentrum bereits ein fester Bestandteil dieses Projektes sind, bevor die EinwohnerInnen dort hinziehen. Dass internationale Unternehmen wie Hoerbiger bereits angekündigt haben, in die Seestadt Aspern zu ziehen, räumt auch Befürchtungen aus dem Weg, dass die Seestadt Aspern möglicherweise keine produktive Aufmerksamkeit auf sich ziehen könnte.

Weil wir von der sozialen Infrastruktur sprechen: Soziale Infrastruktur bedeutet auch in einem hohen Maß Bildung, Schulen, Kindergärten. Auch hier zeigt dieses Projekt, dass es ein Vorzeigeprojekt ist, denn bereits 2015 soll der Bildungscampus fertiggestellt werden, der Bildungscampus, bestehend aus einem Kindergarten, bestehend aus einer Ganztagschule, bestehend aus einem Sonderpädagogischen Zentrum.

Hier soll mit dem Campus eine Verflechtung sein, bestehend zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen. Ich finde, das ist auch etwas Einmaliges, und das muss man schon auch hervorheben.

Abschließend möchte ich betonen, dass ab 5. Oktober 2013 die U-Bahn in die Seestadt Aspern kommt. Aber nicht nur die U-Bahn wird dorthin verlängert, sondern wir haben auch einen sehr starken Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, wie zum Beispiel die Verlängerung der Straßenbahnlinie 26, die im Oktober in Betrieb gehen wird und erstmals vom Kagraner Platz über den Gewerbepark Stadlau zur U2-Station Hausfeldstraße verlaufen wird. Es gibt auch ein neues, überarbeitetes Buskonzept.

Ich denke mir, mit all diesem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, mit diesem öffentlichen Verkehr werden Akzente gesetzt, um die Mobilität der Menschen zu fördern und auch die Abhängigkeit vom privaten Fahrzeug zu reduzieren, und das nicht nur in den innerstädtischen Bezirken, sondern auch in den großen Bezirken. Das ist schon auch sehr wichtig und visionär! Das ist ein Beweis für eine visionäre Stadtentwicklung, die auch rechtzeitig

die Weichen für eine Zwei-Millionen-Metropole in der Zukunft stellt.

Werte Kollegen und Kolleginnen! Gestern ist die Seestadt Aspern auch von Kollegen von der FPÖ erwähnt worden, mit einem ganzen Forderungskatalog, was dort alles entstehen soll. Ich habe mir eigentlich nur gedacht: Irgendwie scheinen die Kollegen nicht ganz up to date zu sein, denn wenn sie es wären, dann wüssten sie, dass es diese soziale Infrastruktur, von der sie gesprochen haben, bereits gibt! - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr Ing Mag Dworak. Seine selbst gewählte Redezeit beträgt 12 Minuten. - Bitte.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Kommen wir zu den nackten Zahlen des Budgets. Im Rechnungsabschluss 2011 waren das 281 Millionen, im Rechnungsabschluss 2012 290 Millionen, also es wurden um 3,2 Prozent mehr ausgegeben. Allerdings, im Voranschlag 2012 stehen nur 221 Millionen. Und die Abweichung beispielsweise beim Straßenbau, MA 28, ist 50 Millionen, bei der MA 33 mehr als 12 Millionen.

Was ist der Hintergrund, meine Damen und Herren, dass mehr als 70 Millionen zwischen dem Voranschlag und dem Rechnungsabschluss different sind? Es ist das intransparente Budget der Frau StRin Brauner! Denn die Budgetansätze der Bezirke sind nicht beim Voranschlag ersichtlich, und erst im Rechnungsabschluss werden sie eingebracht. Das, meine Damen und Herren, ist eigentlich eine Irreführung und macht die Budgets mehr als nicht vergleichbar.

Aber kommen wir zu einem anderen Thema. Ich werde mich heute hauptsächlich auf die Planung verlegen, das ist ja auch meine Aufgabe. Wenn man heute die vielen Baustellen, die es schon in Wien gibt, und die fehlende Koordination dieser vielen Baustellen bemängelt, muss man wirklich sagen, die Wienerinnen und Wiener sind leidgeplagt durch diese vielen, vielen Baustellen. Ich kritisiere hier wirklich die Frau Stadträtin, denn das wäre ihre ureigene Kompetenz, verstärkt für die Koordination und bessere Koordination der Baustellen zu sorgen! *(Beifall bei der ÖVP.)* Offenbar ist sie von den Kämpfen beim Verkehrsthema derart in Beschlag genommen, dass ihr kaum Zeit für die Stadtplanung bleibt.

Frau Kollegin Duzdar hat zwar das Asperner Flugfeld als ein ganz tolles Projekt beschrieben, aber ich kritisiere dieses Projekt, vor allem, wenn es um die Arbeitsplätze geht. Denn, meine Damen und Herren, ein Betrieb wie die Firma Hoerbiger mit ihrer Europazentrale und ihrer derzeitigen Produktionsstätte, nämlich im 11. Bezirk in der Braunhubergasse, wo 300 Personen sozusagen von dort nach Aspern kommen, ist eigentlich nicht wirklich eine tolle Bereicherung: Im 11. Bezirk wird der Betrieb geschlossen, und in Aspern wird er neu angesiedelt. - Aber gut.

Wir brauchen in Aspern längerfristig rund 20 000 Arbeitsplätze. Derzeit gibt es noch das IQ-Center mit rund

250 Arbeitsplätzen, na gut, und in 1 Jahr sollen bereits 1 500 Wohnungen gebaut sein. Ich sehe im Bereich der Arbeitsplätze in Aspern weit und breit nichts, und es mag sein, dass das nicht unbedingt die Aufgabe der Frau Stadträtin ist. Aber mir geht es auch um die Anbindung dieses Stadtteils an die Umgebung, an den Bezirk. Denn das ist nach wie vor ungeklärt, und eine Durchlässigkeit zu anderen Bezirksteilen ist offenbar weder erkennbar noch gewünscht.

Kommen wir zu einem anderen Punkt: Flächenwidmungen. Wirrwarr um das Projekt Elisabethallee - erst die Bürgerproteste haben zu einer Zurücknahme bei der Widmungsthematik geführt. Der Herr Schattenstadtrat Chorherr hat sich dort durch besonderes Verhandlungsgeschick hervorgetan und der Projektwerberin sozusagen drei Sozialwohnungen abgetrotzt. Ob diese jetzt wirklich entstehen oder irgendwo anders entstehen, weiß man bis heute nicht.

Oder eine andere Vorgangsweise: die Erweiterung beim Einkaufszentrum Auhof. Hier wurde als Gegengeschäft für 4 000 m² Widmung Einkaufsfläche eine Wohnwidmung im Dachgeschoßbereich teilweise sozial argumentiert. Dahinter steckt das von Herrn Chorherr propagierte Ziel, Einkaufszentren mit Wohnungen oder Sozialwohnungen zu beleben. Ob die einzelnen Wohnungen ein geeignetes Mittel zur Belegung von abends leerstehenden Gegenden sind, wage ich an dieser Stelle zu hinterfragen.

Nächster Planungsstillstand - ich sehe auch manches Bemühen -: die Verbauung des Eislaufvereins. Offensichtlich kann die Stadträtin nicht die Vorbehalte vieler Architekten gegenüber dem vorgesehenen Projekt zerstreuen.

Oder eine andere Großplanungsstelle: der Hauptbahnhof. Hier ist der Unterschied zwischen Wohnfläche und Gewerbefläche deutlich im Missverhältnis zum ursprünglichen Zustand der Planungen. Offenbar werden jetzt verstärkt Wohnungen und weniger Arbeitsplätze kommen.

Anderer Bereich: Wiental, Vorplatz Schönbrunn. Der ganze Bereich vor dem Schloss Schönbrunn lässt weiter auf sich warten. Die Planungen gibt es de facto nicht.

Oder das Potenzial des Westbahnhofes entlang der Felberstraße: Das wurde bisher nicht ausgenutzt. Es gibt nur eine alte Planung der ÖBB aus dem Jahr 2004. Derzeit sind keine neueren Planungen seitens der ÖBB beziehungsweise der Wiener Stadtplanung in Sicht.

Oder die Nutzung der Bereiche hinter dem Franz-Josefs-Bahnhof: Das wurde vor eineinhalb Jahren als großes Diskussionsprojekt angekündigt. Zwischenzeitlich weiß man nicht einmal, wie es mit der alten Wirtschaftsuniversität weitergehen wird. Geschweige denn die Verlegung des Franz-Josefs-Bahnhofs zur U-Bahn-Station Spittelau! - Das so weit zu den bestehenden Planungen.

Aber kommen wir nun zum neuen Superplan, dem STEP. Frau Kollegin Duzdar hat das schon angesprochen. Der neue STEP, ursprünglich und wie bisher nach dem Jahr benannt, nach dem er in Kraft treten wird, wurde jetzt umbenannt ins Jahr 2025, offenbar jenes Jahr, in dem er dann automatisch außer Kraft treten soll.

Der STEP kostet übrigens derzeit schon zirka 2 Millionen EUR. Angesichts der Tatsache, dass diese Berichte sowieso immer wieder revidiert werden, zu viel - erst jüngst ist in einer Ausschusssitzung passiert, dass man schlicht und einfach die Publikationskosten vergessen hat. Das waren, glaube ich, 190 000 EUR. Das ist für die Planungsabteilung der MA 18, die dafür zuständig ist, wahrlich kein Ruhmesblatt!

Aber beleuchten wir ihn etwas näher. Positiv, meine Damen und Herren, wird sein, dass erstmals auch Wirtschaftsthemen einfließen werden, Themen, die die ÖVP seit dem Jahre 2003 beziehungsweise seit dem STEP 2005 immer kritisiert hat, dass sie fehlen. Gemeinsam mit Niederösterreich ist man offensichtlich übereingekommen, dass es vor allem in Niederösterreich keine Projekte wie die Einkaufsstadt G3 in Gerasdorf geben soll. Dafür will man gemeinsam mit Wien und den Umlandgemeinden Wirtschaftszonen entwickeln. Es sollen hier auch - was von uns schon öfters kritisiert worden ist - für Gewerbebetriebe Flächen vorgehalten werden, nämlich für das produzierende Gewerbe vorgehalten werden.

Angesichts des Bevölkerungswachstums von 20 bis 30 Prozent in den nächsten 30 Jahren wird diese Planung aber auf höchst riskanten Beinen stehen, da gerade - und das sagen alle Planer - dieser Bevölkerungszuwachs ein kritischer Beitrag ist und mit hoher Unsicherheit behaftet ist. Aber etwas, was von dem alten STEP übernommen wird, die Zielgebiete, finden wir durchaus interessant. Offensichtlich hat sich hier das Zielgebietsmanagement bewährt.

Allerdings geht bei dem derzeitigen Stadtentwicklungsplan aus dem Jahre 2005, der gültig ist, nicht viel weiter. Ich denke nur an das Gebiet Rothneusiedl, wohin jetzt die U1 verlängert werden soll. Die Information, dass es eine Weichenlösung geben soll, wenn einmal die Gegend um das ehemalige Stronach-Stadion bebaut werden soll, erscheint mir nicht unbedingt als ein toller Impuls für die Entwicklung des 10. Bezirks.

Meine Damen und Herren! Abschließend kann ich sagen, dass viele aktuelle Planungen im Argen liegen, dass zu diversen eher unglücklichen Detailplanungen der STEP 2025 der große Entlastungswurf sein soll, mit dem offensichtlich neuer Glanz auf die bisher eher glanzlos agierende Planungs- und Verkehrsstadträtin kommen soll.

Meine Damen und Herren! Wir werden aus diesen Gründen und aus den schon vorher von meinem Kollegen Roman Stiftner erwähnten Gründen diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Die Restredezeit der ÖVP beträgt 12 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Seine selbstgewählte Redezeit sind 8 Minuten. - Bitte.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren!

In acht Minuten in Kürze einige mir wesentlich scheinende Dinge aus dem Planungsbereich, und weil die Budgetdebatte auch eine Debatte sein soll, möchte ich einen Debattenbeitrag des Kollegen Stiftner von gestern

aufgreifen, der bei der Wohnbaudebatte gefragt hat: Ja muss Wien eigentlich wirklich so stark wachsen? - Da dieses Argument bei sehr vielen Bürgerbefragungen immer wieder ... *(GR Dipl.-Ing. Roman Stiftner: Ich habe gestern gar nicht geredet!)*

Jetzt bin ich ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, man wird älter! - GRin Ing. Isabella Leeb: Ich glaube, der Wolfgang Aigner!)* Aigner! Sorry, Kollegen: Aigner! Kollege Aigner war das, nicht der Herr Stiftner. Kollege Aigner hat das gefragt, und ich habe im Zwischenruf gesagt, ich werde heute in der Planungsdebatte in 7.19 auf diese Frage eingehen.

In der Tat kann man sagen: Wäre es nicht gemüthlicher in Wien, wenn wir nicht so wachsen würden? Das mag jetzt eine philosophische Debatte sein. Wir sind in der Europäischen Union, ich bin froh, dass wir dort sind. Es kommen Leute nach Wien, weil sie das Leben in Wien klass finden. Es kommen Menschen nach Wien aus den Bundesländern, es kommen Menschen nach Wien aus ganz Europa.

Eines wird bei dieser Diskussion immer vergessen, Herr Kollege Aigner: Es gehen auch sehr viele Leute aus Wien weg, und zwar in beträchtlichem Ausmaß. Das ist dieses neue Europa, das ist eine Wanderungsgesellschaft! Wir sind mobil geworden, und es ist eine enorme Freiheit, darüber entscheiden zu können - jetzt gehe ich in die andere Richtung -, dass man in Deutschland, in Spanien, in Portugal, in Kroatien oder auch außerhalb der EU in die USA gehen will, für ein halbes Jahr, für ein Jahr, für zwei Jahre. Aus solchen Aufenthalten sind oft mehrere Jahrzehnte geworden.

Lange Rede, kurzer Sinn: Das Einzige, was wir wirklich tun können, dass sich das Wachstum Wiens, das sich beschleunigt, abschwächt, ist, die Lebenssituation in Wien zu verschlechtern. Sonst haben wir keine rechtlichen Möglichkeiten. Das eine wollen wir überraschenderweise nicht tun, sondern wir bereiten uns darauf vor. Und da war ich sehr froh über den Beitrag der Frau Kollegin Duzdar, die versucht hat, auch die enorme Herausforderung, diese enorme Chance darzustellen, was in Wien alles passiert.

Der Stillstand - das ist so eine wirklich dümmliche Phrase, weil genau das Gegenteil zutrifft. Ich habe mir nur ganz geschwind die Bereiche aufgeschrieben, wo Planungen auf einem sehr hohen Niveau passieren. Wahrscheinlich reden wir über Größenordnungen von 30 000, 40 000 Menschen, die in diesen Stadtteilen leben, die derzeit sehr weit entwickelt sind. Die Seestadt wurde bereits genannt.

Immer wieder unterschätzt ist das Großprojekt Nord-/Nordwestbahnhof. Ich nenne es jetzt in einem Zusammenhang, weil es sozusagen als ein Projekt mitten in der Stadt gesehen werden muss. Ich glaube, das ist die größte Fläche, von den Bewohnern und den Beschäftigten her in etwa vergleichbar mit der Seestadt. Dass es in der Umsetzung leider noch lange dauert, bis dort zu bauen begonnen werden kann, ist etwas, was der Planungsdirektor immer vehement ankreidet. Allein eine Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Gebiet dauert eineinhalb Jahre!

Es ist ja in der Tat fragwürdig, dass dieselbe Anzahl von Wohnungen, die kompakt und mit gutem öffentlichen Verkehr erschlossen mitten in der Stadt entstehen, eine eineinhalbjährige Umweltverträglichkeitsprüfung über sich ergehen lassen muss. Nimmt man diese ganzen Wohnungen, macht sie flach und breit und schüttet sie sozusagen als Zersiedelung übers Umland, müsste man keine Umweltverträglichkeitsprüfung machen!

Wir alle wissen, was das von der wirklichen Umweltwirkung her hieße, 20 000 Menschen in Einfamilienhausqualität über Niederösterreich zu verstreuen, dass das ein weitaus schlechterer Bereich ist. Hier hat unsere Umweltgesetzgebung, was das betrifft, dringenden Reparaturbedarf! Das ist also eine Vorgangsweise, die nicht sehr nachvollziehbar ist.

Ich nenne den Bereich des Hauptbahnhofes, wo in der Stadtentwicklungskommission der letzte große Stein gesetzt wurde. Im 3. Bezirk haben wir einige große Bereiche, auch beim Franz-Josefs-Graben, um nur eines zu nennen. Im 22. sowieso. Im Bereich Berresgasse - das kennen vielleicht viele gar nicht - wird jetzt auch ein kooperatives Verfahren gestartet. Das ist eine Weiterentwicklung.

Da ich nur mehr drei Minuten habe, kann ich jetzt gar nicht auch nur die Bereiche aufzählen, wo wirklich unter Hochdruck gearbeitet wird.

Das möchte ich jetzt nicht nur lobend, sondern mehr als anerkennend erwähnen, weil es eigentlich ein Wahnsinn ist: eine MA 21, eine MA 18, die derzeit einen signifikant höheren, darf ich sagen, Produktionsaufwand haben, wegen BürgerInnenbeteiligungsfragen, die uns so wichtig sind, noch viele Schleifen einführen und organisieren wollen und müssen und werden, und das Ganze mit einem Personalstand, der genau dieselbe Größenordnung hat, wie sie vor vielen Jahren war! Das heißt, hier ist die Produktivität enorm gestiegen. Ich glaube, wenn man eine Stadt in der Größe von Graz braucht und im Grunde keinen einzigen Beamten zusätzlich hat, gerade in diesem Bereich der Flächenwidmung und der Untersuchungen, bezweifle ich, dass das eine sehr vernünftige Angelegenheit ist.

Ein Letztes in den zwei Minuten möchte ich noch zu den Arbeitsplätzen sagen, weil das in der Tat eine wesentliche Frage ist. Ich glaube nur nicht, dass man sich ausschließlich auf Gewerbeflächen konzentrieren muss.

Erstens einmal gibt es eine Reihe von Gewerbeflächen, über die wir intensiv diskutieren, wo der Druck von Wirtschaftstreibenden hoch ist, sie umzuwidmen, weil die zu uns kommen und sagen, Leute, das steht seit zehn Jahren leer, und ich habe tolle Projekte im Hotel- oder sonstigen Bereich! Wo in vielen Bereichen die Frau Stadträtin auf dem Standpunkt steht: Nein, es bedarf günstiger Vorhaltungen. Aber wir tun uns schwer. Es gehören schon zwei dazu, Herr Kollege: die, die die Flächen vorhalten, und jene, die diese Flächen nutzen.

Es mag auch damit zu tun haben, dass wir vielleicht zu sehr auf große Gewerbeflächen starren und vergessen, dass zum Beispiel allein im Bereich der Kreativwirtschaft in Wien 60 000 Menschen Arbeit finden oder sich selber Arbeit und Einkommen geschaffen haben, die

keine großen Gewerbeflächen brauchen, sondern die das integriert - und das ist auch eine Politik der Frau Stadträtin -, die das integriert, verwoben im Stadtgebiet, umsetzen.

Wir sollten also spannend darüber nachdenken: Welche Art von Wirtschaft gehört ins 21. Jahrhundert, welche ist sinnvollerweise zu unterstützen? Ja, wir müssen Gewerbegebiete vorhalten. Wir sollen aber darüber nachdenken, dass die Wirtschaft der Stadt Wien eine wissensbasierte ist.

Insofern will ich jetzt den abschließenden Link zur Bildungsdebatte bringen, auch mit einem Blick auf die Bundesregierung. Manchmal denke ich mir, anstatt in eine erneute große Bauoffensive zu gehen, aber im Bereich der Schule offensichtliche Defizite zu haben, glaube ich, hat nicht ganz begriffen, wo die wirkliche Innovationskraft und wo die Aufgaben für Investitionen sind. Sie sind im Bereich der Bildung, und auch die Stadtentwicklung wird hier die entsprechenden Voraussetzungen tätigen.

Weil ich nur 8 Minuten sprechen wollte, kann ich Ihnen nicht all die Gebiete aufzählen, wo die Planung hervorragend funktioniert. Sie sind aber herzlich eingeladen, sie sich im Detail anzuschauen. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der GRÜNEN beträgt 13 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Irschik. Die selbstgewählte Redezeit ist 8 Minuten. - Bitte.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Damen und Herren des Gemeinderates! Damen und Herren auf der Galerie!

Zuerst ein paar trockene Zahlen. Vergleich Rechnungsabschluss 2010 und 2012: 2010 wurden noch 1,99 Milliarden EUR investiert, jetzt sind es nur mehr 1,66 Milliarden. Das heißt, die Investitionsquote betrug 2010 16,7 Prozent, jetzt nur mehr 13,5 Prozent, was ein Minus von 3,2 Prozent ergibt und nicht wirklich eine hervorragende Leistung dieser rot-grünen Stadtregierung darstellt.

Schlimmer sind fast die Zahlen, was die Wirtschaftsförderung der KMU, also der klein- und mittelständischen Unternehmungen, betrifft. Denn gerade diese KMU sind es, die nicht nur in unserer Stadt Wien, sondern im gesamten Bundesgebiet die Arbeitsplätze sichern. Da schauen wir überhaupt traurig aus. Waren es 2010 noch 49 Millionen, so sind es 2012 gemäß dem Rechnungsabschluss nur mehr 42 Millionen. Das sind 7 Millionen weniger!

Man muss sich das so vor Augen halten, diese Wirtschaftsförderung: 42 Millionen EUR bei Gesamtausgaben von 12,325 Milliarden EUR. Also, meine Damen und Herren, das ist schon ein Armutszeugnis dieser rot-grünen Stadtregierung! Das muss ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein kleiner Vergleich noch: Da gibt es ja dieses Glückspiel der EuroMillionen, ich glaube, da geht es derzeit um 180 Millionen EUR, die man als Einzelperson gewinnen könnte, wenn man das Glück hat, alles richtig

zu erraten. Also ich kann als Einzelperson 180 Millionen EUR gewinnen - und die Stadt Wien hat für die KMU ganze 42 Millionen! Wie es auf gut Wienerisch heißt: eine nebbiche Sache. Ganz nebbich ist das.

Meine Damen und Herren! Wir haben in verschiedenen Reden auch gehört, dass Impulse gesetzt werden oder gesetzt werden sollen. Ja, diese Impulse werden schon gesetzt, aber leider die falschen. Wofür wird Geld ausgegeben? Da gibt es diese Mobilitätsagentur, einen Radfahrbeauftragten, eine Fußgängerbeauftragte und allerhand andere Beauftragte. Ich stelle mich gern zur Verfügung als Beauftragter für den motorisierten Individualverkehr. Ich mache das gratis, ich bräuchte kein eigenes Budget. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das würde ich ganz gerne tun.

Es wird Geld ausgegeben für die Velo-city Konferenz. Oder, auch sehr geistvoll, „Rasen am Ring“, dafür haben wir auch Geld. Dann haben wir das Nightskating gehabt, aber da hat es ohnehin geregnet. Das war letztes Mal kein wirklich großer Erfolg.

Oder auch - es ist heute schon einige Male angesprochen worden - der Umbau der sogenannten „Mahü“, also der Mariahilfer Straße: Obwohl es die Leute dort nicht wirklich wollen, wird dafür Geld ausgegeben. Das ist eigentlich der falsche Weg.

Und jetzt aufgepasst, meine Damen und Herren, aufgepasst: Auch wir Freiheitliche sorgen uns um das Radfahren! Ja, wir machen uns auch Gedanken darüber. Weil unserer Meinung nach das Geld fürs Falsche ausgegeben wird, gibt es jetzt diesen Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Anton Mahdalik, Karl Baron, meiner Wenigkeit und Michael Dadak betreffend Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils in Wien, eingebracht in der Rechnungsabschlussdebatte zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Energie, Planung und BürgerInnen-, das Binnen-I muss eben sein, - Beteiligung am 25. 6.2013, also am heutigen Tag:

„Die Stadt Wien will den Radverkehrsanteil bis 2015 von 6 auf 10 Prozent steigern. Die zuständige Verkehrstadträtin hat sich sogar 12 Prozent als Ziel gesetzt. Umso verwunderlicher ist es, dass die rot-grüne Stadtregerung im heurigen Jahr für 18 km neue Radfahranlagen nur rund 1 Million EUR investieren, für Lobbying, Grünfärbung bestehender Radwege, Veranstaltungen sowie Personal- und Sachaufwand im Zusammenhang mit dem Radverkehr 10 Millionen EUR aufwenden will. Um diese Summe könnten jedoch 80 km sichere, von Gehsteig und Fahrbahn getrennte Radwege errichtet oder 333 km Mehrzweckstreifen realisiert werden. Dadurch wäre die geplante Steigerung des Radverkehrsanteils in greifbarer Nähe, welche bei Fortsetzung der von der Stadt 2013 gelebten Gewichtung beim Mitteleinsatz - zirka 10 Prozent für den Radwegbau, etwa 90 Prozent für Nebengeräusche - selbst bei Nachsicht aller Taxen denkunmöglich ist. Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden Beschlussantrag:

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Stadt Wien den Schwerpunkt des Steuermittelleinsatzes

am Sektor des Radverkehrs vom Bereich Veranstaltungen und Lobbying zu Gunsten des Baus neuer Radverkehrsanlagen verlagert.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich sind und bleiben wir Freiheitliche der Fürsprecher des motorisierten Individualverkehrs. Sowohl das Autofahren als auch das Motorradfahren ist Teil der persönlichen individuellen Freiheit. So soll es auch bleiben.

Wir lehnen den Rechnungsabschluss ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Holzmann. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten. - Bitte.

GR Ernst **Holzmann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Zum Rechnungsabschluss 2012 vielleicht ein paar Zahlen und Fakten, die heute hier noch nicht angesprochen wurden.

Der Hauptbahnhof Wien stellte auch im Jahr 2012 einen Schwerpunkt betreffend Projektentwicklung und auch Projektrealisierung dar. Hier wurden zum Beispiel seitens der MA 29 über 3 Millionen EUR für die Errichtung zweier Brückentragwerke ausgegeben, die Südbahnbrücke und den Arsenalsteg, der für eine barrierefreie Fuß- und Radverbindung vom 3. Bezirk auf das Gelände des neu zu gestaltenden Bahnhofes nach Wien-Favoriten errichtet wurde beziehungsweise noch gestaltet werden muss.

Weiters wurden die Verbreiterung der bestehenden Unterführung Gudrunstraße vorbereitet und für Investitionen, Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten gut 2,3 Millionen EUR aufgewendet.

Ein besonderes Augenmerk - wir haben es heute schon sehr oft gehört - wurde natürlich auch im Jahr 2012 dem Radfahrverkehr gewidmet. Hier wurden Hauptradwege sowie ein Radwegelückenschlussprogramm realisiert.

Am 20. September 2012 wurde die erste fahrradfreundliche Straße in der Hasnerstraße eröffnet. Änderungen der Vorrangverhältnisse sowie Markierungen und Verkehrsschilder weisen auf den Charakter dieser fahrradfreundlichen Straße hin. Durch bauliche Maßnahmen wie Gehsteigvorziehungen und Plateauanhebungen kommt es zu besseren Sichtverhältnissen für Fußgängerinnen und Fußgänger, für Radfahrerinnen und Radfahrer, für Autofahrerinnen und Autofahrer sowie zu einer Verkehrsberuhigung in der Hasnerstraße.

Weiters wurden 2012 rund 720 Laufmeter taktile Leitsysteme baulich hergestellt und rund 1 370 Laufmeter mittels Bodenmarkierung aufgebracht. Die Umsetzung der neuen taktilen Leitsysteme erfolgte dabei im Zuge von Großprojekten oder auch vielen Einzelprojekten.

Als Erleichterung für eine Vielzahl von Personen wurden im Jahr 2012 368 Gehsteigabsenkungen hergestellt und weitere umfangreiche bauliche Maßnahmen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen getroffen.

Die MA 33 wurde heute auch noch nicht genannt: „Wien leuchtet.“, ebenfalls eine ganz wichtige Sache. Mit Stichtag 31. Dezember 2012 fallen in den Verantwortungsbereich der MA 33 147 333 Leuchten der öffentlichen Beleuchtung, 228 Lichtinstallationen, 198 öffentliche Uhren, 1 254 Verkehrslichtsignalanlagen und 1 786 innenbeleuchtete Verkehrszeichen. Für den Neubau sämtlicher Anlagen der MA 33 wurden 2012 Budgetmittel in der Höhe von zirka 1,6 Millionen EUR aufgewendet, für die Instandhaltung knapp 11,5 Millionen EUR. Für den laufenden Betrieb wurden unterjährig Stromkosten in der Höhe von 8,9 Millionen EUR bedeckt.

Ein Schwerpunkt war auf der Wiener Donauinsel, die heute schon in einem anderen Zusammenhang genannt wurde. Dort sowie auch an den beiden Donauufnern wurden 1 095 Kugelleuchten auf energiesparende LED-Leuchten umgerüstet. Dies wird dazu beitragen, dass im Vergleich zur alten Anlage eine Energieeinsparung von bis zu 80 Prozent erreicht werden kann.

Seit 1. Juni 2012 ist die WLAN-Projektfläche Rathausplatz in Betrieb. Die WLAN-Versorgungsfläche auf der Donauinsel zwischen Floridsdorfer Brücke und Reichsbrücke ist seit Anfang September in Betrieb.

Ich möchte auch noch zur MA 46 kommen. Hier wurden sämtliche Einbahnstraßen in Wien auf das Radfahren gegen die Einbahn überprüft. Es wurde weiters für Tempo-30-Zonen ein kartographisches Konzept über die bezirksweiten Entwicklungsmöglichkeiten von Tempo-30-Zonen unter Berücksichtigung verkehrsorganisatorischer Rahmenbedingungen erstellt.

2012 wurden von der MA 46 rund 12 Prozent, das heißt, etwa 1 700 der zirka 14 000 verkehrsrelevanten Baustellen kontrolliert. Dabei wurde insbesondere auf die Aufrechterhaltung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs geachtet.

Im Rahmen der Verkehrssicherheit wurden im Jahr 2012 44 Unfallstellen, die auf Basis der Unfallstatistik 2011 identifiziert worden sind, sicherheitstechnisch untersucht und entsprechende Sanierungsvorschläge erarbeitet.

Ein Schwerpunkt war 2012 - das haben wir heute auch schon vermehrt gehört - die Parkraumbewirtschaftung. Hier möchte ich auch noch einige Zahlen nennen. Zum Stichtag 31.12. waren in der MA 67 insgesamt 654 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt, davon 245 im Referat zur Führung der Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz, und 409 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zur Überwachung des ruhenden Verkehrs und der Kurzparkzonen am 1. September 2012 an die Landespolizeidirektion Wien abgeordnet wurden. Im Zuge der Ausweitung des parkraumbewirtschafteten Gebietes wurden bei der Parkraumüberwachungsgruppe 130 Dienstposten für Kontrollorgane und 44 Posten für den Innendienst neu geschaffen.

Nachdem heute schon - wie üblich, wenn es ums Budget geht - vieles schlechtgeredet wurde in dieser Stadt, möchte ich mich hier an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Magistratsabteilungen und der Dienststellen wenden. Ich möchte ihnen sagen: Sie sollen sich nicht beirren lassen! Die Arbeit, die sie hier für die Stadt

leisten und erbringen, ist eine wertvolle Arbeit, eine gute Arbeit. Dafür möchte ich mich im Namen meiner Fraktion recht herzlich bedanken: Danke schön! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr. Kickert. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 8 Minuten. - Bitte.

GRin Dr. Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Werte ZuhörerInnen! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Es wird Sie nicht verwundern: Ich gehe näher auf den Bereich BürgerInnenbeteiligung ein und möchte, weil es ja um die Leistungen des Jahres 2012 gegangen ist, auch auf ein Werk des Jahres 2012 hinweisen. Ich glaube, Kollege Stiftner hat schon abfällige Bemerkungen dazu gemacht. Ich möchte es hier vorzeigen: das Praxishandbuch Partizipation.

Das ist das Ergebnis eines Leitbildprozesses, in dem es um die Sammlung und Entwicklung aller Themen gegangen ist (*GR Dipl.-Ing. Roman Stiftner: In der Mariahilfer Straße ...*), mit denen die Stadtplanung in partizipativen Verfahren zu tun hat. Der Prozess zur Erstellung dieses Berichtes ... (*GR Dipl.-Ing. Roman Stiftner: Das steht aber nur auf dem Papier! Das gilt ja nicht in der politischen Praxis! Das hat sich ja gezeigt in der Mariahilfer Straße ...*)

Halten Sie einmal ganz kurz die Uhr an, damit ich dann weiterreden kann, wenn der Herr Stiftner aufgehört hat, sich aufzuregen. Aber ich schaffe das schon, die paar Sekunden halte ich aus. (*GR Dipl.-Ing. Roman Stiftner: Ich habe mich nicht aufgeregt! Ich habe nur versucht, Ihnen zu sagen ...*)

Nein, es ist vieles passiert. Was ich Ihnen sagen wollte, ist, dass die Werkstattberichte übrigens seit Jahren hervorhebenswerte Publikationen dieser Geschäftsgruppe sind. Ich jedenfalls habe sie immer sehr geschätzt. Auch in meiner Zeit als Bezirkspolitikerin waren die Werkstattberichte wunderbare Zusammenfassungen zu Themen der Zeit, auf der Höhe der Zeit sozusagen, und sehr interessante Unterlagen.

Auch dieser Werkstattbericht, also auch dieses Exemplar, ist ein sehr gut handzuhabendes Kompendium sämtlicher Methoden mit sehr vielen Beispielen und hat auch dazu geführt, dass geschäftsgruppenübergreifend und auch über die Stadt Wien hinaus sehr, sehr viele Praxisbeispiele zu bestimmten Methoden zusammengefasst wurden. Ich glaube, dass es einerseits ein sehr guter Bericht ist, aber auch eine sehr gute Grundlage für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, die für Prozesse welcher Art auch immer Beteiligungsaspekte vor haben und diese einbauen wollen. Ich empfehle daher diesen Bericht an alle.

Was ist im Jahr 2012 noch passiert? Manches wurde abgeschlossen, manches dauert weiter an. Zum Beispiel ein sehr, wie soll ich sagen, weitreichender, lang andauernder Prozess ist die Umgestaltung des Schwedenplatzes und des Morzinplatzes. Es hat Mitte Juni 2012 mit den Beteiligungsprozessen zur Leitbilderstellung begonnen, indem - ich habe schon öfters darauf hingewiesen -

NutzerInnen vor Ort gefragt worden sind nach Nutzungen und Qualitäten, die sie schätzen, auch solchen, die sie weniger schätzen, jenen, die sie erhalten haben wollen, jenen, die ihnen fehlen. Zusätzlich hat es dazu auch eine Online-Komponente gegeben.

All diese Abfrageergebnisse, diese Zwischenergebnisse sind im September noch einmal öffentlich diskutiert und mit den Diagnosen und Analysen aus FachexpertInnenkreisen zusammengeführt worden. Sie werden jetzt, seit heuer, gemeinsam mit den Bezirken 1 und 2, also unter Einbindung des 1. Bezirkes und unter Anwesenheit von VertreterInnen des 2. Bezirkes, zusammengefasst, um dann die Grundlage für einen Gestaltungswettbewerb zu bringen. Das ist also ein sehr lang andauernder, aber auch ein sehr umfassender Partizipationsprozess.

Weil die Opposition immer darauf hinweist, dass wir uns nur lobhudeln, mache ich einmal das Experiment und spreche einen Prozess an, der aus meiner Sicht noch nicht erfolgreich zu Ende geführt worden ist: die Partizipation zur Gestaltung der Freiflächen Semmelweisklinik. Da haben wir gemeinsam mit der Bürgerinitiative Gestaltungsräume erarbeitet und auch einen Prozessplan entwickelt. Da stehen wir, sagen wir, kurz vor der Umsetzung des Prozesses, noch gar nicht der Ergebnisse, und wir stehen da, weil es noch kein Commitment aller Beteiligten zur finanziellen Beteiligung gibt.

Das ist bei der Partizipation eben auch eine Geschichte: Man braucht das Okay aller Beteiligten und, wenn man alle mit einbeziehen will beziehungsweise auch die letztendliche Verantwortung für den Prozess in einer bestimmten Art und Weise festgehalten haben will, auch die finanzielle Beteiligung. Da fehlt uns zum Beispiel das Okay der Lengensdorff-Gesellschaft Amadeus. Das wird noch kommen, es ist aber in dem Fall sozusagen jetzt ein noch nicht erfolgreich durchgeführter Prozess, weil es noch nicht das Okay für alle gibt.

Weiters möchte ich darauf eingehen, dass es sich - so wie bei anderen Themen heute auch, die zwar in einer Geschäftsgruppe angesiedelt sind, wie Frauenfragen oder Integration - bei Partizipation ebenfalls um eine Querschnittsmaterie handelt. Das heißt, Partizipation ist nicht auf Projekte der Stadtentwicklung oder der Verkehrsplanung reduziert. Es gibt sehr, sehr viele Partizipations- und Beteiligungsprojekte in anderen Feldern. Ich möchte jetzt nur exemplarisch die Jugendarbeit in der Kultur erwähnen.

Eines der größten Projekte, die in der Stadt Wien und wahrscheinlich europaweit jemals durchgeführt worden sind, ist im Bereich der Integration, also unter der Stadträtin, unter der Fahne der Integration gelaufen, das war die Wiener Charta. Aber es gibt natürlich auch Parkumgestaltungen, die partizipativ erfolgen.

Etwas, was ich - ich gebe es zu - bis vor Kurzem nicht gewusst habe, ist: Auch die Erstellung des Wiener Abfallwirtschaftsplanes erfolgt partizipativ. Zuletzt in den Jahren 2011 und 2012, sehr spannend, in Form von Runden Tischen, mit VertreterInnen der betroffenen Dienststellen, aber auch unter Einbindung von VertreterInnen der Umwelt-NGOs und mit externen ExpertInnen der Abfallwirtschaft. So werden auch in anderen Ge-

schäftsgruppen auf partizipative Art und Weise strategische Rahmenbedingungen für die Verwaltung erarbeitet.

Da mir jetzt noch ein paar Minuten bleiben, möchte ich auch auf ein weiteres großes partizipatives Verfahren eingehen, das das letzte Jahr und bis heuer noch anhält - ich weiß, es blinkt, aber ich habe noch ein bisschen Restzeit -, nämlich das Mediationsverfahren zum Otto-Wagner-Spital.

Wie Sie wissen und wie ich fast zu jeder Sitzung erkläre, gab es das Mediationsverfahren selbst, das mit dem Ergebnis einer Mediationsvereinbarung geendet hat. Daran anschließend gab es die Beratungen der ExpertInnengruppe über die Frage der Bebaubarkeit. Mit dem Ergebnis der ExpertInnen heuer im März - es waren ja neun Punkte - wurde jetzt auch der letzte noch zu klärende, offene Punkt angesprochen, nämlich die Frage: Wo kann wie gestaltet werden?

„Gestaltet“ kann bedeuten Bauen, kann aber auch andere Gestaltungsformen implizieren. Dazu läuft gerade eine sogenannte Entwicklungsplanung, und wir gehen davon aus, dass die Ergebnisse dieser Entwicklungsplanung Anfang Oktober präsentiert werden können. Das ist also insgesamt auch ein mehrstufiger, sehr ausgefeilter Prozess zur Frage der Bebauung und, nicht zu vergessen, zu Nachnutzung und Nachnutzungsmöglichkeiten des OWS.

Nachdem Herr Mahdalik aus einer privaten Mail von mir zitiert hat, bin ich gerne bereit, ihm auch privat Antwort zu geben, obwohl mir nicht ganz klar ist, wie eine private Mail sozusagen an ihn kommt. Aber es soll mich nicht stören, denn zu all dem, was ich in dieser Mail gesagt habe, stehe ich.

Also: Ja, es wurden Steuergelder eingesetzt - no na ned! - für diese Prozesse. Und ja, es ist der Versuch, mit den Ergebnissen der ExpertInnen, aber auch mit dem Ergebnis aus der Mediation eine andere Lösung zu ermöglichen, als jene mit Stand Verkaufsverhandlungen und Verkaufsentscheid 2008, also die Grundlage für eine neue politische Entscheidung.

Auch das wissen Sie, denn das habe ich Ihnen schon öfters erklärt. Ich bin auch gerne bereit, es noch einmal zu erklären. Ich sage, steter Tropfen höhlt den Stein. Kollege Peschek sagt, er gibt die Hoffnung nicht auf. Irgendwo dazwischen werden wir es dann vielleicht schaffen. - Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Das waren insgesamt 10 Minuten. Theoretisch haben die GRÜNEN noch eine Restzeit von 3 Minuten, das heißt, sie hätten noch etwas zur Verfügung.

Bevor ich Herrn GR Baron das Wort erteile, möchte ich auf einen Antrag eingehen, der bei dieser Geschäftsgruppe eingebracht wurde, und zwar jenen von Anton Mahdalik, Johann Gudenus, Wolfgang Irschik betreffend Eintrittsgeld für den Besuch bestimmter Bereiche der Donauinsel, etwa bei Veranstaltungen und Sonstigem. Dieser bezieht sich im Konkreten auf das Donauinselfest - um das dann auch so, wie es im Antrag formuliert wurde, zu nehmen.

Ich hatte bereits gestern die FPÖ informiert, dass dieser Antrag nicht zugelassen werden kann. Denn, und

ich zitiere jetzt aus dem Schreiben des Verfassungsdienstes:

„Zur Frage, ob ein solcher Antrag in einer Sitzung des Gemeinderates zulässig wäre, ist festzustellen, dass weder der Vorschlag des Herrn Landtagspräsidenten noch das tatsächliche Verlangen eines Eintrittspreises für das Donauinsselfest durch den Veranstalter Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde Wien darstellen. Da für die Beschlussanträge die gleichen inhaltlichen Eingrenzungen“ - es wird ein bisschen undeutsch geschrieben – „wie für die übrigen Anfragen- und Antragsrechte der Gemeinderatsmitglieder gelten, wäre ein solcher Beschlussantrag auch in der Sitzung des Gemeinderates unzulässig.“

Noch dazu kann ich hier informieren, dass zumindest die Veranstalter selbst, die Verantwortlichen des Donauinsselfestes gesagt haben, dass sie in der nächsten Zukunft einen derartigen Eintrittspreis ausschließen werden. Daran haben wir uns auch zu halten. Das heißt, ich erkläre diesen Antrag für unzulässig.

Jetzt kommen wir zur nächsten Wortmeldung. Herr GR Baron, Sie haben 5 Minuten vorgesehen. Ich erteile Ihnen das Wort.

GR Karl **Baron** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der vorliegende Beschlussantrag befasst sich mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie 26 im 22. Bezirk in Hirschstetten, der rund 250 Parkplätze zum Opfer fallen, welche wir mit unserem Antrag zu ersetzen beantragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses betroffene Gebiet ist schon in den letzten Jahren scheinbar immer mehr von Parkplätzen getrennt worden. Die Bevölkerung dort hat schon vor dem Bauvorhaben dieser Straßenbahnlinienverlängerung unter akuter Parkplatznot gelitten. Es ist nicht einzusehen, warum man ein Verkehrsmittel wählt, das so viel mehr Geld kostet als eine Buslinienverlängerung oder eine Buslinienveränderung, welche mit 15 Millionen EUR locker zu bewerkstelligen gewesen wäre. Diese Straßenbahnlinienverlängerung kostet mindestens 70 Millionen EUR.

In diesen 70 Millionen sind allerdings vielleicht auch die noch nicht erbrachten Leistungen enthalten, für welche die Alpine eventuell schon Akontozahlungen bekommen hat, die jetzt aber nicht mehr ausgeführt werden können und für die wieder eine neuer Auftrag vergeben werden muss. Bei diesen 70 Millionen wird es also wahrscheinlich eh nicht bleiben, sondern die ganze Nummer kostet uns um mindestens 60 Millionen EUR mehr, als das Ganze mit einer Buslinie gekostet hätte, was viel besser und einfacher zu bewerkstelligen gewesen wäre.

Es ist unglaublich, mit wie wenig Verantwortungsgefühl hier vorgegangen wird! Ganz Europa steht auf der finanziellen Bremse, aber hier in Wien erkennt man die Zeichen der Zeit überhaupt nicht. Hier wird Geld zum Fenster hinausgeworfen, ohne dass es Sinn macht. Die Bevölkerung leidet nicht nur unter den hohen Ausgaben, sondern die Bevölkerung leidet auch unter einer Parkplatznot, und diese Parkplatznot wurde nicht nur durch die in diesem Fall unnötige Straßenbahnlinie hervorgerufen. Diese ist wirklich unnötig! Ich stehe zu Straßenbah-

nen, sie haben ihre Lebensberechtigung, aber sicherlich nicht dort! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Seit Jahren werden dort Parkplätze schön kleinweise weggenommen, ob es Bauminseln sind, die immer größer werden, ob es Ohrwascheln sind, die dort keiner braucht, oder Radwege, die jetzt grün oder rot werden, durch was auch immer. Es gibt jedenfalls immer weniger Parkplätze. – Das hat sich die Bevölkerung dort nicht verdient! Als die Leute damals dorthin gezogen sind, konnten sie ihre Autos vernünftig abstellen. Das war wahrscheinlich auch der Grund, warum sie aus der Innenstadt weggegangen sind, und es ist nicht fair, diese Leute auf diese Art jetzt so zu bestrafen!

Es ist auch zu beobachten, dass in anderen Bezirken ähnlich vorgegangen wird. Und wenn man hochrechnet, dass wir 23 Bezirke haben und nur mit diesem einen Bauvorhaben 55 bis 60 Millionen zum Fenster hinausgeschmissen werden, dann kann man sich ungefähr ausrechnen, wie die Stadt Wien zu einem Schuldenberg von über 7 Milliarden kommt, der wahrscheinlich in den nächsten 5 Jahren auf 10 Milliarden aufgehäuft werden wird.

Meine Damen und Herren dieser super Stadtregierung! Ich fordere Sie auf, endlich umzudenken und das Geld unserer Kinder und Kindeskinde nicht jetzt schon zu verblasen, sondern endlich eine verantwortungsvolle Politik zu machen, für die Bürger dieser Stadt, für die Bürger dieses Landes! Hören Sie auf, sich ständig Ihre Prestigeprojekte ins Land zu bauen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Millionen sind weg, aber geben Sie diesen Leuten wenigstens die Parkplätze zurück. Das haben sie sich mehr als verdient! – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Haslinger. Ich erteile es. Seine Redezeit ist mit 3 Minuten angegeben.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Wie viel Restredezeit ist noch übrig?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: 6 Minuten.

GR Gerhard **Haslinger** (*fortsetzend*): Danke, Herr Vorsitzender. Ich werde es eh nicht brauchen.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister!

Wer eine Stadt gestalten und verändern möchte, benötigt auch Geld. Ein Teil des Geldes kommt natürlich auch von Strafgeldern. Kollege Holzmann hat das eh schon erwähnt. Er hat gesagt, dass man für die Überwachungsvorhaben bei der Parkraumbewirtschaftung die Zahl der Organe erhöht hat. Und auch die Zahl der Referenten, die die Strafverfahren behandeln, ist laut Internetseite „wien.at“ auf 46 erhöht worden. Man hat also sehr stark aufgestockt. Es sind nun ungefähr 500 Organe, und diese 500 Leute wollen natürlich beschäftigt sein, und sie suchen sich auch Beschäftigung. Ich glaube, jeder von Ihnen wird das auch persönlich schon mitbekommen haben, dass hie und da einmal ... (*Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*) Herr Wagner steht offenbar immer richtig!

Etwas geht aber natürlich nicht an, dass man jetzt anfängt, Läuse zu suchen und alles zu bestrafen, was nicht ganz in Ordnung ist. (*GR Dipl.-Ing Martin Margulies:*

Das sagt ein Polizist!) Herr Kollege Margulies! Man braucht nicht alles strafen. (*Lebhafte Rufe und Gegenrufe bei FPÖ und GRÜNEN.*) Wesen und Zweck von Strafe werden Ihnen hoffentlich bekannt sein. Das sollte natürlich auch einen erzieherischen Wert haben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Worum geht es? – Es geht konkret darum, dass man sein Fahrzeug im Bereich von Bodenmarkierungen, wo ausreichend Platz ist, in einem Winkel zu 90 Grad zum Gehsteig abstellt, obwohl durch die Bodenmarkierungen ein Winkel von 60 oder 45 Grad am Anfang und am Ende dieses Parkraums gekennzeichnet ist. Aber nicht einmal ich als Polizist habe ein schlechtes Gewissen, das zu tun, denn dann stehe ich dort und behindere niemanden. (*Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*)

Warum aber werden diese Winkel eingezeichnet? – In der Bodenmarkierungsvorschrift steht das nicht, diese besagt nämlich nur, wie das anzubringen ist und wie es kundgemacht werden soll. Es gibt jedoch eine Richtlinie von der MA 46, gemäß welcher über die Kundmachung von Bodenmarkierungen entschieden wird, und dort wird festgelegt, wie viel Restfahrbahn frei bleiben soll, ob das nun wirklich etwas bringt oder nicht.

Ich meine, man sollte in Betracht ziehen, in diesem Bereich, wo Bodenmarkierungen mit Winkeln eingezeichnet sind, aber das 90-gradige Parken möglich ist, nachzujustieren, denn das wird jetzt bestraft. Die Leute werden abgezockt, obwohl sie nichts Verbotenes getan haben. Sie stehen seit Jahrzehnten dort, aber jetzt müssen sie auf einmal Strafe zahlen. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Martin Margulies.*) Sie müssen jetzt auf einmal Strafe zahlen, weil die Organe der Parkraumbewirtschaftung offenbar mit politischem Auftrag ausgeschickt werden, Geld hereinzubekommen. Und das wollen wir uns nicht gefallen lassen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich glaube, dass wir heute eine Mehrheit für einen Antrag zusammenbringen werden, den ich jetzt bekannt geben möchte, nämlich einen Beschlussantrag von Haslinger und Mahdalik, der wie folgt lautet:

„Die zuständige amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert, zu überprüfen, ob jene verordneten und kundgemachten Schrägparkordnungen – in denen oftmals seit Jahrzehnten ohne Probleme senkrecht geparkt wird – im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeit an die praktizierte Parkordnung angepasst werden können. In diesem Zusammenhang soll auch überprüft werden, ob die internen Richtlinien der Magistratsabteilung 46 für die Parkordnungen mit Bodenmarkierungen im Sinne einer Maximierung der Stellplatznutzung und stärkeren Praxisnähe modifiziert werden können.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung zur angeführten Geschäftsgruppe beantragt.“

Ich hoffe, dass wir eine Mehrheit für diese Zuweisung erreichen. – Danke.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für die Beratung dieser Geschäftsgruppe ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Daher komme ich zur Wortmeldung der Frau Vizebürgermeisterin. Es ist dies ja kein Schlusswort. Ich

weise darauf hin, dass maximal 15 Minuten zur Verfügung stehen. – Bitte schön.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst möchte ich bemerken, dass man sich in der Debatte streckenweise sehr wenig mit dem Jahr 2012 und auch mit den Zusammenhängen zum Rechnungsabschluss dieses Jahres auseinandergesetzt hat. Ich meine aber, dass das, worüber geredet wurde, im Wesentlichen die spannendsten und wichtigsten Themen sind, mit denen Städte derzeit konfrontiert sind. Wir alle wissen, dass Städte wachsen und dass Wien auch wächst, und dieses immense Wachstum von Städten bedeutet natürlich genau genommen, dass wir alle in diesem Jahrzehnt und auch in den kommenden Jahrzehnten europaweit mit einer Vielzahl von Problemen und auch Herausforderungen, die dieses Wachstum bedeutet, konfrontiert sein werden.

Wovon spreche ich? – Ich spreche von der Frage des Klimaschutzes, von der Frage der Energieversorgung, von der Frage einer veränderten Alterspyramide: All das sind Dinge, die derzeit im Gange sind. Und es geht auch um die sehr zentrale Frage einer veränderten, modernen Mobilität, die sicherstellt, dass sich Millionen von Menschen täglich in einer Art und Weise fortbewegen können, die effizient ist, die ökologisch ist und die sie sich vor allem auch leisten können. Und last but not least sprechen wir auch von der Leistbarkeit von Städten und vom sozialen Ausgleich, der eine zentrale Grundlage für die Lebensqualität, die wir in Wien aktuell genießen und die wir uns sicherlich auch für künftige Generationen wünschen, darstellt.

So gesehen meine ich, dass es uns im Jahr 2012 gelungen ist, einiges anzugehen und auch umzusetzen, und dass bereits jetzt gute Antworten auf jene Probleme und Herausforderungen geliefert werden, von denen ich gesprochen habe.

Ich denke, dass die erste und zentralste Maßnahme, die meines Erachtens den Verkehrsbereich im Jahr 2012 kennzeichnet, die Verbilligung der Jahreskarte ist, die seit vergangenem Jahr nur mehr 365 EUR kostet. Das heißt, meine Damen und Herren: Europaweit ist man in Wien und nur in Wien um 1 EUR pro Tag unbegrenzt mit öffentlichen Verkehrsmitteln in der Stadt unterwegs.

Das ist eine Leistung, die uns sehr viele Städte sehr gerne nachmachen würden, wenn sie die Voraussetzungen dafür hätten. Das ist eine Leistung, um die man uns beneidet, und das ist außerdem eine Leistung, die auch eine beachtliche Bilanz mit sich gebracht hat, ist man doch jetzt nach knapp über einem Jahr so weit, dass die Zahl der Jahreskartenbesitzerinnen und -besitzer in Wien auf 500 000 beziehungsweise, genau genommen, mehr als 500 000 JahreskartenbesitzerInnen angestiegen ist und – lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen! – jeder dritte Kunde der Wiener Linien daher bereits Stammkunde oder Stammkundin ist.

Genau das wollten wir damit erreichen wollten, deswegen sind wir diesen Weg gegangen, deswegen haben wir auch die erforderlichen Geldmittel in die Hand genommen, und ich denke, der Erfolg dieser einzigen

Maßnahme überzeugt uns davon, dass wir auf dem richtigen Weg sind. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Eine zweite sehr wirksame und sehr zentrale Maßnahme, die das Jahr 2012 schlussendlich politisch, aber auch vom Faktischen her sehr stark geprägt hat, ist die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung. – Ja. Wir – und nicht nur wir in diesem Hause – sind nun mal nicht einer Meinung im Zusammenhang mit diesem Thema. Es ist dies ein Thema, das auf alle Fälle Kontroversen hervorruft. Aber selbst die größten Kritiker der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden nicht von der Hand weisen können, dass nun, mehrere Monate später, in jenen Bezirken, in denen die Parkraumbewirtschaftung jetzt gilt, einfach mehr Platz vorhanden ist und der Parkplatzsuchverkehr nachgelassen hat, es weniger Lärm und Verkehrsbelastung und somit eine höhere Lebensqualität gibt. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das gilt für diejenigen, die nun die Nutznießer dieser Sache sind, denn für diese war das ja von Anfang an gedacht, nämlich für diejenigen, die in den neubewirtschafteten Gebieten ihre Adresse haben.

Damit wir jetzt aber nicht nur von dieser Seite der Medaille sprechen, möchte ich auch kurz auf die umweltpolitische und Klimaschutzpolitische Bilanz dieser einzigen Maßnahme zu sprechen kommen: Es ist auch kein Zufall und macht mich besonders stolz, dass wir im Dezember 2012 den Umweltpreis der ÖGUT erhalten haben, denn es ist uns mit dieser Maßnahme gelungen, 17 300 t CO₂-Ausstoß pro Jahr einzusparen. Und damit Sie dafür auch einen brauchbaren Vergleich haben, sage ich: Das ist jene Menge an CO₂, die ein durchschnittlicher PKW ausstoßen würde, wenn er 10 750 Mal um die Erde fährt. – Man sieht also, dass es sich hierbei um eine Maßnahme handelt, die auf alle Fälle für mehr Lebensqualität in den bewirtschafteten Gebieten sorgt, die darüber hinaus auch als hochwirksame Maßnahme für den Klimaschutz in der Stadt umgesetzt wurde und letztlich auch jene Erfolge mit sich brachte, die wir uns alle erhofft hatten.

Damit komme ich zur dritten in meinen Augen sehr zentralen Maßnahme für das Jahr 2012, nämlich zur Schaffung von AnwohnerInnenparkplätzen, wie sie so schön heißen. Im Jahr 2012 haben wir uns gemeinsam mit den Bezirksvorstehern und Bezirksvorsteherinnen der Bezirke 6, 7 und 8 dazu entschlossen, mit Pilotprojekten zu starten, die zunächst zum Ziel hatten, dass testweise rund um sogenannte Hotspots AnwohnerInnenparkplätze reserviert werden. Bei diesen „Hotspots“ handelt es sich in der Regel zum Beispiel um Theaterstätten, wo Anrainer während der Vorstellungszeit mit sehr großer Parkplatznot konfrontiert sind.

Ein Jahr später können wir sagen, dass auch diese Maßnahme ein Erfolg ist. Die Evaluierung wurde gerade abgeschlossen. Die Anwohnerparkplätze sind sehr gut angenommen worden, und auf Basis dieser Maßnahme und auch der Evaluierung werden wir diese Maßnahme nun in der ganzen Stadt anbieten, nämlich überall dort, wo es trotz Parkraumbewirtschaftung zu großer Parkplatznot kommt, etwa in Grätzeln, wo es, wie gesagt, Veranstaltungsstätten oder Theaterstätten und derglei-

chen gibt und wo die Anrainer im Zusammenhang mit der Parkplatzsuche sehr von Leid geplagt sind. Auch das ist eine Maßnahme, die Lebensqualität für die Wohnbevölkerung in einem Gebiet bedeutet, und mit der gleichzeitig auch Probleme unmittelbar dort, wo sie vorhanden sind, angegangen und gelöst werden.

Diese und viele andere Maßnahmen wurden getroffen. Ich könnte jetzt an dieser Stelle natürlich sehr viel berichten, aber das will ich nicht, denn die Zeit ist knapp. Ich kann nur sagen, dass zum Beispiel von der Magistratsabteilung 33 gemeinsam mit den Wiener Linien laufend Ampelphasen angepasst werden, um Straßenbahnbeschleunigungen zu erreichen. Allein im Jahr 2012 ist es gelungen, ganze 23 Straßenbahnlinien der Wiener Linien mit gezielten Maßnahmen, die gemeinsam entwickelt wurden, zu beschleunigen, darunter übrigens auch die Straßenbahnlinie 43, die mit 27 Millionen Fahrgästen pro Jahr derzeit tatsächlich die am stärksten genutzte Straßenbahnlinie Wiens ist. Gerade hier ist natürlich jede Beschleunigungsmaßnahme tatsächlich eine Wohltat im wahrsten Sinne des Wortes.

Ich meine, dass wir mit diesen Maßnahmen, die ich jetzt kurz umrissen habe, und vielen weiteren mehr, etwas schaffen konnten, worum man uns tatsächlich auch weltweit beneidet. Wir sind mit dem Modal-Split in der Stadt bereits so weit, meine Damen und Herren, dass 73 Prozent aller Alltagswege auf ökologische Art und Weise zurückgelegt werden. Es gibt keine andere Stadt in ganz Europa, in der 73 Prozent aller Menschen täglich ihre Wege mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß – 39 Prozent davon, das ist ein absoluter Spitzenwert! – oder mit dem Rad zurücklegen, wobei wir auch Anstrengungen unternehmen, um den bescheidenen Anteil, den wir in diesem Bereich haben, auch anzuheben. Es werden nur mehr 27 Prozent der Alltagswege mit dem Auto zurückgelegt, und in einer wachsenden Stadt ist dies ein guter Wert, und daher sollten wir diesen Weg in Zukunft weiterhin beschreiten.

Wenn Sie auch hierfür einen einzigen Vergleich brauchen, um zu wissen, wie sich dieser Weg bewährt und was das eigentlich für eine wachsende Stadt bedeutet, dann möchte ich als Vergleich die Stadt Hamburg bringen: Die Stadt Hamburg ist eine Stadt, die durchaus aus vielen Gründen mit Wien gut vergleichbar ist, nicht zuletzt auch auf Grund ihrer Größe: In der Stadt Hamburg werden 43 Prozent der täglichen Wege mit dem Privat-PKW zurückgelegt. – Stellen Sie sich vor, wir hätten in Wien einen MIV-Anteil von 43 Prozent! Ich denke, dass mir selbst diejenigen von uns, die aus Prinzip niemals einer Meinung mit mir sein können, zumindest in diesem einen Punkt recht geben werden: 43 Prozent MIV-Anteil würde in Wien einerseits einen grauenhaften Dauerstau und eine massive Überlastung unserer Verkehrsinfrastruktur, so wie wir sie haben, bedeuten. Andererseits würde das bedeuten – auch dieses Beispiel möchte ich Ihnen als konkreten Vergleich bringen, lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen! –, dass wir zusätzlich zum jetzigen CO₂-Ausstoß noch einmal um 525 000 t mehr hätten! Und um das wieder wettzumachen, bräuchten wir etwa 2 750 Solarkraftwerke, die die Stadt bauen müsste,

um dieselbe Menge an CO₂-Ausstößen in einem anderen Bereich wieder einzusparen.

Ich erzähle Ihnen all das nicht, weil es aus Jux und Tollerei geschieht. Es handelt sich hierbei weder um private Angelegenheiten noch um irgendjemandes Prestigeprojekte, sondern es handelt sich hier um einen Weg, den zu gehen wir seitens der Wiener Stadtregierung gemeinsam beschlossen haben, weil wir unsere Stadt fit halten wollen für die Zukunft, weil wir die Verantwortung dafür auf uns nehmen und diese auch tragen, weil wir zu unserer Verantwortung stehen, wenn es darum geht, eine Stadt zu haben, in der unsere Kinder und Enkelkinder ganz einfach das Leben genießen können, nämlich in einer Stadt mit Grünräumen, mit Freiräumen, mit leistbaren und schnellen öffentlichen Verkehrsmitteln, in einer Stadt, in der es nicht rund um die Uhr laut ist, in einer Stadt, die nicht krank macht, in einer Stadt, die ihren Beitrag für den Klimaschutz leistet.

Kurz: Wir wollen eine Stadt, in der man gerne lebt und die man nicht, ins Grüne fliehend, hinter sich lässt, weil man es nicht erträgt, im Inneren dieser Stadt zu leben und zu arbeiten. Wir arbeiten an einer Stadt, in der man leben möchte, und nicht an einer Stadt, in der man leben muss. Und wenn man diese Aufgabe ernst nimmt, dann bedeutet das, wie beschrieben, einige Maßnahmen im Verkehrsbereich, in die man investieren muss und die man auch umsetzen muss. Manchmal gibt es darüber große Kontroversen, aber ich bin überzeugt davon, dass in wenigen Jahren ab jetzt jeder sehen wird, dass sich dieser Weg lohnt und dass das für Wien etwas bringt! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! In der kurzen Zeit, die mir verbleibt, will ich auf den Bereich Planung zu sprechen kommen und hier ganz kurz einige wenige exemplarische Projekte ansprechen, die zeigen, welchen Weg wir auch hier gehen.

Zum einen wissen wir, nicht zuletzt auf Grund der Ergebnisse der Wiener Charta, dass die Wiener Bevölkerung sehr großen Wert auf zugängliche, qualitativ wirklich wertvolle öffentliche Freiräume legt. An oberster Stelle der Charta ist gleich drei Mal der Wunsch nach konsumfreien Freiräumen in der Stadt vorgekommen, in denen man sich aufhalten kann, die man genießen kann und die Möglichkeiten für Begegnung, für Austausch und für eine lebendige Stadt bieten.

Deshalb gehen wir in einem groß angelegten Programm die Ausgestaltung von öffentlichen Freiräumen an. Exemplarisch sind an dieser Stelle der Schwedenplatz, aber auch die Neugestaltung der Mariahilfer Straße zu erwähnen. Diese beiden Projekte wurden im Jahr 2012 angegangen, in diese wurde auch im Bereich der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung viel investiert, damit man vorab die Bedürfnisse der Bevölkerung erkennen und diese von vornherein in den Planungsprozess einfließen lassen kann. Diesen Weg wollen wir mit vielen weiteren Projekten in den nächsten Jahren fortsetzen.

Denselben Weg gehen wir bei der Entstehung und Entwicklung neuer Stadtviertel. An dieser Stelle will ich etwa den Nordbahnhof erwähnen, für den die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung gerade jetzt dieser Tage

beginnt. Ein weiteres Projekt ist der Hauptbahnhof, für den auch in dieser Hinsicht neue Konzepte entwickelt werden, durch welche auch eine bessere Mischung von Arbeiten und Wohnen auf dem Areal ermöglicht wird. Und auch beim Gaswerk Leopoldau wurde sozusagen die Entwicklungsperspektive mit Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung von Anfang an angegangen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle versichern, dass wir diesen Weg gemeinsam mit der Magistratsabteilung 21 fortsetzen werden. Durch die Zusammenlegung der zwei Abteilungen in eine Abteilung sind auch die Weichen gestellt worden, um den Kapiteln Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation in den nächsten Jahren einen neuen Stellenwert zu geben, denn ich glaube, uns allen ist klar, dass das tatsächlich ein zentraler Aspekt für die Art und Weise ist, wie wir Politik in den nächsten Jahren machen möchten, machen müssen und machen werden. Es führt nämlich kein Weg mehr daran vorbei, dass man Bürger von Anfang an mit einbindet und ihnen die Möglichkeit gibt, ein Stück weit an zentralen Entscheidungen, die im Planungsbereich in der Stadt erfolgen, mitzuarbeiten und diese auch mitzugestalten.

Meine Redezeit ist jetzt gerade zu Ende gegangen. Ich möchte daher Folgendes zum Schluss sagen, bevor ich mich bei allen bedanke. – Ich weiß, dass man bisweilen glaubt, dass ich sozusagen für alles in der Stadt zuständig bin. Man kann das durchaus auch als Kompliment verstehen, warum auch immer und woher auch immer das kommt. Ich meine aber, man kann von erfahrenen Mandatarinnen und Mandataren des Hauses doch auch erwarten, dass sie sich ein wenig mit der Geschäftseinteilung des Magistrats auseinandersetzen, damit nicht Anträge, unabhängig davon, ob sie zulässig sind oder nicht, an mich gerichtet werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich muss wirklich bitten, auf die Zeit zu schauen und zum Schlusssatz zu kommen!

VBgmin Mag Maria **Vassilakou** *(fortsetzend)*: Mir bleibt an dieser Stelle nichts anderes, als mich bei den vielen Mitarbeitern meines Ressorts für ihr Engagement und für ihre Loyalität der Stadt gegenüber zu bedanken. Ich bedanke mich beim Koalitionspartner, und last but not least auch bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, denn ohne Sie wäre das Leben fad! *(Beifall bei GRÜNEN und bei SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke schön, Frau Vizebürgermeister. Ich muss so auf die Zeit schauen, bei uns sind alle gleich zu behandeln, da gibt es keine Ausnahmen.

Zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ihre Redezeit wird auf 12 Minuten eingestellt. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Ing Isabella **Leeb** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Wir kommen nun zur letzten Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft, und ich möchte mich vorab gleich beim Herrn Stadtrat bedanken, weil er uns zu Mittag immer schon seine Presseaussendungen zur Geschäftsgruppe zur Verfügung stellt. (*Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny: Dann wissen Sie gleich, was Sie sagen sollen!*) Ja genau, das macht es uns dann einfach! Aber Sie brauchen sich eigentlich nicht wundern: Das, was ich vorbereitet habe, und das, was Sie jetzt ausgeschickt haben, passt eh ganz gut zusammen. Offensichtlich haben wir also das ganze Jahr intensiv zusammengearbeitet!

Ganz zu Beginn meiner Rede wollte ich noch eine Bitte an die Regierungsfractionen stellen: Einer der Kollegen wird dann anschließend einen Beschlussantrag einbringen. Es geht um zukünftige Straßenbenennungen und Kriterienkataloge. Wir werden dem Antrag auch zustimmen. Er ist allerdings ein bisschen spät gekommen. Vielleicht kann man uns diese Unterlagen beim nächsten Mal etwas flotter zur Verfügung stellen, damit wir auch intern darüber reden können!

Noch eine kleine, sehr persönliche Bemerkung dazu: Wir stimmen dem gerne und vollen Herzens zu. Allerdings ist mir persönlich schon oft etwas aufgefallen: In den Bezirken, wo ich auch tätig bin, ist es Ziel und auch State of the Art, dass ein Gleichstand an weiblichen und männlichen Straßennamen erreicht wird. Das wird dort meines Wissens nach auch so gelebt: Dort, wo es sozusagen männliche und weibliche Bewerber gibt, schaut man, dass man mehr weibliche nimmt. Aber vielleicht sollte man – das sage ich jetzt an Sie gerichtet – auch ein bisschen den Druck aus dieser Diskussion nehmen, weil es nun einmal halt Faktum ist, dass Frauen im öffentlichen Leben erst seit relativ kurzer Zeit wirklich Stellenwert haben. Nachdem sich aber in den Straßennamen ja auch die Historie einer Stadt widerspiegeln soll, wird es halt noch ein bisschen dauern, bis ein Gleichstand erreicht ist. Daher könnte man ja ein bisschen entspannter an die Sache herangehen, zumal auch eine einjährige Interkalarrfrist vorgesehen ist. Wir können jetzt also ohnedies nicht alle zugleich nehmen. Ich will das jetzt aber nicht näher ausführen. – So viel dazu.

Jetzt komme ich zur Rechnungsabschlussdebatte. Herr Stadtrat! Sie haben vollkommen zu Recht gesagt, dass Wien in vielen Bereichen Weltspitze ist, besonders in der Kultur. Das stimmt, das ist Faktum. Dabei gibt es auch nichts schlechtzureden. Etwas trifft aber doch zu: Wien profitiert vom Standort, und zwar insofern, als wir auch sehr viele Kulturinstitutionen haben, die – wie ich jetzt sagen möchte – originär mit Wien nichts zu tun haben, sondern die auch vom Bund gefördert werden: Ob das die Staatsoper, das Akademietheater oder das Burgtheater ist: Der Bürger unterscheidet ja nicht! Herr Strobl! Lachen Sie nicht, es ist tatsächlich so! Wer unterscheidet denn, wer wo in Wien zuständig ist? Und auch in Anbetracht dessen, dass wir auch noch den Vorteil haben, dass wir eine sehr hohe Konzentration an Kulturinstitutionen haben, wird – wie ich es jetzt ausdrücken möchte – hier ein bisschen für etwas gelobt, wofür wir gar nichts können.

Wir haben also diese Standortvorteile, es ist aber im Ressort Kultur – das möchte ich auch betonen – im letzten Jahr nicht wirklich der große Wurf gelungen. Wir haben jetzt natürlich Zeiten der knappen Mittel, und ich will auch nicht sagen, dass in der Stadt nichts los ist. Ganz im Gegenteil! Sie haben das ja auch in Ihrer Presseaussendung aufgezehlt.

Dazu muss man noch etwas sagen; Die Künstler tun in Zeiten knapper Mittel oft mehr, als man ihnen abverlangen kann, und dafür gebührt allen Künstlerinnen und Künstlern unser besonderer Dank, weil sie in dieser Stadt oft unter prekären Verhältnissen leben müssen. Das wissen wir von vielen allerdings gar nicht. – Wir werden dann später noch einen diesbezüglichen Antrag einbringen.

Wir bekommen im Ausschuss immer nur die Beschlussakten, aus denen hervorgeht, dass bei Rot und Grün Übereinstimmung besteht, dass etwas gefördert wird. Wir wissen aber zum Beispiel gar nicht, wer allersucht und dann abgewiesen wird. Und das gilt nicht nur für die Kultur, das gilt für jeden einzelnen Bereich in dieser Stadt. Deswegen werden wir einen Antrag einbringen, dass man einen sehr transparenten Subventionsbericht erstellt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun aber zurück zum Rechnungsabschluss. Wenn wir uns die Entwicklung des Kulturbudgets im Kontext des Gesamtbudgets ansehen, dann ist klar, dass das Kulturbudget sicherlich nicht am Schuldenstand schuld ist. Der Schuldenstand der Stadt Wien hat sich von 2009 bis 2012 um das 2,3-Fache erhöht, aber die Kultur war daran – wie gesagt – nicht schuld, denn im gleichen Zeitraum ist das Kulturbudget um 1 Million gesunken. Die Kultur hat also von den oftmals angekündigten und vielbeschworenen Investitionen der öffentlichen Hand in Krisenzeiten so gut wie gar nichts bekommen, und das, obwohl Wien als Stadt mit Kultur weltweit sehr viel Werbung macht und obwohl sehr viele Touristen aus der ganzen Welt nach Wien kommen, weil Wien eine so bemerkenswerte Kulturstadt ist!

Was vor sich geht, ist, dass die vorhandenen Kulturmittel verwaltet werden. Und jetzt muss ich die GRÜNEN einmal loben, denn wenn es dann einmal einen Impuls gibt – verziehe nicht das Gesicht, das wirst du schon aushalten, das ist ein ernstes Lob! –, dann kommt er von der grünen Seite. Besonders gefallen hat mir diese Förderung der Stipendiaten. Das halte ich für eine tolle Initiative, und ich hoffe, dass diese auch weitergeführt wird.

Ich finde es zum Beispiel auch sehr toll – das muss ich auch sagen, aber dazu noch später –, dass du, lieber Klaus Werner, dir darüber Gedanken gemacht hast, dass man sich etwas überlegen muss, wie es strukturell mit den Vereinigten Bühnen weitergehen soll. Das ist eine unserer größten offenen Baustellen im Kulturbereich.

Nicht ganz so gut finde ich – und es sei mir bitte auch erlaubt, das hier zu sagen – die „Wienwoche“, und zwar nicht deswegen, weil man uns das Budget für das Stadtfest gekürzt hat. Das halten wir aus, das muss man sportlich sehen! Es erhebt sich aber doch die Frage, ob die Abhaltung eines Kulturfestivals, das eigentlich nur ein

sich selbst referenzierendes Festival ist, also unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet, richtig ist. Dieses hat allerdings voriges Jahr zum ersten Mal stattgefunden, vielleicht wird es heuer besser. Schauen wir einmal!

Aber ich will nicht ungerecht sein, deswegen schauen wir uns die Leistungen des vergangenen Jahres an, und damit komme ich gleich zu einem Thema, das uns schon sehr lange beschäftigt und leider noch sehr lange beschäftigen wird, nämlich zum Wien Museum. Wenn man es auch nicht glauben möchte, aber es hat da durchaus auch Fortschritte gegeben: Wir haben jetzt nämlich ein Depot. Das ist gut, das war aber höchst an der Zeit, denn sonst wären uns die gesamten Exponate unter der Hand weggeschimmelt. Die Erfreulichkeit der Tatsache wird einfach dadurch geschmälert, dass der normative Druck des Faktischen schon so groß war, dass man eine Entscheidung treffen musste.

Das nächste Beispiel ist aber die Neuerrichtung des Wien Museums, und da schaut es halt wiederum nicht so gut aus! Seit drei Jahren gibt es Ankündigungen, das Verschieben von Terminen, lange Nachdenkpausen. Dann hatten wir eine Ausschussreise, die eigentlich sehr gut und informativ war und sehr viel an Ergebnissen gebracht hat. Im Herbst wurde, spät aber doch, sogar ein Fachleutesymposium veranstaltet. Dann hat der Herr Bürgermeister ein Machtwort gesprochen und die Entscheidung über einen neuen Standort an zuständige Beamte delegiert, aber auch da sind wir nicht weitergekommen. Es gibt keinen Architekturwettbewerb und keine internationale Ausschreibung, und es wurde auch noch kein entsprechender Standort gefunden.

Aber was sich jetzt durch dieses Entziehen der Kompetenz durch den Bürgermeister und die Übertragung der Kompetenz an die Beamten abgespielt hat, das sucht seinesgleichen! In Wahrheit bilden den Hintergrund dafür nämlich interne Machtkämpfe; und das kann doch bitte nicht die Basis der Entscheidung dafür sein, wo, wann und wie das Wien Museum neu entstehen soll! Geht es jetzt darum, dass einzelne Abgeordnete sich da besser einbringen wollen? Ich möchte jetzt keine Namen explizit nennen, aber es gibt gerade bei der SPÖ Abgeordnete, die sich mit – wie ich wirklich fast sagen möchte – penetranter Aufdringlichkeit für einen Standort einbringen. Es haben sich jetzt zwei Standorte herauskristallisiert. Aber die Entscheidung für einen kann ja nicht die Entscheidung gegen den anderen sein, denn selbst wenn man vom Karlsplatz weggeht, muss man sich für den Karlsplatz etwas überlegen. All das muss mitgedacht werden. Es kann doch nicht sein, dass man auf Grund persönlicher Animositäten jetzt eine Standortentscheidung fällt!

Es gibt drei Faktoren, die für die Entscheidung ausschlaggebend sind, nämlich der städtebauliche und der kulturpolitische Auftrag und der finanzielle Aspekt. Das sind die einzigen Kriterien. Und ich bitte Sie wirklich inständig: Treffen Sie eine Entscheidung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es kommt nämlich auch beim Wien Museum am derzeitigen Standort – nennen wir es Wien Museum alt – jetzt der normative Druck des Faktischen zum Tragen.

Vielleicht ist es dem einen oder anderen aufgefallen: Das Haus ist eingerüstet, weil die Fassadenplatten herunterfallen können, also Einsturzgefahr besteht. Und bezeichnend, Herr Stadtrat, war Ihre Reaktion: Sie haben, als Sie des Schutzgerüstes ansichtig wurden, die Frage gestellt: Bleibt das jetzt? – Ja! Das bleibt! Es wird nämlich nicht besser, und wir werden uns etwas überlegen müssen, und das rasch.

Das war jetzt vielleicht kein gutes Beispiel. Aber nehmen wir die Wien Holding und ihre Kulturbetriebe: Immerhin bekommt die Wien Holding 43 Millionen EUR und damit 18 Prozent des ganzen Kulturbudgets. Den größten Brocken davon, 37,1 Millionen, bekommen die Vereinigten Bühnen, leider wird man damit aber nicht auskommen! Herr Geschäftsführer Drozda hat uns schon ein strukturelles Defizit von 7,5 Millionen angekündigt. Was bedeutet das für uns hier? – Das bedeutet ein strukturelles Defizit. Reden wir also über die Strukturen! Tun wir das? – Nein! Offensichtlich sollen die Strukturen ausgesessen werden, aber das Geld wird nicht mehr.

Was es mittlerweile auch noch immer nicht gibt, ist eine Zielvereinbarung. Eine solche würden sich aber auch viele Kulturschaffende wünschen. Ich bringe den Antrag jetzt – glaube ich – zum dritten Mal ein, und ich werde ihn immer wieder einbringen und habe ja noch die Hoffnung wie bei der Verankerung der Vergabekriterien bei der Lehrlingsausbildung, dass irgendwann der Tag kommt, an dem der gleichlautende Antrag von Rot-Grün kommt. Und ich verspreche Ihnen: Diesem Antrag werden wir zustimmen! – Heute werden wir aber einmal diesen Beschlussantrag betreffend die Errichtung einer verpflichtenden Zielvereinbarung für Subventionsnehmer der Stadt Wien einbringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe es vorhin schon gesagt: Man muss Herrn Lobo direkt dankbar sein, weil zumindest er sich darüber Gedanken macht, wie es weitergeht, wobei ich persönlich nicht der Meinung bin, dass wir noch ein zusätzliches Musical-Theater brauchen. Wir brauchen aber etwas anderes ganz besonders, ich habe das vorhin schon angesprochen: Sollte das Wien Museum auf dem Karlsplatz bleiben, dann wird es einen anderen Kultur-Hotspot im Stadtentwicklungsgebiet rund um den Zentralbahnhof genauso wie in anderen Stadtentwicklungsgebieten geben müssen. Auch Aspern wird nicht als reine Wohnstadt funktionieren, und auch das Gebiet rund um den Nordwestbahnhof wird nicht funktionieren. Da gäbe es Aufgaben über Aufgaben, die wir anpacken müssen, diesbezüglich müssen wir uns etwas überlegen! Wenn sämtliche Ausschreibungen abgeschlossen sind und das Gebiet schließlich verbaut ist, dann ist es nämlich zu spät.

Sie haben in Ihrer Aussendung auch die Theaterreform angesprochen. – Ich meine, ganz so glücklich, wie das Projekt Theaterreform von Ihnen dargestellt wird, ist dieses nicht finalisiert worden. Es gibt aber durchaus auch Ansätze, die man umsetzen könnte. Ein Beispiel: Die Förderung pro Besucher lag bei den Großbühnen im Jahr 2004 noch bei 31 EUR, bis 2010 ist sie auf 57 EUR gestiegen. Andererseits ist die Förderung bei den Häusern und Gruppen im gleichen Zeitraum stabil bei 25

EUR geblieben. Dazu muss man jedenfalls sagen: Über die Häuser und Gruppen sind BesucherInnen für die MA 7 vergleichsweise günstig zu erreichen. Das ist doch wirklich ein Anreiz, sich einmal eine Umschichtung zu Gunsten der Häuser und Gruppen zu überlegen und das gegebenenfalls auch umzusetzen! Herr Kulturstadtrat! Ich bitte Sie um mehr Mut bei der Aufteilung der Budgetmittel!

Aber vielleicht nehmen Sie den Rechnungsabschluss auch zur Hand, um die Budgetgestaltung für 2014 mutiger und phantasievoller zu gestalten. Es gibt Spielräume. Wir werden diese brauchen, aber man muss diese auch schaffen. Wir werden diese Spielräume ganz dringend brauchen!

Vom Wien Museum habe ich gerade gesprochen, und auch die Sanierung des Volkstheaters inklusive eines angeschlossenen Kulissendepots steht an, das ist ganz wichtig. Wie Sie wissen, kämpft der dortige Direktor Michael Schottenberg praktisch täglich um die Abendvorstellung, weil ihm das Haus eigentlich auseinanderbricht.

Ich möchte die Gelegenheit jetzt nutzen, Ihnen dieses Haus einmal hier ans Herz legen: Ich hatte die große Freude, in der vergangenen Spielzeit fast jede neue Produktion zu sehen, und ich kann sagen: Es ist ganz großartiges Volkstheater, das dort geboten wird! Man kann lachen, weinen und – wie drücke ich das aus? – ausflippen beziehungsweise richtig hineinkippen. Es wird wirklich tolles Theater geboten! Daher hätte man es sich dort auch verdient, dass man sich des Hauses mehr annimmt!

Am Schluss habe ich eine ganz persönliche Bitte: Herr Stadtrat! Bitte tun Sie etwas im Kulturbereich, wenn es noch nicht zu spät ist, und nicht erst dann, wenn Sie der normative Druck des Faktischen zum Handeln zwingt!

Es gibt sehr viele Bundesländer, die jährlich einen Subventionsbericht veröffentlichen. Diesen Überblick wollen wir auch, ich habe es vorhin schon angesprochen. Deswegen darf ich zum Abschluss einen Antrag betreffend Subventionsberichte der Stadt Wien stellen und ersuche Sie um Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Werner-Lobo. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten.

GR Mag. Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Es gab jetzt so viel des Lobes von Seiten der ÖVP, dass ich gar weiß, was ich sagen soll. Ich könnte zurückloben, und das tu ich jetzt wirklich! – Ich finde, das Stadtfest, das voriges Jahr wirklich eine reine Parteiveranstaltung war, ist heuer wieder in Richtung Kulturfest gegangen. Wenn Sie diesen Weg weitergehen, dann freut mich das sehr! Das ist nämlich genau das, was wir erreichen wollen, dass wir nämlich Kultursubventionen nicht intransparent und für Parteiwerbung ausgeben, sondern dass die Vergabe transparent wird und dass die Mittel für alle Wiener und Wienerinnen zur Verfügung stehen, und das ist auch der Weg, den wir gehen.

Ich muss jetzt eine wichtige Anmerkung machen, weil es ja um den Rechnungsabschluss geht: Es ist manchen bekannt, aber man muss es, glaube ich, immer wieder sagen, und ich sage es den Menschen, die uns in der Kulturpolitik sehr nahe sind, nämlich den Künstlern und Künstlerinnen, auch immer wieder: Wien war bis vor ein paar Jahren in der glücklichen Situation, dass, so wie das gesamte Budget, auch das Kulturbudget jedes Jahr gewachsen ist, und zwar zum Teil enorm gewachsen ist. Auf Grund der Wirtschaftslage und auf Grund der Situation, der Wien insgesamt ausgesetzt ist, sind die fetten Jahre nun vorbei. Umso bemerkenswerter ist es, dass es Wien mit diesem doch seit einigen Jahren mehr oder weniger gleich bleibenden oder nur mehr von leichten diese Steigerungsraten gekennzeichneten Budget gelingt, diese enorme Zahl an Kulturangeboten aufrechtzuerhalten und das Angebot auch noch weiter auszubauen. Das ist wirklich eine enorme Leistung!

Darum, das Kulturangebot stetig zu vergrößern und zu halten, kämpfen aber nicht nur wir von Rot-Grün, sondern diesbezüglich – das sage ich jetzt gleich einmal vorweg – gibt es auch ein unglaublich starkes Engagement der Beamten vor allem der Magistratsabteilung 7, und dafür ist der Kulturabteilung wirklich zu danken! Ich bin sehr viel im Gespräch mit Künstlern und Künstlerinnen, und auch diese erzählen mir, wie sehr jeder einzelne Beamte und jede einzelne Beamtin der Magistratsabteilung darum ringen und darum kämpfen, ein möglichst großes Angebot aufrechtzuerhalten. Und die Beamten stehen auch dort, wo die Budgetmittel knapp sind, wirklich mit Rat und Tat, etwa bei der Stellung von Anträgen, bei der Beseitigung von Problemen und so weiter, hilfreich zur Seite. Das freut mich sehr, und deswegen bitte ich jetzt vor allem um einen großen Applaus für die Beamten und Beamtinnen der MA 7, der Kulturabteilung, die hier enorme Arbeit leisten. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich komme im Zusammenhang damit auch gleich zu einem neuen Projekt, das auf den Weg zu bringen uns heuer gelungen ist. Die Situation vieler Künstler und Künstlerinnen vor allem aus der jungen und freien Szene ist ja tatsächlich sehr schwierig und prekär. Nun ist es uns gelungen, ein Kultur-Infoservice, das von der IG Kultur Wien getragen wird, ins Leben zu rufen. Dieses wird ab Herbst starten. Dabei wird man vor allem jenen, die neu dazukommen, die sich zum Beispiel in Fragen des Vereinsrechtes beraten lassen wollen, die Hilfe bei der Antragsstellung brauchen, die unter Umständen Hilfe auch bei Veranstaltungsanmeldungen und infrastrukturellen Fragen brauchen, unter die Arme greifen. Es freut mich sehr, dass es gelungen ist, diese neue Institution, die im Herbst starten wird, nämlich das Kultur-Infoservice Wien, mit Mitteln auszustatten.

Natürlich ist es vor allem bei mehr oder weniger stagnierenden Budgets zunehmend notwendig, dass man sich darüber Gedanken macht, wie die Mittel so verteilt werden können, dass auch die junge und freie Szene weiterhin gefördert werden kann.

Wir haben deswegen zum Beispiel lange die Evaluierung der Theaterreform eingefordert. Diese ist im vorigen Jahr erschienen. Diese wurde durch das NPO-Institut der

Wirtschaftsuniversität vorgenommen, und es ist dies vor allem eine quantitative Bewertung.

Diese hat vor allem ein Ergebnis gezeitigt, dass nämlich – wie Isabella Leeb bereits erwähnt hat – tatsächlich die kleineren und mittleren Bühnen und die freien Gruppen eine unglaublich tolle und sehr effiziente Arbeit auch im Vergleich zum Mitteleinsatz leisten. Ich meine, dafür muss man sie auch einmal würdigen und loben!

Etwas anderes ist auch sehr eindeutig herausgekommen, dass sich nämlich der Bund aus der Wiener Kulturfinanzierung zunehmend zurückzieht, und das ist für uns natürlich ein großes Problem. Es ist ein großes Problem, dass in Wien immer mehr Bereiche bei der Finanzierung allein gelassen werden. Das betrifft natürlich vor allem die ehemals oder auch heute noch kofinanzierten Bühnen. Ein Beispiel, wo sich der Bund völlig zurückgezogen hat, ist die Kammeroper, das gilt aber auch für die größeren Bühnen wie Volkstheater, Josefstadt und so weiter. Es wird immer schwieriger. Wien ist nun einmal die wichtigste Kulturstadt Österreichs, und es wäre sicherlich einzufordern, dass auch der Bund hier wieder mehr in die Verantwortung tritt.

Ich bin einer von den wenigen Optimisten, die immer noch sagen, dass nach dem 29. September Rot-Grün auch im Bund möglich ist. Das wäre natürlich, weil Rot-Grün immer bewiesen hat, dass wir eine progressive Kulturpolitik betreiben, sehr gut für die Kultur, und es wäre natürlich auch für die finanzielle Situation der Kommunen besser, weil dann auch zu erwarten ist, dass endlich die Reichen besteuert werden und somit mehr Geld für Kultur und Bildung, für Kinder, für Wissenschaft und so weiter vorhanden ist. Das ist auch ein Grund dafür, dass wir uns Rot-Grün wünschen. Ich weiß, es wird schwierig, aber ich bin einer der Optimisten, die glauben, dass das immer noch möglich ist.

Wir haben in diesem Jahr nicht nur gezeigt, dass Rot-Grün es trotz der finanziellen Nöte schafft, dieses Angebot aufrechtzuerhalten, sondern wir haben auch einige neue Akzente gesetzt. Ich möchte mich auf zwei Bereiche konzentrieren, die uns besonders am Herzen liegen. Der eine Bereich ist der gesamte Bereich der Vergangenheitskultur. Wien stellt sich endlich kritisch und auch selbstkritisch der eigenen Vergangenheit, der Vergangenheit Wiens und der Vergangenheit Österreichs. Wir hatten voriges Jahr zum Beispiel bereits eine große Diskussion betreffend den Umgang mit Leuten wie Karl Lueger, was letztlich zur Umbenennung des Karl-Lueger-Rings in Universitätsring führte. Es gibt da auf der symbolischen Ebene viel zu tun. Es gab eine vom Stadtrat beauftragte kritische Untersuchung all dieser personenbezogenen Straßennamen, und diese wird demnächst sicherlich an die Öffentlichkeit gehen.

Außerdem haben wir es auf den Weg gebracht, dass auf einem sehr prominenten Platz in Wien, dem Ballhausplatz, endlich einmal der Helden gedacht wird, die sich im nationalsozialistischen Terrorregime dem Wehrdienst entzogen haben. Es wurde ein Deserteurdenkmal errichtet, das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Und ein ganz wesentlicher Punkt ist auch, dass die jüdischen Kultureinrichtungen, das Jüdische Museum ... (*GR Mag*

Dietbert Kowarik: Das ist so wesentlich, dass von Ihrer Fraktion kaum jemand da ist!) Ja, ich weiß, dass es Ihnen nicht taugt, dass die Deserteure geehrt werden!

Ein ganz wesentlicher Punkt ist auch die Pflege der jüdischen Kultureinrichtungen, aber auch der jüdischen Friedhöfe, etwa die Sanierung des jüdischen Friedhofes in Währing, in der Seegasse und so weiter.

Außerdem freut es uns auch sehr, dass es heuer gelungen ist, endlich einmal am Tag der Befreiung Österreichs, am 8. Mai, der für die Rechten ein Trauertag ist, während dieser Tag für uns immer ein Freudentag war, endlich einmal zu sagen: Wir feiern dieses Fest gemeinsam auf dem Heldenplatz. Das ist vor allem den Wiener Symphonikern zu verdanken, die dafür gesorgt haben, dass das ein wirkliches Fest der Freude ist und dieser Platz nicht jenen überlassen wird, die um das Ende des Dritten Reichs trauern. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Das war ja wirklich in diesem Zusammenhang eine Schande auf diesem Platz, und diese Schande ist nun getilgt, und ich hoffe, dass das auch in den künftigen Jahren so sein wird!

Ein zweiter Bereich, der uns besonders am Herzen liegt, ist, dass wir auch wahrnehmen, dass Wien eine diverse Stadt ist. Wien ist eine Zuwanderungsstadt. Laut offizieller Statistik haben 49 Prozent der Wienerinnen und Wiener einen sogenannten Migrationshintergrund, das heißt, dass entweder sie selbst oder ihre Eltern oder ein Elternteil zugewandert sind. Diese Menschen sind in der Vergangenheit angesichts der Bevölkerungsstärke in öffentlichen Einrichtungen und natürlich auch im Kulturleben weniger repräsentiert worden. In dieser Hinsicht konnten wir sehr viele Initiativen gemeinsam setzen. Es hat voriges Jahr ein großes Projekt namens „Pimp My Integration“ gegeben.

Eine Folge dieses Projektes war, dass man sich darüber Gedanken gemacht hat, wie es mehr Repräsentanz von Zuwanderern und Zuwanderinnen, von Migrantinnen und Migrantinnen in den Kultureinrichtungen geben kann. Dafür gibt es mehrere Initiativen, eine davon ist, dass ab 2014 eines der erfolgreichsten Theater, nämlich die Garage X, in ein größeres Haus, nämlich ins Kabelwerk übersiedeln wird. Das ist ein Theater, das ein eigenes Diversity Casting, also Schauspieler und Schauspielerinnen hat, die selbst zugewandert sind und sehr viel von den spezifischen Eigenheiten von Menschen mit Migrationserfahrung in Wien verstehen.

Asli Kislal, die sich in diesem Bereich sehr verdient gemacht hat, führt jetzt bereits ein sogenanntes „Diversity Labor“ durch, das derzeit im Kabelwerk beheimatet ist. Dieses wird dann wahrscheinlich auf den Petersplatz übersiedeln. Das ist eine Ausbildungsstätte, denn man hat gesehen, dass es vor allem beim Sprechtheater einen sehr großen Nachholbedarf betreffend die Ausbildung von Schauspielern und Schauspielerinnen gibt.

Das heißt, es gibt hier wahnsinnig viel. Es gibt selbstverständlich noch andere Initiativen, die niederschwellig mit unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen Theater und soziokulturelle Projekte machen. Manche Initiativen wie zum Beispiel die Brunnenpassage, machen das schon sehr lange, am Hundsturm im 5. Bezirk

hat Wolfgang Schlag, der diesen jetzt leitet, aber ganz neue Erfahrungen und tolle Projekte bei den Festwochen gemacht.

Wie Isabella Leeb dankenswerterweise schon erwähnt hat, gibt es auf Grund unserer Initiative eine neue Initiative, nämlich das „Kültür Gemma!“, in deren Rahmen wir gezielt Migranten und Migrantinnen fördern, die ein Jahr lang ein Stipendium von 1 000 EUR pro Monat bekommen, um neue Initiativen auf den Weg zu bringen.

Ich glaube auch, dass es Sinn macht, hier sehr personenbezogen noch mehr zu fördern, und ich hoffe, dass wir diese Projekte ausbauen können.

Wir tun, wie gesagt, trotz relativ knapper Budgets hier unser Bestes, und es ist wirklich auch im internationalen Vergleich erstaunlich – und ich glaube, darauf können wir stolz sein! –, wie viel wir in diesem Bereich auf den Weg gebracht haben. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 16 Minuten.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Vorweg wollte ich auch noch feststellen: Diesen beiden Anträgen der ÖVP betreffend einen jährlichen Subventionsbericht – das ist eine alte Forderung von uns – und die Zielvereinbarung bei größeren Kulturorganisationen einerseits und betreffend Straßenbenennungen andererseits werden wir zustimmen.

Ich kann mich eigentlich vollinhaltlich dem anschließen, was Kollegin Leeb gesagt hat. Ich möchte feststellen – werde aber nicht länger darauf eingehen, weil mein Kollege Eisenstein ohnedies über diese Dinge sprechen wird –, dass wir darauf Wert legen, dass nichts umbenannt wird. Zusatztafeln sind in Ordnung. Wir betrachten heute die Geschichte vielleicht mit anderen Augen, als die in der jeweiligen Zeit Lebenden diese gesehen haben. Das ist klar, wir wollen aber keine Umbenennungen.

Wenn hier steht, dass es sich um objektivierbare Verdienste handeln muss, dann sage ich: Keine Frage! Das ist nichts besonders Neues. Eine historische Vorabprüfung gibt es schon lange, und eine Interkalarfrist gibt es auch schon lange. Mit dem Wien-Bezug, vor allem im Zusammenhang mit Gender, werden wir allerdings – da bin ich deiner Meinung – Schwierigkeiten haben. Ein Beispiel: Bei Janis Joplin und Edith Piaf ist ein Wien-Bezug, außer dass man diese Musik auch hier vielleicht gern hört, wahrscheinlich nicht gegeben, wir haben aber jetzt Straßen nach ihnen benannt. – Wir werden sehen, wie sich das anlassen wird!

Im Antrag ist ja auch von einem „verstärkten“ Bezug die Rede, denn wenn man dieses Wort nicht hinzufügt, wird es wahrscheinlich aus den eben genannten historischen Gründen lange dauern, bis es mit dem ausgeglichenen Verhältnis so weit ist.

Widerspiegelung der Diversität als Zuwanderungsstaat: Ja. Wenn die anderen Punkte erfüllt sind, dann haben wir überhaupt nichts dagegen. Wenn es objektivierbare Verdienste für die Stadt Wien gibt, dann soll das

so sein!

Kollege Lobo! Ich muss dir übrigens sagen: Wir freuen uns auch, dass endlich der 8. Mai in der Form gewürdigt wird, wie man sich das vorstellt! Er wird jetzt offiziell gewürdigt mit Konzert und mit Mahnwache des Bundesheeres. Endlich wird dieser Tag vom offiziellen Österreich wahrgenommen! Das ist das, was wir wollten. Und wir haben selbstverständlich – wenn wir schon von Straßennamen reden – auch der Benennung „Straße des 8. Mai“ aus diesen Gründen zugestimmt.

Betreffend den Rechnungsabschluss kann ich mich in meiner Kritik eigentlich auch der Kollegin Leeb anschließen. Ich möchte aber die Gelegenheit wahrnehmen, ein bisschen über Dinge zu reden, die nicht geschehen sind.

In diesem Zusammenhang ist in erster Linie das Wien Museum zu nennen. Wir haben gerade keine ganz schlechte Zusammenarbeit im Kulturausschuss, und ich werde jetzt hinsichtlich des Wien Museums nicht polemisieren. Dazu wird es vielleicht noch eine Gelegenheit geben, wenn es denn so sein soll. Ich werde aber meine Meinung und die Meinung meiner Fraktion sagen, was wir uns hinsichtlich des Standortes des Wien Museums wünschen würden und was unserer Meinung nach der richtige Standort wäre.

Erstens steht im Regierungsübereinkommen von 2010, dass ein architektonisches Signal gesetzt und eine biologische Bauweise gewählt werden sollen. Diese beiden Kriterien stehen im Regierungsübereinkommen. Dann ist aber lange nichts geschehen, dann hat man sich irgendwann auf zwei Standorte festgelegt, und hinsichtlich dieser zwei Standorte wurde einiges unternommen. Im Architekturzentrum gab es eine Enquete mit 40 Experten aus dem In- und Ausland – Architekten, Museumsbetreiber, Stadtplaner und so weiter –, die ihre Meinung dazu gesagt haben. Diese Meinung ist meinem Gefühl nach in eine gewisse Richtung gegangen.

Daraufhin gab es zwei Architektengruppen, die den Auftrag hatten, sich mit dem jeweiligen Standort, also dem Hauptbahnhof beziehungsweise dem Karlsplatz, zu beschäftigen. Ich war auch bei der entsprechenden Veranstaltung zugegen und habe mir das gerne angehört. Neulich war ich auch bei einer Podiumsdiskussion im „Panorama“ über Kunst und Kultur am Hauptbahnhof, wo unter anderem Frau Husslein und Herr Spiegelfeld diskutiert haben.

Meine Meinung dazu ist: Selbstverständlich gibt es für alles ein Pro und ein Kontra, ein Für und ein Wider. Zunächst kann die genannte Summe von 70 oder 100 Millionen EUR – ich weiß es jetzt nicht genau, aber sagen wir einmal, dass es 100 Millionen EUR sind – natürlich nicht alles sein. Denn was immer man tut: Entweder es ist dann oben am Hauptbahnhof noch nichts, oder es bleibt unten ein verlassener, ein bisschen auffälliger Haerdtl-Bau übrig, mit dem auch etwas geschehen muss.

Also wenn man sich mit der Sache auseinandersetzt, sollte man schon die Gesamtheit sehen. Wir können doch, wenn wir uns an das erinnern, was die Architekten gesagt haben, nicht wegschieben, dass der Karlsplatz in

diesem Bereich dringend einer Überarbeitung bedarf. Wir haben unterschiedliche Besucherzahlen auch jetzt schon: eine viertel Million – der Christian Kircher wird mir das bestätigen – in der Karlskirche, 150 000 im Wien Museum, hat der Architekt damals gesagt. Das Wien Museum ist zugeklebt von diesem hässlichen Winterthur-Gebäude – es ist ja ein frei stehender Pavillon geplant gewesen –, zugeklebt von Hecken und Grünpflanzen. Nichts gegen Grünpflanzen, aber in diesem Fall kann der Bau ja nur wirken, wenn er frei steht.

Meines Erachtens lebt der Karlsplatz als Platz nicht in diesem Bereich, und es kann nur ein Ziel sein, diesen Platz zu einem lebendigen Stadtplatz zu machen. Deswegen muss man den ganzen Karlsplatz im Auge behalten. Das geht so nicht. Ich habe sogar schon einen radikalen Vorschlag gehört vom Herrn Mauthe, dass man überhaupt die Ringstraße dort untertunnelt und dort einen großen Veranstaltungsplatz macht. Warum nicht? Ich bin für alle radikalen Vorschläge! Auch wenn wir dann im Endeffekt dagegen sein sollten aus irgendwelchen Gründen, aber es ist mir lieber, ich kann irgendwo dagegen sein, als es kommt keine Entscheidung. *(Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Dann ist diese Diskussion gewesen zum Quartier Belvedere. Die habe ich mir oben im „Panorama“ angehört und habe mich auch zu Wort gemeldet. Ich meine, die Frau Husslein ist eine sehr erfolgreiche Museumsdirektorin – das wird vielleicht jetzt die SPÖ nicht so freuen, aber mit 1,2 Millionen Besuchern kann man sie nur als erfolgreich bezeichnen –, aber wenn man dann von einer Achse Schwarzenbergplatz-Belvedere-Hauptbahnhof redet, dann frage ich mich: Für wen soll das eine Achse sein? Für Susanne Bluma und mich, für uns vielleicht, weil wir auch Läufer sind? Einmal Oberes Belvedere, einmal Unteres Belvedere, eine Runde ist eineinviertel Kilometer. Jeder, der Museumsbesucher ist, wird unten stehen und sich denken: Nein, das schaue ich mir jetzt nicht mehr an, denn da muss ich eine viertel oder eine halbe Stunde hinaufhatschen. Also von einer Achse würde ich hier nicht reden. Außerdem kann ich eine Achse ja nicht so bilden, dass ich eine andere Achse, nämlich die am Karlsplatz, vielleicht zerstöre.

Meine größte Sorge ist, wenn es so sein sollte – und es sind ja jetzt Experten der Baudirektion auch planerisch befasst und dabei, sich mit der ganzen Problematik Karlsplatz zu beschäftigen –, wenn es so sein sollte, dass das Museum doch nicht am Karlsplatz bleibt, dann ist meine größte Befürchtung: Was passiert dann mit dem Haerdtl-Bau? Da muss auch umgehend etwas passieren, denn wenn wir uns das anschauen, haben wir unten im Keller Senkungsrisse, da ist Sanierungsbedarf gegeben, auf der Ringstraßenseite ist alles eingerüstet. *(Zwischenruf von Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny.)* An der Zweierlinie. Entschuldigung! Danke für die konstruktive Kritik, Herr Stadtrat. Also es ist eingerüstet. Es muss was passieren, und wenn die dort ausziehen sollten, könnte ich jetzt schon schwören, das bleibt jahrelang leer. Außerdem muss man erst wieder 50 Millionen oder so in die Hand nehmen, um das auf den neuesten Stand zu bringen. Also ich habe so im Hinter-

kopf, dass das ein Schicksal wie bei den Sofiensälen wird, dass das dann irgendwann vielleicht einmal abrennt, und dann wird irgendein Investor daraus Privatwohnungen oder Ähnliches machen. Solche Dinge stehen im Raum.

Und jetzt, ob es ihm passt oder nicht – aber jetzt ist er auch schon weg; also das ist lustig, beim Lobo habe nur zwei Grüne zugehört und bei mir jetzt praktisch nur mehr einer; ah, da ist er –, gut, du bist da Klaus, tut mir schrecklich leid, aber ich muss dich jetzt auch loben. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Mich?)* Ja, wirklich, das möchte ich ganz ausdrücklich betonen. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo, sich von seinem Platz erhebend: Ich geh jetzt! – Er setzt sich aber doch wieder.)* Über die Idee kann man diskutieren. Der Herr Spiegelfeld hat in einer Diskussion gesagt, er möchte gerne oben diesen Platz beim Hauptbahnhof beleben, auch mit Restaurants, mit Bars. Jetzt ist das schon einmal ein schwieriger Platz, weil er vom 10. Bezirk durch massive Schienenstränge abgeschnitten ist. Auf der einen Seite ist ein Park, dahinter ist das nicht massiv belebte Arsenal, davor ist der Gürtel. Dieses Eck zu beleben, wenn dort keine Wohnungen sind, wird kaum gehen, aber wenn ich es belebe, belebe ich es nicht mit dem Wien Museum, denn das sperrt um 18 Uhr oder so auch zu, und damit haben wir am Abend wieder die Rollläden herunter.

Also eine Musical-Halle oder eine Veranstaltungshalle oder eine Konzerthalle oder irgend so etwas anzudenken – es wird übrigens auch angedacht vom Erste Campus –, dort etwas zu machen, das so groß ist, damit sich, wie schon der Peter Weck gesagt hat, das Musical vielleicht auch selbstständig trägt, mit 2 500 Plätzen, sagen wir einmal, ist keine so schlechte Idee, lieber Ernst. Ich nehme an, du hast das nicht selber geschrieben, denn wenn wir von zeitgenössischer Architektur sprechen und sagen, wir wollen ein architektonisches Signal setzen, und ich muss dann von dir lesen, seelenlose Hallen, dann frage ich dich: Warum muss das eine seelenlose Halle sein? Dort kann ich alles hinbauen, alles, was wirklich architektonisch toll ist. Die Oper in Valencia von Calatrava haben wir uns angeschaut. Das ist ja auch keine seelenlose Halle, sondern das ist ein Monument zeitgenössischer Architektur. Also mit diesem Argument würde ich das nicht abschießen wollen.

Dann könnte man vielleicht das Ronacher zu einer Kleinkunstabühne machen. Kabarett füllt alles. Die Leute zahlen, damit sie die Kabarettisten sehen. Das wäre eine wunderbare Nutzung. Es gäbe schon Vorschläge, denn mit den Vereinigten Bühnen haben wir ja auch ein ungelöstes Problem, weil das Defizit immer größer wird. Ich weiß, die Frau Zechner hat keine Eigenproduktionen gemacht, nichts, was man verkaufen kann. Die letzte Produktion „Legally Blonde“ oder „Natürlich Blond“ haben wir alle gesehen, und die ist irgendwie unisono von uns allen nicht so als der Renner bezeichnet worden. Da sieht man schon, wir haben recht gehabt, es wird sich nicht so gut verkaufen.

Das heißt, das Problem wird größer, und wir müssen das Problem irgendwie in den Griff bekommen. Und da stellt sich schon die Frage, ob nicht eine Strukturände-

zung bei den Vereinigten Bühnen etwas ist, was angesagt ist. Also ich stehe nicht an zu sagen, der Ansatz vom Klaus ist ein guter, und den werden wir auch weiterverfolgen.

Ich habe ja schon gesagt, warum ich jetzt für den Karlsplatz eigentlich eine starke Präferenz habe. Mir fehlt auch da oben die Sichtbarkeit des architektonischen Signals. Okay, da kann man darüber streiten. Vorne ist der Erste Campus, man sieht es, polemisch gesagt, eigentlich nur vom Schweizergarten. Wenn man mit dem Hund äußerln geht, dann sieht man, dass da ein schönes Gebäude steht. Von unten wird man es wahrscheinlich wenig sehen, da geht es ja auch noch bergab. Also das Gebäude müsste schon gewaltig hoch sein, höher als der Erste Campus, damit hier wirklich etwas Sichtbares über bleibt.

Wir werden sehen, was die Baudirektion sagt. Wir wissen alle, der Karlsplatz ist, so wie er ist, eigentlich schon ein Problem und gehört umgearbeitet. Was sein würde, wenn das Wien Museum dort wegkommt, wage ich mir gar nicht vorzustellen. Wie gesagt, ich fürchte, eine Ruine.

Jetzt fällt mir auf, ich habe noch immer drei Minuten zum Reden und habe die ganze Botschaft schon überbracht. Deswegen werde ich einmal nett sein und aufhören, sodass meine Kollegen vielleicht zwei Minuten länger reden können.

Den Rechnungsabschluss lehnen wir übrigens ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Troch. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten.

GR Dr Harald **Troch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn man über Kultur debattiert, über Kultur in Wien, dann gibt es auch einen Begriff, der mit Kultur ganz, ganz eng verbunden ist und der in dieser Debatte nicht fehlen sollte, und dieser Begriff, das ist die Erinnerungskultur, das heißt, auch in der Kultur und nicht nur in der Politik der Aspekt des Erinnerns, der Aspekt der Kontinuität, der Aspekt der Geschichte dieser Stadt, die auch Basis ist, wie wir uns als Wiener heute fühlen, was wir sind, was wir kulturell, was wir wirtschaftlich, was wir sozial darstellen.

Da gibt es eine ganze Menge, und ich möchte mit ein paar Daten beginnen. Ich weiß, im Geschichtsunterricht sind Jahreszahlen nicht das Wesentliche, sondern das analytische, das vernetzte Denken, das Erfassen und Verstehen von Geschichte und von historischen Prozessen. Aber wir befinden uns bald im Jahr 2014, und wenn ich von 2014 100 abziehe, bin ich im Jahr 1914 – ich glaube, dieses für Europa so schwierige, entscheidende und dramatische Jahr brauche ich nicht zu erläutern –, und wenn ich noch einmal 100 Jahre zurückgehe, dann bin ich im Jahr 1814 beim Wiener Kongress. Ich glaube, damit haben wir zwei historische Daten, die in der kulturellen und geschichtlichen Auseinandersetzung, auch in der Wissenschaft, die in Wien ein starkes Zuhause hat, eine Rolle spielen sollten. Das heißt, 200 Jahre Wiener

Kongress, 100 Jahre Beginn des Ersten Weltkrieges, das sind natürlich ganz, ganz wesentliche Daten.

Wenn ich ins letzte Jahrhundert schaue, dann ist natürlich der Erste Weltkrieg von großer, auch schlimmer Bedeutung, aber die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, die unmittelbar in den Zweiten Weltkrieg führte, ist natürlich das zweite entscheidende, einschneidende Erlebnis in der Geschichte der Stadt. Diese Zeit war geprägt von Diktatur, Rassismus, Umvolkungsideologien, Lebensraum im Osten, Vernichtung anderer Volksgruppen, die vom deutschen Raum ausgingen. All das sind natürlich wesentliche inhaltliche Meilensteine, mit denen man sich auseinandersetzen muss, wenn man die Katastrophe, in die der Nationalsozialismus geführt hat, beleuchten will.

Bis dahin waren Zeitzeugen natürlich ein wesentliches Moment der Auseinandersetzung mit Geschichte – mir als Simmeringer fällt da unmittelbar der Name Rosa Jochmann ein –, aber es leben ja heute kaum mehr Zeitzeugen. Das heißt, es ist eine Epochenwende, wie wir uns der Erinnerungskultur stellen, wenn es diese Zeitzeugen – aktive Mitgestalter in der Zivilbevölkerung, im Widerstand, im Regime, in der Wehrmacht, wo auch immer – nicht mehr gibt. Daher sind, denke ich mir, umso mehr geeignete Schritte zu setzen, um diese Erinnerungskultur und das Nichtvergessen lebendig zu halten. Das heißt, erstens ein Weiterführen der Archivierung der Information, die es aus dieser Zeit gibt, zweitens die wissenschaftliche Aufarbeitung und drittens die öffentliche Dokumentation. Dabei spielen natürlich Denkmäler, Gedenkstätten, aber auch Gedenktage eine große Rolle. Aber nicht nur das, auch Straßenbenennungen sind hier ein Moment der Erinnerung, ein Moment auch der geschichtlichen Auseinandersetzung.

Das ist heute hier schon erwähnt worden, Straßenbenennung ist in Wien eine Herzenssache, noch dazu, wo Wien eine außerordentliche Tendenz hat, Straßen nach Toten zu benennen, viel, viel stärker als andere Städte dieser Welt. Das kann man interpretieren, egal, das ist einfach eine Tendenz, die hier in Wien mit der Verherrlichung der wunderbaren großen Friedhöfe, würde ich sagen, einhergeht. Und, ja, das ist auch ein Teil dieses Wiens.

Nun zur Straßenbenennung. Die Studie, an der Univ-Prof Oliver Rathkolb gearbeitet hat, ist ja im Finale. Sie wird demnächst, wahrscheinlich Anfang Juli, sage ich jetzt einmal, vorgestellt werden. Es geht um geschichtlich belastete Namen. Es geht hier um 4 100 Namen dieser Stadt, es geht natürlich nicht um alle, es geht um einzelne, und wir wollen uns anschauen, welche Probleme es da tatsächlich gibt. Ich denke mir, etwas, was insgesamt für die Erinnerungskultur gilt, muss insbesondere für die Namen gelten, auch für jene, die wir als belastete Namen empfinden. Dabei geht es nicht um eine Dämonisierung des Bösen, und man braucht nicht Christ zu sein – man kann auch Christ sein, aber man braucht nicht Christ zu sein –, um an das Gute und das Böse zu glauben, sondern das ist in der Politik, im menschlichen Alltag virulent. Das Gute und das Böse mögen auch bei so manchen personenbezogenen Straßennamen auftau-

chen, aber die Dämonisierung des Bösen ist nicht die Lösung, sondern die Auseinandersetzung. Daher bin ich da im Wesentlichen bei einigen meiner Vorredner, und ich glaube nicht, dass das Heil in der Umbenennung von Straßennamen liegt, sondern auch in der Auseinandersetzung

Lueger hat hier eine Rolle gespielt. Wir haben ja mehrere Objekte, die den Namen Lueger tragen. Ich stehe zur Lueger-Kirche in Wien-Simmering – das ist ja bekannterweise mein Heimatbezirk –, wir haben auch einen Lueger-Platz, was ich nicht passend gefunden habe, war – das sage ich schon seit Jahren –, dass die Adresse, an der sich die Universität befindet, die Universität, die eine der großen Opferstätten der antijüdischen Säuberung der Nationalsozialisten war, den Namen eines bekannten Antisemiten trägt. Das habe ich höchst unpassend gefunden und das hätte nie zu einem Frieden in dieser für mich beklemmenden Situation geführt. Daher finde ich es weise, dass wir diesen Beschluss gefasst haben, der Universität diesen Namen in ihrer Adresse zu geben, den sie selbst trägt, nämlich den Universitätsring, so wie es in vielen Städten üblich ist, dass Orte auch den Namen ihrer Funktion tragen.

Also was ich mit Lueger sagen will, ist, dass hier eine differenzierte Sichtweise angebracht ist, und das hat Wien damit auch zum Ausdruck gebracht. Ein bewusster Umgang mit diesen Namen bedeutet aber auch, wo Sonne ist, da ist auch Schatten. Es gibt einfach ein paar belastete Namen, die wir uns dann genauer anschauen werden. Ich glaube, es wäre auch gescheit, wenn die politischen Akademien der Parteien Symposien machten, in denen sie sich damit auseinandersetzen und auf Sonne und Schatten einzelner Persönlichkeiten der Wiener Stadtgeschichte, der Geschichte unseres Landes verweisen.

Mein Vorredner, Kollege Ebinger von der FPÖ, hat gesagt, nichts umbenennen – mit etwas Schnaufen, so habe ich das interpretiert –, aber die FPÖ selbst hat sich ja hier schon artikuliert, dass eigentlich der Karl-Marx-Hof umbenannt werden sollte. Ich kann mich an diese Reden erinnern und nehme zur Kenntnis, dass Ebinger für die FPÖ hier einen Kurswechsel vollzogen hat: Keine Umbenennungen! Der Karl-Marx-Hof wird also diesen Namen weiter behalten. Ich denke mir, das passt auch zur Geschichte der Sozialpolitik, des sozialen Bewusstseins der Gegengesellschaft zu einem rein Manchesterkapitalistischen System. Da hat ja Karl Marx einiges geleistet, und das ist auch der Punkt, wo wir hier im Sozialpolitischen Verdienste von Karl Marx sehen.

Zur historischen Vorprüfung. Kollege Ebinger sagt, die historische Vorprüfung gibt es schon lange. Ich muss einmal sagen, oft nicht zur Freude der FPÖ gibt es diese historische Vorprüfung von Namen schon lange, denn einige Namen, die belastet waren aus den 40er Jahren, mussten hier aussortiert werden. Und dazu stehen wir auch.

Nun, ich darf heute einen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen betreffend Straßenbenennungen in Wien und darf diesen Antrag gleich übergeben. Beschluss- und Resolutionsantrag:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass ein Kriterienkatalog für Neubenennungen erstellt wird, dass aus der historischen Untersuchung der Wiener Straßennamen gewonnene Erkenntnisse als Grundlage für den künftigen Umgang mit historisch belasteten Namen von Verkehrsflächen in Wien und zu einer Absprache mit den zuständigen Bezirken herangezogen werden und bei künftigen personenbezogenen Verkehrsflächenbenennungen verstärkt weibliche Persönlichkeiten berücksichtigt werden mit dem Ziel, einen Gleichstand an weiblichen und männlichen Straßennamen zu erreichen.

In formeller Hinsicht beantrage ich die sofortige Abstimmung.“ (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich freue mich, dass es gelungen ist, dass alle politischen Parteien hier in eine Richtung ziehen. Ich denke mir, hier einen gemeinsamen Weg zu finden, ist ganz einfach eine gute Geschichte.

Ich möchte nun an den Beginn meiner weiteren Ausführungen ein Zitat stellen, ein Zitat von Joseph Joubert, ein französischer Intellektueller, Essayist – Moralist hat man damals auch gesagt –, der um 1800 gelebt hat. Er sagt: „Abwesenheit muss man durch Erinnerung ergänzen. Das Gedächtnis ist der Spiegel, in dem wir die Abwesenden erblicken.“

Und die Abwesenden, von denen ich hier spreche, das sind vielfach jene Menschen, die in der Zeit des Holocaust vernichtet wurden, vertrieben, gedemütigt, vernichtet wurden; nicht nur Juden, aber vor allem Juden und Jüdinnen aus dieser Stadt. Daher ist dieses Thema jüdisches Erbe in Wien auch ein Anliegen der Erinnerungskultur dieser Stadt. Ich darf hier auf das Jewish Welcome Service verweisen, wo ja aktiv und in großem Umfang versucht wird, vertriebene Juden wieder nach Wien zu bringen, sie mit dieser Stadt auszusöhnen als hohes Ideal und auch ihre Nachkommen mit Wien wieder vertraut zu machen.

Der Problembegriff Wiedergutmachung ist hier nicht angebracht. Eine Wiedergutmachung gibt es nicht und kann es nicht geben gegenüber dem, was damals passiert ist, aber das Thematisieren und das Lernen aus dieser Geschichte ist ein hoher politischer und pädagogischer Anspruch.

Verweisen möchte ich auch auf den Leon Zelman Preis, den heuer der Verein Gedenkdienst erhalten hat, der sich einsetzt für die Überlebenden des Holocaust, für die Bewahrung ihrer Erfahrungsgeschichte und die Vermittlung und Weitergabe dessen an zukünftige Generationen. Das war ein Vorschlag unseres Kulturstadtrates Andi Mailath-Pokorny, und zu diesem Leon Zelman Preis und zur heurigen Entscheidung, ihn an den Verein Gedenkdienst zu übergeben, kann ich unserem Kulturstadtrat nur herzlich gratulieren.

Der 8. Mai, das Fest der Freude, der Befreiung, das ist hier schon gefallen. Man muss dazu sagen, Österreich ist eigentlich als Antithese zum Nationalsozialismus entstanden. Das heißt, die Zweite Republik ist diese Antithese, und dieses Fest mit den Symphonikern symbolisiert auch die Antithese zur Diktatur. Statt Diktatur wollen wir Demokratie und Zivilcourage, statt Rassismus

wollen wir Toleranz und Miteinander, statt einer auf Krieg und Militarismus aufgebauten Gesellschaft wollen wir eine friedliche Gesellschaft und statt Antisemitismus sagen wir Ja zum jüdischen Erbe Wiens.

Jüdisches Erbe Wiens, das ist auch das Jüdische Museum Wiens, hinter dem die Stadt Wien mit ihrer Wien Holding ja auch ganz, ganz aktiv steht und hier phantastische Ausstellungen durchführt, aber es ist hier auch schon das Wien Museum genannt worden, das Wien Museum, das die Wiener Geschichte in ihrer ganzen Spanne abdecken soll. Für mich ist die Standortfrage keine primäre Frage, das ist nicht die primäre Causa, sondern ein Museum hat einen Zweck. Und wie Bruno Kreisky schon gesagt hat, die alte Frage der römischen Republik in der Politik ist Cui bono? Wem nützt es? Und diese Frage, wem nützt es, sollten wir uns auch hier bei dieser politischen Entscheidung stellen. Für mich zählt da nicht das Motto, ich weiß nicht, wohin ich will, aber umso schneller bin ich dort, nach unserem Kabarettisten Qualtinger. Manche Dinge brauchen Zeit, und ich denke mir, die Entscheidung über das Wien Museum ist eine Entscheidung, die über viele Jahrzehnte halten soll und muss. Daher ist hier mit Klugheit vorzugehen und zu entscheiden. Die Anforderungen an ein modernes Wien Museum sind für mich, dass es dialogisch ist, dass es interaktiv mit den Benützern, egal, ob alt oder jung, ist, dass es plastisch und anschaulich die wunderbare Sammlung des Wien Museums präsentiert, dass es niederschwellig ist, dass primär auch – wie man so schön oder weniger schön in der Soziologie sagt – kulturferne Bevölkerungsgruppen motiviert werden, ermuntert werden, das Wien Museum zu besuchen. Und ich stehe dazu, wie es im rot-grünen Regierungsabkommen heißt: Es soll ein architektonisches Signal werden. Dazu muss man sich auch überlegen: Wo ist ein guter Platz, um ein architektonisches Signal, so wie es im rot-grünen Regierungsabkommen genannt wird, gesetzt werden kann?

Abschließend noch kurz zwei Dinge. Eine Sache sind einmal die Vereinigten Bühnen Wien, die schon genannt wurden. Auch hier sehe ich den Punkt der Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe. Eigenproduktionen, die gemacht werden, kosten natürlich auch Geld – ich habe das Musical „Elisabeth“ schon zwei Mal gesehen; ich finde es phantastisch, ich finde es eine wunderbare Auseinandersetzung mit österreichischer und mit der Wiener Geschichte –, und ich will gar keine billigen Produktionen, die wir in New York oder in Hamburg kaufen, sondern solche, die wir aus der eigenen Identität, aus der eigenen Geschichte schöpfen. Wir haben hier ja auch reichlich Institutionen in der Stadt Wien, etwa die Magistratsabteilung 8, die Magistratsabteilung 9, den Verein für Geschichte der Stadt Wien, die hier Bedeutendes mit ihren Sammlungen leisten, ebenso wie mit ihrer elektronischen Aufarbeitung und Präsentation. Es läuft ein spannendes Buchprojekt seit 2012: „Leben in Wien im Ersten Weltkrieg.“ Im nächsten Jahr ist eben das 100-jährige Jubiläum, da wird es dann präsentiert werden.

Gesagt worden ist noch, mehr Mut bei der Aufteilung

der Budgetmittel. Das hat die Kollegin Leeb gemeint. Ich glaube, der Stadtrat hat diesen Mut, und wenn man sieht, welche Mittel in die Erinnerungskultur fließen, dann denke ich mir, das ist gegeben. Es geht um die Niederschwelligkeit auch in der Kultur, und die SPÖ steht dafür, dass wir die reiche kulturelle Tradition Wiens bewahren, dass wir mehr Avantgarde fördern, weil die moderne Kunst und Kultur das spannende Feld der Auseinandersetzung von Kultur mit Politik, mit moderner Gesellschaft ist, und dass wir letztlich unserer demokratischen und alten Forderung treu bleiben: Kunst und Kultur ins Volk! – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zuerst ein paar Zahlen des Ressorts, die ja auch zum Rechnungsabschluss gehören, nennen. 2011 sind knapp 241 Millionen EUR ausgegeben worden, im Rechnungsabschluss diesmal rund 243 Millionen, im Voranschlag 2012 stehen 229 Millionen. Sie sehen schon, das ist deutlich unterschiedlich zum Voranschlag. Die Kritik ist genauso ähnlich wie beim Budget der Verkehrsstadträtin, obwohl natürlich die Kulturaktivitäten der Bezirke hier beim Rechnungsabschluss einfließen. Beim Voranschlag bei der Kultur ist es ist genauso: Voranschlag und Rechnungsabschluss klaffen weit auseinander. Hier gleicht eben das Rechnungswerk der Stadt Wien einem Traumbüch! Und auch hier noch einmal der Hinweis auf Transparenz.

Zum Kollegen Lobo darf ich zwei Punkte sagen, die mir aufgefallen sind. Das ist einerseits die Frage IG Kultur, die er da gelobt hat. Die IG Kultur hat nur die Hälfte jener Mittel bekommen, die sie eigentlich beantragt hat. Und die zweite Diskussion, dass sich der Bund aus der Finanzierung der Kultur der Stadt zurückzieht, das ist, lieber Klaus Werner-Lobo, nichts Neues. Auch der Herr Stadtrat hat schon in der letzten Periode unseren damaligen Staatssekretär Morak kritisiert, dass sich der Bund aus der Finanzierung zurückzieht. Dann hat er seine Ministerin Schmied bekommen. Und was ist jetzt die Kritik? Genau dasselbe, was wir schon hatten. Offensichtlich sind Sparmaßnahmen ein wesentlicher Punkt der öffentlichen Hand.

Aber ich komme nun zu meinen eigentlichen Punkten. Ich möchte mich mit vier Sachen beschäftigen. Einerseits mit der missglückten oder, je nach Standpunkt, wenig erfolgreichen Theaterreform und deren Folgen, zweitens möchte ich die nicht stattfindende Diskussion zum Wien Museum ganz kurz streifen, drittens auf den für Wien derzeit erfolgenden Bettenausbau-Boom im Tourismus hinweisen – ich weiß, das gehört in Wirklichkeit zur Finanzstadträtin, aber wird sozusagen aus dem Kulturbudget bestückt, wenn man so sagen kann –, und viertens möchte ich das Thema um das jüdische Erbe ansprechen. Der Kollege Troch hat das so ganz besonders hervorgehoben, aber er hat eines vergessen, den Kulturskandal um den jüdischen Friedhof in Währing.

Das ist wirklich ein Skandal, denn dafür hat die Stadt Wien schon lange Mittel vorgesehen und hat nichts gemacht. (*GR Dr Harald Troch: Das Torwärterhaus!*) Na bitte, das Torwärterhaus ist ein bisschen wenig beim Friedhof. Ich habe ein ganzes Paket, begonnen von Aussagen des Herrn Bürgermeisters bis zu „Heute“, was mit dem Friedhof in Währing bisher passiert ist beziehungsweise nicht passiert ist.

Ich beginne kurz mit der Theaterreform. Ich möchte darauf hinweisen, dass einige durchaus erfolgreiche Institutionen wie die Kammeroper, das Odeon, Kosmos Frauenraum oder der von Wien abgewanderte Hans-Gabor-Gesangswettbewerb, der nicht unbedingt direkt etwas mit der Theaterreform zu tun hat, durchaus keine Highlights des Herrn Stadtrates sind.

Kommen wir zum Kosmos Frauenraum, 1998 gegründet als Verein Link, Verein für weiblichen Spielraum. Der Kosmos Frauenraum wurde seit damals von der Intendantin Barbara Klein geführt. Komponistinnen, Theaterproduktionen von Frauen, Regisseurinnen legen Augenmerk auf Stücke, wo größtenteils Männer in der Position von Autoren beziehungsweise in der Regie oder Choreographie sind.

Ich habe mir vor Kurzem die Premiere von „Being Else – ein multiples System“ angeschaut. Regie und Choreographie von Frauen, im Originaltext nach Arthur Schnitzlers „Fräulein Else“. Es ist dies ein Stück, in dem eine multiple Persönlichkeit verzweifelt versucht, dem Missbrauch zu entgehen und zu entrinnen, ein Stück, das an Aktualität nichts eingebüßt hat. Und jetzt versucht man, Barbara Klein um jenen Betrag, der ursprünglich für die Vertragsbeendigung vereinbart worden ist, zu bringen. Denn ursprünglich waren 700 000 EUR vereinbart bei Beendigung des Vertrages. Zuerst bot man ihr knapp 100 000 an, jetzt ist man bei ungefähr 200 000. Und wenn man denkt, dass man im Vorjahr rund um den Frauentag – ich kann mich an eine Diskussion im „Kurier“ erinnern – 50 000 EUR an Fördermitteln kurzfristig gestrichen hat, wundert es mich nicht, dass man dann nach einer öffentlichen Empörung diese Kürzung sehr schnell zurücknahm. Ich sage Ihnen alles im Lichte von Ablösen, die man offensichtlich nicht zahlen will.

Meine Damen und Herren! In Zeiten von Rot-Grün sind offenbar Frauen nicht mehr so wichtig, denn das Migrantentheater und das Kosmos Theater sollen jetzt nämlich laut Theaterjury als Proberaum für andere Bühnen vorgesehen werden. Also eine ganz eigenartige Vorgangsweise, wie man hier versucht, mit dem Kosmos Theater umzugehen. (*Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.*) Es ist einfach eine Sache, die durchaus interessant ist. (*GR Mag Klaus Werner-Lobo: Das ist einfach nicht so!*) Es ist eine Geschichte, die mir sozusagen erzählt worden ist und von der ich glaube, dass sie durchaus mit der Realität in Einklang steht. (*GR Mag Klaus Werner-Lobo: Wer hat Ihnen das erzählt?*)

Ich darf nämlich erinnern: Wie war das bei der Kammeroper, die jetzt als Filiale des Theaters an der Wien fungiert, oder beim Odeon, wo man versucht hat, die Mietverträge in die Hand zu bekommen? Die relativ brutale Geschichte mit der Frau Gabor um die Kam-

meroper hat natürlich dann dazu geführt, dass man den Hans-Gabor-Belvedere-Wettbewerb an Amsterdam verloren hat. Der 32. Wettbewerb findet halt in Amsterdam statt, und der heuer erstmals stattfindende Walter-Jurmann-Gesangswettbewerb, veranstaltet vom Konservatorium der Stadt Wien, stellt eher einen hilflosen Ersatz dar.

Kommen wir zum zweiten Punkt, zum Wien Museum. Meine Kollegin Isabella Leeb, aber eigentlich auch alle anderen haben schon die problematische Diskussion rund um Standort, Inhalt und so weiter des Wien Museums gestreift beziehungsweise beleuchtet. Meine Damen und Herren, auch wenn es in der rot-grünen Vereinbarung drinnensteht, dass man hier ein Leuchtturmprojekt machen will, so sind einmal drei Jahre vergangen. Der Herr Bürgermeister hat sich Anfang des Jahres dieses Themas sozusagen angenommen, er hat die Stadtbauverwaltung herangezogen – und seitdem ist Stille, würde ich sagen.

Mir fehlt hier einfach eine Entscheidung, wie es weitergehen soll. Man kann sich nicht immer darauf ausreden, dass irgendwas irgendwann passieren wird. Man will sich offenbar hier eine internationale Blamage betreffend Standort und Wunsch nach einem architektonischen Landmark ersparen. Ja, meine Damen und Herren, das kann durchaus sein, wir glauben nur, dass es notwendig ist, wirklich langsam zu einer Entscheidung zu finden. Es soll, wie der Kollege Troch gesagt hat, durchaus gut vorbereitet sein, aber es muss endlich wieder diskutiert werden. Es kann nicht so sein, dass alles nur im Kämmerchen verschwindet, der Herr Stadtrat mit allen politischen Parteien in diesem Haus sozusagen ein Stillhalteabkommen hat, und es passiert nichts. Also die Forderung auch unserer Fraktion: Es muss bitte endlich was geschehen!

Den dritten Punkt möchte ich kurz ansprechen, den derzeit stattfindenden Hotelbau-Boom. Im Tourismus haben wir wirklich eine ganz extreme Ausweitung der Hotelobjekte, und das, meine Damen und Herren, hat nicht nur den Grund, dass der Tourismus bekannterweise derzeit boomt, sondern das hat natürlich sehr viel mit Immobilienspekulation zu tun. Hotelobjekte sind relativ sichere Objekte, vor allem wenn ein Mischnutzung vorgesehen ist, beispielsweise wenn oben Luxuswohnungen gebaut werden und unten das Hotel errichtet wird. Hier kann man sehr schnell erreichen, dass sich so ein Objekt sehr schnell rentiert. Ich möchte nicht derjenige sein, der sozusagen den Tourismus schlechtredet, aber man muss dieses Thema beachten und nicht jedem Hotelprojekt nachlaufen.

Ich komme nun zu meinem vierten Punkt, zum jüdischen Friedhof in Währing. Heute hat es in der „Kronen Zeitung“ einen Artikel gegeben, am 20.6. das letzte Mal im „Ö1-Mittagsjournal“: Pflege der jüdischen Friedhöfe immer noch nicht gesichert. Ich darf Ihnen jetzt vorlesen – wirklich vorlesen – aus dem Chronikteil des „Kurier“ vom 30.6.2006: „Jüdischer Friedhof. Sanierung verschoben. Finanzstadtrat vom Bürgermeister zurückgepiffen. Bund soll zahlen. Der Bürgermeister meint nun, Rieder habe in einem Anfall von Güte gehandelt, und erklärt,

das wäre eine weitere freiwillige Leistung der Bundesländer, die Washingtoner Erklärung verpflichte aber den Bund zur Restaurierung und Erhaltung jüdischer Friedhöfe.“

Meine Damen und Herren, in der Zwischenzeit wurde vereinbart, dass 50 Prozent der Bund zahlt, 25 Prozent die Stadt Wien und 25 Prozent die IKG. Die Stadt Wien hat als Vorleistung sozusagen das Torwärterhaus aus historischen Gründen renovieren lassen, aber das, meine Damen und Herren, ist einfach zu wenig. Der Friedhof ist nach wie vor unzugänglich, die Gräber sind wirklich aus den Angeln geworfen.

Der Kollege Troch hat so besonders das jüdische Erbe hervorgehoben, er hat auch den Holocaust thematisiert und das Fest zum 8. Mai in dem Zusammenhang hier erwähnt. Ja, wir haben dort so viel Geld hinausgeschmissen, warum ist man in dieser Stadt nicht in der Lage, den Friedhof endlich zu sanieren. Ich weiß, es ist sicher viel Geld, das man hier in die Hand nehmen muss, aber tut endlich was! Auch wenn man sagt, es gibt schon wieder Geheimverhandlungen, das zeigt nur, dass zwischen 2005 und 2013 offensichtlich in dieser Stadt nichts weitergegangen ist, und diese Kulturschande, meine Damen und Herren, ist wirklich ein Skandal.

Ich kann nur abschließend mit meiner Kollegin Isabella Leeb sagen: Herr Stadtrat, tun Sie endlich was! Denn der Stillstand in dieser Stadt in manchen Dingen im Kulturbereich ist erbärmlich.

Wir werden dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der GR Dr Van der Bellen. Ich erteile ihm das Wort. Selbstaugesuchte Redezeit: 12 Minuten. Sie kennen das aus dem Parlament.

GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke. – Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Frau Leeb hat mit Recht darauf hingewiesen, dass in der Kultur – enge Kooperation ist vielleicht zu viel gesagt – der Bund jedenfalls sehr aktiv ist, speziell in Wien über die Oper, Burgtheater und so weiter. Da haben Sie natürlich vollkommen recht. Für den Wissenschaftsbereich gilt das erst recht. Wien sollte das als ungeheuren Standortvorteil sehen.

Ich habe mir einmal Berlin genauer angeschaut – das ist schon ein paar Jahre her –, und damals hat sich jedenfalls herausgestellt, dass – Berlin ist natürlich größer als Wien – pro Kopf gerechnet die Einnahmen, plus, minus 10 Prozent, durchaus ähnlich waren im vergleichbaren Rahmen. Der Unterschied liegt bei den Ausgaben. Berlin als Stadt und Land ist zuständig für die Berliner Universitäten, sehr viele Theater und so weiter. Also die sind im Grunde genommen in einem viel engeren finanziellen Korsett als Wien, möchte man meinen. Ich bin als Lobbyist sozusagen der Universitäten und außeruniversitären Institutionen immer ein bisschen in Sorge, dass Wien das zu selbstverständlich nimmt. Das ist Bundeskompetenz, der Bund ist hauptsächlich verantwortlich – das stimmt ja auch –, die Universitäten können nicht absiedeln oder jedenfalls nur sehr schwer – eine Univer-

sität ist nicht die VOEST, die teilweise nach Texas geht; das schaue ich mir an bei der Universität Wien oder anderen –, denn das kann zu einer Behaglichkeit, zu einer Bequemlichkeit führen, die sehr schlecht wäre. Aber ich glaube, das ist nicht der Fall, jedenfalls zunehmend nicht der Fall.

Gestern habe ich den neuen Wissenschaftsbericht der Stadt auf den Schreibtisch bekommen – vielleicht hat jemand von Ihnen schon Gelegenheit gehabt hineinzuschauen –, mit gewohnter Akribie von Prof Ehalt zusammengestellt. Ich möchte Sie nur auf zwei oder drei Dinge darin hinweisen. Ich fand eine Bemerkung sehr interessant im Vorwort von StR Mailath-Pokorny, nämlich gewissermaßen so Synergieeffekte zwischen Kultur und Wissenschaft. Auf den ersten Blick scheinen das ja vollkommen verschiedene Bereiche zu sein. Die Wissenschaft arbeitet analytisch, und Kunst und Kultur ist eher etwas Intuitiv-Assoziatives. Das stimmt aber nur auf den ersten Blick. Die großen Durchbrüche – dafür gibt es viele Beispiele, glaube ich, in der Mathematik und Physik – haben jedenfalls einen intuitiven Prozess zur Voraussetzung, erst dann kommt sozusagen das Analytische hinzu.

Was ich echt genial finde, ist der Titel des Vorworts von Bgm Häupl: „Wien: Eine angewandte Stadtuniversität.“ Das kann ich natürlich nur als Zielformulierung interpretieren und nicht als Beschreibung des Status quo, das ist schon klar, und ich glaube, Bgm Häupl hat es auch so gemeint, wenn er vom „erfolgreichen Weg Wiens zur Wissenschaftsstadt“ schreibt; also wir sind noch nicht ganz dort. Das halte ich für enorm wichtig, aus mindestens zwei Gründen.

Erstens: Es ist für jede Stadt gut – für eine Großstadt, wir leben ja nicht in einer Kreisstadt oder Provinzstadt –, es ist für jede Großstadt wichtig, im kulturellen Bereich, im wissenschaftlichen Forschungsbereich Anziehungskraft zu entfalten. Und die internationale Konkurrenz schläft auch nicht. Also München, Berlin, Barcelona und so weiter wären naheliegende Vergleichsorte.

Aber das Zweite ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Kollegin Korosec hat gestern im Rahmen eines anderen Punktes mit Recht darauf hingewiesen, dass die Qualifikationsnachfrage am Arbeitsmarkt sich zunehmend auf eine tertiäre Ausbildung konzentriert und diese als Voraussetzung verlangt. Das kann man nur zwei Mal unterstreichen. Gerade in Österreich, wo wir diese etwas merkwürdige Dichotomie haben zwischen sehr gut positionierten Firmen in eher traditionellen Branchen, die aber bestimmte Nischen des Weltmarktes besetzt haben und sehr gut florieren, während sich gleichzeitig neue Unternehmen im universitätsnahen Bereich, im forschungsnahen Bereich entwickeln, die hohe Qualifikationen insbesondere in den Naturwissenschaften, aber nicht nur dort, voraussetzen. Dafür muss man natürlich vorsorgen.

Also wenn Sie das interessiert: Das WIFO hat dankenswerterweise das ganze Heft 2 von Ende Februar dieses Jahres dem Strukturwandel der Qualifikationsnachfrage der Wirtschaft, dem Stellenwert von Aus- und Weiterbildung und bestimmten hochschulpolitischen

Fragen gewidmet. Es ist ein sehr lesenswertes Heft.

Wien ist sich, glaube ich, nicht bewusst oder nicht hinreichend bewusst, wie zentral es im Kultur- und Wissenschaftsbereich in Österreich und weit über Österreich hinaus ist. Ich werde dafür ein kleines Beispiel geben: Wien hat mit ungefähr 180 000 Studierenden 50 bis 60 Prozent aller Studierenden in Österreich, 50 bis 60 Prozent der Forschungsleistung werden in Wien erbracht, und da gibt es viele ähnliche Beispiele. Ich glaube, fünf der letzten START-Preise des FWF wurden an Personen, die in Wien tätig sind, vergeben, die neue Wittgenstein-Preisträgerin ist Professorin an der TU Wien und so weiter und so fort.

Der Kollege Troch hat vorhin die Umbenennung des Lueger-Rings erwähnt. Ich bin mir sicher, StR Mailath-Pokorny hat die Rezeption dieser Umbenennung studiert, was die Journalisten, die Journalistinnen geschrieben haben, die Leserbriefschreiber, die Kommentare via Mail und so weiter. Ich habe mir das auch ziemlich genau angeschaut, und ich schwöre Ihnen, es ging so gut wie ausnahmslos um die Frage: Wer war Karl Lueger wirklich? Niemand stellte sich die Frage, jedenfalls nicht in diesen veröffentlichten Kommentaren: Na gut, der gute Karl Lueger mag Verdienste haben, wie er will, er hat eh ein Dutzend Denkmäler, Straßen, Plätze und was weiß ich in Wien, es ist doch gescheit, den Forschungsplatz Wien oder die Universität Wien einfach ins Schaufenster der Öffentlichkeit zu stellen und diesen Teil des Rings – es ist ohnehin nur ein relativ kleiner Teil – umzubenennen in Universitätsring, um sozusagen diese positiv herauszustreichen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Diesen Vorwurf hätten Sie an Ihre Fraktion richten müssen!)* Warum? *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben den Lueger in den Vordergrund gestellt!)* Das mag schon sein, dass in der öffentlichen Kommunikation etwas schiefgegangen ist. Trotzdem hat es mich gewundert, dass das in der Rezeption des Ganzen offenbar überhaupt keine Rolle gespielt hat. Aber hier vertraue ich auf das konservative Herz des typischen Wieners, wenn ich so sagen darf: Nach einiger Zeit werden die Wiener es total super finden, dass dieser Teil des Rings Universitätsring heißt.

Trotzdem: Das öffentliche Bewusstsein über die Bedeutung Wiens in diesen Fragen gehört noch gestärkt. Und Wien hat seine Stärken, viele Stärken – jetzt im Rahmen meiner Tätigkeit habe ich mich viel mehr damit befasst als früher –: Kunst- und Musikuniversitäten sowieso, die drei öffentlichen oder staatlichen, wenn Sie so wollen, und das Konservatorium Wien als Privatuniversität der Stadt selbst, aber vor allem in den sogenannten MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik, also Mathematik mit dem Schwerpunkt Uni Wien, Informatik mit dem Schwerpunkt TU, die Chemie, Physik und so weiter. In der Biologie, in den Life Sciences hat Wien sich in den letzten 10, 20 Jahren wirklich hervorragend entwickelt; teilweise durch Initiativen des Bundes beziehungsweise der Universitäten selbst, teilweise mit Unterstützung der Stadt, insbesondere im 3. Bezirk in der Bohrgasse.

Apropos St Marx: Ein ausländischer Journalist hat mir einmal erzählt, dass er zu Beginn seiner Tätigkeit in

Wien ganz verblüfft war, dass in Wien Karl Marx sogar heiliggesprochen wurde und ein ganzes Viertel nach ihm benannt ist, nämlich St Marx, wo ja jetzt das Bio-Center beheimatet ist, eine enorme Konzentration der Biologie und der Life Sciences in Wien. Er hat das Missverständnis dann schon selber herausgefunden, ich musste ihn nicht aufklären.

Für all das gibt es Indikatoren, das muss man nicht einfach behaupten, sondern man kann ja nachschauen, welche Institution, welche Person hat in welchem Zeitraum wie viele ERC-Grants bekommen, also vom European Research Council, wohin gingen die FWF-Projekte und auf welche Bereiche hat sich der WWTF, der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, konzentriert. Da kriegt man schon ein Bild davon, wo die besonderen Stärken liegen. Damit will ich nicht sagen, dass alle anderen schwach sind. Das Boltzmann-Institut für Menschenrechte beispielsweise oder das Institut für die Wissenschaften vom Menschen im Bereich der Geistes- und Kulturwissenschaften sind in ihren Gebieten durchaus vergleichbare Forschungsinstitute.

Ich würde mich freuen, wenn das Allgemeingut würde, wenn die Vision von Wien 2020, 2030, Herr Dr Schock, hier im Hause als selbstverständlich gelten würde. So etwas, was Arnold Schmidt, langjähriger FWF-Präsident, als das Vorbild der Greater Boston Area bezeichnet hat, also eine enorme Konzentration von Wissen, Forschung, Technologie als entsprechender Magnet für die Neugründung von Dienstleistungsfirmen, von zu Beginn kleinen Industrieunternehmen und so weiter, wie sich das rund um den Universitätscluster Greater Boston Area entwickelt hat.

Ich finde, Wien als eines der intellektuellen Zentren Europas als Vision, das hat schon was. Nicht nur, weil es schlechthin immer interessant ist, etwas Neues zu erfahren, sondern auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen. Wir müssen uns ja überlegen, wie der Arbeitsmarkt in 10, 20, 30 Jahren für die künftigen Generationen ausschauen wird. Und mit Sicherheit wird er in gewisser Weise schwieriger sein als für Leute wie mich, der ich halt in eine Zeit des Wiederaufbaus hineingekommen bin und mir im Grunde genommen den Job aussuchen hätte können. Ich habe mich halt auf die Uni kapriziert. Das steht hinter meinen Überlegungen.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass Wien diese Aufgabe, wie soll ich sagen, ernster nimmt, dass man auch mehr Geld in die Hand nimmt. Ich weiß, dass es schwer ist in Zeiten wie diesen – Budgetrestriktionen gibt es hier genauso wie im Bund –, aber in Wien gibt es ja eine hervorragende Institution der Forschungspolitik, nämlich den WWTF. Der WWTF hat sich in 10 Jahren hervorragend etabliert, und er würde eine Verdoppelung seines Forschungsetats, gegenwärtig rund 10 Millionen EUR, ohne Weiteres aushalten. Wir müssen ja Wege finden – Frau Leeb, ich glaube, da sind Sie mit mir einer Meinung –, wir müssen Wege finden, wie wir in Wien mehr tun können, ohne dass der Bund sozusagen einer Versuchung nachgeben kann, selber weniger zu tun. Es darf hier auf keinen Fall eine asymmetrische negative Beziehung geben. Da bieten sich Institutionen wie der

WWTF an, da bietet sich ein Ausbau des Stipendienwesens an und ähnliche Dinge, wo Wien seine Aktivitäten forcieren kann, ohne dass der Bund gleichzeitig in negativer Weise sozusagen seinen Spartrieben nachgehen kann. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Eisenstein. Die Uhr steht auf 10 Minuten.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Das Thema Straßenbenennungen in Wien und aktuelle Entwicklungen dazu ist von mehreren meiner Vorredner schon angesprochen worden; ausführlicher von Kollegen Troch. Ich greife das gerne auf und führe das weiter fort.

Im Auftrag der Stadt Wien hat ja die Historikerkommission die Wiener Straßenbenennungen überprüft – wir haben das heute schon gehört –, eine Analyse insbesondere der nach Personen benannten ungefähr 4 100 Straßen, das sind zirka zwei Drittel von ganz Wien. Ich nenne diese Kommission die WARN-Kommission, nämlich nach den Anfangsbuchstaben der Familiennamen der Kommissionsmitglieder. Der Endbericht sollte Ende Mai vorliegen. Das hat man leider nicht geschafft. Es sollten dann noch, wenn ich das richtig verstanden habe, die Ergebnisse einer Konferenz eingearbeitet werden. Das ist noch nicht da, aber wir werden dann sehen. Meine Ausführungen basieren daher auf bisher Bekanntgewordenem.

Ein Ergebnis der WARN-Kommission ist ja schon vorweggenommen und auch sanktioniert worden, das war die Umbenennung des Dr-Karl-Lueger-Rings im Vorjahr. Wir haben das mehrfach in diesem Haus diskutiert. Meine Fraktion war gegen diese Umbenennung, hauptsächlich mit dem Argument der hohen Verdienste von Lueger und die eindeutige Steigerung der Lebensqualität in dieser Stadt durch ihn. Aber man muss halt leider sagen, Lueger war auch ein Nichtsozialist, und ich meine schon, dass ideologische Motive bei der Umbenennung eine Rolle gespielt haben, denn nicht umsonst ist die ja nicht in Zeiten einer SPÖ-Alleinregierung erfolgt, sondern in der Zeit, als die GRÜNEN Wien mitregiert haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Herr Stadtrat hat mehrfach Aussagen getätigt, er sei gegen Umbenennungen, vielmehr für die Sichtbarmachung von historischen Wahrheiten – ich glaube, ich habe das jetzt richtig zitiert –, beim Lueger-Ring hat sich der Herr Stadtrat aber von seinen eigenen Aussagen abgewendet, hauptsächlich mit dem Hinweis, dass es eben ein Wunsch der Universität gewesen sei. Und das, sehr geehrter Herr Stadtrat, kann ich so nicht nachvollziehen. Vielleicht war es der Wunsch einzelner Personen an der Universität, aber mir ist kein Beschluss des Akademischen Senats der Universität Wien bekannt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber die Umbenennung des Dr-Karl-Lueger-Rings war ja nicht die erste Löschung, die erfolgt ist. Manche von uns erinnern sich noch an den Kernstockplatz im 16. Bezirk oder an die Ottokar-Kernstock-Straße im 14.

Bezirk. Die Umbenennung erfolgte Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

In den Medien sind ja auch schon Straßennamenkandidaten für weitere Umbenennungen genannt worden. Ich sage hier nichts Neues und brauche da niemanden auf irgendwelche Gedanken zu bringen. In den Medien ist ja auch schon eine mögliche Umbenennung eines im weitesten Sinn Straßenzuges genannt worden, der nach Herbert von Karajan benannt ist. Gemeint ist der Platz im 1. Bezirk, gemeint ist hier nicht die Gasse im 20. Bezirk, die nicht nach Herbert von Karajan, sondern nach Theodor von Karajan benannt ist, einem Literaturhistoriker, der vor ziemlich genau 140 Jahren gestorben ist. In den Medien war auch schon die Sebastian-Brunner-Gasse im 13. Bezirk, der Josef-Weinheber-Platz im 14. beziehungsweise 16. Bezirk, und uns allen fällt bei Stadion der Ferry Dusika ein und beim Krankenhaus der Lorenz Böhler. Alles das war schon in den Medien.

Wir Freiheitliche, meine sehr geehrten Damen und Herren, sprechen uns grundsätzlich gegen Umbenennung aus. Zum einen aus einem ganz praktischen Grund, weil die betroffene Bevölkerung dadurch Kosten hat, die niemand abdeckt, die Gemeinde befiehlt da nur, und die Bevölkerung muss die Kosten tragen, besonders aber gilt – und das ist in der Vergangenheit von uns auch immer artikuliert worden –, viele Persönlichkeiten, wenn nicht wahrscheinlich sogar alle, haben positive, aber auch negative Seiten, dennoch haben sie Entscheidendes geleistet, dennoch sind sie ein entscheidender Teil unserer Geschichte, den man nicht so einfach auf den Müll werfen kann. Und das gilt natürlich auch für die Straßenbenennungen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich dachte, die Zeiten des Denkmalsturms wären vorbei, aber ich habe mich offenbar geirrt.

Der Herr Stadtrat hat aber auch gemeint, dass Straßennamen ein wichtiger identitätsstiftender Teil der Geschichte unserer Stadt seien. Dabei, sehr geehrter Herr Stadtrat – da bin ich ganz bei Ihnen – können wir es gern belassen.

Ich gestehe aber auch zu – und ich sage das ganz absichtlich und ganz öffentlich, viel öffentlicher als da geht es ja wohl kaum noch –, dass ich bei manchen Umbenennungen kein Problem hatte oder gehabt hätte. Das betrifft insbesondere Umbenennungen im Zuge des Wechsels der Staatsform, wenn Straßenzüge Bezeichnungen nach lebenden Personen tragen. Ich glaube nicht, dass sich heute noch viele Personen kränken, dass es keinen Kaiser-Karl-Ring mehr gibt oder keinen Kaiserin-Zita-Ring mehr gibt. Sie wissen ja, bis 1920 waren das die Bezeichnungen für den Opernring beziehungsweise den Kärntner Ring. Und kann sich vielleicht noch irgendjemand aus irgendeiner Zeit erinnern, wie der Parkring damals hieß? Das war der Kaiser-Wilhelm-Ring, das war nicht einmal ein Österreicher. Ich gebe auch zu, dass der Dr-Ignaz-Seipel-Ring, sagen wir mal, aus der Mode gekommen ist.

Gut. Aber grundsätzlich sollte man an eingebürgerten Bezeichnungen im öffentlichen Raum nicht rütteln. Wenn man es aber tut und wenn man die Dinge in Frage stellt, dann bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren,

erwarte ich aber, dass man nicht auf dem linken politischen Auge blind ist, denn es gäbe hier eine Reihe von Kandidaten, die dann auch ihre Straßenbenennungen verlieren müssten. Ich meine den viel diskutierten Dr Karl Renner, der den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich begrüßt hat. Ich gebe auch zu, dass es Renner war, der sich dann in der Zweiten Republik als ein sehr effektiver Gegner der sowjetischen Pläne in Österreich profiliert hat. Ich meine einen Julius Tandler, der als Arzt die Auslöschung des – nicht meine Worte, sondern Tandler's Worte – unwerten Lebens gefordert hat. Vom Che-Guevara-Denkmal rede ich jetzt gar nicht. Ich denke auch an Friedrich Adler, und Sie werden verstehen, wenn ich Friedrich Adler als einen kaltblütigen Mörder bezeichne, nach dem aber immer noch ein Weg im 10. Bezirk benannt ist. Ich denke an Karl Marx, der einen Hof hat, Karl Max, von dem wir – Sie brauchen nur im Internet nachzuschauen – eindeutig rassistische Äußerungen kennen.

Lesen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bücher von Edmund Silberner, Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem. Seine Bücher sind auch ins Deutsche übersetzt. Ich zitiere aus „Sozialisten zur Judenfrage“, erschienen 1962 auf Deutsch, und „Kommunisten zur Judenfrage“, erschienen 1983.

Und wenn wir schon von Umbenennungen reden, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätte ich auch noch eine Kandidatin, die heute schon angesprochene Stadträtin Maria Jacobi, die ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof hat, nach der ein Pensionistenheim benannt ist und eine Gasse im 3. Bezirk. Eine Frau, die als amtsführende Stadträtin für Wohlfahrtswesen die politische Verantwortung für die grauensvollen, durch nichts zu rechtfertigenden Vorfälle in einem Wiener Heim getragen hat. Ein Heim das – Zitat aus dem Internet, ich gebe gerne die Internetadresse weiter – als städtische Missbrauchsanstalt des roten Wien am Wilhelminenberg bezeichnet wird. Das ist keine FPÖ-Seite, bitte.

Diese von mir genannten Männer und die eine Frau gelten aber als Aushängeschilder des Sozialismus beziehungsweise der Sozialdemokratie, und durch Bezeichnungen im öffentlichen Raum sind sie auch in den sozialistischen Adelsstand erhoben worden. Hier könnte man durch historische Untersuchungen sicherlich noch einiges zutage fördern. Es besteht aber der Eindruck, dass insbesondere nach einer Seite, nach der – zugegeben – verachtenswerten, verabscheuungswerten braunen Seite nach Flecken gefahndet wird, manchmal auch etwas krampfhaft.

Im Fall von Herbert von Karajan wollte die Kommission offenbar beweisen, dass er nicht nur politisch mitgeschwommen oder mitgelaufen sei, sondern dass er sich sehr wohl auch für diese Politik engagiert und für diese Politik gelebt hätte. Gegenüber dem ORF sagte der Kommissionsvorsitzende – Zitat: „Man bekommt das Gefühl, Karajan hat sich zusammen mit seinem Anwalt eine biographische Strategie vor dem Entnazifizierungskomitee zurechtgelegt.“ – Das ist ein Gefühl, das der Kommissionsvorsitzende hier äußert, und ich meine, als Historiker, der der Kommissionsvorsitzende ist, sollte ihm

klar sein, dass Gefühle hier keine Rolle zu spielen haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das sind eben verdiente historische Personen. Noch ein weiteres Zitat des Kommissionsvorsitzenden. In einem Interview mit der Wiener Zeitung am 6. März 2013 sagt der Vorsitzende: „Allen Historikern ist klar, das Luegers systematischer Antisemitismus nicht mit den antisemitischen Bemerkungen Renners vergleichbar ist.“ – Ich lerne daraus, meine Damen und Herren, dass es mehrere Kategorien, Sparten, Spielarten des Antisemitismus gibt, und das kann ja wohl nicht der Fall sein. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Bluma. Die Uhr steht auf 10 Minuten.

GRin Susanne **Bluma** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir diskutieren jetzt den Rechnungsabschluss in der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft, die letzte Geschäftsgruppe, der Höhepunkt sozusagen. Wir sprechen über die Ausgaben der Stadt Wien für Kultur und Wissenschaft. Der Anteil am Gesamtbudget beträgt 2 Prozent. In den letzten 10 Jahren sind diese Ausgaben um 46 Prozent erhöht worden.

Und ja, Herr Kollege Dworak, es ist richtig, die Differenz zwischen Bilanz und Rechnungsabschluss beträgt 6 Prozent, und jeder Cent dieser 6 Prozent kann belegt werden. So ist ein Grund für die Überschreitung zum Beispiel der Ankauf des Nachlasses von Max Reinhardt, das Depot für das Wien Museum, auf das ich dann noch gesondert komme, oder auch das Friedhofswärterhäuschen am Friedhof in Währing. Das heißt, Sie haben einerseits kritisiert, dass die Stadt nicht mehr Geld in die Hand nimmt, um den Jüdischen Friedhof in Währing zu sanieren – ich bin bei Ihnen, natürlich wäre das äußerst wünschenswert –, auf der anderen Seite kritisieren Sie aber diese Überschreitung, die auch verursacht wurde, gerade weil wir dieses Friedhofswärterhäuschen saniert haben.

2 Prozent des Gesamtbudgets, das ist eine ganz kleine Zahl, ein kleiner Anteil, aber mit einer ganz, ganz großen Wirkung. Es ist mir wichtig zu sagen, was Kunst und Kultur für diese Stadt, für Wien bedeuten, und man kann das mit einem Wort sagen: Sie bedeuten sehr, sehr viel.

Ja, Frau Kollegin Leeb, natürlich hat Wien einen Standortvorteil. Ich gebe Ihnen recht, auch die Staatsoper, das Burgtheater, viele Bundesstätten sind in der Hauptstadt, so wie das aber überall auf der Welt ist. Wir vergleichen ja auch nicht Wien mit Mistelbach oder mit St Pölten oder sonst irgendeiner Stadt, sondern im internationalen Vergleich geht es ja immer um den Vergleich einer Hauptstadt mit einer anderen Hauptstadt, und da liegt Wien ganz vorne und ist nicht umsonst die Weltkulturhauptstadt, wenn ich das einmal in aller Bescheidenheit so sagen darf. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Was bedeuten also Kunst und Kultur für diese Stadt? Wien ist die Stadt der Kunst und Kultur. Wir haben 100

Bühnen, über 300 Museen, wir haben 80 Festivals in dieser Stadt. Wir haben jeden Abend 70 000 Sitzplätze in dieser Stadt. Das sind die Rahmenbedingungen für das kulturelle Leben in Wien. Millionen von Touristen und Touristinnen besuchen jedes Jahr diese Stadt. Da können Sie jetzt sagen, das ist nichts Besonderes, denn die Leute besuchen alle Städte. Das, was ganz besonders ist, ist, dass die Menschen Wien immer wieder besuchen. Es ist also nicht so wie in anderen Metropolen, die man sich einmal anschaut und sagt, gut, die habe ich gesehen, das nächste Mal mache ich etwas anderes, sondern die Menschen kommen wegen der Vielfalt unserer kulturellen Angebote immer wieder nach Wien. Und zwei Drittel aller Touristen und Touristinnen geben an, wegen der Kunst und Kultur nach Wien zu kommen. Das heißt, Kunst und Kultur sind ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Kunst und Kultur schaffen Arbeitsplätze. Das ist der Nutzen für Wien, für die Stadt, für uns alle.

Was bedeuten Kunst und Kultur aber für den einzelnen Menschen, was bringen sie dem Einzelnen? Kultur ist sinnstiftend und Kultur ist lebensbereichernd, Kultur verbindet die Menschen, Kultur steht für Gemeinschaftserlebnis, Kultur wendet sich an alle Menschen und bezieht alle mit ein, ob aktiv oder passiv. Das heißt, Kunst und Kultur lassen niemanden unberührt. Genau aus diesen Gründen bekennen wir uns, bekennt sich die Stadt Wien zur öffentlichen Kulturförderung, und 90 Prozent aller Wienerinnen und Wiener sind sehr zufrieden mit den Angeboten, die die Stadt bietet.

Ich möchte auf zwei Bereiche eingehen, weil es den Zeitrahmen sprengen würde, alle zu erwähnen, und heute auch schon sehr, sehr viel gesagt wurde. Ich möchte auf die Theaterlandschaft eingehen und auf die Museen. Ich beschränke mich hier ausdrücklich auf die Wiener Theater und auf die Wiener Museen, um hier nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen.

Wien widmet sich laufend dem Ausbau der Wiener Theaterlandschaft. Während in anderen Städten Theater zugesperrt werden müssen, haben wir in Wien zehn neue Spielorte. Wir haben das Budget für das freie Theater um 60 Prozent erhöht. Die Wiener Kammeroper, heute auch schon erwähnt, konnte sich neu positionieren und beheimatet das junge Ensemble des Theaters an der Wien. Der Hundsturm, der bis jetzt Probebühne des Volkstheaters war, wird neu bespielt. Die Festwochen haben eine neue Leitung, und Wien unterstützt auch die Sanierung der Kammerspiele, um nur ein paar neue Dinge anzuführen.

Und jetzt zum Thema Museum. Die Wiener Museen sind in, sie erfreuen sich wachsender Beliebtheit, das zeigen die steigenden BesucherInnenzahlen. 2012 haben 411 170 Kunstinteressierte die Museen besucht, das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 2,1 Prozent. Und vor allem das Haupthaus am Karlsplatz, und jetzt sei es erstmals erwähnt, hatte einen Besucherrekordwert.

Wiener Museen erfreuen sich also größter Beliebtheit, sowohl bei den Touristinnen und Touristen, aber auch bei den Wienerinnen und Wienern. Es gibt da ganz genaue Statistiken, wo die Menschen, die ins Museum

gehen, herkommen, schauen Sie sich das an, das ist sehr, sehr interessant. Die Wiener Museen erfreuen sich größter Beliebtheit, und deshalb ist es unumgänglich, sinnvoll und zweckmäßig, in neue Projekte zu investieren. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang das neue Depot in Himberg für das Wien Museum, aber vor allem auch das neue Zukunftsprojekt Wien Museum Neu, ein Museum, in dem sich alle Wienerinnen und Wiener wiederfinden sollen.

Wien soll ein neues, zeitgemäßes Universalmuseum bekommen, dort sollen die Geschichte dieser Stadt – und ich sage das jetzt ganz absichtlich, weil die Standortfrage ist eine wichtige Frage, das ist außer Zweifel, aber es geht nicht nur um den Standort – auf spannende Art und Weise vermittelt, aber auch aktuelle Themen aufgegriffen und Zeitgeschichte umfassend und spannend dargestellt werden. Hinter diesem Projekt stehen alle Fraktionen, wir sind uns da alle einig, was einmal mehr zeigt, dass Kultur verbindet. Bis 2015 soll das Projekt Wien Museum Neu vorangetrieben werden, dabei sollen auch – und das ist auch wichtig und das wurde heute auch noch nicht gesagt – die Interessen der Wienerinnen und Wiener berücksichtigt werden und in dieses Projekt auch einfließen.

Noch etwas zum Standort: Lieber Gerald Ebinger, du hast gesagt, der Karlsplatz ist eine Wüste. Dem stimme ich so nicht zu. Wenn wir zehn Jahre zurückgehen, dann gebe ich dir recht, vor zehn Jahren war der Karlsplatz verkehrsdominiert, ein Drogenumschlagplatz und wahrlich nicht das, was er heute ist. Ich finde, dass der Karlsplatz durch die Kulturpolitik dieser Stadt und durch unseren Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny wirklich einen neuen Aufwind bekommen hat. Ich möchte dafür nur einige Beispiele anführen: „Kino unter Sternen“ – jetzt, wenn es endlich nicht mehr regnet und wieder warm wird –, das Popfest, das Stadtkino, das jetzt an den Karlsplatz umsiedelt, oder auch das großartige Kunstwerk von Ernst Caramelle, das jetzt gerade in der Karlsplatzpassage entsteht. Der Karlsplatz ist also ein Kunstplatz, und das Fehlen des Wien Museums auf diesem Platz würde eine große Lücke hinterlassen, es würde eines anstrengenden Projektes bedürfen, um sich die Nachnutzung dort zu überlegen. Wir alle – das habe ich aus den heutigen Redebeiträgen herausgehört – haben unsere Präferenzen für den Standort des Wien Museum Neu. Ich muss sagen, nachdem dieses Wien Museum Neu auch vom Bau der erste Kulturbau des 21. Jahrhunderts werden wird, ist es okay, wenn man sich länger Zeit nimmt, um den geeigneten Standort zu finden. Solange mein bevorzugter herauskommt, bin ich damit vollkommen zufrieden.

Es gibt noch einiges zu tun, denn es ist ja nicht nur mit dem Finden des Standortes getan. Es muss, nachdem alle Prüfungen vorgenommen worden sind, die Entscheidung fallen, es muss ein internationaler Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden, es muss ein künstlerischer Leiter, eine künstlerische Leiterin ausgeschrieben und auch gefunden werden, es muss ein Raum- und Funktionsprogramm entwickelt werden. Viel Arbeit, ein großes Vorhaben mit dem Ziel, einen neuen

Ort der Begegnung in dieser Stadt zu schaffen, ein Haus für alle Wienerinnen und Wiener, ein Hotspot für die Touristinnen und Touristen, der erste Kulturbau Wiens im 21. Jahrhundert, ein neues Wahrzeichen für Wien. – Ich danke Ihnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Meyer. Restredezeit der Fraktion sind 8 Minuten 30, selbstgewählte Redezeit sind 5 Minuten, die stelle ich auch ein.

GRin Uta **Meyer** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Die Freiheitlichen begrüßen es, wenn genügend finanzielle Mittel für Kunst und Kultur zur Verfügung gestellt werden. Sie werden immer Unterstützung finden, wenn die Subventionsvergabe dahin geht, dass Aktivitäten, die Österreich als Kulturland prägen, unterstützt werden. Ich werde jedoch als Oppositionspolitikerin immer meine Stimme erheben, wenn es darum geht, Missstände aufzuzeigen. Die Stadt Wien investiert 230 Millionen in die Kultur, wobei man sagen muss, dass viele Millionen Steuergelder falsch ausgegeben werden. Ich gehe auf meine Vorrednerin ein, der das Museum und die Museen in Wien sehr wichtig sind, mir auch.

Die Stadt Wien bekommt zum Beispiel ein wunderschönes Museum in Döbling geschenkt, und was passiert mit diesem Geschenk? Es fängt an zu verfallen und niemand ist seit zehn Jahren für eine Renovierung zuständig. Man sollte mit diesen Dingen wirklich besser umgehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann frage ich mich, wozu investiert man in den Verband Gewerkschaftlicher Bildung – KulturlotsInnen 100 000 EUR im Jahr? Dieses Projekt läuft seit 2009, also 4 Jahre. In der Projektbeschreibung steht, dass 100 Betriebe daran teilnehmen, das sind zirka 25 im Jahr. Man braucht für niederschwellige Kulturangebote, wie sie im Akt vorgesehen sind, keine Beratung, keine Betreuung. Und die Hochkultur ist für diese Menschen und für die meisten überhaupt nicht leistbar, da brauche ich ja schon überhaupt keine Kulturangebote, die wissen das alle selbst. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Für das Jahr 2013 wurden für die Durchführung einer Kommunikationsoffensive 700 000 EUR genehmigt. Damit soll unter anderem der Einstieg ins Kulturleben gefördert werden. Es gibt viele Kulturtipps in allen Medien, es gibt Broschüren, es gibt Prospekte, und ich glaube, da sind zusätzliche Ausgaben seitens der Stadt wirklich nicht erforderlich.

Aber was passiert? Bei den Kindern wird gespart. Es gibt einen Verein zur Förderung des aktiven Musizierens, Singens und Tanzens von Kindern. Der Verein versteht sich als Bewegung, der allen Menschen Zugang zur Musik ermöglichen möchte. Da finden sich qualifizierte Lehrer und bieten in der Ankerbrotfabrik diverse Kurse an. Derzeit gibt es dort sechs Tanzklassen, einen Mädchenchor, ein Jugendorchester, und die Kurse werden kostenlos angeboten. Und diese Förderung des musikalischen Nachwuchses in der Stadt ist der Stadt lediglich 20 000 EUR wert.

Was wir Freiheitliche seit Jahren kritisieren, ist, dass es in Wien noch immer nicht flächendeckend Musikschu-

len gibt. Die Wiener Philharmoniker, Herr Stadtrat, das haben Sie bei der Ordensverleihung selbst gehört, haben wirkliche Sorge um den Nachwuchs und müssen ihre Nachwuchsmusiker bereits aus den Bundesländern holen. Für dubiose Kulturoffensiven und Kampagnen ist aber offensichtlich genügend Geld vorhanden.

Für die Wiener Festwochen werden, glaube ich, 10,8 Millionen ausgegeben. Abgesehen davon, dass es ja sowieso keine Wiener Festwochen mehr sind, sondern internationale, darf man sich nicht wundern, dass die Menschen kopfschüttelnd die Theatersäle verlassen, denn es wird von der Kulturschickeria gewolltes Theater geboten, das sich an Provokation selbst übertrifft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mir wäre nicht wohl zumute, wenn ich für das viele Steuergeld, das hier investiert wurde, so schlechte Kritiken hinnehmen müsste, wie zum Beispiel: „Festwochen: Blick zurück im Jammer.“ – Was bleibt über aus der Ära Bondy? – Nichts. – „Die Ära Bondy endet im Mittelmaß.“ Schon Salieri hat gemeint, das Mittelmaß wäre das Schlimmste in der Kunst. Die Ära Luc Bondy hat 16 Jahre gedauert und hat sich mit Vorliebe um seine eigenen künstlerischen Projekte gekümmert. Er fungierte als Intendant zugleich, war aber sein eigener, meistbeschäftigter Regisseur. Aber was wird wohl von seinen Produktionen nachhaltig bleiben und was wird den Menschen unvergessen bleiben?

Es gibt so ausgezeichnetes zeitgenössisches Theater, wie zum Beispiel „In der Löwengrube“ von Felix Mitterer, das in einer blendenden Inszenierung im Volkstheater zu sehen war. Da sollte man ein bisschen Geld hineinstecken, damit die das Theater ein bisschen aufmöbeln können. Oder jetzt der „Fall Jägerstätter“ im Theater in der Josefstadt. Das sind befriedigende Aufführungen, wo das Publikum wirklich in Begeisterungstürme ausgebrochen ist.

Aber zum Glück gab es heuer bei den Festwochen sehr gutes Musiktheater, und die Vorfreude auf den Nachfolger Markus Hinterhäuser ist bei allen sehr groß. Wir freuen uns auch, und die Hoffnung stirbt zuletzt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Am Wort ist der Herr Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny. 15 Minuten sind eingestellt.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Auch ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, so wie das hier beim Rechnungsabschluss üblich ist, um noch Grundsätzliches über die Politik zu sagen, die mich und alle, die mir dabei helfen, im Jahr 2012 geleitet hat, diese Ausgaben, über die wir ja hier sprechen, zu tätigen, und auch vielleicht den einen oder anderen Ausblick zu geben. Grundsätzlich geht es mir unverändert darum, den allgemein als hervorragend beschriebenen Kulturstandort Wien weiter auszubauen. Es gibt viele Bereiche, in denen wir in Wien sehr gut sind, es gibt viele Bereiche, bei denen wir mit Recht stolz sind, was hier geschaffen wird.

Einer davon ist mit Sicherheit die Kultur. Und wenn Sie mir auch hier einmal mehr den manchmal viel zu

strapazierten Vergleich mit dem Sport gestatten: In der Kultur spielen wir tatsächlich in der Champions League, und zwar nicht nur in der Qualifikationsrunde, sondern wir kommen auch regelmäßig ins Finale. Es geht also um den Ausbau dieses Standortes, es geht aber auch darum, dass wir immer wieder Neues ermöglichen. Neues heißt Junges, aber Neues heißt auch etwas, was noch nicht ausprobiert wurde. Ich werde versuchen, dann anhand des Rechnungsabschlusses auch zu belegen, wie das passiert.

Eines ist mir aber ganz wichtig, weil das keineswegs selbstverständlich ist und man es immer wieder als einen Grundsatz der Kulturpolitik hervorheben sollte, nämlich das Bekenntnis zu einer ausreichenden öffentlichen Kulturfinanzierung. Ich weiß schon, niemand lebt im Vergleich, aber trotzdem ist es manchmal ganz hilfreich, den Blick über die Grenzen zu werfen: ob das nun in Tschechien ist – wo im Übrigen eine sehr üble Debatte über die öffentliche Kulturfinanzierung stattfindet, übel in dem Sinne, als besonders untergriffig Kulturausgaben als etwas dargestellt werden, was nicht Sache der öffentlichen Hand sein sollte –, ob das in Ungarn ist, ob das in Italien ist, ob das in Frankreich ist – wo der schon heute mehrfach angesprochene Luc Bondy erst letzthin wieder darauf hingewiesen hat, dass dort schlicht und einfach auch gekürzt wird –, ob das in den Benelux-Staaten ist – einer der Staaten und eine der Gesellschaften, die für uns immer wieder auch Vorbild war, nämlich Holland, wo die Kulturförderungen gekürzt werden –, in Großbritannien, in vielen deutschen Kommunen. Und die Liste ließe sich traurigerweise lange fortsetzen. Wien hat hier einmal mehr einen anderen Weg beschritten, Wien bekennt sich zu einer ausreichenden Kulturfinanzierung, auch und gerade in Zeiten, in denen es budgetär nicht so einfach ist. Ich kann Ihnen dann nachher auch noch einige Details nennen.

Es geht des Weiteren natürlich um die Förderung von Qualität. Warum fördern wir? Wir fördern einerseits, weil wir davon überzeugt sind, dass es darum geht, vordringlich Dinge, die nicht marktgängig sind, zu unterstützen. Aber es geht auch darum, künstlerische Qualität zu unterstützen. Es geht auch um die Ermöglichung des Zuganges. Das halte ich für ganz entscheidend. Das ist eine zutiefst kulturelle Frage, die weit über die Kulturförderung hinausgeht, meine Damen und Herren: Zugang zu Kultur, Zugang zur Bildung, freier Zugang zur Bildung und möglichst ungehinderter und freier Zugang zur Kultur. Das sind doch ganz entscheidende Forderungen, gerade wenn es wieder etwa im Bereich der Bildung darum geht, Zugangshindernisse aufzustellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich jetzt wieder höre, dass der ÖVP-Bundesparteiobermann fordert, dass wir Eingangsprüfungen in das Gymnasium machen sollen, etwas, was wir seit über vier Jahrzehnten längst als in die Geschichte verbannt geglaubt haben! Ich war die letzte Generation, die eine Aufnahmeprüfung ins Gymnasium gemacht hat. (*GRin Ing Isabella Leeb: Ich auch! – GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Ich auch!*) Und ich weiß daher, wie lächerlich dieses Vorhaben eigentlich wäre, wenn nicht dahinter ein ganz bestimmtes politi-

sches Kalkül stünde. Und dieses politische Kalkül heißt: Wir wollen unter uns bleiben, wir wollen, dass niemand anderer die Bildung bekommt, die eigentlich allen zu steht. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, das sind doch die zutiefst kulturellen Fragen. Sie wollen Hindernisse aufstellen, Sie wollen, dass die Eliten unter sich bleiben, in der Kultur, in der Bildung und in möglichst allen anderen Bereichen auch noch, beim Vermögen, dort, wo die Millionäre das einsackeln. Wir wollen das nicht. Und das ist eigentlich die kulturpolitische Debatte, um die es auch geht, freier Zugang auf der einen Seite gegenüber dem Aufbauen von Hindernissen und dem Unter-uns-Bleiben auf der anderen Seite. Darum geht es. (*Beifall bei PÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht natürlich auch um Ermöglichung von Kunst und Kultur, auch von Bildung, und es geht natürlich auch darum, dass wir schauen, dass es ein offenes Klima gibt, ein offenes Klima, etwas, was in Wien selbstverständlich ist. Aber was heißt denn das? Falls sie Zeit und Gelegenheit haben, lesen Sie einen sehr interessanten Reisebericht des Burgtheaterdirektors Hartmann, der vor Kurzem nach Ungarn gefahren ist, nach Budapest, und berichtet hat – was heute übrigens ohne Quellenangabe im „Standard“ steht –, was ihm dort widerfahren ist. Er hat auch versucht darzustellen, wie in Ungarn – und das ist ja nicht irgendwo, das ist unmittelbar unsere Nachbarschaft – mit den freien Kulturschaffenden umgegangen wird, wie dort mit den sogenannten kleinen Gruppen umgegangen wird, wie dort Theater- und Museumspositionen besetzt werden, wie dort mit der freien Kulturausübung umgegangen wird. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das begrüßen wir nicht!*) – Sie begrüßen es nicht, aber wenn Sie den Bericht lesen, werden Sie lesen, dass ihm der Herr Viktor Orbán auf der Autobahn entgegengekommen ist, von einem Treffen, zu dem der Herr Spindelegger eingeladen hat. Offensichtlich ist Ihnen das alles gar nicht so fremd.

Ich sage nur, es ist entscheidend und wichtig, dass wir ein solches offenes Kulturklima nicht als selbstverständlich annehmen (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie halten es ja auch nur für Ihre Leute offen! Sie sind einseitig!*), dass wir täglich auch darum kämpfen müssen und dass es eine politische Entscheidung ist, ein solches offenes Kulturklima in dieser Stadt auch aufrechtzuerhalten. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin ja sehr dafür, dass wir uns in vielen Bereichen – und die heutige Diskussion hat das bewiesen – durchaus sachlich und durchaus in einem guten Klima miteinander auseinandersetzen und möchte das auch selbstverständlich gerne fortsetzen, auch in den wichtigen sachpolitischen kulturellen Fragen dieser Stadt. Ich lade Sie auch weiterhin gerne ein, mit uns gemeinsam das alles zu entwerfen. Ich sage nur eines: Um diese Grundsätze eines offenen kulturellen Klimas – eine öffentliche ausreichende Kulturfinanzierung, das Nichteingreifen in künstlerische Entscheidungen, auch etwas offen zu lassen und zu ermöglichen – werde ich mich jedenfalls

auch weiter bemühen, und das halte ich auch für die ganz entscheidenden kulturpolitischen Fragen.

Meine Damen und Herren, der Rechnungsabschluss 2012 weist immerhin 243 Millionen EUR alleine für meinen Geschäftsbereich aus – der Kollege Oxonitsch hat ja noch andere kulturelle Angelegenheiten zu verantworten, das kommt ja auch alles noch dazu. Mit diesen 243 Millionen EUR für das Jahr 2012 haben wir zusätzlich zum Voranschlag noch Mittel in die Kultur investiert. Dabei geht es um keine unwichtigen Projekte.

Es handelt sich dabei einerseits – Stichwort Erinnerungskultur – um den Ankauf des Nachlasses von Max Reinhardt. Andererseits handelt es sich auch um zusätzliche Mittel für die Sanierung eines wichtigen Teils des Währinger Friedhofs – ein Thema, das ja heute schon kritisch angesprochen wurde –, und zwar geht es um das Friedhofswärterhäuschen, das nicht nur saniert, sondern ausgebaut wurde und als ganz wichtiger erster Schritt für die Sanierung des Friedhofes gilt.

Außerdem handelt es sich um einen wichtigen Teil der Erneuerung des Wien Museums, nämlich den ersten und, wie mir scheint, auch dringlicheren Teil, das Depot, eine ganz essentielle Frage für das Wien Museum. Wir haben diese Frage im vergangenen Jahr als erste gelöst. Dafür müssen wir auch ziemlich viel zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Es ist aber wichtig für die Bestände des Museums, und es ist auch ein Bekenntnis zum Museum und zu einer mehrgliedrigen Sanierung des gesamten Museums.

Betrachtet man die letzten 10 Jahre von 2003 bis inklusive 2012, dann sind die Kulturausgaben der Stadt von 191 Millionen im Jahr 2003 auf 243 Millionen im Jahr 2012 gestiegen. Ich kenne nicht viele große Städte, wo das der Fall war. Und ich kenne schon gar nicht viele große Städte, die das auch in einer Zeit der Finanzkrisen – und die gab es immerhin die Hälfte dieser Jahre – bewerkstelligen konnten. Daher meine ich, dass damit auch das klare Bekenntnis der Stadt zur Kultur und zur Finanzierung der Kultur herauskommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich vielleicht nur einige wenige Bereiche herausgreifen, um die es auch im vergangenen Jahr gegangen ist und an denen wir auch weiterarbeiten. Das eine ist die Theaterlandschaft. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass wir eine blühende Theaterlandschaft haben.

Und das ist nicht nur so dahingesagt, wenn wir uns anschauen, dass wir auch im vergangenen Jahrzehnt ein gutes Dutzend neuer Spielorte etablieren konnten, dass wir mit der Theaterreform – an der Sie ja in unterschiedlichen Phasen unterschiedlich, aber doch alle mitgewirkt haben – versucht haben, einen sehr komplexen Prozess, nämlich den der Förderverteilung für die Theater neu zu strukturieren, uns auch immer wieder selbstkritisch selbst hinterfragen, das durchaus auch in einem breiteren öffentlichen Rahmen tun, wo wir versuchen, die Förderinstrumente auch immer neu so zuzuspitzen, dass sie auch tatsächlich treffsicher sind, dass sie praktikabel sind, damit das Geld auch tatsächlich zu denen kommt – möglichst rasch, möglichst unbürokratisch, aber doch nachvollziehbar –, die es brauchen. Wenn wir uns in

Erinnerung rufen, dass wir die Entscheidungsprozesse grundlegend geöffnet und neu gestaltet haben, dass wir dem allen eine wissenschaftliche Evaluation nachschicken und diese auch einer öffentlichen Diskussion stellen, wenn wir uns in Erinnerung rufen, dass wir auch versuchen, immer wieder neue Konzepte zu entwickeln, etwa die Foren der strategischen Partnerschaften im Theaterbereich, so beweist das, dass wir uns nicht nur intensiv damit beschäftigen, sondern es beweist auch, dass wir dabei auch erfolgreich unterwegs sind. Wir haben es einmal mehr geschafft, dass wir in einem Zeitraum, der nun alles andere als budgetär hundertprozentig sicher ist, den Theaterschaffenden trotzdem mit langjährigen Förderungen bestmögliche Sicherheit, bestmögliche Planbarkeit, bestmögliche Zukunftsaussichten vermitteln.

Wir haben uns mit großer Intensität um einzelne Bereiche gekümmert. Nehmen Sie nur die Kammeroper her. Es ist in der Tat so, dass sich der Bund dort zurückgezogen hat, allerdings nicht unangekündigt, das muss man fairerweise sagen. Wir haben eine Lösung gefunden, die einerseits keine zusätzliche budgetäre Belastung bedeutet, andererseits aber sicherstellt, dass dieser Standort erhalten bleibt. Und das ist nicht, wie eine der Vorrednerinnen behauptet hat, in einem bösen Takeover geschehen, von dem die arme Frau Gabor nichts gewusst hat, sondern wir haben versucht, sie selbstverständlich bestmöglich einzubeziehen. Wir haben sicher gestellt, dass ein Standort, der sonst einfach zusperrern hätte müssen, erhalten bleibt und eine Zukunft hat, eine Zukunft hat für ein junges Ensemble, eine Zukunft hat für neue Musik und auch eine Zukunft hat für das Publikum, das dort gerne hingehet. Nehmen Sie als eines von vielen weiteren Beispielen den Hundsturm, der, an einem Ort in Gürtelnähe, der nun alles andere als kulturell reichhaltig bespielt ist, auch für neue Publikumsschichten eine neue Anlaufstelle bedeutet.

Nachdem mehrfach gesagt wurde, ich hätte nichts gemacht, möchte ich Sie gerne zum Vergleich anregen, wie Intendanten bei den Salzburger Festspielen und wie sie in Wien gesucht werden. Wir haben uns in Wien sehr intensiv mit der neuen Führung für die Wiener Festwochen auseinandergesetzt. Wir sind kreuz und quer durch Europa gefahren und haben uns mit Leuten intensiv unterhalten, nicht nur, weil es um Besetzungen und ums Geld geht, sondern weil wir wissen wollten, wie die Wiener Festwochen tatsächlich auch in der internationalen Wahrnehmung positioniert sind. Und wir haben etwas geschafft, was im internationalen Intendanten-Karussell tatsächlich einmalig ist – siehe Salzburg. Wir haben einen guten Übergang geschafft, einen guten Übergang von der langjährigen, bisherigen Führung auf die nächste Führung, die auch das übernehmen und weiterentwickeln kann, was die bisherige Leitung unter Luc Bondy hinterlässt. Ich glaube, dass wir mit dieser Lösung sowohl personell als auch strukturell für die Wiener Festwochen eine sehr gute Grundlage geschaffen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Stadtrat, ich darf Sie darauf aufmerksam

machen, dass die Redezeit bereits abgelaufen ist.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny** (*fortsetzend*): Meine Redezeit ist abgelaufen?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Jawohl.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny** (*fortsetzend*): Dann werde ich nur noch einen Satz sagen: Beim Wien Museum werden wir unseren eingeschlagenen Weg weitergehen und Sie da auch auf dem Laufenden halten.

Zum Thema Wissenschaft möchte ich nur so viel sagen, dass wir über die letzten Jahre Wien auch erfolgreich als Wissensstandort positionieren konnten, in Zusammenarbeit mit den Universitäten, und wir deshalb auch auf diesem Gebiet so fortfahren werden.

Abschließend möchte ich natürlich auch an dieser Stelle meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, tue das, glaube ich, im Namen des gesamten Hauses. Sie haben einmal mehr – sei es in der Kultur, sei es in der Wissenschaft, sei es in den Archiven, sei es in der Bibliothek, sei es im Museum – eine hervorragende Arbeit geleistet. (*GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt reicht es aber!*) – Das werde ich wohl noch sagen dürfen. – Ich danke vielmals. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Das waren die längsten 15 Minuten, die ich bis jetzt gehabt habe.

Es hat sich noch ein Redner gemeldet, und zwar der Herr GR Dr Aigner. Ich habe in der Fraktionsvereinbarung nachgelesen, es spricht nichts dagegen, dass sich auch jetzt noch ein Redner meldet. Sie haben 5 Minuten 30.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Geschäftsordnungsmäßig passt es, denn Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin. Ich habe mich ursprünglich nicht gemeldet. Ich sage auch nur einen Satz zum Ausflug in die Bildungspolitik.

Meine Damen und Herren, Prüfungen kann man schaffen, Aufnahmeverfahren kann man schaffen oder nicht schaffen. Das ist bei der Führerscheinprüfung nicht anders wie bei der Aufnahmeprüfung für das Medizinstudium, bei Aufnahmeverfahren in der Fachhochschule und in vielen anderen Bereichen. Ich weise das schon zurück. Wer für Aufnahmeverfahren ist, will niemanden sozial ausschließen, sondern will Qualität sicherstellen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Qualität ist eine Schicksalsfrage für unser Land, dass Sie vielleicht bei Qualität sowohl in Kultur als auch in Bildung ein Problem haben, ist Ihr Problem. Aber ich weise es auch zurück zu behaupten, dass sozial Schwächere Prüfungen nicht schaffen können. Das ist schlicht und einfach nicht wahr. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zumindest bis jetzt liegt in dieser Geschäftsgruppe keine Wortmeldung mehr vor.

Daher erteile ich der Frau VBgmin Mag Brauner zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2012 das Schlusswort.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem erfreulicherweise die Diskussion relativ früh geendet hat, hätte ich natürlich jetzt die Möglichkeit, noch mit zahlreichen Argumenten die Diskussion zu bereichern. Ich versuche aber trotzdem das, was ich jedes Jahr versuche, nämlich zur Abwechslung einmal von allen Seiten einhellige Zustimmung zu bekommen. Deshalb reduziere ich mich darauf, Ihnen Folgendes zu sagen:

Nach der Auflage zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Bevölkerung in der Zeit vom 12. bis 19. Juni 2013 und der in den letzten beiden Tagen erfolgten ausführlichen Gemeinderatsdebatte zum vorliegenden Rechnungsabschluss 2012 darf ich der Einfachheit und Kürze halber auf die Anträge gemäß Seite 24 der Einleitung hinsichtlich des Rechnungsabschlusses sowie zum Inventar verweisen und nun um entsprechende Beschlussfassung ersuchen. – Ich danke Ihnen allen sehr herzlich. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich danke der Frau Stadträtin für das Schlusswort.

Wir unterbrechen die Sitzung für 15 Minuten. Das wird diesmal ausreichen. (*Zwischenrufe von FPÖ und ÖVP.*) – 10 Minuten, bitte schön.

(*Die Sitzung wird von 17.40 bis 18.04 Uhr unterbrochen.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen nun zur Abstimmung über den Rechnungsabschluss 2012. Abänderungs- oder Gegenanträge wurden nicht gestellt.

Die Anträge der Berichterstatterin zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2012 sind im Rechnungsabschluss auf der Seite XXIV abgedruckt.

Ich lasse daher zuerst über den aus zwei Punkten bestehenden Antrag zur Erledigung der Rechnung abstimmen und dann über den Antrag zum Inventar.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die den zwei Antragspunkten zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Ich danke. Das ist mit den Stimmen der Regierungsparteien so beschlossen.

Nun bitte ich jene Damen und Herren des Gemeinderats, die dem Antrag zum Inventar, abgedruckt auf Seite XXIV im Rechnungsabschluss, zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Auch dies ist mit den Stimmen der Regierungsparteien so beschlossen. Damit ist der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2012 angenommen.

Es kommen nun jene Anträge, die zur Postnummer 1 eingebracht wurden, zur Abstimmung, und ich bitte hierfür um ein bisschen Konzentration. Ich lasse bewusst die Antragsart weg, weil sich das sonst ständig wiederholen würde.

Antrag Nummer 1, eingebracht von der ÖVP, betrifft Schuldenbremse für Wien und ist ein Zuweisungsantrag. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen so unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 3, eingebracht von ÖVP und FPÖ, betrifft Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung in Wien. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Es wiederholt sich dieser Vorgang: Oppositionsparteien plus Klubunabhängiger unterstützen den Antrag. Er hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 4, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Einsetzung einer unabhängigen ExpertInnenkommission zur Klärung der mutmaßlichen Misshandlungsvorfälle an behinderten Kindern und Jugendlichen am Steinhof. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Oppositionsparteien und Klubunabhängiger unterstützen dies. Es hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 5, eingebracht von der ÖVP, betrifft Gleichstellung von niedergelassenen ÄrztInnen mit Gewerbebetrieben bei der Parkraumbewirtschaftung – Klammer: Parkpickerl. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Er wird von der Opposition und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 6, eingebracht von der ÖVP, betrifft Etablierung eines interdisziplinären Sturzkonzeptes - Klammer: Sturzmanagement - in den Pflegeeinrichtungen der Stadt Wien. Die Zuweisung wird verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wurde einstimmig so angenommen.

Antrag Nummer 7, eingebracht von der FPÖ, betrifft Errichtung einer Wiener Gesundheitsholding. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Er wird von FPÖ und Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 8, eingebracht von der ÖVP, betrifft Einführung einer Förderung für E-Fahrzeuge. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 9, eingebracht von der ÖVP, betrifft verstärkte Reinigung der Sammelstellen für die getrennte Müllsammlung. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 10, eingebracht von der ÖVP, betrifft Klärung der Kompetenzen bezüglich der Zuständigkeiten im Falle von Hochwasser sowie der Reinhaltung der Donaugewässer im Raum Wien. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 11, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, für eine europaweit einheitliche Haftpflichtversicherung für Atomreaktoren. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesen Antrag unterstützt, den bitte ich um

ein Zeichen mit der Hand. - Er von den Regierungsparteien, der FPÖ und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat damit eine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 12, eingebracht von der ÖVP, betrifft Hebung der Förderungsmaßnahmen im Wohnbaubereich. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützen dies. Es hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 13, eingebracht von der ÖVP, betrifft Förderungen im Eigentumsbereich. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 14, eingebracht von der ÖVP, betrifft Wiener Bauordnung. Zuweisung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.

Antrag Nummer 15, eingebracht von der ÖVP, betrifft Wiener Wirtschaftsstandort – Maßnahmenpaket. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Oppositionsparteien unterstützen dies. Das ist keine Mehrheit.

Antrag Nummer 16, eingebracht von der ÖVP, betrifft Programm zur Bekämpfung häuslicher Gewalt. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Er wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 17, eingebracht von der ÖVP, betrifft Untersuchung aller Wiener Kinderheime. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Oppositionsparteien und der Klubunabhängige unterstützen dies. Es hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 18, eingebracht von der ÖVP, betrifft Umsetzung der Empfehlungen der Wilhelminenberg-Kommission. Die Zuweisung wurde verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 19, eingebracht von der FPÖ, betrifft Ablehnung der Kindergartenpflicht ab dem ersten Lebensjahr. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Oppositionsparteien und Klubunabhängiger unterstützen dies. Es hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 20, eingebracht von der FPÖ, betrifft Anbringung einer Zusatztafel an das Straßenschild Maria-Jacobi-Gasse. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängiger unterstützen dies. Keine Mehrheit.

Antrag Nummer 21, eingebracht von der FPÖ, betrifft Anbringung einer Zusatztafel im Pensionistenheim Haus Maria Jacobi. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Opposition und der Klubunabhängige unter-

stützen dies. Es hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 22, eingebracht von der FPÖ, betrifft Aberkennung des Ehrengrabes von Maria Jacobi. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützen das. Es hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 23, eingebracht von der FPÖ, betrifft Entschuldigungsakt für die in städtischen Kinder- und Jugendheimen missbrauchten Kinder und Jugendlichen. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem stimmen zu und erreichen keine Mehrheit.

Antrag Nummer 25, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Beseitigung des Personal mangels bei Wiener Jugendwohlfahrt und Wiener Jugendamt. Zuweisung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wurde einstimmig so angenommen. (*Rufe: 24 haben Sie vergessen!*) – Danke schön.

Antrag Nummer 24, eingebracht von der FPÖ, betrifft Zuerkennung einer Opferrente an die in städtischen Kinder- und Jugendheimen missbrauchten Kinder und Jugendlichen. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 26, eingebracht von der ÖVP, betrifft Erstellung eines Infrastrukturkonzepts Sport für Wien. Die Zuweisung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Zuweisung wurde einstimmig zugestimmt.

Antrag Nummer 27, eingebracht von der FPÖ, betrifft Aufstellung von Dehnungsübungsgeräten in der Prater-Hauptallee. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger unterstützen dies. Es hat keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 28, eingebracht von der ÖVP, betrifft Ausstattung der öffentlichen Verkehrsmittel mit Klimaanlage. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Er wird von den Oppositionsparteien plus Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 29, eingebracht von der ÖVP, betrifft Stopp der Grünmarkierungen der Wiener Radwege sowie die Verwendung der dafür vorgesehenen Geldmittel für die Sanierung der Fahrradwege. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Oppositionsparteien plus Klubunabhängiger unterstützen dies. Es hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 30, eingebracht von der FPÖ, betrifft Erlangung des UNESCO-Welterbe-Status für Steinhof. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger unterstützen dies. Es hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 31, eingebracht von der FPÖ, betrifft

Erlangung des UNESCO-Welterbe-Status für Grinzing. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Auch hier stimmen Opposition plus Klubunabhängiger zu. Dies ist keine Mehrheit.

Antrag Nummer 32, eingebracht von der FPÖ, betrifft Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der Bewohner in der Salisstraße in Wien Baumgarten. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von FPÖ und Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 34, eingebracht von der FPÖ, betrifft Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils in Wien. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 35, eingebracht von der FPÖ, betrifft Schaffung von Ersatzparkplätzen in Hirschstetten. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger unterstützen dies. Es hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 36, eingebracht von der FPÖ, betrifft maximale Ausnützung des öffentlichen Parkraums in Wien. Die Zuweisung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag, nämlich die Zuweisung, ist einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 37, eingebracht von der ÖVP, betrifft verpflichtende Zielvereinbarung bei Subventionsnehmern der Stadt Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger stimmen zu. Dies ist keine Mehrheit.

Antrag Nummer 38, eingebracht von der ÖVP, betrifft Subventionsbericht der Stadt Wien. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger stimmen zu. Der Antrag hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 39, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, betrifft Straßenbenennungen in Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag ist einstimmig so angenommen worden.

Wir kommen nun zu Postnummer 2 der Tagesordnung. Sie betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2012. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Änderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Dies ist mit den Stimmen der Regierungsparteien so angenommen worden.

Bei der Postnummer 2 gibt es einen Antrag der ÖVP,

betreffend transparente Darstellung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Einrichtungen des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Die Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2012. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 3 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. – Postnummer 3 wird mit den Stimmen der Regierungsparteien unterstützt und hat eine ausreichende Mehrheit.

Die Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den

Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen für das Jahr 2012. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 4 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird mit den Stimmen der Regierungsparteien unterstützt und hat damit eine ausreichende Mehrheit.

Ich erspare Ihnen, dass ich die Erfolgsstatistik vorlese, und sage nur: Es hat sich bewährt, dass wir wieder die Blockreizezeit so vereinbart haben, und ich glaube, das hat Zukunft.

Ich schliesse damit die Sitzung und danke vielmals. *(Beifall bei der SPÖ.)*

(Schluss um 18.21 Uhr.)